

LUDWIG VON MISES  
KRITIK DES INTERVENTIONISMUS  

---

VERSTAATLICHUNG DES KREDITS?



LUDWIG VON MISES

# KRITIK DES INTERVENTIONISMUS

UNTERSUCHUNGEN ZUR WIRTSCHAFTSPOLITIK  
UND WIRTSCHAFTSIDEOLOGIE DER GEGENWART

---

## VERSTAATLICHUNG DES KREDITS?

Mit einer Einführung zur Neuauflage von

F. A. HAYEK

1976

WISSENSCHAFTLICHE BUCHGESELLSCHAFT  
DARMSTADT

Diesem reprografischen Nachdruck liegt die Ausgabe Jena 1929 des Buches „Kritik des Interventionismus“ zugrunde. Es wurde eine „Einführung zur Neuauflage von 1976“ hinzugefügt. Der Nachdruck erfolgt mit Genehmigung des Gustav Fischer Verlages, Stuttgart.

© 1929/1976 by Gustav Fischer Verlag, Stuttgart.

Der reprografische Nachdruck des ursprünglich in der „Zeitschrift für Nationalökonomie“, Bd. I, 1930, S. 430-439, erschienenen Aufsatzes „Verstaatlichung des Kredits?“ erfolgt mit Genehmigung der Urheberrechtsinhaber, des Springer-Verlages, Wien, und im Einvernehmen mit Swets & Zeitlinger, Amsterdam.

Die Vorlagen für diesen Nachdruck stellte uns freundlicherweise die Bayerische Staatsbibliothek München zur Verfügung.

wb Bestellnummer 7653

Druck und Einband: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt  
Printed in Germany

ISBN 3-534-07653-2

PDF-Version von Gerhard Grasruck für [www.mises.de](http://www.mises.de)

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einführung zur Neuauflage von 1976.....	VII
Vorwort .....	XI
<b>Interventionismus</b> .....	<b>1</b>
I. Der Interventionismus als Wirtschaftssystem S. 1. — II. Das Wesen der »Eingriffe« S. 3. — III. Die produktionspolitischen Eingriffe S. 6. — IV. Die preispolitischen Eingriffe S. 9. — V. Destruktion als Ergebnis der Interventionspolitik S. 15. — VI. Die Doktrin des Interventionismus S. 21. — VII. Das historische und das praktische Argument für den Interventionismus S. 27. — VIII. Neue Schriften über Probleme des Interventionismus S. 30.	
<b>Gebundene Wirtschaft</b> .....	<b>42</b>
I. Die herrschende Lehre von der gebundenen Wirtschaft S. 42. — II. Schmalenbachs These S. 48.	
<b>Sozialliberalismus</b> .....	<b>55</b>
Einleitung S. 55. — I. Der Kathedersozialismus S. 57. — II. Liberalismus und Sozialliberalismus S.62. — III. Macht oder ökonomisches Gesetz? S. 68. — IV. Der Methodenstreit S. 71. — V. Die nationalökonomischen Doktrinen des Sozialliberalismus S. 76. — VI. Der Begriff der Sozialpolitik und die Krise der Sozialpolitik S. 81. — VII. Max Weber und der Kathedersozialismus S. 85. — VIII. Das Versagen der herrschenden Ideologie S. 87.	
<b>Antimarxismus</b> .....	<b>91</b>
I. Der Marxismus in der deutschen Wissenschaft S. 91. — II. Der nationale (antimarxistische) Sozialismus S. 104. — III. Sombart als Marxist und als Antimarxist S. 111. — IV. Der Antimarxismus und die Wissenschaft S. 121.	
<b>Theorie der Preistaxen</b> .....	<b>123</b>
I. Einleitung S. 123. — II. Die Preistaxen: a) Ordnungstaxen, b) echte Taxen S. 126. — III. Die Bedeutung der Lehre von den Preistaxen für die Lehre von den Gesellschaftsformen S. 135.	

## INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Verstaatlichung des Kredits? .....	137
I. Profitkapitalistisches Interesse und nationalwirtschaftliches Interesse .....	138
II. Bürokratische oder kaufmännische Geschäftsführung des verstaatlichten Bankwesens? .....	141
III. Die Gefahr der Kreditüberspannung und der Immobilisierung .....	145
Zusammenfassung .....	146

## EINFÜHRUNG

### ZUR NEUAUFLAGE VON 1976

Nach den zwei großen Werken, mit denen Ludwig von Mises (1881-1973) seine Stellung als führender Denker im Bereich der ökonomischen Theorie begründet hatte, der „Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel“ von 1912 und „Die Gemeinwirtschaft“ von 1922, befaßte er sich durch eine Reihe von Jahren vorwiegend mit den Problemen jener Zwischenformen zwischen einer reinen Marktwirtschaft und einer sozialistischen Ordnung, die sich offensichtlich herauszubilden im Zuge waren. In seinem Hauptberuf als Finanzkonsulent (und hauptsächlich wissenschaftlicher Berater) der Wiener Handelskammer, neben dem er seiner Lehrtätigkeit als Privatdozent an der Wiener Universität nur wenig Zeit widmen konnte, hatte er sich ständig mit dem von der sozialpolitisch-historischen Schule der deutschen Nationalökonomien gelehrten Interventionismus auseinanderzusetzen und in der Befassung mit ihrer Literatur eine zunehmend kritische Einstellung gegenüber der akademischen Nationalökonomie des deutschen Sprachgebietes eingenommen. Unter den deutschen Fachkollegen war er eigentlich nur mit Max Weber befreundet gewesen, mit dem er während dessen Wiener Sommersemesters im Jahre 1918 in enge Verbindung getreten war, schätzte aber sonst nur ganz wenige, wie Heinrich Dietzel, Passow, Pohle, Andreas Voigt, Adolf Weber und Leopold von Wiese, wegen ihrer mutigen Opposition gegen die herrschenden Auffassungen, ohne aber viel von ihnen lernen zu können (während er die damals kaum anerkannten Vertreter früherer Generationen wie Thünen, Hermann und Mangoldt sehr hoch wertete). Er selbst war, wie die meisten Ökonomen der letzten Generationen, auch durch die Aspirationen der Sozialpolitik und der Fabier zu seinem Studium geführt worden – wie die Ansichten, die noch in seinen frühesten Arbeiten zum Ausdruck kamen, belegen – hatte dann aber, hauptsächlich im Seminar Böhm-Bawerks (in dem er mit Schumpeter und den anderen führenden Mitgliedern der dritten Generation der österreichischen Schule saß) eine radikale Bekehrung zum klassischen Liberalismus erlebt, dem seine wirtschaftspolitischen Arbeiten von da an gewidmet waren. Dies kommt gelegentlich schon in der „Theorie des Geldes“ zum Ausdruck, wurde dann weiter in dem gedankenreichen, aber infolge der Zeitumstände fast völlig übersehenem Buch über „Nation, Staat und Wirtschaft“ von 1919 ausgeführt und findet seine erste große Entwicklung in der „Gemeinwirtschaft“ von 1922. (Das kurze, wohl etwas eilig geschriebene Buch „Liberalismus“ von 1927 ist weniger gelungen.)

Die „Kritik des Interventionismus“ wurde so zu einer Auseinandersetzung mit den deutschen Fachkollegen, und die Schärfe, mit der er sich gegen führende Figuren wie Werner Sombart, Gustav Schmoller, Lujó Brentano und Heinrich Herkner wendete und die damals großen Anstoß erregte, kann ihm wohl heute nur als großes Verdienst angerechnet werden. Ich weiß, daß Mises geplant hatte, in den Band auch den 1929 in Band I der neuen „Zeitschrift für Nationalökonomie“ erschienenen Aufsatz über „Verstaatlichung des Kredits“ aufzunehmen. Dies wurde dadurch verhindert, daß der Herausgeber dieser Zeitschrift das Manuskript verlegt hatte und erst zu spät wieder fand – noch wie damals üblich, und bei Mises' klarer Handschrift leicht möglich, ein echtes Manuskript und daher einziges Exemplar. – Der Aufsatz ist nun dieser Neuauflage beigegeben.

Mises galt nicht nur als ein übermäßig scharfer Kritiker, sondern auch als ein Pessimist, hatte aber leider nur zu oft recht. Es werden sich noch andere Zeitgenossen einer Gelegenheit erinnern, als im September 1932 anlässlich einer Ausschußsitzung des Vereins für Socialpolitik in Bad Kissingen eine größere Gruppe von Fachkollegen in einem Garten beim Tee zusammen saß und Mises plötzlich fragte, ob wir uns wohl bewußt wären, daß wir zum letzten Mal beisammen säßen. Die Bemerkung erregte zuerst nur Erstaunen und später Gelächter, als Mises erklärte, daß nach zwölf Monaten doch Hitler am Ruder sein würde. Das schien den anderen Mitgliedern zu unwahrscheinlich, aber vor allem meinten sie, warum sollte denn der Verein für Socialpolitik sich nicht wieder treffen, nachdem Hitler zur Macht gekommen wäre? – Er traf sich natürlich nicht wieder bis nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges!

Mises blieb noch in Wien bis nach der Machtergreifung Hitlers im Reich und begann sich während dieser Jahre immer mehr mit den philosophischen und methodologischen Grundlagen der Sozialwissenschaften zu beschäftigen. Ganz konnte er sich aber wissenschaftlicher Arbeit erst widmen, nachdem er 1934 mit 53 Jahren an das Institut Universitaire des Hautes Études Internationales in Genf ging. Den wichtigen Aufsätzen, die er noch 1933 in Deutschland unter dem Haupttitel „Grundlagen der Nationalökonomie“ in einem Sammelband von „Untersuchungen über Verfahren, Aufgaben und Inhalt der Wirtschafts- und Gesellschaftslehre“ zusammengefaßt hatte, folgte 1940 sein letztes großes deutsches Buch, die in Genf erschienene „Nationalökonomie: Theorie des Handelns und Wirtschaftens“, die damals in Deutschland unvermeidlich praktisch unbekannt blieb.

Mises konnte mit seiner Frau im Sommer 1940 gerade noch durch Südfrankreich, Spanien und Portugal die Vereinigten Staaten erreichen, wo er dann in New York noch durch mehr als dreißig Jahre eine überaus fruchtbare Lehr- und Forschungstätigkeit entfaltete. Neben



einer völlig umgearbeiteten, unter dem Titel „Human Action“ 1949 erschienenen englischen Fassung der „Nationalökonomie“ ist insbesondere das Buch „Theory and History: An Interpretation of Social and Economic Evolution“ von 1957 zu erwähnen.

Eine Liste der wichtigsten seiner Bücher ist unten angeführt. Eine ziemlich vollständige, unter seiner Anleitung von Bettina Bien zusammengestellte Bibliographie aller seiner wissenschaftlichen Schriften ist 1969 von The Foundation for Economic Education, Inc., Irvington on Hudson, New York 10533, herausgegeben worden.\*

F. A. Hayek

*Erstveröffentlichung der wichtigsten Bücher  
von Ludwig von Mises*

Theorie des Geldes und der Umlaufmittel. München und Leipzig: Duncker und Humblot, 1912.

Nation, Staat und Wirtschaft: Beiträge zur Politik und Geschichte der Zeit. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1919.

Die Gemeinwirtschaft: Untersuchungen über den Sozialismus. Jena: Gustav Fischer, 1922.

Liberalismus. Jena: Gustav Fischer, 1927.

Geldwertstabilisierung und Konjunkturpolitik. Jena: Gustav Fischer, 1928.

Kritik des Interventionismus: Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsideologie der Gegenwart. Jena: Gustav Fischer, 1929.

Grundprobleme der Nationalökonomie: Untersuchungen über Verfahren, Aufgaben und Inhalt der Wirtschafts- und Gesellschaftslehre. Jena: Gustav Fischer, 1933.

Nationalökonomie: Theorie des Handelns und Wirtschaftens. Genf: Éditions Union, 1940.

Omnipotent Government: The Rise of the Total State and Total War. New Haven. Yale University Press, 1944.

Bureaucracy. New Haven: Yale University Press, 1944.

Human Action: A Treatise on Economics. New Haven: Yale University Press, 1949.

The Anti-Capitalistic Mentality. Princeton: Van Nostrand & Co., 1956.

Theory and History: An Interpretation of Social and Economic Evolution. New Haven: Yale University Press, 1957. (Neuauflage Arlington House, 1969.)

---

\* Diese Bibliographie wurde auf Deutsch in dem Buch „Erinnerungen“ von Ludwig v. Mises, erschienen 1978 im Gustav Fischer Verlag, abgedruckt. Es ist ebenfalls als PDF-Datei verfügbar – Anm. des Bearbeiters.



# V o r w o r t

Die Kämpfe, die zwischen Völkern und Staaten und innerhalb der einzelnen Völker und Staaten von Parteien, Kliken und Koterien ausgetragen werden, nehmen unsere Aufmerksamkeit so sehr in Anspruch, daß wir darüber übersehen, daß alle Streitteile, ungeachtet der Erbitterung, mit der sie sich befehden, heute dieselben wirtschaftspolitischen Grundsätze befolgen. Selbst die Befürworter der Vergesellschaftung der Produktionsmittel sind da nicht auszunehmen, seit sie – zuerst die Anhänger der zweiten Internationale, dann aber auch die Anhänger der dritten Internationale durch den Übergang zum Nep-System – zumindest für die Gegenwart und die nächste Zukunft auf die Durchführung ihres Sozialisierungsprogramms verzichtet haben. Nahezu allen Schriftstellern, die sich mit den Problemen der Wirtschaftspolitik befassen, und nahezu allen Staatsmännern und Parteiführern schwebt als Ideal ein System vor, das, wie sie glauben, weder kapitalistisch noch sozialistisch, weder Sondereigentum an den Produktionsmitteln noch Gemeineigentum an den Produktionsmitteln ist: ein System des durch Eingriffe der Regierung und anderer gesellschaftlicher Zwangsmächte (z. B. der Gewerkschaften) beschränkten, geregelten und geleiteten Sondereigentums. Die Wirtschaftspolitik, die diesem Ideal zustrebt, nennen wir Interventionismus, das System selbst die Gebundene Wirtschaft.

In der Bejahung dieses Programms begegnen sich Moskau und der Faszismus, stimmen die christlichen Kirchen und Sekten aller Spielarten untereinander und mit den Mohammedanern Angoras und Indiens, mit Hindus, Buddhisten und Anhängern der anderen asiatischen Kultgemeinschaften überein. Und wer die Programme und die Handlungen der politischen Parteien Deutschlands, Englands und der Vereinigten Staaten betrachtet, wird finden, daß Unterschiede zwischen ihnen nur in bezug auf das Wie, nicht auch in bezug auf das Ob des Interventionismus bestehen.

Die fünf folgenden Abhandlungen und Aufsätze bilden in ihrer Gesamtheit eine Kritik der interventionistischen Wirtschafts-

Vorwort.

politik und der ihr zugrundeliegenden Ideologien. Vier von ihnen habe ich im Laufe der letzten Jahre – drei in Zeitschriften, einen im Handwörterbuch der Staatswissenschaften – veröffentlicht. Der zweite Aufsatz, der sich unter anderem auch mit den vor Jahresfrist veröffentlichten Theorien Schmalenbachs befaßt, erscheint hier zum erstenmal.

Wien, im Juni 1929.

**Der Verfasser.**

# Interventionismus<sup>1)</sup>

## I. Der Interventionismus als Wirtschaftssystem.

Seit die Bolschewiken ihren Versuch, das sozialistische Gesellschaftsideal mit einem Schlag in Rußland zu verwirklichen, aufgegeben haben und an die Stelle ihrer ursprünglichen Politik die »neue Wirtschaftspolitik«, die »Nep«, haben treten lassen, ist in der ganzen Welt nur noch ein System praktischer Wirtschaftspolitik am Werke: das System des Interventionismus. Ein Teil der Anhänger und Befürworter des Interventionismus hält ihn nur für ein vorläufiges System der Wirtschaftspolitik, das nach einer bestimmten – längeren oder kürzeren – Zeit einem anderen, und zwar dem Sozialismus irgendeiner Spielart, Platz machen soll; hierher gehören alle marxistischen Sozialisten, einschließlich der Bolschewiken, aber auch die konservativen Sozialisten der verschiedenen Richtungen. Andere wieder sind der Meinung, daß wir uns im Interventionismus mit einem auf die Dauer berechneten System zu tun haben. Diese Verschiedenheit in der Beurteilung der zeitlichen Geltung der interventionistischen Politik hat aber für die Gegenwart nur akademische Bedeutung. Denn alle seine Anhänger und Befürworter sind doch darin einig, daß er für die nächsten Jahrzehnte und vielleicht auch Menschenalter die richtige Politik sei. Sie sehen mithin im Interventionismus eine Wirtschaftspolitik, die zumindest eine gewisse Zeit hindurch zu bestehen vermag. Der Interventionismus will das Sondereigentum an den Produktionsmitteln beibehalten, dabei jedoch das Handeln der Eigentümer der Produktionsmittel durch obrigkeitliche Gebote, vor allem aber durch obrigkeitliche Verbote, regulieren. Wenn diese obrigkeitliche Leitung des Handelns der Eigentümer der Produktionsmittel und der mit Zustimmung der Eigentümer über sie verfügenden Unternehmer so weit geht, daß alle wesentlichen Verfügungen auf Grund obrigkeitlicher Weisung vorgenommen werden, so daß nicht mehr das Gewinnstreben der Grundeigentümer, Kapitalisten und Unternehmer, sondern die Staatsräson darüber entscheidet, was und wie produziert wird, dann haben wir Sozialismus vor uns, mag auch der Name des Sondereigentums erhalten bleiben. Sehr richtig sagt Spann von einem so

---

<sup>1</sup> Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 56. Bd., 1926.

eingerichteten Gemeinwesen, daß es dort zwar »formell Privateigentum, der Sache nach aber nur Gemeineigentum gibt«<sup>1</sup>). Gemeineigentum an den Produktionsmitteln ist aber nichts anderes als Sozialismus, als Kommunismus.

Doch der Interventionismus will eben, und das gerade kennzeichnet ihn, nicht so weit gehen. Er will das Sondereigentum an den Produktionsmitteln nicht aufheben, sondern nur einschränken. Er erklärt einerseits, daß das uneingeschränkte Sondereigentum an den Produktionsmitteln der Gesellschaft schädlich sei, aber er hält andererseits das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, den Sozialismus, entweder überhaupt oder doch wenigstens für den Augenblick für undurchführbar. Und so will er etwas Drittes schaffen: einen Gesellschaftszustand, der in der Mitte zwischen Sondereigentum an den Produktionsmitteln auf der einen Seite und gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln auf der anderen Seite liegt. Damit sollen die »Auswüchse« und Schäden des Kapitalismus vermieden werden und doch die Vorteile freier Initiative und Regsamkeit gewahrt bleiben, die der Sozialismus nicht gewähren kann.

Das, was die Vorkämpfer dieses Systems eines durch den Staat und andere Faktoren der gesellschaftlichen Organisation geleiteten, regulierten und kontrollierten Sondereigentums hier verlangen, ist von den politischen Machthabern und von den Massen stets angestrebt worden. Als es noch keine Wissenschaft der Nationalökonomie gab, als man noch nicht entdeckt hatte, daß die Preise nicht willkürlich »gemacht« werden, daß sie vielmehr durch die Lage des Marktes innerhalb sehr enger Grenzen festgelegt sind, suchte man durch behördliche Befehle den Gang der Wirtschaft zu regeln. Erst das System der klassischen Nationalökonomie zeigte, daß alle derartigen Eingriffe in das Getriebe des Marktes niemals den Erfolg erzielen können, den die Obrigkeit mit ihnen zu erreichen beabsichtigt. Der alte Liberalismus, die auf den Lehren der klassischen Nationalökonomie aufgebaute Wirtschaftspolitik, lehnt daher alle diese Eingriffe grundsätzlich ab. Laissez faire et laissez passer! Aber auch der marxistische Sozialismus hat dem Interventionismus gegenüber keine andere Haltung eingenommen als die Liberalen. Er hat sich bemüht, die Widersinnigkeit aller interventionistischen Vorschläge, die er verächtlich mit dem Ausdruck »kleinbürgerlich« belegte, darzutun. Die Ideologie; die heute die Welt

---

<sup>1</sup> Vgl. Spann, Der wahre Staat, Leipzig 1921, S. 249.

beherrscht, empfiehlt aber gerade das vom Liberalismus und vom älteren Marxismus abgelehnte System der Wirtschaftspolitik.

## II. Das Wesen der »Eingriffe«.

Das Problem des Interventionismus darf nicht mit dem des Sozialismus vermengt werden. Nicht darum handelt es sich hier, ob ein sozialistisches Gemeinwesen in irgendeiner Form denkbar und durchführbar ist. Die Beantwortung der Frage, ob die menschliche Gesellschaft auf dem Gemeineigentum an den Produktionsmitteln aufgebaut werden kann oder nicht, ist eine besondere Aufgabe, die uns hier nicht beschäftigen soll. Das Problem, das wir vor Augen haben, ist das: Welche Wirkungen haben obrigkeitliche und andere Machteingriffe in einer auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln aufgebauten Gesellschaftsordnung? Können derartige Eingriffe den Erfolg erzielen, den sie anstreben?

Hier kommt es natürlich auf eine genaue Umschreibung des Begriffes »Eingriff« an.

1. Maßnahmen, die zum Zwecke der Aufrechterhaltung und Sicherung des Sondereigentums an den Produktionsmitteln getroffen werden, sind keine Eingriffe in unserem Sinne. Das ist so selbstverständlich, daß man es eigentlich gar nicht besonders hervorheben müßte. Wenn es doch nicht ganz überflüssig ist, so ist daran der Umstand schuld, daß man unser Problem häufig mit dem Problem des Anarchismus zu vermengen pflegt. Man argumentiert folgendermaßen: Wenn Tätigkeit des Staates zum Schutze des Sondereigentums als notwendig angesehen wird, dann sei nicht abzusehen, warum nicht auch darüber hinausgehendes Eingreifen des Staates zulässig sein sollte. Der Anarchist, der jede wie immer geartete Staatstätigkeit ablehnt, denke folgerichtig. Wer aber in richtiger Erkenntnis der Undurchführbarkeit des Anarchismus staatliche Organisation mit einem Zwangsapparat für notwendig hält, um die gesellschaftliche Kooperation der Individuen zu sichern, sei inkonsequent, wenn er diese Staatstätigkeit auf ein enges Gebiet beschränken will. Es ist klar, daß dieser Gedankengang ganz und gar verfehlt ist. Wir erörtern ja gar nicht die Frage, ob man im gesellschaftlichen Zusammenleben der Menschen ohne den organisierten Zwangsapparat, den man Staat oder Regierung nennt, auszukommen vermag oder nicht. Was wir untersuchen, ist allein das, ob es – vom Syndikalismus abgesehen – nur zwei denkbare Möglichkeiten für die Organisation der arbeitsteiligen Gesellschaft gibt: nämlich entweder Gemeineigentum oder Sondereigentum an

den Produktionsmitteln, oder ob es zwischen diesen – wie der Interventionismus annimmt – noch ein drittes System: das des durch obrigkeitliche Eingriffe regulierten Sondereigentums geben kann. Übrigens ist die Frage, ob staatliche Organisation notwendig sei oder nicht, von der Frage, auf welchen Gebieten und in welcher Weise sich die Staatsgewalt zu betätigen habe, scharf zu sondern. So wenig aus der Tatsache, daß der staatliche Zwangsapparat im gesellschaftlichen Leben nicht entbehrt werden kann, gefolgert werden darf, daß nun auch Gewissenszwang, Bücherzensur und ähnliche Maßnahmen ersprießlich seien, so wenig kann auch gefolgert werden, daß bestimmte Maßnahmen wirtschaftspolitischer Natur notwendig, nützlich oder auch nur möglich seien.

Zur Aufrechterhaltung des Sondereigentums an den Produktionsmitteln gehören aber die zum Schutze des Wettbewerbes getroffenen Verfügungen keineswegs. Ein weitverbreiteter Irrtum sieht in der Konkurrenz zwischen mehreren Erzeugern desselben Artikels das Wesentliche der dem Ideal des Liberalismus entsprechenden Wirtschaftsordnung. Doch das Wesen des Liberalismus liegt im Sondereigentum, nicht in der – übrigens mißverstandenen – Konzeption des freien Wettbewerbes. Nicht daß es viele Grammophonfabriken gibt, sondern daß die Produktionsmittel der Grammophonherzeugung nicht im Eigentum der Gesellschaft, sondern in dem Privater stehen, ist das Entscheidende. Teils von diesem Mißverstehen, teils von einer durch naturrechtliche Theorien beeinflussten Auslegung des Freiheitsbegriffes ausgehend, hat man versucht, die Entwicklung zum Großbetrieb durch Gesetze gegen Kartelle und Trusts aufzuhalten. Es ist nicht hier der Ort, über dieersprießlichkeit solcher Politik zu urteilen. Nur das ist festzustellen: Nichts kann für die Erkenntnis der volkswirtschaftlichen Funktion einer konkreten Maßnahme weniger wichtig sein als ihre Rechtfertigung oder Verwerfung durch irgendeine juristische Theorie. Die Rechtswissenschaft, die Staatslehre und die wissenschaftliche Disziplin der Politik können uns nichts sagen, was als Grundlage zur Entscheidung über das Für und Wider einer bestimmten Politik verwertet werden könnte. Und ganz bedeutungslos ist es, ob dies oder jenes den Bestimmungen irgendeines Gesetzes oder irgendeiner Verfassungsurkunde entspricht, mag diese auch so ehrwürdig und berühmt sein wie die Konstitution der Vereinigten Staaten von Amerika. Wenn menschliche Satzung sich als zweckwidrig erweist, dann muß sie geändert werden; niemals kann man es daher in der Erörterung der Zweckmäßigkeit einer Politik als Argument gelten lassen, daß sie gesetz-, rechts- oder verfassungswidrig



sei. Auch das ist übrigens so selbstverständlich, daß man es gar nicht erst erwähnen müßte, wenn es nicht immer wieder in Vergessenheit geraten würde. Wie man einst versucht hat, die deutsche Sozialpolitik aus dem Wesen des preußischen Staates und des »sozialen Königtums« abzuleiten, so sucht man in den Vereinigten Staaten in der wirtschaftspolitischen Diskussion mit Argumenten zu arbeiten, die aus der Verfassung oder aus der Auslegung der Begriffe Freiheit und Demokratie geholt sind. Eine sehr beachtenswerte Theorie des Interventionismus, die Lehre von Professor Commons, die auch praktisch größte Bedeutung hat, weil sie die Philosophie der La Follette-Partei und der Politik von Wisconsin darstellt, ist zu einem guten Teil auf diesen Gedankengängen aufgebaut. Die Autorität der amerikanischen Verfassung ist auf das Gebiet der Union beschränkt. Die Geltung der Ideale Demokratie, Freiheit und Gleichheit ist örtlich unbegrenzt, und überall sehen wir, wie in ihrem Namen die Forderung bald nach Beseitigung, bald nach »Einschränkung« des Sondereigentums erhoben wird. Alles dies ist für die Behandlung unseres Problems ohne jede Bedeutung und muß daher hier außer acht gelassen werden.

2. Sozialisierung eines Teiles der Produktionsmittel ist kein Eingriff in unserem Sinne. Der Begriff des Eingriffs hat zur Voraussetzung, daß das Sondereigentum der Einzelnen nicht aufgehoben wird, daß es vielmehr nicht nur dem Namen, sondern auch der Sache nach bestehen bleibt. Verstaatlichung einer Eisenbahnlinie ist kein Eingriff, wohl aber ist ein Eingriff ein Befehl, der einer Eisenbahnunternehmung vorschreibt, niedrigere Frachtsätze einzuhoben als sie einheben würde, wenn sie frei schalten könnte.

3. Nicht unter den Begriff des Eingriffs fallen Handlungen der Obrigkeit, die mit den Mitteln des Marktes arbeiten, d. h. solche, die Nachfrage oder Angebot durch Veränderung der Marktfaktoren zu beeinflussen suchen. Wenn die Obrigkeit Milch auf dem Markte kauft, um sie billig an arme Mütter zu verkaufen oder gar unentgeltlich zu verteilen, oder wenn sie Bildungsanstalten als Zuschußbetriebe führt, liegt kein Eingriff vor. (Über die Frage, ob der Weg, auf dem sich die Obrigkeit die Mittel zu diesem Vorgehen verschafft, als »Eingriff« anzusehen ist, wird noch gesprochen werden.) Dagegen wäre eine Vorschreibung von Höchstpreisen für Milch ein Eingriff.

Der Eingriff ist ein von einer gesellschaftlichen Gewalt ausgehender isolierter Befehl, der die Eigentümer der Produktionsmittel und die Unternehmer zwingt, die Produktionsmittel anders zu verwenden, als

sie es sonst tun würden. »Isolierter Befehl« bedeutet, daß der Befehl nicht Teil eines Systems von Befehlen bildet, das die ganze Produktion und Verteilung regelt und damit das Sondereigentum an den Produktionsmitteln beseitigt und an seine Stelle das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, den Sozialismus, setzt. Die Befehle, die wir im Auge haben, mögen sich noch so sehr häufen; solange sie nicht planmäßig darauf ausgehen, das Ganze der Wirtschaft zu lenken und an Stelle des Gewinnstrebens der Individuen allgemein den Gehorsam zur Triebfeder des Handelns zu machen, sind sie als isolierte Befehle anzusehen. Unter »Produktionsmittel« sind alle Güter höherer Ordnung, also alle noch nicht beim Konsumenten zum Gebrauch oder Verbrauch bereitliegenden Güter zu verstehen, so daß auch die bei den Händlern vorrätigen, im kaufmännischen Sinn als »gebrauchsreif« bezeichneten Waren inbegriffen sind.

Wir haben zwei Gruppen solcher Befehle zu unterscheiden: die einen hemmen oder erschweren unmittelbar die Produktion (im weitesten Sinne des Wortes, so daß darunter auch die Ortsveränderung von wirtschaftlichen Gütern zu verstehen ist), die andern suchen die Preise anders zu bestimmen, als der Markt sie bilden würde. Jene wollen wir die produktionspolitischen Eingriffe nennen; diese, die allgemein unter der Bezeichnung Preistaxen bekannt sind, wollen wir die preispolitischen Eingriffe nennen<sup>1</sup>).

### III. Die produktionspolitischen Eingriffe.

Über die unmittelbare Wirkung der produktionspolitischen Eingriffe ist vom nationalökonomischen Standpunkt nicht viel zu sagen. Das, was die Obrigkeit oder die den Eingriff setzende Gewaltorganisation zunächst erreichen will, kann sie durch den Eingriff erreichen. Ob sie damit auch die ferneren Ziele erreicht, die sie mit dem Eingriff mittelbar erreichen will, ist eine andere Frage. Und besonders ist noch zu beurteilen, ob der Erfolg auch die Kosten wert ist, d. h. ob die den Eingriff setzende Stelle den Eingriff auch dann setzen würde, wenn sie genau wüßte, was er kostet. Ein

---

<sup>1</sup> Man könnte im Zweifel darüber sein, ob es nicht zweckmäßig wäre, noch eine dritte Gruppe zu unterscheiden: die steuerpolitischen Eingriffe, das sind die Eingriffe, die in der Enteignung eines Teiles des Vermögens oder Einkommens bestehen. Wenn wir dies nicht tun, dann mag man dies damit rechtfertigen, daß die Wirkungen dieser Eingriffe teils denen der produktionspolitischen Eingriffe gleichkommen, teils darin bestehen, daß die Verteilung des Produktionsertrages beeinflußt wird, ohne daß die Produktion selbst von ihren Bahnen abgelenkt wird.

Zoll z. B. ist gewiß durchführbar, und der unmittelbare und nächste Erfolg des Zolles mag dem entsprechen, was die Regierung durch ihn angestrebt hat. Damit ist aber noch lange nicht gesagt, daß das, was die Regierung in letzter Linie mit ihm anstrebt, auch wirklich durch ihn erreicht werden kann. Hier setzt die Kritik der National-ökonomien ein; die Theoretiker des Freihandels haben nicht zeigen wollen, daß Zölle nicht möglich oder daß sie schädlich sind, sondern das, daß sie Folgen haben, die nicht gewollt waren, und daß sie das, was sie nach Meinung ihrer Befürworter leisten sollen, nicht leisten und nicht leisten können. Von noch größerer Bedeutung aber ist die Feststellung der Freihandelsschule, daß der Zollschutz – und dasselbe gilt von allen produktionspolitischen Eingriffen – die Ergiebigkeit der gesellschaftlichen Arbeit herabsetzt. Ob nun durch Zollschutz bewirkt wird, daß Getreide auf weniger fruchtbaren Äckern gebaut wird, während fruchtbarere brach liegen, oder ob durch Maßnahmen der gewerblichen Mittelstandspolitik (etwa Befähigungsnachweis für die Ausübung bestimmter Gewerbe wie in Österreich, oder steuerpolitische Bevorzugung der kleineren Betriebe) bewirkt wird, daß weniger leistungsfähige Betriebe auf Kosten der leistungsfähigeren gefördert werden, oder ob durch Beschränkung der Dauer der Arbeitszeit und der Vorwendung bestimmter Arbeiterkategorien (Frauen, Jugendliche) die Menge der zur Verfügung stehenden Arbeit vermindert wird, immer ist der Erfolg der, daß weniger mit dem gleichen Aufwand von Kapital und Arbeit erzeugt wird, als erzeugt worden wäre, wenn man den Eingriff unterlassen hätte, oder daß schon von Vornherein weniger Kapital und Arbeit für die Erzeugung zur Verfügung gestellt wird. Es mag sein, daß man auch in voller Kenntnis der Folgen den Eingriff vorgenommen hatte, weil man der Meinung ist, daß durch ihn andere – nicht rein wirtschaftliche – Ziele erreicht werden, die für wichtiger gehalten werden als der zu gewärtigende Ausfall an Produkten. Es ist freilich sehr zu bezweifeln, ob dieser Fall eintreten könnte. Denn alle produktionspolitischen Eingriffe werden entweder ausschließlich oder doch zum Teil durch Argumente befürwortet, die erweisen sollen, daß sie die Produktivität nicht hemmen, ja daß sie sie sogar heben. Selbst die gesetzlichen Maßnahmen zur Beschränkung der Arbeit der Frauen, der Jugendlichen und der Kinder wurden nur darum durchgeführt, weil man der Meinung war, daß durch sie allein den Unternehmern und Kapitalisten ein Nachteil zugefügt werde und daß den geschützten Arbeitergruppen Vorteil daraus erwachsen könne, weil sie nun weniger arbeiten müßten.

Man hat mit vollem Recht in der Kritik der Arbeiten der kathedersozialistischen Richtung darauf hingewiesen, daß es einen in letzter Hinsicht objektiven Begriff der Produktivität nicht geben könne, und daß alle Urteile über das Ziel des wirtschaftlichen Handelns subjektiv sind. Doch wenn wir davon sprechen, daß die produktionspolitischen Eingriffe die Produktivität der Arbeit herabsetzen, begeben wir uns noch gar nicht auf jenes Gebiet, auf dem die Verschiedenheit des subjektiven Werturteils Aussagen über die Ziele und über die Mittel des Handelns verbietet. Wenn durch die Bildung von möglichst autarken Wirtschaftsgebieten die internationale Arbeitsteilung unterbunden und die Ausnützung der Vorteile der spezialisierten Produktion im großen Maßstab und der Arbeit auf den besten Standorten unmöglich gemacht wird, dann wird ein Erfolg herbeigeführt, über dessen Unerwünschtheit die Meinungen der weitaus überwiegenden Anzahl der Erdenbewohner nicht geteilt sein dürften. Es mag, wie gesagt, manchen scheinen, daß die Vorteile, die die Autarkie bringt, die Nachteile, die mit ihr verbunden sind, übersteigen. Doch schon die Tatsache, daß man gewöhnlich in der Erörterung des Für und Wider solcher Maßnahmen entweder kühn behauptet, daß sie die Menge und Beschaffenheit der erzeugten Güter nicht vermindern, oder doch zumindest über diesen Punkt nicht mit voller Offenheit und Klarheit spricht, zeigt, daß man sich darüber nicht im Zweifel befindet, daß die Propaganda zugunsten dieser Maßnahmen wenig aussichtsreich wäre, wenn sie die volle Wahrheit über ihre Wirkungen zugeben würde.

Alle produktionspolitischen Eingriffe hemmen unmittelbar in irgendeiner Richtung die Produktion dadurch, daß sie aus dem Kreis der zur Verfügung stehenden Verwendungsmöglichkeiten für Güter höherer Ordnung (Boden, Kapital, Arbeit) bestimmte Verwendungsmöglichkeiten ausschalten. Es ist der Obrigkeit naturgemäß nicht gegeben, durch ein »Es werde« etwas zu schaffen, was nicht schon dagewesen ist. Nur der naive Inflationismus konnte glauben, daß der Staat durch ein »fiat money« die Menschheit reicher machen könnte. Die Obrigkeit kann nicht erschaffen, sie kann aber durch ihren Befehl Vorhandenes zwar nicht aus der Welt des Seins, doch aber aus der Welt des Erlaubten tilgen. Sie kann nicht reicher, aber sie kann ärmer machen.

Das liegt bei der Mehrzahl der produktionspolitischen Eingriffe so klar zutage, daß ihre Urheber es nur noch selten wagen, sich ihrer offen zu rühmen. Ganze Schriftstellergenerationen haben sich vergebens bemüht, den Nachweis zu erbringen, daß das Ergebnis dieser Eingriffe ein anderes sein könnte als das, die Menge und

Beschaffenheit des mit dem gleichen Aufwand Erzeugten zu vermindern. Es steht nicht dafür, sich mit den Argumenten, die etwa zugunsten des Schutzzolls vom rein wirtschaftlichen Standpunkte vorgebracht wurden, neuerdings auseinanderzusetzen. Alles was zugunsten von Schutzzöllen angeführt werden kann, ist nur das, daß die Opfer, die sie auferlegen, durch andere, nicht rein wirtschaftliche Vorteile aufgewogen werden könnten, z. B. daß es nationalpolitisch oder militärisch erwünscht sein könnte, sich vom Auslande mehr oder weniger abzuschließen<sup>1</sup>).

Daß der Erfolg der produktionspolitischen Eingriffe immer nur in der Herabsetzung der Ergiebigkeit der gesellschaftlichen Arbeit und mithin auch der Sozialdividende bestehen kann, ist so schwer zu verkennen, daß man es nicht wagt, sie als ein besonderes System der Wirtschaftspolitik zu verteidigen. Sie werden – wenigstens von der Mehrzahl ihrer Befürworter – heute nur noch zur Ergänzung der preispolitischen Eingriffe anempfohlen. Auf den preispolitischen, nicht auf den produktionspolitischen Eingriffen ruht das Schwergewicht des Systems des Interventionismus.

#### **IV. Die preispolitischen Eingriffe.**

Die preispolitischen Eingriffe gehen darauf aus, Preise von Gütern oder Dienstleistungen anders festzusetzen, als der unbehinderte Markt sie bilden würde.

Bei dem Preisstande, der sich auf dem unbehinderten Markte bildet oder, falls nicht die Obrigkeit die Freiheit der Preisbildung unterbunden hätte, bilden würde, werden die Produktionskosten durch den Erlös gedeckt. Wird von der Obrigkeit ein niedrigerer Preis anbefohlen, dann bleibt der Erlös hinter den Kosten zurück. Die Händler und Erzeuger werden daher, wenn es sich nicht um Waren handelt, die durch die Aufbewahrung eine schnelle Wertverminderung erleiden, vom Verkauf absehen, um die Ware für günstigere Zeiten aufzubewahren, etwa in der Erwartung, daß die obrigkeitliche Verfügung bald wieder rückgängig gemacht wird. Will die Obrigkeit nicht, daß der Erfolg ihrer Verfügung der sei, daß die betroffene Ware überhaupt aus dem Verkehr verschwindet, dann kann sie sich nicht darauf beschränken, den Preis festzusetzen; sie

---

<sup>1</sup> Zur Kritik dieser Behauptungen vgl. mein Buch: Nation, Staat und Wirtschaft, Wien 1919, S. 56 ff. (insbesondere auch im Hinblick auf die deutsche Politik seit dem Ende der 70er Jahre).

muß gleichzeitig auch schon verfügen, daß alle vorhandenen Vorräte zum vorgeschriebenen Preis verkauft werden.

Aber auch das genügt nicht. Zu dem ideellen Marktpreis hätten Angebot und Nachfrage sich gedeckt. Nun da durch obrigkeitliche Verfügung der Preis niedriger festgelegt wurde, ist die Nachfrage gestiegen, während das Angebot unverändert blieb. Die vorhandenen Vorräte reichen nicht aus, um alle, die den vorgeschriebenen Preis aufzuwenden bereit sind, voll zu befriedigen. Ein Teil der Nachfrage wird unbefriedigt bleiben. Der Marktmechanismus, der sonst Nachfrage und Angebot durch Veränderung des Preisstandes zur Deckung bringt, spielt nicht mehr. Nun müssen Personen, die bereit wären, den von der Obrigkeit vorgeschriebenen Preis auszulegen, unverrichteter Dinge den Markt verlassen. Diejenigen, die früher am Platze waren oder irgendwelche persönliche Beziehungen zu den Verkäufern auszunützen verstehen, haben bereits den ganzen Vorrat erworben; die anderen haben das Nachsehen. Will die Obrigkeit diese Folge ihres Eingriffes, die doch ihren Absichten zuwiderläuft, vermeiden, dann muß sie zur Preistaxe und zum Verkaufszwang auch noch die Rationierung hinzufügen. Eine obrigkeitliche Vorschrift bestimmt, wieviel Ware an jeden einzelnen Bewerber zum vorgeschriebenen Preis abgegeben werden darf.

Doch sind die im Augenblick des Eingriffes der Obrigkeit schon vorhandenen Vorräte einmal aufgebraucht, dann ergibt sich ein ungleich schwierigeres Problem. Da die Erzeugung bei Verkauf zu dem von der Obrigkeit vorgeschriebenen Preis nicht mehr rentabel ist, wird sie eingeschränkt oder ganz eingestellt. Will die Obrigkeit die Erzeugung weiter fortsetzen lassen, dann muß sie die Produzenten verpflichten, zu erzeugen, sie muß zu diesem Zwecke auch die Preise der Rohstoffe und der Halbfabrikate und die Arbeitslöhne festlegen. Diese Verfügungen dürfen sich aber nicht nur auf den einen oder die wenigen Produktionszweige beschränken, die man regeln will, weil man ihre Produkte für besonders wichtig erachtet. Sie müssen alle Produktionszweige umfassen, sie müssen die Preise aller Güter und jeglichen Arbeitslohn, das Verhalten aller Unternehmer, Kapitalisten, Grundbesitzer und Arbeiter regeln. Würden sie einige Produktionszweige freilassen, so würden Kapital und Arbeit in sie abströmen und das Ziel, das die Obrigkeit mit ihrem ersten Eingriff erreichen wollte, würde verfehlt werden. Die Obrigkeit will doch, daß gerade der Produktionszweig, den sie wegen der Wichtigkeit, die sie seinen Erzeugnissen beilegt, mit der besonderen Regelung bedacht hat, auch reichlich besetzt werde. Es

läuft ihrer Absicht durchaus zuwider, daß man ihn – gerade infolge des Eingriffes – vernachlässigen sollte<sup>1</sup>).

Das Ergebnis unserer Untersuchungen zeigt also deutlich: der isolierte preispolitische Eingriff in das Getriebe der auf dem Sonder Eigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Wirtschaftsordnung verfehlt den Zweck, den seine Urheber durch ihn erreichen wollen; er ist – im Sinne seiner Urheber – nicht nur zwecklos, sondern geradezu zweckwidrig, weil er das »Übel«, das durch ihn bekämpft werden soll, noch ganz gewaltig vermehrt. Ehe die Preistaxe erlassen wurde, war die Ware – nach der Meinung der Obrigkeit – zu teuer; nun verschwindet sie vom Markte. Das aber hat die Obrigkeit, die die Ware dem Verbraucher billiger zugänglich machen wollte, nicht beabsichtigt. Im Gegenteil: von ihrem Standpunkt muß der Mangel, die Unmöglichkeit, sich die Ware zu beschaffen, als das größere, als das weitaus größere Übel erscheinen. In diesem Sinne kann man von dem isolierten Eingriff sagen, daß er sinn- und zweckwidrig ist, und von dem System der Wirtschaftspolitik, das mit solchen Eingriffen arbeiten will, daß es undurchführbar und undenkbar ist, daß es der wirtschaftlichen Logik widerspricht.

Will die Obrigkeit die Dinge nicht dadurch wieder ins Geleise bringen, daß sie von ihrem isolierten Eingriff absteht, indem sie die Preistaxen wieder aufhebt, dann muß sie dem ersten Schritt weitere folgen lassen. Zum Befehl, keinen höheren Preis als den vorgeschriebenen zu fordern, müssen nicht nur der Befehl, die Vorräte zu verkaufen, und die Rationierung hinzutreten, sondern auch Preistaxen für die Güter höherer Ordnung und Lohntarife und schließlich Arbeitszwang für Unternehmer und Arbeiter. Und diese Vorschriften dürfen sich nicht auf einen oder einige wenige Produktionszweige beschränken, sondern sie müssen alle Zweige der Produktion umfassen. Es gibt eben keine andere Wahl als die: entweder von isolierten Eingriffen in das Spiel des Marktes abzusehen oder aber die gesamte Leitung der Produktion und der Verteilung an die Obrigkeit zu übertragen. Entweder Kapitalismus oder Sozialismus; ein Mittelding gibt es nicht.

---

<sup>1</sup> Darüber; inwiefern Preistaxen gegenüber Monopolpreisen wirksam werden können, vgl. meinen Artikel »Theorie der Preistaxen« im »Handwörterbuch der Staatswissenschaften«, 4. Auflage, 6. Band, S. 1061 f. (weiter unten als letztes Stück dieser Sammlung). Um die Bedeutung, die den gegen Monopolpreise gerichteten Preistaxen in der Gegenwart zukommt, richtig zu beurteilen, darf man sich nicht an den volkstümlichen Sprachgebrauch halten, der überall »Monopole« sieht, sondern muß den streng nationalökonomischen Monopolbegriff zugrunde legen.

Nehmen wir noch ein Beispiel: den Mindestlohn, die Lohnsteuer. Es ist dabei ohne Belang, ob die Obrigkeit selbst die Lohnsteuer unmittelbar verfügt oder ob sie duldet, daß die Gewerkschaften unter Androhung oder Anwendung von physischem Zwang es dem Unternehmer unmöglich machen, Arbeiter einzustellen, die für einen niedrigeren Lohn arbeiten wollten<sup>1</sup>). Mit den Löhnen müssen die Produktionskosten und damit auch die Preise steigen. Würden als Verbraucher (als Käufer der Endprodukte) nur Lohnempfänger in Betracht kommen, dann würden auf diesem Wege Erhöhungen des Reallohnes undenkbar sein. Was die Arbeiter als Lohnempfänger gewinnen, müßten sie als Konsumenten verlieren. Nun gibt es aber neben den Konsumenten, die Lohnempfänger sind, auch solche, deren Einkommen aus Besitz und aus Unternehmertätigkeit fließt. Deren Einkommen wird durch die Lohnerhöhung nicht erhöht; sie können die erhöhten Preise nicht bezahlen und müssen ihren Verbrauch einschränken. Der Rückgang des Absatzes führt zu Arbeiterentlassungen. Wäre der Zwang der Gewerkschaften nicht wirksam, dann müßte der Druck, den die Arbeitslosen auf den Markt ausüben, den künstlich in die Höhe getriebenen Lohn wieder auf den natürlichen Marktsatz herabdrücken. Nun aber gibt es diesen Ausweg nicht mehr. Die Arbeitslosigkeit – in der unbehinderten kapitalistischen Gesellschaftsordnung eine Friktionerscheinung, die immer wieder verschwindet – wird im Interventionismus zur ständigen Einrichtung.

Die Obrigkeit, die diesen Zustand ja nicht wollte, muß also wieder eingreifen. Sie zwingt die Unternehmer, entweder die entlassenen Arbeiter wieder einzustellen und zu dem vorgeschriebenen Satz zu entlohnen oder Abgaben zu leisten, von deren Ertrag an die Arbeitslosen Unterstützungen gezahlt werden. Durch diese Belastung wird das Einkommen der Besitzer und der Unternehmer aufgezehrt oder doch stark vermindert; es ist sogar nicht unberechtigt, anzunehmen, daß die Last von den Unternehmern und Besitzern

---

<sup>1</sup> Man beachte, daß es sich hier nicht um das Problem handelt, ob durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiter eine dauernde und allgemeine Hebung des Lohnniveaus erreicht werden kann, sondern darum, welche Wirkungen die durch die Anwendung physischen Zwanges künstlich erreichte allgemeine Lohnerhöhung haben muß. Um die geldtheoretische Schwierigkeit, daß eine allgemeine Preissteigerung ohne Verschiebung des Verhältnisses zwischen Geldvorrat und Geldbedarf unmöglich ist, kommt man durch die Annahme herum, daß gleichlaufend mit der Erhöhung der Löhne eine entsprechende Verminderung des Geldbedarfes durch Herabsetzung der Kassenhaltung (z. B. im Gefolge einer Vermehrung der Lohnauszahlungstermine) vor sich geht.



nicht mehr aus dem Einkommen getragen werden kann, sondern nur aus dem Vermögensstamm. Aber selbst wenn wir nur damit rechnen wollten, daß das nicht aus Lohnarbeit herrührende Einkommen durch diese Lasten erschöpft wird, ohne daß schon zu ihrer Bestreitung Kapital angegriffen werden müßte, erkennen wir, daß es zu Kapitalsaufzehrung kommen muß. Kapitalisten und Unternehmer wollen auch leben und konsumieren, wenn sie kein Einkommen erzielt haben; sie werden dann Kapital aufzehren. Es ist eben – in dem Sinne, von dem wir oben sprachen – zweck- und sinnwidrig, den Unternehmern, Kapitalisten und Grundbesitzern das Einkommen zu nehmen und ihnen die Verfügung über die Produktionsmittel zu belassen; daß Kapitalsaufzehrung schließlich die Löhne wieder herabdrücken muß, ist klar. Will man die Lohnbildung des Marktes nicht hinnehmen, dann muß man das ganze System des Sonder Eigentums beseitigen; durch Lohntaxen kann man das Lohnniveau nur vorübergehend und nur um den Preis künftiger Lohnreduktionen heben.

Das Problem der Lohntaxen hat für die Gegenwart so ungeheure Bedeutung, daß wir es noch an einem zweiten Schema erörtern müssen, das die Verhältnisse des internationalen Güter austausches berücksichtigt. Zwei Länder, Atlantis und Thule, stehen im wechselseitigen Güter austausch. Atlantis liefert Industrieerzeugnisse, Thule Bodenfrüchte. Nun findet Thule – man verehrt dort List – es für notwendig, eine eigene Industrie durch Schutzzölle ins Leben zu rufen. Der Enderfolg der (durch den Schutzzoll künstlich bewirkten) Industrialisierung Thules muß der sein, daß nun weniger Industrieerzeugnisse aus Atlantis bezogen, dagegen aber auch weniger Bodenerzeugnisse nach Atlantis geliefert werden. Beide Länder befriedigen ihre Bedürfnisse nun in höherem Maße unmittelbar durch die inländische Erzeugung, wobei freilich, weil nun unter weniger günstigen Bedingungen produziert wird, das Sozialprodukt kleiner ist als früher.

Zu diesem Endergebnis kommt es auf folgendem Wege: Auf die Zollbelastung ihrer Produkte in Thule antwortet die atlantische Industrie durch Herabsetzung der Löhne. Doch es ist nicht möglich, die ganze Zollbelastung durch Lohnreduktion wettzumachen. Denn in dem Augenblicke, in dem die Löhne zu sinken beginnen, wird für die Urproduktion die Erweiterung des Anbaus rentabel. Andererseits wird der Rückgang des Absatzes der thuleanischen Bodenerzeugnisse in Atlantis den Lohn in der Urproduktion in Thule senken und der Industrie Thules die Möglichkeit bieten, mit Hilfe der verbilligten Arbeitskraft der atlantischen Industrie Konkurrenz zu machen. Daß

– neben dem Rückgange des Ertrages der in der Industrie von Atlantis investierten Kapitalien und der Grundrente in Thule – in beiden Ländern auch der Arbeitslohn sinken muß, leuchtet ohne weiteres ein. Dem Rückgang des Sozialprodukts entspricht die Schmälerung des Einkommens.

Nun aber ist Atlantis ein »sozialer« Staat. Die Gewerkschaften verhindern die Ermäßigung der Löhne. Die Produktionskosten der atlantischen Industrie bleiben daher so hoch, wie sie vor Einführung des Zolles in Thule waren. Doch da der Absatz in Thule zurückgeht, muß es in Atlantis zu Arbeiterentlassungen in der Industrie kommen. Das Abströmen der Entlassenen in die Landwirtschaft wird durch Arbeitslosenunterstützungen verhindert. So wird die Arbeitslosigkeit zu einer dauernden Einrichtung<sup>1</sup>).

Englands ausländischer Kohlenabsatz ist zurückgegangen. Soweit die dadurch überzählig gewordenen Bergleute nicht abwandern dürfen, weil man sie in anderen Ländern nicht aufnehmen will, müssen sie in jene englischen Produktionszweige übergeleitet werden, die ihre Produktion erweitern, um den Ausfall, der durch den Rückgang der Ausfuhr in der Einfuhr entstehen muß, zu bedecken. Der Weg, auf dem es zu diesem Ergebnis kommt, ist die Lohnsenkung im Kohlenbergbau. Gewerkschaftliche Lohnbildung und Arbeitslosenunterstützung hemmen diesen unausweichlichen Prozeß wenn auch für Jahre, so doch nur vorübergehend. Denn endlich muß das Ergebnis der Rückbildung der internationalen Arbeitsteilung eine Senkung der Lebenshaltung der Massen sein, und diese Senkung wird um so größer sein, je mehr Kapital in der Zwischenzeit durch die »soziale« Intervention aufgezehrt wurde. Die Industrie Österreichs leidet darunter, daß in den Ländern, die ihr Absatzgebiet bilden, immerfort die Zölle erhöht und andere Hindernisse (z. B. durch die Devisenpolitik) der Einfuhr neu entgegengestellt werden. Sie kann auf Zollerhöhungen – wenn ihr nicht die Steuern ermäßigt werden – nur durch Herabsetzung der Löhne antworten. Alle anderen Produktionsfaktoren sind unbeweglich. Rohstoffe und Halbfabrikate müssen auf dem Weltmarkte eingekauft werden, Unternehmergewinn und Kapitalzins müssen – in Österreich ist ausländisches Kapital in stärkerem Maße investiert als österreichisches

---

<sup>1</sup> Darüber, inwieweit durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiter der Lohn vorübergehend gehoben werden kann, vgl. meinen Aufsatz: Die allgemeine Teuerung im Lichte der theoretischen Nationalökonomie im XXXVII. Band dieses Archivs, S. 570 f. – Über die Ursachen der Arbeitslosigkeit vgl. C. A. Verriijn Stuart, Die heutige Arbeitslosigkeit im Lichte der Weltwirtschaftslage, Jena 1922, S. 1 ff.; Robbins, Wages, London 1926, S. 58 ff.

Kapital im Auslande – den Verhältnissen des Weltmarktes entsprechen. Nur der Lohn ist national bedingt, weil Abwanderung der Arbeiter in größerem Umfang - infolge der »sozialen« Politik des Auslandes – unmöglich ist. Nur der Lohn könnte daher sinken. Die Politik, die den Lohn künstlich hoch hält und Arbeitslosenunterstützungen gewährt, schafft nur Arbeitslosigkeit.

Es ist unsinnig, aus der Tatsache, daß die Löhne in den Vereinigten Staaten höher sind als in Europa, zu folgern, daß man die europäischen Löhne erhöhen muß. Würden die Einwanderungsbeschränkungen in den Vereinigten Staaten, in Australien usf. fallen, dann könnten europäische Arbeiter abwandern, wodurch dann allmählich eine internationale Angleichung des Lohnniveaus angebahnt werden könnte.

Die Arbeitslosigkeit von Hunderttausenden und Millionen als Dauererscheinung auf der einen Seite und die Kapitalaufzehrung auf der andern Seite sind die Folgen des Interventionismus: der künstlichen Hochhaltung der Löhne durch die Gewerkschaften und der Arbeitslosenunterstützung.

## **V. Destruktion als Ergebnis der Interventionspolitik.**

Nur wenn man die Wirkung der dargestellten Eingriffe in den Ablauf der Wirtschaftsvorgänge einer auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung erkannt hat, kann man die Geschichte der letzten Jahrzehnte verstehen. Denn diese Eingriffe stellen seit der Überwindung des Liberalismus das Um und Auf der Politik in allen Staaten Europas und Amerikas dar.

Der nationalökonomisch nicht gebildete Beurteiler der Ereignisse sieht nur, daß die »Interessenten« doch immer wieder Auswege finden, um den Vorschriften der Gesetze zu entgehen. Daß das System schlecht funktioniert, schreibt er ausschließlich dem Umstände zu, daß die Gesetze nicht weit genug gehen und daß ihre Durchführung durch Korruption behindert wird. Gerade der Mißerfolg der Interventionspolitik bestärkt ihn in der Überzeugung, daß das Sondereigentum durch strenge Gesetze kontrolliert werden müsse. Die Korruption der mit der Ausführung der Staatsaufsicht betrauten Organe erschüttert nicht sein blindes Vertrauen in die Unfehlbarkeit und Makellosigkeit des Staates; sie erfüllt ihn nur mit moralischem Abscheu gegenüber den Unternehmern und Kapitalisten.

Die Übertretung der Gesetze ist aber nicht, wie von den Etablierten naiv gelehrt wird, ein in der schwer ausrottbaren menschlichen

Schwäche gelegener Übelstand, den man nur auszumerzen braucht, um das Paradies auf Erden zu schaffen. Würden die interventionistischen Gesetze wirklich beachtet werden, dann müßten sie sich in der kürzesten Zeit ad absurdum führen. Alle Räder würden stillstehen, weil der starke Arm des Staates ihnen zu nahe gekommen ist.

In den Augen unserer Zeitgenossen erscheint die Sache etwa so: Die Landwirte und die Milchhändler haben sich verschworen, um den Milchpreis zu erhöhen. Da kommt – das Allgemeininteresse gegen die Sonderinteressen, die volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte gegen die privatwirtschaftlichen ausspielend – der Wohltäter Staat, um Abhilfe zu schaffen. Er sprengt das »Milchkartell«, er setzt Höchstpreise für Milch fest und verfolgt strafgerichtlich die Übertreter der erlassenen Vorschriften. Daß die Milch dadurch nicht so wohlfeil wurde, als man es als Verbraucher wünschen würde, ist nur darauf zurückzuführen, daß die Gesetze nicht scharf genug sind und daß man sie nicht mit der erforderlichen Strenge durchführt. Es sei eben nicht leicht, gegen das die Allgemeinheit schädigende Profitstreben der Interessenten anzukämpfen. Die Gesetze müßten noch schärfer werden und rücksichtslos und ohne Erbarmen gehandhabt werden.

In Wahrheit verhalten sich die Dinge ganz anders. Würden die Preissatzungen wirklich durchgeführt werden, dann würden die Milchproduktion und die Zufuhr der Milch in die Städte stocken. Es stünde nicht mehr, sondern weniger Milch oder überhaupt keine Milch mehr zur Verfügung. Nur weil die Vorschriften umgangen werden, gibt es noch Milch für den Verbraucher. Wenn man die ganz unzulängliche und verkehrte etatistische Gegenüberstellung von volkswirtschaftlichem und privatwirtschaftlichem Interesse schon gelten lassen wollte, müßte man sagen: der Milchhändler, der dem Gesetz entgegenhandelt, dient dem Gemeinwohl, der Beamte, der die Preistaxe durchführen will, gefährdet es.

Selbstverständlich leitet den Geschäftsmann, der die Gesetze und Verordnungen der Obrigkeit übertritt, um ungeachtet der vom Staate aufgerichteten Hindernisse doch zu produzieren, nicht die Rücksicht auf das Gemeinwohl, das die Vorkämpfer des Interventionismus immerfort im Munde führen, sondern die Absicht, Gewinne zu erzielen, oder zumindest das Bestreben, die Verluste zu vermeiden, die ihm aus der Beachtung der Vorschriften erwachsen würden. Die öffentliche Meinung, die sich ob der Niedrigkeit solcher Gesinnung und der Verwerflichkeit solchen Tuns entrüstet, begreift es nicht, daß ohne diese systematische Mißachtung der obrigkeitlichen Gebote und Verbote die Undurchführbarkeit der Interventionspolitik

bald zu einer Katastrophe treiben müßte. Sie erwartet alles Heil von der strengen Beachtung der vom Staate »zum Schutze der Schwachen« erlassenen Verfügungen und tadelt die Obrigkeit nur, weil sie nicht stark genug sei, um alles Erforderliche zu verfügen, und weil sie die Durchführung der Normen nicht fähigeren und unbestechlicheren Personen übertrage. Die grundsätzlichen Probleme des Interventionismus werden überhaupt nicht erörtert. Wer auch nur schüchtern das »ob« der Beschränkung der Verfügungsgewalt der Kapitalisten und Unternehmer zu bezweifeln wagt, wird als Söldling im Dienste von der Gesamtheit schädlichen Sonderinteressen geächtet oder im günstigsten Falle mit stillschweigender Verachtung gestraft. Selbst in der Erörterung des »wie« des Interventionismus muß, wer nicht sein Ansehen und vor allem seine Karriere gefährden will, sehr vorsichtig sein. Nur allzu leicht kann man in den Verdacht geraten, dem »Kapital« zu dienen; wer in der Diskussion nationalökonomische Argumente gebraucht, wird diesem Verdacht nie entgehen können.

Wenn die öffentliche Meinung im interventionistischen Staatswesen überall Korruption wittert, ist sie freilich nicht im Unrecht. Die Bestechlichkeit der Politiker, der Parlamentarier und der Beamten ist ja das Fundament, das allein das System zu tragen vermag; ohne sie müßte es zusammenbrechen und entweder durch Sozialismus oder durch Kapitalismus ersetzt werden. Für den Liberalismus galten die Gesetze als die besten, die dem Ermessen der mit ihrer Durchführung betrauten Organe den engsten Spielraum boten, um Willkür und Mißbrauch möglichst auszuschließen. Der moderne Staat sucht die diskretionäre Gewalt seiner Organe zu stärken. Alles soll dem freien Ermessen der Beamten überlassen werden.

Die Rückwirkung der Korruption auf die öffentliche Moral kann hier nicht dargestellt werden. Selbstverständlich haben weder die Bestechenden noch die Bestochenen eine Vorstellung davon, daß ihr Handeln der Erhaltung des von der ganzen öffentlichen Meinung und auch von ihnen selbst als richtig angesehenen Systems gilt. Sie verletzen die Gesetze und haben dabei das Bewußtsein, das Gemeinwohl zu schädigen. Und weil sie nun allmählich die Gewohnheit annehmen, sich gegen Strafgesetze und gegen Moralvorschriften zu vergehen, verlieren sie schließlich ganz das Vermögen, zwischen Recht und Unrecht, Gut und Böse zu unterscheiden. Wenn kaum irgendeine Ware erzeugt oder umgesetzt werden kann, ohne daß man irgendwelchen Vorschriften zuwiderhandelt, dann hält man es schließlich für eine leidige Begleiterschei-

nung des »Lebens«, gegen Gesetz und Moral zu sündigen, und verspottet als »Theoretiker« die, die es anders haben wollen. Der Kaufmann, der damit begonnen hatte, Devisenvorschriften, Ein- und Ausfuhrverbote, Höchstpreissatzungen u. dgl. zu übertreten, gelangte bald dazu, auch seine Vertragspartner zu betrügen. Der Verfall der Geschäftsmoral, den man als »Inflationsfolge« bezeichnet, ist die notwendige Begleiterscheinung der zur Inflationszeit erlassenen, Handel und Wandel »regulierenden« Vorschriften gewesen.

Man hört mitunter die Behauptung vertreten, daß das System des Interventionismus durch die Laxheit der Durchführung ganz erträglich geworden sei. Selbst die preispolitischen Eingriffe würden von der Volkswirtschaft nicht mehr als allzugroße Störung empfunden, wenn die Unternehmer es sich durch Geld und gute Worte »richten« könnten. Es sei zwar nicht zu bestreiten, daß es ohne diese Eingriffe besser wäre, doch man müsse eben der öffentlichen Meinung entgegenkommen. Der Interventionismus sei ein Tribut, den man der Demokratie bringen müsse, um das System des Kapitalismus lebensfähig zu erhalten.

Diese Argumentation ist vom Standpunkte des marxistisch-sozialistisch oder staatssozialistisch denkenden Unternehmers und Kapitalisten verständlich. Ihm erscheint das Sondereigentum an den Produktionsmitteln als eine die Interessen der Gesamtheit schädigende Einrichtung zugunsten der Bodenbesitzer, Kapitalisten und Unternehmer. Die Aufrechthaltung des Sondereigentums liegt ausschließlich im Sonderinteresse der besitzenden Klassen.

Wenn nun diese Klassen das allein ihnen nützliche, die Gesamtheit und alle anderen Klassen schädigende Institut durch einige Zugeständnisse zu retten vermögen, die ihnen keine allzu großen Opfer auferlegen, dann wäre es töricht von ihnen, starrsinnig die Zugeständnisse zu verweigern und damit den Fortbestand der Gesellschaftsordnung, die ihnen allein Vorteile bringt, zu gefährden.

Wer diesen Standpunkt der Vertreter »bürgerlicher« Interessen nicht teilt, wird jene Argumentation nicht gelten lassen können. Es ist nicht einzusehen, warum man die Produktivität der volkswirtschaftlichen Arbeit durch irgendwelche verkehrte Maßnahmen vermindern soll. Hält man das Sondereigentum an den Produktionsmitteln für eine Einrichtung zugunsten eines Teiles und zum Schaden des andern Teiles der Gesellschaft, dann schaffe man es ab. Wenn man aber erkannt hat, daß es allen nützt, und daß die arbeitsteilende menschliche Gesellschaft anders gar nicht organisiert werden könnte, dann muß man es so aufrechterhalten, daß es seine

Funktion auch möglichst gut erfüllen kann. Von der Verwirrung aller Moralbegriffe, die entstehen muß, wenn Gesetz und Sittenkodex etwas verwerfen oder doch wenigstens als anrühlich erscheinen lassen, was man als Grundlage des gesellschaftlichen Lebens erhalten muß, sei gar nicht gesprochen. Doch welchen Zweck sollte es haben, etwas in der Erwartung zu verbieten, daß das Verbot doch in der Mehrzahl der Fälle umgangen werden wird?

Die, die den Interventionismus mit solchen Argumenten verteidigen, geben sich auch einer schweren Täuschung über das Ausmaß der Produktivitätsminderung hin, das aus den Eingriffen des Staates erwächst. Es ist richtig, daß die Anpassungsfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft über viele Hindernisse, die der Betätigung des Unternehmers in den Weg gelegt wurden, gesiegt hat. Wir sehen täglich, daß es Unternehmern gelingt, ungeachtet aller Schwierigkeiten, die Gesetz und Verwaltung ihnen bereiten, die Beschickung des Marktes mit Gütern und Diensten in Ausmaß und Beschaffenheit zu heben. Doch wir können nicht berechnen, um wie viel besser wir heute ohne größeren Arbeitsaufwand versorgt wären, wenn nicht das Um und Auf der Staatstätigkeit die Verschlechterung der Versorgung zum – freilich in letzter Linie nicht gewollten – Ziel hätte. Man denke doch an die Folgen aller handelspolitischen Eingriffe, über deren produktivitätsmindernde Wirkung doch wohl die Anschauungen nicht geteilt sein können. Man denke daran, wie die fortschreitende Rationalisierung der Betriebsführung durch den Kampf gegen die Kartelle und Trusts behindert wurde. Man denke an die Folgen der preispolitischen Eingriffe. Man denke daran, wie die künstliche Hochhaltung der Löhne durch den Koalitionszwang und die Verweigerung des Schutzes der Arbeitswilligen auf der einen Seite und durch die Arbeitslosenunterstützung auf der andern Seite und schließlich die Aufhebung der Freizügigkeit im zwischenstaatlichen Verkehr das Feiern von Millionen Arbeitern geradezu zu einer ständigen Erscheinung gemacht haben.

Die große Krise, unter der die Weltwirtschaft seit der Beendigung des Krieges leidet, wird von Etatisten und Sozialisten als Krise des Kapitalismus bezeichnet. In Wahrheit aber ist es die Krise des Interventionismus.

Im statischen Zustand der Wirtschaft kann es zwar brachliegenden Boden, aber nicht unverwendetes Kapital oder unbeschäftigte Arbeitskräfte geben. Bei dem Lohnsatz, der sich auf dem unbehinderten Markte bildet, finden alle Arbeiter Beschäftigung. Werden caeteris paribus irgendwo Arbeiter freigesetzt, z. B. durch Einführung neuer arbeitssparender Verfahren, dann muß dies auf die

Lohnhöhe drücken; zu dem neuen, niedrigeren Lohnsatz finden dann aber wieder alle Arbeiter Verwendung. Arbeitslosigkeit ist in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stets nur eine Übergangs- und Reibungserscheinung. Die verschiedenen Umstände, die der freien Beweglichkeit der Arbeit im Wege stehen, können die Angleichung des Lohnsatzes für gleichartige Arbeit von Ort zu Ort und von Land zu Land erschweren; sie können auch bewirken, daß der Unterschied in der Entlohnung von Arbeit verschiedener Qualität nicht in der Weise ausgedrückt wird, wie es sonst der Fall wäre. Niemals aber können sie – bei Freiheit der Betätigung der Unternehmer und Kapitalisten – dazu führen, daß Arbeitslosigkeit größeren Umfang oder längere Dauer annehmen kann. Arbeitssuchende finden immer Arbeit, wenn sie ihre Lohnforderung den Verhältnissen des Marktes anpassen.

Das Ergebnis des Weltkrieges und der destruktivistischen Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte wäre, wenn man die Lohnbildung des Marktes nicht gestört hätte, ein Niedergleiten der Löhne gewesen, aber keineswegs Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit, deren Umfang und Dauer heute als Beweis für das Versagen des Kapitalismus angeführt werden, ist die Folge des Umstandes, daß die Löhne durch die Gewerkschaften und durch die Arbeitslosenunterstützung über dem Stande erhalten werden, den sie auf dem unbehinderten Markte einnehmen würden. Würden keine Arbeitslosenunterstützungen gezahlt werden und würden die Gewerkschaften nicht die Macht haben, ein Unterbieten der von ihnen geforderten Löhne durch arbeitswillige Nichtmitglieder zu verhindern, dann würde der Druck des Angebotes den Lohn auf jenen Stand bringen, bei dem alle Hände Verwendung finden. Man mag diese Folge der antiliberalen und antikapitalistischen Politik mehrerer Jahrzehnte bedauern, aber man kann es nicht ändern. Nur durch Einschränkung des Konsums und durch Arbeit können die verlorenen Kapitalien wieder ersetzt werden, und nur durch Bildung von neuem Kapital kann die Grenzproduktivität der Arbeit und damit der Lohnsatz gehoben werden.

Man kann das Übel nicht damit bekämpfen, daß man an die Arbeitslosen Unterstützungen ausbezahlt. Auf diesem Wege schiebt man die letzten Endes unvermeidliche Anpassung des Lohnes an die gesunkene Grenzproduktivität der Arbeit nur hinaus. Und da die Unterstützungen in der Regel aus dem Kapital und nicht aus dem Einkommen herkommen, wird immer mehr Kapital aufgezehrt und so die künftige Grenzproduktivität der Arbeit herabgesetzt.



Man darf sich freilich nicht vorstellen, daß selbst eine sofortige Beseitigung der das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaftsordnung behindernden Schranken mit einem Schlage die Folgen jahrzehntelanger Interventionspolitik auslöschen könnte. Ungeheure Mengen von Produktivgütern sind vernichtet worden, noch größere sind durch die Zollpolitik und andere merkantilistische Maßnahmen in Verwendungen festgelegt worden, in denen sie überhaupt nicht oder nur mit geringem Erfolg genutzt werden können. Die Ausschaltung großer und fruchtbarster Teile der Welt (wie Rußland und Sibirien) aus der internationalen Tauschgesellschaft zwingt zu unproduktiver Umstellung in jedem Zweige von Urproduktion und Verarbeitung. Jahre würden selbst unter den günstigsten Umständen vergehen, bis es möglich wäre, die Spuren der verkehrten Politik der letzten Jahrzehnte zu tilgen. Aber: es gibt keinen andern Weg zu steigendem Wohlstand für alle.

## **VI. Die Doktrin des Interventionismus.**

Dem vorwissenschaftlichen Denken erschien die menschliche, auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln aufgebaute Gesellschaft als von Natur aus chaotisch. Ordnung könne in sie nur gebracht werden durch von außen herkommende Gebote der Moral und des Rechts. Nur wenn Käufer und Verkäufer sich an Gerechtigkeit und Billigkeit halten, kann die Gesellschaft bestehen. Um zu verhindern, daß durch willkürliches Abgehen vom »gerechten Preis« Unheil entstehe, habe die Obrigkeit einzugreifen. Diese Auffassung beherrscht alle Äußerungen über Dinge des gesellschaftlichen Lebens bis ins 18. Jahrhundert; sie tritt zum letztenmal in aller Naivität in den Schriften der Merkantilisten zutage.

Das 18. Jahrhundert macht dann eine – in manchen älteren Schriften über Geld und Preise schon vorbereitete – Entdeckung, die mit einem Schlage an die Stelle der Sammlung von Sittensprüchen, der kompendienartigen Zusammenstellung von Polizeimaßregeln und aphoristischer Bemerkungen über ihren Erfolg oder Mißerfolg eine Wissenschaft vom Ökonomischen treten läßt. Man erkennt, daß die Preise nicht willkürlich bestimmt werden, sondern durch die Lage des Marktes innerhalb so enger Schranken festgelegt sind, daß man für alle praktischen Probleme von ihrer eindeutigen Bestimmtheit reden kann. Man erkennt, daß die Unternehmer und die Besitzer der Produktionsmittel durch das Gesetz des Marktes in den Dienst der Verbraucher gestellt werden, und daß in ihrem Tun und Lassen nicht Willkür, sondern notwendige Anpassung an gegebene Verhält-

nisse waltet. Diese Tatsachen allein sind es, die eine Wissenschaft der Nationalökonomie und ein System der Katallaktik möglich machen. Wo die älteren Schriftsteller nur Willkür und Zufall sehen, sah man nun Notwendigkeit und Einheit. So konnte man an Stelle der Erörterung von Polizeivorschriften Wissenschaft und System treten lassen.

Der klassischen Nationalökonomie fehlt noch die klare Erkenntnis, daß das Sondereigentum an den Produktionsmitteln allein imstande sei, die Grundlage einer arbeitsteiligen Gesellschaft abzugeben, und daß das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln undurchführbar ist. Sie hat, indem sie, vom Merkantilismus beeinflusst, Produktivität und Rentabilität gegenübergestellt, den Weg betreten, auf dem es zur Erörterung der Frage kommen mußte, ob denn nicht die sozialistische Gesellschaftsordnung der kapitalistischen vorzuziehen sei. Aber sie hat klar erkannt, daß es – vom Syndikalismus, an den sie nicht dachte, abgesehen – nur die Alternative Kapitalismus oder Sozialismus gibt, und daß die »Eingriffe« in das Spiel der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln aufgebauten Wirtschaftsordnung, die die Stimme des Volkes fordert und die Regierungen gerne verfügen, das Ziel verfehlen.

Die antiliberalen Schriftsteller führen immer wieder aus, daß die Ideen der klassischen Nationalökonomie den »Interessen« der »Bourgeoisie« gedient hätten und daß sie deswegen einerseits selbst Erfolg erzielt, andererseits dem Bürgertum zu seinen Erfolgen verholfen hätten. Nun kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß nur die vom Liberalismus geschaffene Freiheit den Raum für die unerhörte Entwicklung der Produktivkräfte geboten hat, die die letzten Menschenalter gezeitigt haben. Doch wer glaubt, daß der Sieg des Liberalismus irgendwie durch seine Stellung zu den »Eingriffen« erleichtert worden sei, befindet sich in einem schweren Irrtum. Gegen den Liberalismus standen die Interessen aller durch das System der obrigkeitlichen Vielgeschäftigkeit Geschützten, Bevorzugten und Bevorrechteten. Daß der Liberalismus sich trotzdem durchsetzen konnte, war seinem geistigen Siege zuzuschreiben, der die Verteidiger der Privilegien matt setzte. Daß die durch die Privilegien Geschädigten sich für ihre Abschaffung einsetzten, war nichts Neues. Neu war bloß, daß der Angriff auf das System, das Privilegien zuließ, Erfolg hatte, und das war ausschließlich dem geistigen Sieg des Liberalismus zu danken.

Der Liberalismus hatte mit der Nationalökonomie gesiegt und durch sie. Keine andere wirtschaftspolitische Ideologie läßt sich mit der Wissenschaft der Katallaktik irgendwie vereinbaren. Man hat in

England in den zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts den Versuch unternommen, an der Hand der Nationalökonomie zu zeigen, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht befriedigend funktioniere und daß sie ungerecht sei; Marx hat dann daraus seinen »wissenschaftlichen« Sozialismus gemacht. Aber selbst wenn es diesen Literaten gelungen wäre, zu beweisen, was sie der kapitalistischen Wirtschaft vorwerfen, so hätten sie erst den weiteren Beweis zu erbringen gehabt, daß eine andere Gesellschaftsordnung – etwa die sozialistische – besser wäre als der Kapitalismus. Das aber haben sie nicht nur nicht getan; sie haben nicht einmal den Beweis zu erbringen vermocht, daß eine auf dem Gemeineigentum an den Produktionsmitteln beruhende Gesellschaftsordnung durchführbar wäre. Damit, daß man – wie der Marxismus – jede Erörterung der Probleme einer sozialistischen Gesellschaft als »utopisch« abtut und ächtet, hat man das Problem selbstverständlich nicht gelöst.

Von der »Gerechtigkeit« einer gesellschaftlichen Einrichtung oder einer Gesellschaftsordnung zu sprechen, ist überhaupt mit den Mitteln der Wissenschaft nicht möglich. Man mag immerhin nach Belieben dies oder jenes als »ungerecht« und »unsittlich« ansehen; kann man an Stelle des Verurteilten nichts anderes setzen, dann lohnt es nicht, darüber auch nur ein Wort zu verlieren.

Aber das alles geht uns hier nichts an. Für uns ist allein das von Bedeutung: Nie ist es gelungen, zu zeigen, daß – den Syndikalismus wollen wir außer acht lassen – zwischen oder neben der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung und der auf dem Gemeineigentum an den Produktionsmitteln beruhenden noch eine dritte Gesellschaftsordnung denkbar und möglich sei. Das zwischen beiden vermittelnde System des durch obrigkeitliche Maßnahmen beschränkten, geleiteten und regulierten Eigentums einzelner ist in sich selbst widerspruchsvoll und sinnwidrig; jeder Versuch, es ernstlich durchzuführen, muß zu einer Krise führen, aus der dann entweder Sozialismus oder Kapitalismus allein den Ausweg geben können.

Das ist ein Ergebnis der nationalökonomischen Wissenschaft, an dem nicht gerüttelt werden kann und an dem auch niemand zu rütteln versucht hat. Wer jene dritte Gesellschaftsordnung des regulierten Privateigentums empfehlen will, dem bleibt nichts anderes übrig, als die Möglichkeit wissenschaftlicher Erkenntnis auf dem Gebiete des Ökonomischen rundweg zu bestreiten, wie es die historische Schule in Deutschland getan hat und wie es die Institutionisten in den Vereinigten Staaten heute tun. An die Stelle der

Nationalökonomie, die feierlich abgeschafft und verboten wird, tritt die Staats- und Polizeiwissenschaft, die registriert, was die Obrigkeit verfügt hat, und Vorschläge darüber macht, was noch zu verfügen wäre. Man knüpft mit vollem Bewußtsein an die Merkantilisten, oder gar an die kanonistische Lehre vom gerechten Preis an und wirft die ganze Arbeit der Nationalökonomie zum alten Eisen.

Die deutsche historische Schule und die vielen Anhänger, die sie außerhalb Deutschlands gefunden hat, haben nie das Bedürfnis empfunden, sich grundsätzlich mit den Problemen der Katallaktik auseinanderzusetzen. Ihnen genügten vollauf die Argumente, die Schmoller und einige seiner Jünger, z. B. Hasbach, im berühmten Methodenstreite vorgebracht hatten. Nur drei Männer haben in den Jahrzehnten, die zwischen dem preußischen Verfassungskonflikt und der Weimarer Verfassung liegen, die Problematik des Prinzips der Sozialreform empfunden: Philippovich, Stolzmann und Max Weber. Von diesen drei hat aber nur Philippovich von dem Wesen und dem Inhalt der theoretischen Nationalökonomie Kenntnis gehabt. In seinem System stehen Katallaktik und Interventionismus unvermittelt nebeneinander, keine Brücke führt von jener zu diesem und für die Lösung des großen Problems wird nichts versucht. Stolzmann sucht das, was Schmoller und Brentano nur ungenügend angedeutet haben, grundsätzlich durchzuführen. Daß sein Unternehmen mißlingen mußte, war notwendig; peinlich ist nur die Feststellung, daß der einzige Vertreter der Schule, der an das Problem wirklich herangetreten ist, von dem, was die von ihm befehdete Richtung wollte, kaum eine Ahnung hatte. Max Weber blieb auf halbem Wege stehen, weil er – mit ganz andern Dingen beschäftigt – der theoretischen Nationalökonomie fern stand; vielleicht wäre er weiter gekommen, wenn ihn nicht ein allzufrüher Tod hingerafft hätte.

Seit mehreren Jahren spricht man von einem Wiedererwachen des Interesses für die theoretische Nationalökonomie an den deutschen Hochschulen. Man hat dabei eine Reihe von Schriftstellern im Auge, die wie Liefmann, Oppenheimer, Gottl u. a. m. in heftigster Weise gegen das System der modernen subjektivistischen Nationalökonomie, von dem sie nur die »Österreicher« kennen, losziehen. Es ist hier nicht der Platz, über die Frage der Berechtigung dieser Angriffe zu sprechen. Uns interessiert nur die Wirkung, die sie auf die Erörterung der Möglichkeit jenes Systems eines durch obrigkeitliche Eingriffe regulierten Sondereigentums ausüben. In dem jeder einzelne von diesen Schriftstellern alles, was die theoretische Nationalökonomie – Physiokraten, Klassiker, Moderne –

bisher geleistet hat, als ganz verfehlt abtut, dabei besonders die Arbeit der modernen Nationalökonomien, vor allem der »Österreicher«, als unbegreifliche Verirrung des menschlichen Geistes hinstellt und daraufhin ein, wie er meint, originales System der theoretischen Nationalökonomie mit dem Anspruch vorträgt, damit alle Zweifel zu beheben und alle Probleme endgültig zu lösen, wird beim Publikum der Anschein erweckt, daß auf dem Gebiete dieser Wissenschaft schlechterdings alles unsicher und problematisch sei und daß es theoretische Nationalökonomie nur als individuelle Ansicht einzelner Gelehrter gebe. Man konnte über dem Aufsehen, das die Bücher dieser Schriftsteller im deutschen Sprachgebiet erweckten, verkennen, daß es eine Wissenschaft der theoretischen Nationalökonomie gibt, deren System – von Abweichungen in Einzelheiten und ganz besonders auch in der Ausdrucksweise abgesehen – sich bei allen Freunden der Wissenschaft gleichen Ansehens erfreut, und dem, im Grunde genommen, trotz aller Kritik und aller Vorbehalte auch diese Schriftsteller selbst in den entscheidenden Fragen zustimmen. Und weil man dies nicht erfaßte, konnte man nicht die Notwendigkeit begreifen, das herrschende System der Wirtschaftspolitik an der Hand der nationalökonomischen Erkenntnisse zu prüfen.

Dazu kam überdies noch die Wirkung des Streites über die Zulässigkeit des Werturteils in der Wissenschaft. In den Händen der historischen Schule war die Universitätsdisziplin der Staatswissenschaften zu einer Kunstlehre für den Staatsmann und Politiker geworden. In den Hörsälen und in den Lehrbüchern wurden wirtschaftspolitische Forderungen erhoben und als »Wissenschaft« verkündet. Die »Wissenschaft« verdammt den Kapitalismus als unsittlich und ungerecht, lehnte die vom marxistischen Sozialismus vorgeschlagene Lösung als zu »radikal« ab und empfahl entweder Staatssozialismus oder eben das System des durch obrigkeitliche Eingriffe regulierten Sondereigentums. Nationalökonomie war nicht mehr eine Sache des Wissens und des Könnens, sondern der guten Gesinnung. Diese Verquickung von Universitätslehre und Politik begann man besonders seit dem Beginn des zweiten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts als anstößig zu empfinden. Die Mißachtung, in die die offiziellen Vertreter der Wissenschaft beim Publikum dadurch gekommen waren, daß sie es als ihre Aufgabe ansahen, den parteipolitischen Programmen ihrer Freunde die Weihe der »Wissenschaft« zu geben, und das Ärgernis, daß jede Partei sich auf das für sie sprechende Urteil der »Wissenschaft«, d. h. der in ihrem Gefolge einherschreitenden Inhaber von Lehrstühlen, zu berufen für

berechtigt hielt, konnten nicht länger ohne Widerspruch ertragen werden. Als nun Max Weber und einige seiner Freunde die Forderung aufstellten, die »Wissenschaft« habe darauf zu verzichten, Werturteile auszusprechen, und die Katheder dürften nicht länger zur Propaganda für wirtschaftspolitische Ideen mißbraucht werden, fanden sie fast allgemeine Zustimmung.

Unter denen, die Max Weber zustimmten oder zumindest nicht zu widersprechen wagten, befanden sich auch manche, deren ganze Vergangenheit dem Grundsatz der Objektivität widersprach und deren literarische Leistung nichts anderes als die Paraphrase bestimmter wirtschaftspolitischer Programme darstellte. Sie verstanden freilich die »Freiheit vom Werturteil in besonderer Weise. Ludwig Pohle und Adolf Weber hatten das Grundproblem des Interventionismus durch Untersuchung der lohnpolitischen Wirksamkeit der Arbeitervereine zur Erörterung gestellt. Die Anhänger der herrschenden Brentano-Webbschen Gewerkvereinsdoktrin waren nicht imstande, diesen Ausführungen irgend etwas Stichhaltiges zu entgegnen. Aus der Verlegenheit, in die sie dadurch geraten waren, schien sie das neue Postulat »werturteilsfreie Wissenschaft« zu befreien. Sie konnten über alles, was ihnen nicht paßte, hochmütig mit der Bemerkung zur Tagesordnung übergehen, daß es mit der Würde der Wissenschaft nicht vereinbar sei, sich in das Gezänk der Parteien einzumengen. So wurde der Grundsatz der Wertfreiheit, den Max Weber im besten Glauben zur Wiederaufnahme wissenschaftlicher Behandlung der Probleme des Gesellschaftslebens vertreten hatte, dazu verwendet, um die Doktrinen der historisch-realistisch-sozialpolitischen Schule gegen die Kritik der theoretischen Nationalökonomie zu schützen.

Man verkennt – vielleicht nicht ohne Absicht – immer wieder den Unterschied, der zwischen der Untersuchung nationalökonomischer Probleme und der Aufstellung wirtschaftspolitischer Postulate besteht. Wenn man z. B. die Wirkung von Preistaxen untersucht, feststellt, daß man durch die Anordnung eines unter dem Preise, der sich auf dem unbeeinflussten Markte bilden würde, liegenden Höchstpreises das Angebot caeteris paribus vermindert, und daraus folgert, daß die Preistaxe den Zweck, den die Obrigkeit mit ihr erreichen will, verfehlt, daß sie daher als Teuerungspolitik sinnwidrig ist, so heißt das nicht, Werturteile setzen. Auch wenn der Physiologe feststellt, daß der Genuß von Blausäure das menschliche Leben zerstört und daß daher ein »Ernährungssystem«, das Blausäure verwendet, sinnwidrig ist, so liegt darin kein Werturteil. Ob man ernähren oder töten will oder soll, das wird von der Physiologie

nicht beantwortet; sie stellt nur fest, was aufbaut und was zerstört, was der Ernährer und was der Mörder tun muß, um seinem Sinne gemäß zu handeln. Wenn ich sage, daß Preistaxen sinnwidrig sind, so ist damit gemeint: sie erreichen nicht den Zweck, den man durch sie gewöhnlich erreichen will. Wenn etwa ein Bolschewik sagen wollte: »Gerade darum, weil ihre Wirkungen nur in der Unterbindung des Funktionierens des Marktmechanismus bestehen, gerade weil sie die menschliche Gesellschaft in ein »sinnloses« Chaos verwandeln, wünsche ich sie, um so schneller zu meinem Ideal des Kommunismus zu gelangen«, so kann man ihm vom Standpunkte der Theorie der Preistaxen so wenig etwas entgegen wie vom Standpunkte der Physiologie einem Manne, der mit Blausäure töten will. Wenn in ähnlicher Weise die Sinnwidrigkeit des Syndikalismus und die Undurchführbarkeit des Sozialismus gezeigt wird, so hat das mit Werturteilen nicht das mindeste zu tun.

Es heißt der Nationalökonomie den Boden entziehen, wenn man alle diese Untersuchungen als unzulässig bezeichnet. Wir sehen heute, wie viele junge Kräfte, die sich unter anderen Umständen mit nationalökonomischen Problemen befaßt hätten, sich in Arbeiten erschöpfen, die ihrer Veranlagung nicht entsprechen und daher der Wissenschaft nur wenig förderlich sind, weil sie, in den geschilderten Irrtümern befangen, es scheuen, sich den wissenschaftlich belangreichen Aufgaben zu widmen.

## **VII. Das historische und das praktische Argument für den Interventionismus.**

Durch die Kritik der Nationalökonomie in die Enge getrieben, berufen sich die Vertreter der historisch-realistischen Schule schließlich auf die »Tatsachen«. Es könne nicht bestritten werden, daß alle die Eingriffe, die die Theorie als sinnwidrig erklärt, vorgenommen wurden und noch vorgenommen werden. Man könne nicht annehmen, daß ihre angebliche Zweckwidrigkeit von der Praxis nicht bemerkt worden wäre. Daß sich die interventionistischen Normen durch Jahrhunderte hindurch erhalten hätten, daß die Welt seit dem Verschwinden des Liberalismus wieder mit Interventionismus regiert werde, sei Beweis genug, daß das System durchführbar und erfolgreich und keineswegs sinnwidrig sei. Die reiche Literatur, in der die historisch-realistische Schule die Geschichte der

Wirtschaftspolitik dargestellt hat, bestätige vollauf die Doktrinen des Interventionismus<sup>1)</sup>.

Die Tatsache, daß bestimmte Maßnahmen ergriffen und immer wieder von Neuem ergriffen wurden, beweist nichts dafür, daß sie nicht sinnwidrig wären. Sie beweist nur, daß die, von denen sie ausgingen, ihre Sinnwidrigkeit nicht erkannt haben; das aber soll gar nicht bestritten werden. Es ist nämlich nicht so leicht, die Bedeutung einer wirtschaftspolitischen Maßregel zu erfassen, wie es die »Empiriker« glauben. Ohne Einblick in den Zusammenhang des Ablaufs der ganzen Wirtschaft, d. h. ohne umfassende Theorie geht es überhaupt nicht. Die Verfasser von wirtschaftsgeschichtlichen, wirtschaftsbeschreibenden, wirtschaftspolitischen und wirtschaftsstatistischen Arbeiten gehen gewöhnlich viel zu leichtfertig vor. Ohne die erforderlichen Kenntnisse auf dem Gebiete der Theorie wagen sie sich an Aufgaben, zu deren Behandlung sie ganz ungenügend geschult sind. Was nicht schon den Verfassern ihres Quellenmaterials aufgefallen ist, pflegt in der Regel auch ihrer Aufmerksamkeit zu entgehen. Wenn sie eine wirtschaftspolitische Verfügung besprechen, sind sie selten geneigt, mit der gebotenen Sorgfalt zu prüfen, ob und wie sie ausgeführt wurde, ob die beabsichtigte Wirkung auch erreicht wurde, und ob sie, falls sie eintrat, der besprochenen Maßnahme oder andern Ursachen zuzuschreiben ist. Die Fähigkeit, die weiter reichenden – vom Standpunkte ihrer Urheber erwünschten oder unerwünschten – Wirkungen zu erkennen, geht ihnen schon vollends ab. Daß aus der großen Menge dieser Arbeiten ein Teil der geldgeschichtlichen sich durch höhere Qualität heraushebt, hat seinen Grund in dem Umstand, daß ihre Verfasser mit einem gewissen Stock geldtheoretischer Kenntnisse (Greshamsches Gesetz, Quantitätstheorie) ausgerüstet und daher ihren Aufgaben besser gewachsen waren als der Durchschnitt.

Das Wichtigste, das ein Bearbeiter wirtschaftlicher »Tatsachen« mitbringen muß, ist vollkommene Beherrschung der national-ökonomischen Theorie. Seine Aufgabe ist es dann, das Material, das sich ihm bietet, an der Hand der Theorie zu deuten. Gelingt ihm dies nicht oder nicht in einer ihn voll befriedigenden Weise, dann hat er den kritischen Punkt genau aufzuzeigen und das der theoretischen Erklärung hier erwachsende Problem zu formulieren. Andere mögen versuchen, die Aufgabe zu lösen, an der er gescheitert ist. Denn das, um was es sich hier handelt, ist ein Versagen des Bearbeiters, nicht

---

<sup>1</sup> Vgl. Zwiedineck-Südenhorst, Macht oder ökonomisches Gesetz (Schmollers Jahrbuch, 49. Jahrgang), S. 278 ff.



ein Versagen der Theorie. Mit einer Theorie kann man alles erklären. Theorien versagen nicht an einzelnen Problemen, sondern an der Unzulänglichkeit ihres Ganzen. Und wer eine Theorie durch eine andere ersetzen will, muß sie entweder in das gegebene System einfügen oder ein neues System aufstellen, in dem sie Platz findet. Es ist ganz und gar unwissenschaftlich, von einer »Tatsache«, die man gerade vor Augen hat, ausgehend, das Versagen der »Theorie« und des Systems zu verkünden. Das Genie, dem es gegeben ist, die Wissenschaft durch neue Erkenntnis zu fördern, kann aus der Beobachtung des kleinsten und für andere unscheinbaren Vorganges zur tiefsten Erkenntnis geführt werden; sein Geist entzündet sich an jedem Gegenstand. Aber der Neuerer verdrängt das Alte durch ein Neues, nicht durch bloße Verneinung; er ist immer Theoretiker mit einem auf das Ganze und auf das System gerichteten Blick.

Auf die tiefere erkenntnistheoretische Frage des Widerstreites der Systeme haben wir hier nicht einzugehen. Denn für uns steht ja nicht eine Vielheit sich bekämpfender Systeme zur Erörterung. Wir haben, wenn wir das Problem des Interventionismus untersuchen, in der Nationalökonomie auf der einen Seite das System der modernen Nationalökonomie und mit ihm ausnahmslos auch alle ältere nationalökonomische Theorie, und auf der andern Seite die System- und Theorieleugner, mögen sie nun in der Bestreitung der Möglichkeit theoretischer Erkenntnis mehr oder weniger vorsichtige Ausdrücke verwenden. Ihnen hat man einfach zu antworten: Versucht ein System theoretischer Erklärung aufzustellen, das euch mehr befriedigt als unseres: Dann wollen wir erst weiter reden.

Alles, was die Bekämpfer der theoretischen Nationalökonomie in ihren Arbeiten vorbringen, ist natürlich auch »Theorie«. Ja, sie schreiben heute selbst »Theorien der Volkswirtschaft« und halten Vorlesungen über »Theoretische Nationalökonomie«. Was ihr Beginnen aber als unzulänglich erscheinen läßt, ist der Umstand, daß sie es unterlassen, die einzelnen Sätze ihrer »Theorie« zu einem System, zu einer Gesamtheorie der Katallaktik zusammenzuschließen. Nur durch das System und im System wird ein theoretischer Satz zur Theorie. Es ist sehr leicht, über Lohn, Rente und Zins verschiedenes zu sagen. Von einer Theorie kann man aber nur dort sprechen, wo die einzelnen Aussagen zu einer Gesamterklärung aller Marktvorgänge verbunden werden.

Die Naturwissenschaften können im Experiment alle störenden Einflüsse ausschalten und die Folgen der Veränderung eines Faktors *caeteris paribus* beobachten. Läßt sich das Ergebnis des Versuchs nicht befriedigend in das gegebene System der Theorie

einordnen, dann mag daraus die Anregung zu einer Ausgestaltung des Systems oder gar zu seinem Ersatz durch ein neues erwachsen. Doch man würde jeden verlachen, der aus dem Ergebnis eines Versuchs folgern wollte, es könne keine theoretische Erkenntnis geben. Den Gesellschaftswissenschaften fehlt das Experiment. Sie können die Wirkung eines Faktors nie *caeteris paribus* beobachten. Und dennoch wagt man es; ohne weiteres aus irgendeiner »Tatsache« zu folgern, die Theorie oder gar alle Theorie sei widerlegt.

Was soll man gar sagen, wenn man allgemeine Sätze hört, wie die: »Englands industrielle Suprematie im 18. und 19. Jahrhundert war die Folge der merkantilistischen Politik der früheren Jahrhunderte«, oder: »Das Steigen des Reallohnes in den letzten Jahrzehnten des 19. und den ersten des 20. Jahrhunderts ist den Gewerkschaften zu danken«, oder: »Die Bodenspekulation verteuert die Mieten«. Diejenigen, die diese Sätze verkünden, glauben sie unmittelbar aus der Erfahrung gezogen zu haben. Das wäre, meint man, nicht graue Theorie, sondern Frucht vom grünen Baume des Lebens. Und hartnäckig sträubt man sich dagegen, dem Theoretiker Aufmerksamkeit zu schenken, wenn er die einzelnen Sätze »der praktischen Erfahrung« dadurch zu prüfen sucht, daß er sie bis ans Ende denkt und sie zu einem systematischen Gefüge zusammenzufassen sucht.

Alle Argumente, die die empirisch-realistische Schule vorzubringen gewußt hat, ersetzen nicht den Mangel eines geschlossenen theoretischen Systems.

### **VIII. Neue Schriften über Probleme des Interventionismus.**

In Deutschland, dem klassischen Lande des Interventionismus, wurde die Notwendigkeit, sich ernstlich mit der Kritik auseinanderzusetzen, die die Nationalökonomie am Interventionismus geübt hatte, kaum empfunden. Der Interventionismus kam kampflos zur Herrschaft. Er durfte die von Engländern und Franzosen geschaffene Wissenschaft der Nationalökonomie, die schon List als den Interessen des deutschen Volkes abträglich gebrandmarkt hatte, unbeachtet lassen. Von den wenigen deutschen Nationalökonomern war Gossen ganz, Thünen nahezu unbekannt, Hermann und Mangold ohne tieferen Einfluß geblieben. Menger wurde dann im Methodenstreit »erledigt«. Um das, was seit dem Beginne der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts in der Nationalökonomie geschaffen wurde, kümmerte sich die offizielle Wissenschaft im Deutschen Reich nicht mehr. Alle Einwände, die gegen sie erhoben wurden, tat sie damit ab, daß sie sie als Vertretung der Sonderinteressen der Unter-

nehmer und Kapitalisten brandmarkte<sup>1</sup>). In den Vereinigten Staaten, auf die jetzt die Führung im Interventionismus überzugehen scheint, liegen die Dinge doch anders. In dem Lande, in dem J. B. Clark, Taussig, Fetter, Davenport, Young, Seligman wirken, geht es nicht an, sich wortlos über alles hinwegzusetzen, was die Nationalökonomie geleistet hat. Es war daher zu erwarten, daß in den Vereinigten Staaten der Versuch unternommen werden wird, die Durchführbarkeit und Sinnhaftigkeit des Interventionismus zu beweisen. John Maurice Clark, früher Professor der Universität von Chicago, seit Herbst r) 1926 wie früher sein großer Vater, John Bates Clark, Professor an der Columbia University in New York, hat sich dieser Arbeit unterzogen<sup>2</sup>).

Es ist freilich sehr zu bedauern, daß in dem umfangreichen Werke nur ein einziges, leider nur wenige Seiten umfassendes Kapitel sich mit dem Grundprobleme des Interventionismus befaßt.

Clark unterscheidet zwei Arten der staatlichen (gesellschaftlichen) Regelung der wirtschaftlichen Handlungen: Regelung der nebensächlichen Dinge (those in which the state is dealing with matters which are incidental to the main transaction) und Regelung der wesentlichen Dinge (those in which the »heart of the contract« is at stake and the state presumes to fix the terms of the exchange and dictate the consideration in money or in goods, or to say that the exchange shall not take place at all)<sup>3</sup>). Diese Unterscheidung deckt sich so ziemlich mit der von uns vorgenommenen, die die produktionspolitischen und die preispolitischen Eingriffe unterscheidet. Es ist ja klar, daß eine nationalökonomische Betrachtung des Interventionssystems gar nicht anders vorgehen kann.

Auch in der Beurteilung der Regelung der nebensächlichen Dinge der Geschäfte (control of matters incidental to the contract) gelangt Clark zu keinem andern Ergebnis als wir in der Beurteilung der produktionspolitischen Eingriffe. Auch er kann nicht umhin, festzustellen, daß sie nur produktionshemmend und produktionshindernd wirken können (such regulations impose some burdens on

---

<sup>1</sup> Vgl. die zutreffende Charakterisierung dieses Verfahrens bei Pohle, Die gegenwärtige Krisis in der deutschen Volkswirtschaftslehre, 2. Ausgabe, Leipzig 1921, S. 115 ff.

<sup>2</sup> Vgl. J. M. Clark, Social Control of Business. The University of Chicago Press 1926.

<sup>3</sup> Vgl. Clark, a. a. O., S. 450. - Um jedes Mißverständnis zu vermeiden, bemerke ich ausdrücklich, daß diese Unterscheidung mit der gemeinrechtlichen Unterscheidung der essentialia, naturalia und accidentalia negotii nichts zu tun hat.

industry) <sup>1)</sup>. Das ist alles, was uns an seinen Ausführungen interessiert. Die Erörterung des politischen Für und Wider solcher Eingriffe ist für unser Problem bedeutungslos.

In der Besprechung der Regelung der wesentlichen Dinge der Geschäfte (control of the »heart of the contract«), der unsere Kategorie der preispolitischen Eingriffe ungefähr entspricht, erwähnt Clark zunächst die amerikanischen Zinstaxen. Sie würden, meint er, durch Aufrechnung von Nebengebühren umgangen, die den Darlehensnehmer über den nominellen Zinssatz hinaus belasten. Für kleine Darlehen an Konsumenten habe sich ein illegaler Geschäftsverkehr entwickelt. Da anständige Leute solche Geschäfte nicht machen, seien sie die Domäne skrupelloser Elemente. Da solche Geschäfte das Licht der Öffentlichkeit scheuen müssen, würden enorme Zinssätze verlangt und gewährt, die weit das übersteigen, das verlangt und gewährt werden würde, wenn es keine Zinstaxen geben würde. Charges equivalent to several hundred per cent per year are the common thing. The law multiplies the evil of extortion tenfold <sup>2)</sup>.

Nichtsdestoweniger hält Clark Zinstaxen nicht für sinnwidrig. Man soll den Darlehensmarkt auch für diese Kategorie von Darlehen an kleine Leute zu Konsumzwecken zwar im übrigen frei gewähren lassen, aber durch Gesetz verbieten, höhere Zinsvergütung zu fordern, als der Marktlage entspricht. (The law... may render a great service in preventing the exaction of charges which are materially above the true market rate.) Der einfachste Weg zur Erreichung dieses Ziels sei to fix a legal rate for this class of loans which liberally covers all costs and necessary inducements, and to forbid all charges in excess of this rate <sup>3)</sup>.

Nun freilich, wenn die Zinstaxe die Zinssätze des Marktes als zulässig erklärt oder gar über sie freigebig hinausgeht, dann kann sie nicht schaden; sie ist nur unnütz und überflüssig. Bleibt sie aber hinter dem Satze, der sich auf dem unbehinderten Markte bilden würde, zurück, dann treten alle jene Folgen ein, die Clark selbst treffend in den angeführten Stellen gekennzeichnet hat. Was soll also die Zinstaxe? Darauf antwortet Clark: sie ist notwendig, um unfair discriminations zu verhindern <sup>4)</sup>.

---

<sup>1</sup> Ebendort S. 451.

<sup>2</sup> Ebendort S. 453 f.

<sup>3</sup> Ebendort S. 454.

<sup>4</sup> Ebendort S. 454.

Der Begriff der unfair discriminations (auch undue discriminations) stammt aus dem Gebiete der Monopole her <sup>1)</sup>. Ist der Monopolist als Verkäufer in der Lage, die Kauflustigen ihrer Kaufkraft und Kauflust nach in Schichten zu sondern, denen er dieselbe Ware oder Leistung zu verschiedenen Bedingungen anbietet, dann fährt er besser als bei Erstellung eines einheitlichen Preises. Diese Voraussetzungen sind bei Verkehrsanstalten, Beleuchtungs- und Kraftwerken und ähnlichen Betrieben in der Mehrzahl der Fälle gegeben. Die Frachttarife der Eisenbahnen stellen geradezu den klassischen Fall solcher Differenzierung dar. Sie »ungerechtfertigt« zu nennen, geht wohl nicht so ohne weiteres an, wie der Interventionist naiv und voll von Ressentiment gegen den Monopolisten annimmt. Doch wir haben uns um die Frage der ethischen Berechtigung eines Eingriffes nicht zu kümmern. Was wir vom Standpunkte der Wissenschaft allein festzustellen haben, ist das eine, daß dem Monopol gegenüber Raum für Eingriffe der Staatsgewalt gegeben ist.

Es gibt aber auch differentielle Behandlung verschiedener Käuferschichten gegen das Interesse des Monopolunternehmens. Das ist natürlich bewußt nur dort möglich, wo das Monopolunternehmen als Glied eines größeren Ganzen geführt wird, in dessen Rahmen es noch andern Zwecken dienstbar gemacht wird als dem der größten Rentabilität. Wir übergehen die Fälle, in denen es sich dabei um die Erreichung bestimmter nationalpolitischer, militärpolitischer oder sozialpolitischer Ziele u. dgl. m. durch Monopolisten handelt, die entweder selbst öffentliche Zwangsverbände sind oder unter ihrem Einflusse stehen. Beispiele wären etwa die Erstellung von Frachtsätzen nach handelspolitischen Gesichtspunkten oder die Differenzierung der Preise in Gemeindebetrieben nach dem Einkommen des Käufers. In diesen Fällen erfolgt die Differenzierung im Sinne der Interventionisten und wird von ihnen gebilligt. Für uns können nur jene Fälle von Bedeutung sein, in denen der Monopolist eine Differenzierung gegen das Rentabilitätsinteresse des Unternehmens durchführt, weil er auf die Interessen seines andern Unternehmens, die ihm wichtiger erscheinen, Rücksicht nimmt, oder weil er den Abnehmer aus persönlichen Gründen oder um ihn zu irgendeiner Handlung oder Unterlassung zu nötigen, ungünstiger stellen will. In den Vereinigten Staaten haben Eisenbahnunternehm-

---

<sup>1</sup> Vgl. aus der großen amerikanischen Literatur: Nash, *The Economics of Public Utilities*, New York 1925, S. 97, 371; Wherry, *Public Utilities and the Law*, New York 1925, S. 3 ff., 82 ff., 174. Vgl. auch Clark, a. a. O., S. 398 ff.

ungen durch Einräumung von billigeren Frachtsätzen einzelne Verfrachter, die ihrer Leitung nahestanden, im Wettbewerb gefördert und ihre Konkurrenten dadurch nicht selten genötigt, ihre Betriebe aufzulassen oder um einen niedrigen Preis abzutreten. Man hat diese Vorfälle überaus abfällig beurteilt, weil sie die Konzentration der Unternehmungen und der Betriebe und die Bildung von Monopolen befördert haben und die öffentliche Meinung in dem Verschwinden der Konkurrenz innerhalb jedes einzelnen Produktionszweiges ein Übel sehen wollte. Man verkannte eben, daß der Wettbewerb von seiten der Produzenten und Verkäufer sich nicht nur innerhalb der einzelnen Produktionszweige, sondern zwischen allen konsumverwandten Gütern – und konsumverwandt sind im weiteren Sinne alle Güter – abspielt und daß die Folgen der durch die wenigen echten Monopole – der Bergwerksproduktion und ähnlicher Zweige der Urproduktion – bewirkten Erhöhung des Preises vom Konkurrenzpreis auf den Monopolpreis durchaus nicht so unzweifelhaft für das Ganze nachteilig sind, wie die naive Monopolgegnerschaft anzunehmen bereit <sup>1)</sup>).

Doch in dem von Clark behandelten Fall des Darlehensmarktes für kleinere Kredite an Konsumenten, Kleinbauern, Kleinhändler und Handwerker ist von einer Monopolisierung nicht die Rede. Wie sollte es möglich sein, hier unfair discriminations zu machen? Wenn das Darlehen von einer Seite nicht zum Marktsatze gewährt wird, wendet sich der Kreditsuchende einfach an einen andern Geldgeber. Daß freilich jedermann – und ganz besonders in den Kreisen der Kreditbedürftigen dieser untersten Kategorie – leicht geneigt ist, seine eigene Bonität zu hoch einzuschätzen und die vom Kreditor geforderten Sätze als zu hoch zu bezeichnen, soll nicht bestritten werden.

Von den Zinstaxen geht Clark zur Besprechung der Mindestlohnsatzungen über. Eine »künstliche« Lohnerrhöhung, meint er, führt zu Arbeitslosigkeit. Die Lohnsteigerung erhöhe nämlich die Produktionskosten und damit den Preis der Produkte, die dann vom Markt nicht mehr in der Menge, die zum niedrigeren Preis abgesetzt wurde, aufgenommen werden. So gebe es dann auf der einen Seite unbefriedigte Kauflustige, die die Waren billiger, als sie auf dem Markt nun zu haben sind, erstehen möchten, und auf der andern Seite Arbeitslose, die bereit wären, um einen niedrigeren Lohn, als der Tarif ihn festgelegt hat, zu arbeiten; schließlich fänden sich

---

<sup>1)</sup> Vgl. darüber meine Gemeinwirtschaft, Jena 1922, S. 382 f. und meinen Liberalismus, Jena 1927, S. 80 ff.

Unternehmer, die diese potentielle Nachfrage und dieses potentielle Angebot zusammenzubringen bereit wären<sup>1)</sup>.

Soweit könnte man Clark wieder zustimmen. Doch nun kommt eine Behauptung, die durchaus fehl geht. Clark meint nämlich, auch die regulations affecting the incidental conditions of employment müßten dieselben Folgen nach sich ziehen, da auch sie die Produktionskosten steigern<sup>2)</sup>. Das ist eben nicht richtig. Wird die Lohnbildung auf dem Arbeitsmarkte frei gelassen, dann bedeuten Eingriffe, wie Kürzung der Arbeitszeit, Zwangsversicherung der Arbeiter auf Kosten der Unternehmer, Vorschriften über die Einrichtung der Betriebe, über Urlaub der Arbeiter bei Fortbezug des Lohnes u. dgl. m. keine Steigerung des Lohnes über den Marktsatz hinaus. Alle diese Lasten werden auf den Lohn überwältzt, werden vom Arbeiter getragen. Man konnte das übersehen, weil diese sozialpolitischen Eingriffe in erster Linie in einer Epoche steigender Reallöhne und sinkender Kaufkraft des Geldes zur Einführung gelangten, so daß die Nettolöhne, die an den Arbeiter bar ausgezahlt wurden, im Geldausdruck und im Naturalwert noch immer stiegen, trotzdem sie immer stärker durch Anrechnung solcher dem Unternehmer erwachsenden Spesen belastet wurden. In der Kalkulation des Unternehmers wird nicht bloß der Lohn des Arbeiters verrechnet, sondern alle aus der Verwendung eines Arbeiters entstehenden Kosten.

Wenn Clark dann weiter meint, Lohnerhöhungen wie andere Eingriffe zugunsten der Arbeiter may prove self-sustaining through raising the level of personal efficiency, through furnishing an added stimulus to the employer's search for improved methods, and through hastening the elimination of the least efficient employers and transferring their business to those who will conduct it more efficiently<sup>3)</sup>, so hat das mit unserem Problem gar nichts mehr zu tun. All das kann man auch von einem Erdbeben oder von einer andern Elementarkatastrophe behaupten.

Clark ist zu gut geschult in der Theorie und zu scharfsinnig, um nicht zu merken, wie unhaltbar seine ganze Beweisführung ist. Er schließt sie daher mit den Worten, die Frage, ob ein bestimmter Eingriff eine »violation of economic law« wäre, sei im Grunde a question of degree; in letzter Linie komme in Betracht, wie groß die durch ihn bewirkten Veränderungen der Kosten oder Marktwerte

---

<sup>1</sup> Vgl. Clark, a. a. O., S. 454.

<sup>2</sup> Vgl. Clark, a. a. O., S. 455.

<sup>3</sup> Ebendort.

seien. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage sei kein thing of precision and inexorable rigidity. Oft habe eine kleine Veränderung der Produktionskosten (a small change in costs of production) überhaupt keinen Einfluß auf den Endpreis, wo z. B. der Preis in runden Beträgen festgelegt zu werden pflegt und die Händler kleine Veränderungen der Kosten oder der Großhandelspreise auf sich nehmen. Und dann folgt Clarks letztes Wort. Starke Lohnsteigerungen ziehen die geschilderten Folgen nach sich, bei kleinen mag es anders sein <sup>1</sup>).

Betrachten wir es genau, so gibt Clark damit alles zu, was diejenigen behaupten, die den Interventionismus als zweck- und sinnwidrig bezeichnen. Daß die Folgen eines Eingriffes in ihrer Quantität von seiner Stärke abhängen, ist selbstverständlich und nie bestritten worden. Ein kleines Erdbeben zerstört weniger als ein großes, und ganz schwache Erdbeben hinterlassen überhaupt keine merklichen Spuren.

Es ist ganz und gar unwesentlich, daß Clark trotz alledem daran festhält, daß man solche Eingriffe vornehmen könne und sie befürwortet. Er muß zugeben, daß es dann notwendig sei, noch besondere Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Folgen zu beseitigen. Werden z. B. Preistaxen verfügt, so müsse man, um die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage zu beseitigen, rationieren. Und man müsse dafür sorgen, daß die Produktion, weil der gewöhnliche Antrieb geschwunden sei, should be directly stimulated <sup>2</sup>). Hier bricht Clark seine Ausführungen leider ab. Hätte er sie weiter fortgesetzt, dann hätte er notwendigerweise zur Erkenntnis gelangen müssen, daß es nur zwei Alternativen gibt: entweder von allen Eingriffen abzusehen oder aber, wenn man davon nicht lassen will, zur Behebung der discrepancy between supply and demand which the public policy has created soweit in immer neuen Eingriffen fortzuschreiten, bis die gesamte Produktion und Verteilung der Leitung des gesellschaftlichen Zwangsapparates unterstellt wird, also bis zur Vergesellschaftung der Verfügung über die Produktionsmittel, bis zum Sozialismus.

Es ist eine ganz unbefriedigende Lösung, wenn Clark für den Fall der Mindestlohnsatzungen empfiehlt, die durch sie arbeitslos

---

<sup>1</sup> A large increase in wage rates may be a »violation of economic law«, in the sense in which we are using the term, where a small increase would not be (ebendort S. 455).

<sup>2</sup> Ebendort S. 456.



Gewordenen durch öffentliche Arbeiten zu beschäftigen<sup>1)</sup>. Und wenn er auf energy, intelligence and loyalty hinweist, die alle Eingriffe erfordern, so ist das nichts als ein Ausdruck der Verlegenheit<sup>2)</sup>.

Government, sagt Clark im vorletzten Satze des diesen grundsätzlichen Erörterungen gewidmeten Kapitels seines Buches, can do a great deal of good by merely seeing to it that everyone gets the benefit of the market rate, whatever that is, and thus preventing the ignorant from being exploited on account of their ignorance<sup>3)</sup>. Das stimmt ganz mit der Auffassung des Liberalismus überein: die Regierung soll nichts anderes tun als durch Schutz des Sondereigentums und Beseitigung aller seiner Auswirkung entgegenstehenden Hemmnisse verhindern, daß einzelnen oder ganzen Gruppen der freie Zutritt zum Markte verwehrt werde. Das ist nichts anderes, als eine Umschreibung des Grundsatzes: Laissez faire, laissez passer. Es ist ohne besondere Bedeutung, ob man, wie es Clark offenbar tut, zur Erreichung dieses Zweckes eine besondere Aufklärungsarbeit für erforderlich hält oder nicht. Unkenntnis der Marktlage allein kann nicht der Umstand sein, der Kauflustige oder Arbeitsuchende an der Ausnützung der Konjunktur behindert; wenn die Verkäufer und die Unternehmer in der Aufsuchung der Kunden und der Arbeitswilligen nicht gestört werden, wird ihr Wettbewerb die Preise ermäßigen und die Löhne erhöhen, bis der der Marktlage entsprechende Satz sich einstellt. Doch wie dem auch sei, es stünde mit dem liberalen Prinzip durchaus nicht in Widerspruch, wenn die Regierung für Veröffentlichung aller für die Marktpreisbildung belangreichen Angaben fortlaufend Sorge tragen wollte.

Das Ergebnis der Untersuchungen, die Clark unserem Problem gewidmet hat, steht mithin mit dem, was in den vorangehenden Abschnitten unserer Abhandlung ausgeführt wurde, nicht im Widerspruch. Trotz des Eifers, den Clark dem Nachweis gewidmet hat, daß die vielberufenen »Eingriffe« nicht zweck- und sinnwidrig sind, ist es ihm nicht gelungen, mehr darzutun als das, daß die Eingriffe unter Umständen, nämlich dann, wenn sie quantitativ unbedeutend sind, auch nur unbedeutende Folgen nach sich ziehen, und daß quantitativ bedeutendere Eingriffe unerwünschte Folgen nach sich ziehen, denen man durch besondere Maßnahmen entgegenwirken müsse. Die Darstellung dieser besonderen Maßnahmen aber hat

---

<sup>1</sup> Ebendort S. 456.

<sup>2</sup> Ebendort S. 457.

<sup>3</sup> Ebendort S. 459.

Clark leider vorzeitig abgebrochen; hätte er sie, wie er es hätte tun müssen, bis ans Ende geführt, dann hätte auch seine Darlegung klar gezeigt, daß es keine andere Wahl geben kann, als entweder das Sondereigentum an den Produktionsmitteln frei gewähren lassen oder aber die Verfügung über die Produktionsmittel der organisierten Gesellschaft – ihrem Zwangsapparat, dem Staat – ganz zu übertragen, daß es also keine andere Alternative geben kann als die: Sozialismus oder Kapitalismus.

So kann denn auch das Werk von Clark, das der letzte und vollkommenste Ausdruck des amerikanischen Interventionismus ist, dort, wo es sich mit den grundsätzlichen Fragen des Interventionismus auseinandersetzt, zu keinem andern Ergebnis gelangen als zu dem, daß der Interventionismus ein in sich widerspruchsvolles und im Sinne seiner Urheber selbst zweckwidriges System ist, das sich folgerichtig nicht durchführen läßt und dessen Anwendung in jedem einzelnen Fall nichts anderes bewirken kann als Störungen im Ablaufe des Mechanismus der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung.

Auch Richard Strigl, ein der »österreichischen« Schule angehöriger Nationalökonom, dem wir die jüngste deutsche Behandlung unserer Probleme verdanken, steht, wenn auch nicht so ausgesprochen wie Clark, mit seinen persönlichen Sympathien auf der Seite des Interventionismus. Aus jeder Zeile seiner Arbeit, die den Versuch unternimmt, die lohntheoretischen Probleme des Interventionismus systematisch zu untersuchen <sup>1)</sup>, spricht deutlich das Bestreben, der Sozialpolitik im allgemeinen und der gewerkschaftlichen Politik im besonderen so viel Gutes nachzurühmen als nur irgendwie möglich ist. Alles, was Strigl vorbringt, wird vorsichtig verklausuliert, so etwa wie in früheren Jahrhunderten Schriftsteller vorsichtig ihre Worte setzten, um nicht der Inquisition oder der Zensur zu verfallen <sup>2)</sup>. Aber alle Konzessionen, die sein Herz der interventionistischen Denkkungsart macht, betreffen nur Nebendinge und die Einkleidung, in der sich die Lehre vorstellt. In der Sache selbst gelangt Strigl auf Grund scharfsinniger Untersuchung zu keinem andern Ergebnis als zu dem, das eine nationalökonomische Untersuchung des Interventionismus allein zeitigen kann. Man kann den Kern seiner Lehre aus dem Satze erkennen: »je mehr der Arbeiter leisten kann, desto mehr wird er, wenn diese Leistung von einer

---

<sup>1</sup> Vgl. Strigl, Angewandte Lohntheorie, Untersuchungen über die wirtschaftlichen Grundlagen der Sozialpolitik. Leipzig und Wien 1926.

<sup>2</sup> Besonders charakteristisch a. a. O., S. 71 ff.

Art ist, die in der Wirtschaft gebraucht wird, verdienen können, ganz gleich, ob der Lohn auf dem freien Markte sich bildet oder im Vertrage festgelegt wird«<sup>1)</sup>. Es bereitet Strigl offensichtlich Kummer, daß dem so ist; aber er kann es nicht und will es nicht bestreiten.

Strigl legt das Hauptgewicht darauf, daß durch die künstliche Erhöhung des Lohnes Arbeitslosigkeit geschaffen wird<sup>2)</sup>. Das ist unzweifelhaft richtig für den Fall, daß die Löhne nur in einzelnen Zweigen der Produktion oder nur in einzelnen Ländern erhöht werden oder daß die Erhöhung in den verschiedenen Branchen und Ländern ungleichmäßig erfolgt, oder daß von der Geldseite her der allgemeinen Preissteigerung entgegengewirkt wird. Der von Strigl untersuchte Fall ist unzweifelhaft für die Erkenntnis dessen, was heute vorgeht, wichtig. Doch für die grundsätzliche Erfassung der Probleme muß man auch noch eine andere Annahme zugrunde legen. Nur wenn man davon ausgeht, daß die Lohnsteigerung gleichmäßig und gleichzeitig in den verschiedenen Produktionszweigen und in den verschiedenen Ländern erfolgt und wenn man die geldtheoretischen Einwendungen durch zweckentsprechende Annahmen ausschaltet, wird das Ergebnis der Untersuchung jene allgemeine Gültigkeit besitzen, die wir benötigen, um den Interventionismus ganz zu verstehen.

Von den interventionistischen Maßnahmen wird im Deutschen Reiche und in Österreich heute kaum eine andere so sehr angegriffen wie der Achtstundentag. Man vertritt vielfach die Ansicht, daß es keinen andern Weg zur Behebung der wirtschaftlichen Notlage gebe als den, die gesetzliche Begrenzung des Arbeitstages mit 8 Stunden zu beseitigen; mehr und intensivere Arbeit wird gefordert. Dabei wird als selbstverständlich vorausgesetzt, daß mit der Verlängerung der Arbeitszeit und der Erhöhung der Arbeitsleistung keine Steigerung des Lohnes erfolgen oder daß zumindest die Lohnsteigerung hinter der Steigerung der Arbeitsleistung zurückbleiben soll, so daß die Arbeit billiger wird. Gleichzeitig wird Erleichterung der »sozialen Lasten« jeglicher Art – in Österreich auch Beseitigung der vom Unternehmer zu entrichtenden Lohnsummenabgabe (»Fürsorgeabgabe«) – gefordert, wobei ebenfalls stillschweigend vorausgesetzt wird, daß die Ersparnis dem Unternehmer verbleiben soll. In dieser indirekten Weise wird eine Verbilligung der Arbeitskraft angestrebt. Den Bemühungen, die unmittelbar eine

---

<sup>1</sup> A. a. O., S. 106.

<sup>2</sup> A. a. O., S. 65 ff., S. 116 f.

Lohnherabsetzung anstreben, kommt gegenwärtig nur geringe Bedeutung zu.

In der Erörterung der Probleme des Achtstundentages und der Arbeitsintensität in den sozialpolitischen Fachblättern und in der wirtschaftspolitischen Literatur kann man nun einen langsamen, aber doch stetigen Fortschritt zur Erfassung der nationalökonomischen Seite der Frage erkennen. Selbst Schriftsteller, die ihre Vorliebe für den Interventionismus nicht verhehlen, geben die Richtigkeit der wichtigsten gegen den Interventionismus vorgebrachten Argumente zu. Nur selten begegnet man noch jener Blindheit in der grundsätzlichen Beurteilung dieser Dinge, die das Schrifttum vor dem Kriege kennzeichnete.

Die Herrschaft der interventionistischen Schule ist freilich heute noch nicht gebrochen. Von Schmolers Staatssozialismus und Etatismus und von Marxens egalitärem Sozialismus und Kommunismus sind im politischen Leben der Völker heute nur noch die Namen übrig geblieben; das sozialistische Ideal selbst hat aufgehört, unmittelbare politische Wirkung zu üben; seine eigenen Anhänger – selbst die, die zu seiner Durchsetzung noch vor wenigen Jahren Ströme von Blut vergossen haben – haben es aufgegeben oder doch wenigstens vorläufig zurückgestellt. Doch der Interventionismus, den sowohl Schmo11er als auch Marx – jener als Gegner jeder »Theorie« ganz unbedenklich, dieser in unlösbarem Widerspruch zu allen seinen theoretischen Lehren mit schlechtem Gewissen – neben ihrem Sozialismus und in Widerspruch zu ihm vertreten haben, beherrscht heute die Geister.

Ob die politischen Voraussetzungen für eine Abkehr des deutschen Volkes und der andern führenden Völker von der interventionistischen Politik gegeben sind, soll hier nicht geprüft werden. Wer unbefangen die Dinge betrachtet, wird eher den Eindruck gewinnen, daß der Interventionismus noch im Vordringen begriffen ist; für England und die Vereinigten Staaten dürfte dies kaum zu bestreiten sein. Sicher aber ist, daß die Versuche, den Interventionismus vom Standpunkte der theoretischen Nationalökonomie – nicht vom Standpunkte irgendeines bestimmten Systems, sondern überhaupt vom Standpunkt eines beliebigen Systems – als sinnvoll erscheinen zu lassen, heute ebenso vergeblich sind, wie sie es stets waren. Von der Nationalökonomie führt kein Weg zum Interventionismus. Alle Erfolge des Interventionismus in der praktischen Politik waren »Siege über die Nationalökonomie«.

Interventionismus.

# Gebundene Wirtschaft

## I. Die herrschende Lehre von der gebundenen Wirtschaft.

Mit wenigen Ausnahmen treten heute alle, die sich in Wort und Schrift zu den wirtschaftspolitischen Fragen der Gegenwart äußern, für interventionistische Eingriffe ein. Diese Einmütigkeit bedeutet aber keineswegs etwa, daß die interventionistischen Maßnahmen der Regierungen und der übrigen gesellschaftlichen Zwangsmächte gebilligt werden. Interventionistische Maßnahmen werden von den Verfassern wirtschaftspolitischer Bücher und Abhandlungen, von den Journalisten und von den politischen Parteien gefordert, ehe sie getroffen wurden; sind sie aber einmal verfügt worden, dann ist niemand mit ihnen einverstanden, dann bezeichnet sie jedermann – in der Regel selbst die Machthaber, die für sie verantwortlich sind – als ungenügend und unzulänglich. Und allgemein wird dann die Forderung erhoben, daß an Stelle der unbefriedigenden Eingriffe andere, zweckmäßigere gesetzt werden sollen. Sind dann die neuen Forderungen erfüllt worden, dann beginnt wieder dasselbe Spiel. So allgemein das Verlangen ist, am interventionistischen System festzuhalten, so allgemein ist auch die Ablehnung aller konkreten Maßnahmen der interventionistischen Politik.

Freilich, so oft die vollständige oder teilweise Aufhebung eines bestimmten Eingriffes erörtert wird, treten auch Stimmen auf, die vorschlagen, an dem Verfügten nicht zu rütteln. Doch da handelt es sich kaum jemals um Billigung der getroffenen Maßnahme, vielmehr um die Abwehr von Maßnahmen, die als das größere Übel angesehen werden. Die Viehzüchter z. B. sind kaum jemals und irgendwo durch die Zölle und durch die veterinärpolizeilichen Bestimmungen, die zur Behinderung der Einfuhr von Vieh, Fleisch und Fett aus dem Ausland getroffen wurden, zufriedengestellt worden. Wird aber von den Verbrauchern die Beseitigung oder Milderung dieser Vorschriften verlangt, dann setzen sie sich begreiflicherweise für ihre Beibehaltung ein. Die Vorkämpfer des gesetzlichen Arbeiterschutzes haben noch jede der bisher getroffenen Verfügungen als ungenügendes Stückwerk bezeichnet, das man höchstens als Abschlagszahlung hinnehmen könne; erst wenn eine dieser Verfügungen – wie heute etwa die gesetzliche Beschränkung der täglichen

Arbeitszeit auf 8 Stunden – rückgängig gemacht werden soll, treten sie zu ihrer Verteidigung auf den Plan.

Wer einmal erkannt hat, daß interventionistische Politik notwendigerweise sinn- und zweckwidrig ist, weil sie niemals das erreichen kann, was ihre Befürworter und Urheber durch sie zu erreichen hoffen, der wird diese Stellungnahme zu den konkreten Eingriffen durchaus verstehen. Auffallend ist allein das, daß man ungeachtet der unbefriedigenden Erfolge der interventionistischen Politik und ungeachtet des Umstandes, daß kein Versuch, sie theoretisch als sinnvoll zu erweisen, gelingen konnte, dennoch hartnäckig an ihr festzuhalten sucht. Der Gedanke, man könnte wieder zu liberaler Wirtschaftspolitik zurückkehren, erscheint den meisten so absurd, daß sie sich kaum die Mühe geben, sich mit ihm zu beschäftigen.

Die Verteidiger des Interventionismus pflegen sich mitunter darauf zu berufen, daß der Liberalismus einer vergangenen Geschichtsepoche angehöre. Jetzt aber sei das Zeitalter »konstruktiver Wirtschaftspolitik«, nämlich des Interventionismus, angebrochen. Man könne das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen und das, was einmal dahingeschwunden ist, zurückbringen. Wer heute Liberalismus fordert und damit die Losung »zurück zu Adam Smith« verkünde, verlange Unmögliches.

Nun ist es durchaus nicht richtig, daß der Liberalismus von heute mit dem der englischen Liberalen des 18. und 19. Jahrhunderts identisch ist. Der moderne Liberalismus baut sich wohl auf den großen Ideen auf, die Hume, Adam Smith, Ricardo, Bentham und Wilhelm Humboldt verkündet haben. Doch der Liberalismus ist keine abgeschlossene Lehre und kein starres Dogma; er ist Anwendung der Lehren der Wissenschaft auf das gesellschaftliche Leben der Menschen, auf die Politik. Nationalökonomie und Gesellschaftslehre haben seit den Tagen der Begründung der liberalen Lehre große Fortschritte gemacht, und so mußte sich auch der Liberalismus, mag auch der Grundgedanke unverändert geblieben sein, wandeln. Wer sich die Mühe gibt, den modernen Liberalismus zu studieren, wird bald finden, worin sich dieser von dem älteren Liberalismus unterscheidet, und erkennen, daß es heute doch wohl nicht angeht, die Kenntnis des Liberalismus allein aus Adam Smith zu schöpfen oder zu behaupten, die Forderung nach Aufhebung der interventionistischen Eingriffe sei identisch mit dem Rufe: zurück zu Adam Smith.

Der moderne Liberalismus unterscheidet sich vom Liberalismus der Wende des 18. und des 19. Jahrhunderts mindestens so sehr

wie der moderne Interventionismus vom Merkantilismus des 17. und des 18. Jahrhunderts. Es ist nicht folgerichtig, die Rückkehr zum Freihandel als Anachronismus zu bezeichnen, wenn man in der Rückkehr zum Schutz- und Prohibitivsystem keinen Anachronismus erblicken will.

Ganz besonders genügsam in den Anforderungen, die man an eine wissenschaftliche Erklärung des Interventionismus zu stellen hat, zeigen sich jene, die den Wandel der Wirtschaftspolitik einfach auf den Zeitgeist zurückführen. Der kapitalistische Geist sei nun durch den Geist der gebundenen Wirtschaft abgelöst worden. Der Kapitalismus sei alt geworden und müsse darum dem jungen Neuen weichen, und dieses Neue sei eben die durch staatliche und andere Eingriffe gebundene Wirtschaft. Wer ernstlich glaubt, daß man mit solchen Behauptungen die Folgerungen zu widerlegen vermag, zu denen die nationalökonomische Lehre von den Wirkungen der Zölle oder von den Wirkungen der Preistaxen gelangen muß, dem ist wohl nicht zu helfen.

Eine andere weitverbreitete Lehre arbeitet mit dem mißverstandenen Begriffe der »freien Konkurrenz«. Man stellt zunächst nach Art der naturrechtlichen Postulate ein Ideal freien und unter gleichen Bedingungen vorsichgehenden Wettbewerbs auf und findet dann, daß die auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhende Wirtschaftsordnung diesem Ideal durchaus nicht entspricht. Da man nun die Verwirklichung des Postulates »wirklich freier und unter gleichen Bedingungen vorsichgehender Konkurrenz« stillschweigend als höchstes Ziel der Wirtschaftspolitik ansieht, werden verschiedene Reformen vorgeschlagen; im Namen dieses Ideals fordern die einen Sozialismus, den sie »liberal« nennen, weil sie offenbar das Wesen des Liberalismus in jenem Ideal erblicken, fordern andere wieder verschiedenartige interventionistische Maßnahmen. Doch die Wirtschaft ist kein Wettspiel um einen Ehrenpreis, zu dem die Bewerber unter den durch die Spielregeln umschriebenen Bedingungen antreten. Will man feststellen, welches Pferd eine bestimmte Strecke in der kürzesten Zeit zurückzulegen vermag, dann wird man die Bedingungen, unter denen die Pferde rennen, möglichst gleichzumachen trachten. Ist etwa die Wirtschaft eine Leistungsprüfung, in der festgestellt werden soll, welcher Bewerber unter gleichen Bedingungen am billigsten erzeugen könnte?

Die Konkurrenz als gesellschaftliche Erscheinung hat mit der Konkurrenz im Spiel nichts zu tun. Es ist Begriffsverwirrung, das Postulat der »Gleichheit der Bedingungen« aus den Spielregeln des Sports oder aus der Anordnung wissenschaftlicher und technolog-



ischer Laboratoriumsversuche auf die Wirtschaftspolitik zu übertragen. In der Gesellschaft besteht zwischen den Menschen Wettbewerb, und zwar in jeder denkbaren Gesellschaftsordnung, nicht etwa nur in der kapitalistischen. Die Gesellschafts- und Wirtschaftslehre der Soziologen und Nationalökonomien des 18. und des 19. Jahrhunderts hat nun gezeigt, wie die Konkurrenz in der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsverfassung wirkt; das war ein wesentlicher Teil ihrer Kritik der interventionistischen Wirtschaftspolitik des merkantilistischen Polizei- und Wohlfahrtsstaates. Durch diese Untersuchung gelangten sie zur Erkenntnis der Sinn- und Zweckwidrigkeit der interventionistischen Maßnahmen und in weiterem Fortschreiten zur Einsicht, daß die den wirtschaftlichen Zielen der Menschen am besten entsprechende Wirtschaftsordnung die auf dem Sondereigentum beruhende ist. Den Merkantilisten, die fragten, wie sich die Versorgung des Volkes gestalten würde, wenn die Obrigkeit den Dingen freien Lauf ließe, antworteten sie, die Konkurrenz der Unternehmer werde schon für die Beschickung der Märkte mit den von den Verbrauchern benötigten Waren unter den günstigsten Bedingungen sorgen. Ganz allgemein pflegten sie vielfach die Forderung nach Beseitigung der interventionistischen Eingriffe in die Worte zu kleiden: man möge die Freiheit des Wettbewerbes nicht beschränken. Mit dem Schlagwort »freie Konkurrenz« traten sie dafür ein, daß man die gesellschaftliche Funktion des Sondereigentums an den Produktionsmitteln nicht durch Eingriffe der Regierung beeinträchtigen möge. So konnte das Mißverständnis entstehen, daß nicht im Sondereigentum, sondern in der »freien« Konkurrenz das Wesen des liberalen Programms zu suchen sei. Gesellschaftskritiker begannen einem nebelhaften Phantom »wirklich freier Konkurrenz« nachzujagen, das nichts war als ein Gebilde der ungenügenden Durcharbeitung der Probleme und der Befangenheit in Schlagworten<sup>1)</sup>.

Man macht sich die Apologie des Interventionismus und die Widerlegung der von der nationalökonomischen Theorie am Interventionismus geübten Kritik denn doch zu leicht, wenn man, wie Lampe, behauptet, diese Kritik »wäre erst dann begründet, wenn gleichzeitig nachgewiesen werden könnte, daß die bestehende Wirtschaftsordnung dem Idealbild der freien Konkurrenz entspricht. Nur unter dieser Voraussetzung müßte notwendig jeder Staatseingriff

---

<sup>1</sup> Vgl. zur Kritik dieser Irrtümer Halm, Die Konkurrenz, München und Leipzig 1929, besonders S. 131 ff.

einer Minderung der Wirtschaftlichkeit gleichkommen. Von einer solchen prästabilierten Harmonie der Wirtschaft, wie sie sich die Klassiker der Nationalökonomie und ihre optimistisch-liberalistischen Epigonen vorstellten, wird heute kein ernster Sozialwissenschaftler mehr zu reden wagen. Dem Preismechanismus der Marktwirtschaft sind allerdings Tendenzen immanent, welche auf einen Ausgleich gestörter Wirtschaftsbeziehungen abzielen. Diese Kräfte setzen sich aber dort nur ‚auf die Dauer‘ durch, während der Ablauf des Wirtschaftsprozesses zu diesem Ziel hin ..... von mehr oder minder heftigen ‚Friktionen‘ unterbrochen wird. Daraus ergeben sich Situationen, in denen Eingriffe der ‚gesellschaftlichen Gewalt‘ nicht nur politisch notwendig, sondern wirtschaftlich zweckmäßig werden können ..... vorausgesetzt, daß der öffentlichen Macht der sachliche Rat streng wissenschaftlicher Untersuchung zur Seite steht und daß er befolgt wird!<sup>1</sup>). Das Merkwürdige an diesen Ausführungen ist, daß sie nicht etwa in den 70er oder 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts geschrieben wurden, als die Kathedersozialisten nicht müde wurden, der hohen Obrigkeit immer wieder ihre unfehlbaren Mittel zur Lösung der sozialen Frage und Herbeiführung herrlicher Zeiten anzuempfehlen, sondern 1927. Lampe sieht noch immer nicht, daß die wissenschaftliche Kritik des Interventionismus nichts mit einem »Idealbild der freien Konkurrenz« und nichts mit »prästablierter Harmonie«<sup>2</sup>) zu tun hat. Wer den Interventionismus wissenschaftlich kritisiert, behauptet nicht, daß die von Eingriffen nicht behinderte Wirtschaft in irgendeinem Sinne ideal, gut oder frei von Friktionen wäre; er behauptet auch gar nicht, daß jeder Staatseingriff »einer Minderung der Wirtschaftlichkeit gleichkomme. Seine Kritik weist lediglich nach, daß mit den »Eingriffen« jene Ziele, die ihre Urheber und Befürworter durch sie erreichen wollen, nicht erreicht werden können, daß dagegen durch die Eingriffe Wirkungen erzielt werden, die auch ihre Urheber und Befürworter nicht wollen, die vielmehr ihren Absichten geradezu zuwiderlaufen. Darauf hätten die Apologeten des Interventionismus in ihrer Antikritik zu antworten. Sie können freilich darauf nichts antworten.

Lampe stellt ein Programm des »produktiven Interventionismus« auf, das drei Punkte umfaßt<sup>3</sup>). Die öffentliche Gewalt »muß sich nach Möglichkeit dafür einsetzen, daß der Abbau des Lohn-

---

<sup>1</sup> Vgl. Lampe, Notstandsarbeiten oder Lohnabbau? Jena 1927, S. 104 f.

<sup>2</sup> Über „die prästabilierte Harmonie“ vgl. weiter unten S. 96 f.

<sup>3</sup> Ebendort S. 127 f.

niveaus langsam vonstatten geht«, lautet der erste Punkt. Daß die Bestrebungen der »öffentlichen Gewalt«, das Lohnniveau über dem zu halten, das sich auf dem unbehinderten Markte bilden würde, Arbeitslosigkeit bewirken, bestreitet auch Lampe nicht. Er hätte daher nicht verkennen dürfen, daß sein Vorschlag darauf hinausläuft, die von ihm als zweckwidrig erkannten Eingriffe, wenn auch in geringerem Ausmaße und mit zeitlicher Begrenzung, vorzunehmen. Gegenüber solcher Halbheit und Unklarheit haben die Befürworter der ganzen Maßnahmen doch zumindest den Vorzug der Konsequenz. Lampe wirft mir vor, ich kümmerte mich nicht darum, wie lange die Arbeitslosigkeit infolge von Übergangs- und Reibungserscheinungen dauern und wie groß sie werden kann<sup>1</sup>). Nun, wenn es keine Interventionen gibt, wird sie gewiß weder lang dauern, noch beträchtlichen Umfang annehmen. Die Durchführung von Lampes Vorschlägen kann aber ohne Zweifel – auch Lampe wird es im Sinne seiner übrigen Ausführungen nicht bestreiten können – keinen andern Erfolg zeitigen als den, daß die Dauer der Arbeitslosigkeit verlängert und ihr Umfang erweitert wird.

Es soll übrigens zur Vermeidung von Mißverständnissen festgestellt werden, daß die Kritik des Interventionismus nicht übersieht, daß durch die Beseitigung mancher produktionspolitischer Eingriffe Friktionen besonderer Art hervorgerufen werden. Würde man z. B. heute alle Zollschränken mit einem Male fallen lassen, dann würde das wohl im Augenblick zu den größten Schwierigkeiten führen, obwohl der Enderfolg in einer unerhörten Steigerung der Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit bestehen muß. Man kann diese unvermeidlichen Friktionen nicht mildern, wenn man den Abbau des Protektionismus planmäßig auf längere Zeit verteilt; man verschärft sie aber dadurch auch nicht immer. Bei den preispolitischen Eingriffen – und zu diesen gehört die »künstliche« Hochhaltung des Lohnniveaus, von der Lampe spricht – hätte aber der langsame und schrittweise Abbau gegenüber der sofortigen vollständigen Beseitigung nur den Erfolg, daß die Zeit, in der die nicht gewollten Folgen des Eingriffs wirken, verlängert wird.

Die übrigen beiden Punkte des Lampeschen »produktiven Interventionismus« fordern zu keiner besonderen Kritik heraus; der eine ist nämlich nicht interventionistisch, der andere zielt geradezu auf Beseitigung von Interventionen hin. Wenn nämlich Lampe als Punkt 2 seines Programms verlangt, die öffentliche Gewalt möge die mannigfachen äußeren Hindernisse beseitigen, die die berufliche

---

<sup>1</sup> Ebendort S. 105.

und örtliche Beweglichkeit der Arbeitskräfte hemmen, dann heißt dies doch nichts anderes als Beseitigung aller jener Maßnahmen, durch die Regierungen und Gewerkschaften die Freizügigkeit hemmen, das ist im Grunde die alte Forderung laissez passer, das Gegenteil von Interventionismus. Und wenn Lampe im Punkt 3 verlangt, die zentrale politische Gewalt möge sich »einen möglichst schnellen und zuverlässigen Überblick über die Gesamtlage der Wirtschaft verschaffen«, so ist das gewiß kein Interventionismus. Überblick über die Wirtschaftslage kann jedermann von Nutzen sein, auch Regierungen, wenn sie aus dieser Kenntnis die Folgerung ziehen, Eingriffe zu unterlassen.

Vergleicht man Lampes interventionistisches Programm mit dem, was noch vor wenigen Jahren von den Vorkämpfern des Interventionismus gefordert wurde, so erkennt man, um wieviel bescheidener heute die Ansprüche dieser Schule geworden sind. Das ist ein Erfolg, auf den die Kritik des Interventionismus stolz sein darf.

## II. Schmalenbachs These.

Angesichts der trostlosen Gedankenarmut und Unfruchtbarkeit nahezu aller Schriften und Abhandlungen, die der Rechtfertigung des Interventionismus dienen, erscheint ein Versuch Schmalenbachs, die Unentrinnbarkeit der »gebundenen Wirtschaft« nachzuweisen, besonders bemerkenswert.

Schmalenbach geht davon aus, daß die Kapitalintensität der Industrie ständig wächst. Das wirke sich dahin aus, daß die fixen Kosten immer mehr an Bedeutung gewinnen und die proportionalen Kosten immer mehr an Bedeutung verlieren. »Diese Tatsache, daß ein immer größerer Anteil der Produktionskosten fix wird, läßt die alte Epoche der freien Wirtschaft ihrem Ende entgegengehen und eine neue Epoche der gebundenen Wirtschaft beginnen. Die Eigentümlichkeit der proportionalen Kosten ist es, daß sie mit jedem erzeugten Stück, jeder geförderten Tonne tatsächlich entstehen..... Gehen die Preise unter die Selbstkosten herunter, dann schränkt man die Produktion ein und spart ein entsprechendes Stück der proportionalen Kosten. Ist aber der wesentlichste Teil der Selbstkosten fix, dann bringt eine Verringerung der Produktion die Kosten nicht entsprechend herunter. Und wenn bei dieser Sachlage die Preise fallen, dann hat es keinen Zweck, diesen Preisfall durch Produktionsverminderung auszugleichen. Es ist billiger, unter den durchschnittlichen Selbstkosten weiter zu produzieren. Zwar arbeitet der Betrieb

fortan mit Verlust, aber der Verlust ist kleiner, als er sein würde, wenn man die Produktion verringern würde und trotzdem fast die vollen bisherigen Kosten tragen würde. Und so ist die moderne Wirtschaft mit ihren hohen fixen Kosten des Heilmittels be-  
raubt, das selbsttätig Produktion und Konsumtion in Einklang bringt und so das wirtschaftliche Gleichgewicht herstellt. Weil die proportionalen Kosten in so großem Umfange fix geworden sind, fehlt der Wirtschaft die Fähigkeit der Anpassung der Produktion an die Konsumtion«<sup>1</sup>). Diese »Verschiebung der Produktionskosten innerhalb des Betriebes« sei es »fast ausschließlich«, die »uns die alte Wirtschaftsform verlassen und in die neue hineinsteuern läßt«. Denn: »die alte, die große Epoche des 19. Jahrhunderts, die Epoche der freien Wirtschaft, war nur möglich, wenn die Produktionskosten im wesentlichen proportionaler Natur waren. Sie war nicht mehr möglich, als der Anteil der fixen Kosten immer beträchtlicher wurde«. Da das Steigen der fixen Kosten noch nicht abgeschlossen sei und ihr Wachstum noch immer anhalte und voraussichtlich noch lange anhalten werde, müsse man erkennen, daß »es völlig hoffnungslos ist, auf die Wiederkehr der freien Wirtschaft zu rechnen<sup>2</sup>).

Schmalenbach beweist das Ansteigen des Anteils der fixen Kosten zunächst mit dem Hinweis darauf, daß mit fortgesetzter Steigerung der Betriebsgröße »notwendigerweise ein Wachsen, sogar ein relatives Wachsen desjenigen Betriebsorgans, das man als Kopf dieses Wirtschaftskörpers bezeichnen kann, verbunden« sei<sup>3</sup>). Ich bezweifle das. Die Überlegenheit des größeren Betriebs liegt unter anderem auch darin, daß in ihm die Leitungskosten verhältnismäßig geringer sind als im kleineren Betrieb; dasselbe gilt übrigens vom kaufmännischen Apparat, insbesondere von der Verkaufsorganisation.

Schmalenbach hat natürlich vollkommen recht, wenn er hervorhebt, daß die Kosten der Leitung und manche andere Generalunkosten selbst dann nicht wesentlich herabgemindert werden können, wenn der Betrieb nur mit dem halben oder mit dem vierten Teil seiner Kapazität arbeitet. Doch da die Größe der Leitungskosten, auf die Mengeneinheit des Produktes gerechnet, mit der wachsenden

---

<sup>1</sup> Vgl. Schmalenbach, Die Betriebswirtschaftslehre an der Schwelle der neuen Wirtschaftsverfassung (Zeitschrift für Handelswissenschaftliche Forschung, 22. Jahrgang, 1928) S. 244 f.

<sup>2</sup> Ebendort S. 242 f.

<sup>3</sup> Ebendort S. 243.

Größe der Unternehmungen und Betriebe sinkt, kommt diesem Umstande im Zeitalter der Großunternehmungen und Großbetriebe geringere Bedeutung zu als früher im Zeitalter kleinerer Verhältnisse.

Doch das Entscheidende liegt nach Schmalenbach nicht hier, sondern in der Steigerung der Kapitalintensität. Schmalenbach ist der Meinung, daß man aus der – in der kapitalistischen Wirtschaft zweifellos gegebenen – fortschreitenden Bildung von neuem Kapital und fortschreitenden Ausgestaltung der maschinellen Ausstattung des Produktionsapparates ohne weiteres darauf schließen könne, daß der Anteil der fixen Kosten steigt. Daß das für die ganze Wirtschaft, nicht etwa für einzelne Betriebe wirklich zutrifft, müßte aber doch erst erwiesen werden. Denn die fortschreitende Kapitalansammlung führt zu einem Rückgang der Grenzproduktivität des Kapitals und zu einer Erhöhung der Grenzproduktivität der Arbeit; der Anteil des Kapitals am Ertrag fällt, der der Löhne steigt. Das hat Schmalenbach nicht beachtet, so daß schon die Voraussetzung seiner These nicht zu halten ist<sup>1</sup>).

Doch wir wollen auch davon ganz absehen und, um Schmalenbachs Lehre immanent zu prüfen, uns fragen, ob ein Steigen des Anteils der fixen Kosten tatsächlich die Unternehmer zu einem Verhalten veranlassen könnte, das die Wirtschaft der Fähigkeit beraubt, die Produktion an den Bedarf anzupassen.

Wir betrachten einen Betrieb, der entweder von vornherein oder infolge einer eingetretenen Veränderung der Verhältnisse den Erwartungen nicht entspricht, die bei seiner Anlage gehegt wurden. Als man ihn errichtete, rechnete man damit, daß das Anlagekapital sich nicht nur amortisieren und landesüblich verzinsen werde, sondern daß noch darüber hinaus ein Gewinn werde erzielt werden können. Nun ist es anders gekommen. Der Preis des Produktes ist so stark zurückgegangen, daß er nur noch einen Teil der Selbstkosten (auch abgesehen von den Kosten der Verzinsung und Amortisation der Anlagen) deckt. Eine Einschränkung des Produktionsumfanges kann dem Unternehmer keine Hilfe bringen, kann seinen Betrieb nicht erträgnisreich machen. Denn je weniger erzeugt wird, desto größer werden die Erzeugungskosten der Produkteinheit, desto größer wird (unserer Annahme zufolge, daß die fixen Kosten, auch abgesehen von den Kosten der Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals, im Verhältnis zu den proportionalen sehr hoch sind) der Verlust, der mit dem Verkauf jeder Einheit eintritt. Es gibt hier nur einen Ausweg: den Betrieb ganz einzustellen; nur dann können

---

<sup>1</sup> Vgl. Adolf Weber, Das Ende des Kapitalismus? München 1929, S. 19.

weitere Verluste vermieden werden. Nun liegen die Verhältnisse nicht immer so einfach. Man hofft vielleicht, daß der Preis des Produktes wieder steigen wird, und will den Betrieb unterdes nicht einstellen, da man die Nachteile, die aus einer Unterbrechung der Erzeugung entstehen müssen, schwerer achtet als die Verluste, die ihre Fortführung während der ungünstigen Zeit mit sich bringt. In dieser Lage befanden sich bis in die jüngste Zeit, da Kraftwagen und Flugzeug in den Wettbewerb traten, die meisten nicht rentierenden Eisenbahnunternehmungen; sie rechneten damit, daß der Verkehr steigen werde, so daß sie doch später einmal Erträgnisse erzielen könnten. Wo aber derartige besondere Umstände nicht vorliegen, kommt es zur Betriebseinstellung. Die unter weniger günstigen Bedingungen arbeitenden Betriebe verschwinden, und so wird das Gleichgewicht zwischen Produktion und Bedarf hergestellt.

Schmalenbachs Irrtum liegt darin, daß er glaubt, die Einschränkung der Erzeugung, die das Sinken der Preise auslöst, müßte sich durch gleichmäßige Betriebseinschränkung aller bestehenden Werke vollziehen; er vergißt, daß es noch einen zweiten Weg gibt, nämlich den, daß die unter ungünstigeren Bedingungen arbeitenden Anlagen den Betrieb ganz einstellen, weil sie den Wettbewerb mit den billiger produzierenden nicht mehr länger durchhalten können. Das ist vor allem in der Industrie der Rohstoffe und der Stapelgüter der Fall. In der Fertigindustrie, in der der einzelne Betrieb gewöhnlich verschiedene Artikel erzeugt, für die die Erzeugungs- und Marktverhältnisse ganz verschieden liegen mögen, wird Einschränkung des Betriebsumfanges durch Beschränkung der Produktion auf die besser rentierenden Artikel eintreten.

So liegen die Dinge in der freien, d. i. in der durch Eingriffe der Regierung nicht beeinflussten Wirtschaft. Es ist mithin ganz und gar unrichtig, zu behaupten, daß ein Ansteigen der fixen Kosten dieser Wirtschaft die Fähigkeit nehmen könnte, die Erzeugung an den Bedarf anzupassen.

Greift freilich die Regierung in diese Dinge durch Schaffung eines Schutzzolles von entsprechender Höhe ein, dann entsteht eine neue Möglichkeit für die Produzenten: sie können ein Kartell bilden, um – bei Einschränkung der Erzeugung – Monopolgewinne zu erzielen. Die Bildung des Kartells ist da nicht Folge irgendwelcher in der freien Wirtschaft aus ihrer eigenen Entwicklung heraus entstandenen Verhältnisse, sondern Folge der Intervention der Regierung, des Zolles. Bei Kohle und Ziegeln mögen unter Umständen die im Verhältnis zum Werte hohen Verfrachungskosten die Bildung von Kartellen mit örtlich begrenzter Wirksamkeit auch ohne Regier-

ungsintervention gestatten; einige Metalle sind auf so wenige Fundstätten beschränkt, daß ein Weltkartell der Erzeuger auch in der freien Wirtschaft versucht werden könnte. Alle anderen Kartellbildungen verdanken – und das kann nicht genug oft betont werden – ihr Bestehen nicht einer in der freien Wirtschaft liegenden Tendenz, sondern der Intervention. Auch die internationalen Kartelle konnten in der Regel nur gebildet werden, weil vom Weltmarkt wichtige Produktions- und Verbrauchsgebiete durch die Zollmauern abgegrenzt worden waren.

Die Entstehung der Kartelle hat nichts mit dem Verhältnis der fixen und der proportionalen Kosten zu schaffen. Daß die Kartellbildung in der Fertigungsindustrie langsamer vor sich geht als in der Stapelindustrie ist nicht, wie Schmalenbach meint <sup>1)</sup>, auf die langsamere Entwicklung der fixen Kosten zurückzuführen, sondern darauf, daß die vielgestaltige und in Vereinbarungen nur schwer erfaßbare Erzeugung gebrauchsnäherer Güter, die überdies in zahlreichen Betrieben zersplittert ist und leichter durch Außenseiter konkurrenziert werden kann, der Kartellbildung viel größere Schwierigkeiten bietet.

Die fixen Kosten, meint Schmalenbach weiter, drängen den Betrieb zugleich dazu, sich trotz mangelnder Nachfrage zu vergrößern. In jedem Betriebe gibt es eine Reihe von Anlagen, die besonders schwach ausgenützt werden; sie arbeiten selbst bei voller Beschäftigung des Betriebes mit degressiven Kosten. Um auch diese Anlagen besser auszunützen, werde der Betrieb vergrößert. »Und so dehnen ganze Industriezweige ihre Kapazität aus, ohne daß ihnen ein Steigen der Nachfrage dazu Veranlassung gibt« <sup>2)</sup>. Daß dies in dem Europa der interventionistischen Wirtschaftspolitik von heute und ganz besonders in dem hochinterventionistischen Deutschen Reich der Fall ist, muß man zugeben; da wird die Produktion nicht im Hinblick auf den Markt, sondern im Hinblick auf die Neuaufteilung der Kartellquoten und ähnliche Dinge erweitert. Doch wir haben hier wieder eine Folgeerscheinung des Interventionismus vor uns, nicht einen Faktor, der zum Interventionismus drängt.

Selbst Schmalenbach, dessen Denken zum Unterschied von anderen Beobachtern dieser Probleme nationalökonomisch gerichtet ist, hat sich eben von dem Fehler nicht freihalten können, in den das deutsche wirtschaftspolitische Schrifttum ganz allgemein verfallen ist, den Fehler, die Entwicklung, die sich in Europa und besonders

---

<sup>1</sup> Ebendort S. 246.

<sup>2</sup> Ebendort S. 245.



im Deutschen Reiche unter der Einwirkung des Hochschutzzolles und anderer Eingriffe vollzogen hat, als Ausfluß von in der freien Wirtschaft wirkenden Kräften anzusehen. Man kann demgegenüber nicht oft und nachdrücklich genug hervorheben, daß die deutsche Eisen-, Kohlen- und Kaliwirtschaft doch in stärkstem Maße unter der Einwirkung der Zollpolitik und – bei Kohle und Kali – von Staatsgesetzen steht, die die Syndikatsbildung erzwingen, und daß es ganz und gar unzulässig ist, aus dem, was dort vorgeht, auf die freie Wirtschaft zu schließen. Die »permanente Unwirtschaftlichkeit« der Syndikate, die Schmalenbach scharf kritisiert <sup>1)</sup>, ist nicht Unwirtschaftlichkeit der freien Wirtschaft, sondern Unwirtschaftlichkeit der gebundenen Wirtschaft. Die »neue Wirtschaftsform« ist das Ergebnis des Interventionismus.

Schmalenbach spricht die Überzeugung aus, daß wir in nicht zu ferner Zeit zu einem Zustande kommen müssen, in dem die Monopolgebilde dieser neuen Wirtschaft ihr Monopol vom Staate empfangen und in dem der Staat »die Erhaltung der aus dem Monopol entspringenden Pflichten« überwacht <sup>2)</sup>. Diese Schlußfolgerung steht, wenn man die Rückkehr zur freien Wirtschaft aus irgendwelchen Gründen ablehnt, durchaus mit dem Ergebnis, zu dem jede nationalökonomische Betrachtung der Probleme des Interventionismus gelangen muß, in Einklang. Der Interventionismus selbst ist als Wirtschaftssystem zweck- und sinnwidrig, und wenn man dies einmal erkannt hat, dann bleibt nur die Wahl zwischen der Beseitigung aller Eingriffe oder ihrer Ausgestaltung zu einem System, in dem die Regierung alle Schritte der Unternehmer leitet, in dem die Entscheidung darüber, was und wie produziert werden soll und unter welchen Bedingungen und an wen die Produkte abgegeben werden sollen, dem Staate zusteht, kurz zu einem System des Sozialismus, in dem vom Sondereigentum an den Produktionsmitteln höchstens noch der Name übrigblieb.

Was über die Wirtschaft eines sozialistischen Gemeinwesens zu sagen ist, gehört nicht in diesen Zusammenhang; ich habe es an anderer Stelle gesagt <sup>3)</sup>.

---

<sup>1</sup> Ebendort S. 247.

<sup>2</sup> Ebendort S. 249 f.

<sup>3</sup> Vgl. Mises, Die Gemeinwirtschaft, Jena 1922, S. 94 ff.

## Gebundene Wirtschaft

# Sozialliberalismus<sup>1)</sup>

## Einleitung.

Heinrich Herkner, der Vorsitzende des Vereins für Sozialpolitik, hat es als die Aufgabe seiner jüngst erschienenen Selbstbiographie, welcher er den Untertitel »Der Lebenslauf eines ‚Kathedersozialisten‘« gegeben hat, bezeichnet, künftigen Generationen »das Verständnis für die jetzt zur Neige gehende ‚kathedersozialistische‘ Periode der deutschen Nationalökonomie« zu erleichtern<sup>2)</sup>. In der Tat, es kann nicht bestritten werden, daß die kathedersozialistische Richtung längst schon alles das gesagt hat, was sie glaubte, zu sagen zu haben, und es könnte den Anschein gewinnen, als ob auch ihre Herrschaft nun zur Neige geht. Da ist es wohl an der Zeit, zu prüfen, was sie geleistet hat.

Zum siebzigsten Geburtstag Gustav Schmollers haben die hervorragendsten Mitarbeiter der historisch-realistischen Richtung der deutschen Nationalökonomie sich zu einem Werke vereint, das die Ergebnisse der Arbeit der deutschen Nationalökonomie im 19. Jahrhundert darstellen sollte<sup>3)</sup>. Eine Zusammenfassung dessen, was in den 40 monographischen Arbeiten dieses Werkes dargelegt wurde, ist unterblieben. Das Vorwort erklärt ausdrücklich, daß »es einer künftigen Arbeit überlassen bleiben muß, die Bilanz zu ziehen über die Art und Größe des Fortschrittes, den die Wissenschaft als Ganzes erzielt hat«<sup>4)</sup>. Hätte man versucht, diese Bilanz zu ziehen, sie wäre zweifellos wenig erfreulich ausgefallen. Stärker noch als in den einzelnen Arbeiten hätte in der Zusammenfassung hervortreten müssen, wie wenig die Schule das erreicht hat, was sie sich zu erreichen vorgenommen hatte, und daß sie jedesmal, sobald sie an grundsätzliche Fragen herantritt, nichts anderes machen kann als das zu übernehmen, was die von ihr wenig geschätzte abstrakte Richtung zutage gefördert hat. Aus jedem Beitrag, der seiner Aufgabe auch nur halbwegs gerecht wird, leuchtet die Arbeit der Theoretiker

---

<sup>1)</sup> Zeitschrift für die Gesamte Staatswissenschaft, 81. Band, 1926.

<sup>2)</sup> Vgl. die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart in Selbstdarstellungen, herausgegeben von Dr. Felix Meiner, I. Bd., Leipzig 1924, S. 113.

<sup>3)</sup> Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im 19. Jahrhundert, Leipzig 1908, 2 Bände.

<sup>4)</sup> a. a. O., I. Bd., S. VIII.

heraus, die der Schule fernstanden und von ihr bekämpft worden waren. So gelangt z. B. der von Bernhard verfaßte Beitrag über den Arbeitslohn zu dem Schlusse, daß »die ‚historisch-statistische Schule‘ die Hauptprobleme des Arbeitslohnes kaum berührt hat«. Sie hätte nur Detailforschungen zu Wege gebracht, aber gegenüber den großen Fragen hätte sie »schließlich doch nur das Geständnis sammeln können: Die Vorgänge sind komplizierter als die Summe unserer Detailforschungen. Man könnte daher zu den Kernfragen des Arbeitslohnes kaum eine neuere deutsche Forschung nennen, wenn hier nicht die sogenannte ‚abstrakte österreichische Schule‘ eingegriffen hätte«<sup>1</sup>). Wenn das schon vom Arbeitslohn gilt, einem Gegenstande, mit dem sich die kathedersozialistische Schule mit besonderer Vorliebe befaßte, um wieviel mehr muß es von allen anderen Problemen gelten.

Aus allen Sammelwerken, die die solche Veröffentlichungen bevorzugende Schule herausgegeben hat, gewinnt man denselben Eindruck. Im »Grundriß der Sozialökonomik« sind Dogmengeschichte und theoretische Nationalökonomie von »Österreichern« bearbeitet worden. Und aus der zehntausend Quartseiten füllenden Materialsammlung der dritten Auflage des »Handwörterbuches der Staatswissenschaften« wird wohl kaum etwas anderes auch für spätere Zeiten Interesse haben als die klassischen Beiträge von Menger, Böhm-Bawerk, Wieser und einigen anderen »Theoretikern«.

Nun liegt wieder eine umfangreiche Festschrift vor, die es sich zur Aufgabe gesetzt hat, das ganze Gebiet der Wissenschaft in Monographien zur Darstellung zu bringen. Es ist erfreulich, daß an Stelle der Festschriften, die wegen der Buntheit der darin behandelten Probleme eine Qual für den Leser und eine Verlegenheit für den Bibliothekar waren, nunmehr allmählich solche zu treten beginnen, die einen ganzen Problemkreis zu behandeln suchen. Wenn man die Gelegenheit von Lujo Brentanos achtzigstem Geburtstag ergriffen hat, um die »Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege« darzustellen, so kann man dies damit rechtfertigen, daß Lujo Brentano ein Führer der kathedersozialistischen Richtung in und außerhalb Deutschlands gewesen ist<sup>2</sup>).

---

<sup>1</sup> Vgl. Bernhard, Der Arbeitslohn (a. a. O., I. Bd., XI) S. 11 f.

<sup>2</sup> Vgl. Festgabe für Lujo Brentano: Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege. Neunundzwanzig Beiträge über den Stand der deutschen und ausländischen sozialökonomischen Forschung nach dem Kriege. Herausgegeben von M. J. Bonn und M. Palyi. Erster Band: Wirtschaftspolitische Ideologien. Zweiter Band: Der Stand der Forschung, München und Leipzig, 1925. – Die einzelnen

Der Wert der einzelnen Beiträge ist natürlich durchaus verschieden. Es muß auch wohl nicht erst besonders hervorgehoben werden, daß die neunundzwanzig Mitarbeiter jeder für sich selbstständig gearbeitet und keine Rücksicht auf die Theorien und Ideologien der übrigen genommen haben. Doch durch eine Anzahl von Beiträgen – und es ist anzunehmen, daß es gerade die sind, die die Herausgeber für die wichtigsten halten und die Brentano mit der größten Genugtuung gelesen haben wird – geht ein gemeinsamer Zug: die Absicht, das »System Brentano« zu verteidigen und auszugestalten. Die äußeren Voraussetzungen für einen derartigen Versuch sind heute ungünstiger als vor 17 Jahren. Damals, als die Schmoller-Festgabe erschien, standen Kathedersozialismus und historisch-realistische Nationalökonomie auf dem Höhepunkte ihres Ansehens und ihres politischen Einflusses. Darin hat sich vieles geändert. Klang die Schmoller-Festgabe wie Fanfare, so klingt die Brentano-Festgabe wie Schamade.

### **I. Der Kathedersozialismus.**

Der Kathedersozialismus ist keine einheitliche Ideologie. Wie auch sonst neben der sozialistischen Idee und von ihr oft nicht deutlich unterschieden die syndikalistische steht, so findet man ebenso im Kathedersozialismus zwei Richtungen: Die sozialistische (staatssozialistische oder etatistische) und die syndikalistische (mitunter sozialliberal genannte).

Sozialismus und Syndikalismus sind unversöhnliche Gegensätze, und jede der beiden Ideologien steht wieder in unversöhnlichem Gegensatz zum Liberalismus. Keine Gedankenkünstelei kann darüber hinwegkommen, daß die unmittelbare Verfügung über die Produktionsmittel nur entweder Einzelnen zustehen kann oder der Gesamtheit oder den Verbänden der in den einzelnen Produktionszweigen Tätigen. Niemals kann es der Politik gelingen, die unmittelbare Verfügung über bestimmte Produktionsmittel zwischen der Gesellschaft (dem Staate), den Gewerkschaften oder Einzelnen zu teilen. Eigentum als unmittelbare Verfügung über Produktionsmittel ist unteilbar. Wohl kann es eine Gesellschaftsordnung geben, in der ein Teil der Produktionsmittel im Eigentum des Staates oder anderer gesellschaftlicher Verwaltungsgebilde, ein Teil in dem der Gewerkschaften und ein Teil in dem der Einzelnen steht. Es kann in diesem

Sinne Teilsozialismus, Teilsyndikalismus, Teilkapitalismus geben. Aber es kann nie etwas geben, was in bezug auf dieselben Produktionsmittel ein Mittelding zwischen Sozialismus, Liberalismus und Syndikalismus darstellt. Man hat die grundsätzliche und logische Unverträglichkeit dieser drei denkbaren Gesellschaftskonstruktionen immer wieder in der Theorie und in der politischen Bewegung zu verschleiern gesucht. Doch nie konnte es gelingen, einen Gesellschaftszustand zu schaffen, den man als eine Verbindung oder gar als Versöhnung der widerstreitenden Grundsätze hätte bezeichnen können.

Der Liberalismus ist die Ideologie, die im Sondereigentum an den Produktionsmitteln die einzig mögliche oder zumindest die denkbar beste Grundlage der arbeiteteilenden menschlichen Gesellschaft sieht. Der Sozialismus strebt Überführung des Eigentums an den Produktionsmitteln in die Hand der organisierten Gesellschaft, des Staates, an. Der Syndikalismus will die Verfügung über die Produktionsmittel in die Hand der Verbände legen, die die in den einzelnen Zweigen der Produktion Tätigen zusammenfassen <sup>1</sup>).

Der Staatssozialismus (Etatismus, auch konservativer Sozialismus) und die ihm verwandten Systeme des Militärsozialismus und des kirchlichen Sozialismus streben eine Gesellschaft an, in der zwar »die Verwaltung des Eigentums den Einzelnen übertragen« wird, aber seine Verwendung von der staatlichen Ganzheit dergestalt überwacht und geleitet wird, daß es zwar »formell Privateigentum, der Sache nach aber nur Gemeineigentum« gibt <sup>2</sup>). Der Landwirt z. B. ist hier »ein Staatsbeamter und muß das bauen, was nach bestem Wissen und Gewissen oder nach Staatsvorschrift dem Land nottut. Hat er seine Zinsen und ein auskömmliches Gehalt, so hat er alles, was er verlangen darf« <sup>3</sup>). Ein Teil der Großbetriebe wird unmittelbar in das Eigentum des Staates oder der Gemeinden gebracht, alle anderen Unternehmungen bleiben formell in den

---

<sup>1</sup> Der Syndikalismus als soziale Ideologie ist nicht zu verwechseln mit dem Syndikalismus als Taktik. Die spezifisch syndikalistische Taktik (die *action directe* der französischen Syndikalisten) kann auch im Dienste einer anderen Ideologie als der des Syndikalismus stehen; man kann z. B. den Sozialismus mit den Mitteln der syndikalistischen Taktik anstreben.

<sup>2</sup> So im Gesellschaftsneubau Othmar Spann's (Der wahre Staat, Leipzig 1921, S. 249). Vgl. Honigheim, Romantische und religiös-mystisch verankerte Wirtschaftsgesinnungen, I, S. 264.

<sup>3</sup> So Philipp von Arnim, Ideen zu einer vollständigen landwirtschaftlichen Buchhaltung, 1805 (zitiert bei Waltz, Vom Reinertrag in der Landwirtschaft, Stuttgart und Berlin 1904, S. 21).

Händen ihrer Eigentümer, müssen aber so geführt werden, wie es den Absichten der staatlichen Gewalt entspricht. So wird jedes Geschäft zum öffentlichen Amt, jeder »Erwerb« zum »Beruf«.

Als das sozialdemokratische Programm, das die vollständige Überführung aller Produktionsmittel in das formelle Eigentum der Gesellschaft forderte, noch ernst genommen wurde, schien hier zwischen dem Programm der Etatisten und dem der Sozialdemokraten ein beträchtlicher, wenn auch kein grundsätzlicher, Unterschied zu bestehen. Doch heute ist auch im sozialdemokratischen Programm, zumindest in der Praxis, von unmittelbarer Verstaatlichung nur für den Großbetrieb die Rede. Handwerk und bäuerlicher Betrieb sollen unter der Leitung und Kontrolle des Staates bestehen bleiben. In dieser Hinsicht stehen sich Etatisten und Sozialisten heute viel näher als noch vor ein Dutzend Jahre.

Der charakteristische grundsätzliche Unterschied zwischen dem Gesellschaftsideal des Etatismus und dem der Sozialdemokratie lag aber nicht hier, sondern in dem Problem der Einkommensverteilung. Für die Sozialdemokratie war es eine Selbstverständlichkeit, daß alle Unterschiede in der Höhe des Einkommens verschwinden müssen. Der Etatismus aber will das Einkommen nach der »Würdigkeit« verteilen. Jeder soll soviel erhalten; als seinem Range entspricht. Auch in diesem Punkte hat sich der Abstand, der Sozialdemokraten und Etatisten trennt, nicht unbeträchtlich verringert.

Auch der Etatismus ist echter Sozialismus, mag er sich auch in manchen Punkten vom Sozialismus des Kommunistischen Manifestes und des Erfurter Programms unterscheiden. Denn wesentlich ist allein die Stellung zum Problem des Eigentums an den Produktionsmitteln. Indem die Kathedersozialisten den Etatismus vertreten haben, indem sie Verstaatlichung von Großbetrieben und staatliche Überwachung und Leitung der übrigen Betriebe forderten, haben sie sozialistische Politik betrieben.

Aber nicht alle, die man Kathedersozialisten nennt, waren Etatisten. Lujo Brentano und seine Schule haben, wenn sie auch in vielen Fragen der Tagespolitik mit den übrigen Kathedersozialisten Hand in Hand gingen und mit ihnen und mit den Sozialdemokraten gemeinsam gegen den Liberalismus kämpften, ein syndikalistisches Programm vertreten. Klar und unumwunden war ihr Syndikalismus freilich ebensowenig wie der irgendeiner anderen syndikalistischen Gruppe. Das syndikalistische Programm ist so widerspruchsvoll und führt zu so absurden Konsequenzen, daß es niemals gerade heraus vertreten werden konnte. Doch wenn auch Brentanos Syndikalismus nur verhüllt auftrat, so bleibt er nichts-

destoweniger Syndikalismus. Er trat in der Stellung zutage, die Brentano und seine Schule in den Problemen des Koalitionszwanges, des Streikzwanges und des Schutzes der Arbeitswilligen einnahmen. Wenn den Arbeitnehmern das Recht gegeben wird, jedem Arbeitgeber solange den Betrieb seines Unternehmens unmöglich zu machen, als er die von ihnen gestellten Bedingungen nicht annimmt, dann ist die Verfügung über die Produktion in letzter Linie in die Hand der Gewerkschaften gelegt. Man darf das Problem nicht dadurch verdunkeln, daß man es mit der Frage der Koalitionsfreiheit, d. h. des Rechtes der Arbeiter, sich in Verbänden zu organisieren, und mit dem der Straffreiheit des vertragsbrüchigen Arbeitnehmers zusammenwirft. Bei der Frage des Schutzes der Arbeitswilligen handelt es sich um toto coelo verschiedener Dinge. Solange die Arbeitsniederlegung der in einem Betriebe oder in einem ganzen Produktionszweig beschäftigten Arbeiter durch Einstellung von Arbeitern aus anderen Produktionszweigen oder aus einem etwa vorhandenen Reservoir von Arbeitslosen unwirksam gemacht werden kann, sind die Gewerkschaften nicht imstande, den Arbeitslohn über den Stand hinaufzusetzen, den er auch ohne ihr Auftreten erreicht hätte. Sobald aber die Brachialgewalt der Arbeiterschaft unter Duldung oder Förderung durch den Staatsapparat es unmöglich macht, die Streikenden zu ersetzen, ist es den Gewerkschaften möglich, nach Belieben zu schalten. Die Arbeiter der »lebenswichtigen« Unternehmungen können dann die Höhe des ihnen auszubezahlenden Lohnes ganz frei bestimmen. Sie könnten ihn so hoch festsetzen, als ihnen beliebt, wenn sie nicht auf die öffentliche Meinung und besonders auf die Stimmung der in den übrigen Produktionszweigen beschäftigten Arbeiter Rücksicht nehmen müßten. Aber jedenfalls sind alle Gewerkschaften in der Lage, den Lohn zunächst über dem Stande festzulegen, der sich aus der Lage der Volkswirtschaft ohne ihr Eingreifen ergeben würde.

Alle diejenigen, die den Schutz der Arbeitswilligen ablehnen, haben sich daher die Frage vorzulegen, auf welche Weise einer Überspannung der Forderungen der Arbeiter entgegengetreten werden könnte. Es ist keine Beantwortung dieser Frage, wenn man auf die Einsicht der Arbeiter verweist oder wenn man paritätische Kommissionen mit der Entscheidung betraut; auch in der paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern beschickten Kommission kann eine Einigung nur durch Nachgeben eines der beiden Teile erfolgen. Überträgt man aber die Entscheidung an den Staat, sei es, indem man ihm unmittelbar das Richteramt zuweist, oder sei es, daß man in der paritätischen Kommission einen Vertreter der Staats-



behörde den Ausschlag geben läßt, dann hat man wieder zur etatistischen Lösung gegriffen, die man ja gerade hatte vermeiden wollen.

Eine Gesellschaftsordnung, die den Schutz der Arbeitswilligen ablehnt, ist ganz und gar nicht lebensfähig und muß in der kürzesten Zeit der Auflösung verfallen. Darum mußten auch alle politischen Systeme, mögen sie auch noch so sehr mit dem Gewerkevereinswesen paktieren, schließlich dazu gelangen, den Streikzwang zu bekämpfen. Das wilhelminische Deutschland brachte es freilich nicht dazu, den Arbeitswilligen durch ein besonderes Gesetz den Schutz der Staatsgewalt zu gewähren; der Versuch scheiterte an dem Widerstand Brentanos und seiner Schule. Doch es ist zu beachten, daß im Deutschen Reich der Vorkriegszeit ein Streik in lebenswichtigen Betrieben durch Einberufung der Ausständischen zur militärischen Dienstleistung unschwer hätte niedergekämpft werden können. Dem republikanischen Deutschland steht dieses Mittel nicht mehr zu Gebote. Es hat, trotzdem in ihm die sozialdemokratische Partei die Vormachtstellung inne hat, den Kampf gegen Arbeitseinstellungen in lebenswichtigen Betrieben mit Erfolg auf andere Weise aufgenommen und dabei den Arbeitswilligen nachdrücklich Schutz zuteil werden lassen. Im Rußland der Sowjets sind Arbeitseinstellungen überhaupt unmöglich. In der Erkenntnis der Notwendigkeit, den Streik zumindest in den lebenswichtigen Betrieben durch Arbeitswillige unwirksam machen zu lassen, stimmen Kautsky und Lenin durchaus überein.

Der Etatist vertraut auf die Weisheit und auf die Gesinnung der Beamten. »Unsere Beamten«, sagt Knapp, »lernen früh genug, wie es mit den wirtschaftlichen Interessenkämpfen aussieht; sie werden sich nicht mehr das Heft aus der Hand nehmen lassen, auch von parlamentarischen Mehrheiten nicht, die wir ja meisterhaft zu behandeln wissen. Keine Herrschaft wird so leicht ertragen, ja so dankbar empfunden wie die hochsinniger und hochgebildeter Beamten. Der deutsche Staat ist ein Beamtenstaat – hoffen wir, daß er in diesem Sinne ein Beamtenstaat bleibe! Dann gelingt es ihm wohl am ersten, die Wirrsale und Irrungen wirtschaftlicher Kämpfe zu überwinden« <sup>1</sup>). Brentano und seiner Schule fehlte dieses Zutrauen in die Unfehlbarkeit des Beamten; gerade darauf stützen sie ihren Anspruch auf die Bezeichnung »liberal«. Doch im Laufe der

---

<sup>1</sup> Vgl. Knapp, Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit, 2. Aufl.; Leipzig 1909, S. 86 (jetzt auch in: Einführung in einige Hauptfragen der Nationalökonomie, München und Leipzig, 1925 S. 1922).

Jahre ist eine starke Annäherung der beiden Richtungen erfolgt. Auch die Schule Brentanos ist für die Verstaatlichung und Verstadtlichung einer Reihe von Unternehmungen eingetreten, und die Schule Schmollers legt Gewicht auf die Tätigkeit der Gewerkschaften. Lange Zeit trennte die beiden Schulen die Stellung zur auswärtigen Handelspolitik. Brentano hat den Protektionismus, dem die Mehrzahl der Etatisten anhing, abgelehnt. Hier haben die Etatisten zum Teile nachgegeben. Die – wenn auch nicht sehr entschieden – freihändlerische Entschließung der in Stuttgart 1923 versammelten Hochschullehrer hat dies deutlich gezeigt.

Brentano selbst hat den Unterschied, der zwischen ihm und Schmoller in den Grundfragen der Gesellschaftspolitik bestand, in folgender Weise darzustellen versucht: »Wir waren beide sowohl für das Wirken freier Organisationen als auch für das Eingreifen des Staates, wo der sich selbst überlassene Einzelne zu schwach war, seine Persönlichkeit zu wahren und seine Fähigkeiten zur Entfaltung zu bringen. Aber unsere Stellung zu beiden war doch wohl von Anfang an umgekehrt. Meine englischen Studien hatten mich dazu geführt, die Hoffnung für das Aufsteigen der arbeitenden Klassen in erster Linie in das freie Wirken ihrer Organisationen zu setzen, während es Schmoller weit mehr darauf ankam, dem Staate die Rolle eines Beschützers der Schwachen zuzuweisen«<sup>1</sup>). In dieser Charakteristik, die Brentano im Frühjahr 1918, kurz nach dem Offenbarwerden des Zusammenbruches des Systems Schmoller und kurz vor dem Offenbarwerden des Zusammenbruches des Systems Brentano niederschrieb, sind die grundsätzlichen Verschiedenheiten der beiden Richtungen zwar nicht scharf herausgearbeitet, aber doch immerhin erkennbar dargestellt.

## II. Liberalismus und Sozialliberalismus.

Namen sind unwesentlich. Auf die Sache kommt es an und nicht auf die Terminologie. Der Terminus Sozialliberalismus mutet zwar merkwürdig an, da Sozialismus und Liberalismus einander ausschließen. Doch wir sind derlei schon gewohnt. Auch Sozialismus und Demokratie sind letzten Endes unvereinbar, und doch haben wir das Wort Sozialdemokratie, das eine *contradictio in adjecto* enthält, schon seit langem im Gebrauch. Wenn heute die Schule Brentanos, die seinen Syndikalismus übernommen hat, und

---

<sup>1</sup> Vgl. Brentano, Ist das System Brentano zusammengebrochen? Berlin 1918, S. 14 f.

ein Teil der »gemäßigten« Etatisten ihre Richtung als Sozialliberalismus oder als sozialpolitischen Liberalismus bezeichnen, so könnte man dagegen nichts einwenden. Wohl aber muß man – nicht aus Gründen irgendwelcher parteipolitischer Einstellung, sondern im Interesse wissenschaftlicher Klarheit und folgerichtigen Denkens – dagegen Einspruch erheben, daß man, von dieser Bezeichnung ausgehend, die Unterschiede, die zwischen Liberalismus und Sozialismus bestehen, verwischt und etwas als Liberalismus bezeichnet; das das gerade Gegenteil von dem ist, was die Geschichte und die Sozialwissenschaft als Liberalismus bezeichnen. Es ist natürlich keine Entschuldigung für dieses Vorgehen, daß auch in England, dem Heimatland des Liberalismus, dieselbe Begriffsverwirrung herrscht.

Es ist wohl richtig, wenn Herkner sagt, für den Liberalismus sei Unverletzlichkeit des Eigentums kein dogmatisch festgelegter Zweck, sondern Mittel zur Erreichung der obersten Ziele. Aber er irrt, wenn er meint, daß dieses Mittel im Systeme des Liberalismus »nur zeitlich bedingt« sei <sup>1)</sup>. Im obersten und letzten Ziele stimmen Liberalismus und Sozialismus überein. Sie unterscheiden sich gerade darin, daß der Liberalismus zur Erreichung dieses Zweckes das Sondereigentum an den Produktionsmitteln, der Sozialismus aber das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln als das geeignetste Mittel ansieht. Diese Gegenüberstellung der beiden Programme und nur diese entspricht der Ideengeschichte des 19. Jahrhunderts. Das, was Liberalismus und Sozialismus trennt, ist die verschiedene Stellung zum Problem des Eigentums an den Produktionsmitteln. Es ist nur verwirrend, wenn man dies irgendwie anders darzustellen versucht.

Beim Sozialismus, meint Herkner, handelt es sich »um die Einführung eines Wirtschaftssystems, in dem die im Staate organisierte Gesellschaft unmittelbar die wirtschaftliche Existenzsicherung aller ihrer Angehörigen übernimmt, und zwar dadurch, daß an Stelle des Privateigentums an den Produktionsmitteln und deren Verwertung im Gewinninteresse privater Unternehmer der ganze Produktions- und Verteilungsprozeß im Sinne einer unmittelbaren Bedarfsdeckungswirtschaft zur Aufgabe der öffentlichen Gewalt erhoben wird« <sup>2)</sup>. Das ist zwar nicht sehr exakt, aber immerhin genügend deutlich ausgedrückt. Doch nun fährt Herkner fort: »Wenn dieses System mit liberalen Mitteln, d. h. ohne Vergewaltigung und Rechtsbruch, eingeführt würde und imstande wäre, nicht nur die

---

<sup>1</sup> Vgl. Herkner, Sozialpolitischer Liberalismus, I, S. 41.

<sup>2</sup> Vgl. Herkner, I, 43.

materielle Güterversorgung der Massen zu verbessern, sondern auch ein größeres Maß von individueller Freiheit zu verschaffen, so gäbe es keinen Einwand, der vom Standpunkt des Liberalismus dagegen erhoben werden könnte«<sup>1</sup>). Wenn es also im Parlament zur Abstimmung über die Frage der Sozialisierung kommt, so könnten die Liberalen für die Gemeinwirtschaft stimmen, da sie doch in diesem Falle »ohne Vergewaltigung und Rechtsbruch eingeführt würde«, wenn nicht gerade die Bedenken bezüglich der materiellen Güterversorgung der Massen beständen!

Herkner scheint der Meinung zu sein, daß der ältere Liberalismus das Eigentum um seiner selbst willen und nicht um seiner sozialen Konsequenzen halber gefordert habe, und so gelangt er – und ähnlich ist es auch bei Wiese und bei Zwiedineck – dazu, hier einen Gegensatz zwischen dem älteren und dem heutigen Liberalismus zu konstruieren. So heißt es bei Herkner: »Während der ältere Liberalismus im Eigentum eine Institution des Naturrechtes erblickte, deren Sicherung neben dem Schutze der persönlichen Freiheit die erste Aufgabe des Staates bildete, wird jetzt das soziale Moment im Eigentum immer schärfer betont. .... Das Eigentum wird nicht mehr mit individualistischen Gründen verteidigt, sondern mit Gesichtspunkten sozialer und volkswirtschaftlicher Zweckmäßigkeit«<sup>2</sup>). Ähnlich stellt Zwiedineck fest, daß man heute schon zu dem Optimismus hinneigen dürfe, »daß eine Eigentumsverfassung um ihrer selbst willen oder nur im Interesse der Eigentümer keinen dauernden Bestand haben würde«. Auch der moderne Liberalismus trete für das Eigentum aus Gründen »sozialer Zweckmäßigkeit« ein<sup>3</sup>).

Es kann hier nicht unsere Aufgabe sein, zu prüfen, inwiefern die nichtliberalen Naturrechtstheorien das Eigentum als natürliche Kategorie verteidigen wollten. Aber das sollte doch allgemein bekannt sein, daß die älteren Liberalen Utilitarier waren (man wirft es ihnen oft genug vor) und daß es für sie eine Selbstverständlichkeit war, daß jede gesellschaftliche Institution und jede ethische Norm nicht um ihrer selbst willen und nicht um irgendwelcher Sonderinteressen willen, sondern nur um ihrer gesellschaftlichen Zweckmäßigkeit willen vertreten werden können: Es ist nicht eine Fortentwicklung des Liberalismus in der Richtung zum Sozialismus

---

<sup>1</sup> Vgl. Herkner, I, 44.

<sup>2</sup> Vgl. Herkner, I, 49.

<sup>3</sup> Vgl. Zwiedineck-Südenhorst, Zur Eigentums- und Produktionsverfassung, II, 447.

hin, wenn der moderne Liberalismus das Sondereigentum an den Produktionsmitteln wegen seiner gesellschaftlichen Nützlichkeit und nicht um seiner selbst willen oder im Interesse der Eigentümer fordert.

»Aus Eigentum und Erbrechte heißt es dann weiter bei Herkner, »fließt auch arbeitsloses Einkommen. Der Liberalismus sympathisiert mit den Bestrebungen der Sozialisten, das arbeitslose Einkommen im Interesse der Gerechtigkeit und eines für alle Glieder der Gesellschaft gleichen Wettbewerbes zu bekämpfen«<sup>1</sup>). Daß aus Eigentum arbeitsloses Einkommen fließt, ist so klar, wie daß die Armut von der Powerité kommt. Arbeitsloses Einkommen ist nämlich das Einkommen, das aus der Verfügung über die Produktionsmittel kommt. Wer das arbeitslose Einkommen bekämpft, muß das Sondereigentum an den Produktionsmitteln bekämpfen. Mit solchen Bestrebungen kann ein Liberaler nicht sympathisieren; tut er es doch, so ist er eben nicht mehr liberal.

Was ist in Herknerns Augen eigentlich Liberalismus? Darauf erhalten wir folgende Antwort: »Liberalismus ist eine Weltanschauung, eine Art von Religion, ein Glaube; der Glaube an die natürliche Würde und Güte des Menschen, an seine hohe Bestimmung, an seine Verbesserungsfähigkeit durch die Mächte der natürlichen Vernunft und Freiheit, an den Sieg der Gerechtigkeit und Wahrheit. Ohne Freiheit keine Wahrheit. Ohne Wahrheit kein Triumph des Gerechten und kein Fortschritt, also keine Entwicklung, deren spätere Stufen immer als wertvoller als die vorangegangenen gelten dürfen. Was Sonnenlicht und Sauerstoff dem organischen Leben, das bedeuten Vernunft und Freiheit der geistigen Entwicklung. Weder einzelne Menschen noch ganze Klassen, Völker und Rassen dürfen als bloßes Mittel für die Zwecke anderer Menschen, Klassen, Völker und Rassen betrachtet werden«<sup>2</sup>). Das ist sehr schön und edel, aber leider auch so allgemein und nichtssagend, daß es ebenso gut auf Sozialismus, auf Syndikalismus und auf Anarchismus paßt. In dieser Begriffsbestimmung des Liberalismus fehlt das allein Entscheidende, nämlich das, daß der Liberalismus eine auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhende Gesellschaftsordnung als das soziale Ideal ansieht.

Bei solcher Fremdheit gegenüber dem Grundproblem des Liberalismus ist es dann nicht weiter erstaunlich, daß sich bei Herkner so ziemlich alle Mißverständnisse finden, die heute über

---

<sup>1</sup> Vgl. Herkner, I, 49.

<sup>2</sup> Vgl. Herkner, I, 39.

das Wesen des Liberalismus im Umlauf sind. So unter anderem: »Der moderne Liberalismus (soll heißen: der sozialpolitische Liberalismus) vertritt im Gegensatz zu dem älteren, der sich vor allem um die Beseitigung hemmender Fesseln bemühte, ein positives konstruktives Programm«<sup>1)</sup>. Hätte Herkner den Grundgedanken des Liberalismus im Sondereigentum an den Produktionsmitteln gefunden, dann hätte er erkannt, daß das liberale Programm nicht weniger positiv und konstruktiv ist als irgendein anderes. Es ist die spezifische Denkungsart der Beamtenschaft – die nach Brentano »der einzige Resonanzboden« des Vereins für Sozialpolitik war<sup>2)</sup> –, daß sie nur die Ideologie als konstruktiv und positiv ansieht, die möglichst viele Ämter und Beamte fordert, und jedem, der den Umfang der Staatsagenden vermindert sehen will, die Kennzeichnungen »negativer Kopf« und »Staatsfeind« anhängt.

Sowohl Herkner<sup>3)</sup> als auch Wiese<sup>3)</sup> betonen ausdrücklich, daß Liberalismus mit Kapitalismus nichts zu tun habe. Passow hat zu zeigen versucht, daß die vieldeutigen Worte »Kapitalismus«, »kapitalistische Wirtschaftsordnung« usw. politische Schlagworte sind, die – von verhältnismäßig wenigen Ausnahmen abgesehen – von Anfang an nicht gebraucht wurden, um die Tatsachen des Wirtschaftslebens objektiv zu klassifizieren und begreifen zu lehren, sondern um die – mehr oder minder zutreffend – erkannten Erscheinungen des Wirtschaftslebens zu kritisieren, anzuklagen und zu verurteilen<sup>4)</sup>. Stellt man sich auf diesen Standpunkt, dann ist es klar, daß wer im Liberalismus – mag er darunter was immer verstehen wollen – einen Wert erkennt, ihn von einer Kennzeichnung freisehen will, die als Herabsetzung, Schmähung und Beschimpfung empfunden wird. Aber schon wenn man die Feststellung Passows als richtig anerkennt, daß in den meisten Fällen, wo man mit dem Worte »Kapitalismus« überhaupt einen bestimmten Begriff verbindet, das Wesen der Sache in der Entwicklung und Ausbreitung großer Unternehmungen liegt<sup>5)</sup>, wird man nicht umhin können, zuzugeben, daß zwischen Liberalismus und Kapitalismus enge Beziehungen bestehen. Erst der Liberalismus hat die ideologischen Voraussetzungen geschaffen, die den modernen gewerblichen Großbetrieb ermöglicht haben. Gebraucht man aber den Ausdruck Kapitalismus zur Be-

---

<sup>1)</sup> Vgl. Herkner, I, 47.

<sup>2)</sup> Vgl. Brentano, a, a. O. S. 19.

<sup>3)</sup> Vgl. Herkner, I, 38; Wiese, Gibt es noch Liberalismus? I, 22.

<sup>4)</sup> Vgl. Passow, »Kapitalismus«, Jena 1918, S. 1 ff.

<sup>5)</sup> Ebendort, S. 132 ff.

zeichnung einer Wirtschaftsweise, in der die wirtschaftlichen Handlungen nach den Ergebnissen der Kapitalsrechnung ausgerichtet sind <sup>1)</sup>, so liegt die Sache nicht anders. Wie immer wir auch den Begriff »Kapitalismus« bestimmen wollen, stets wird es sich zeigen, daß die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise nur im Rahmen einer auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln aufgebauten Gesellschaftsordnung möglich war und ist. Man kann daher Wieses Behauptung, das Wesen des Liberalismus sei »durch sein geschichtliches Zusammentreffen mit dem Hochkapitalismus verdunkelt« worden, nicht zustimmen <sup>2)</sup>.

Das, was den Kapitalismus als »unliberal« erscheinen lasse, erblickt Wiese »in der Gefühllosigkeit gegen fremde Not, in dem brutalen Gebrauch der Ellenbogen und in dem Streben nach Übermächtigung und Knechtung der Mitmenschen« <sup>3)</sup>. Das sind einige Schlagworte aus dem bekannten Register der sozialistischen Klagen über die Verderbtheit und Verruchtheit des Kapitalismus, in denen die für die sozialistische Ideologie charakteristische Verkennung des Wesens und des Wirkens der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung zutage tritt. Wenn in der kapitalistischen Gesellschaft der Käufer ohne andere Rücksichten dort zu kaufen sucht, wo er die Ware am billigsten erhalten kann, ist das nicht »Gefühllosigkeit gegen fremde Not«. Wenn der überlegene Betrieb den minder rationell arbeitenden im Konkurrenzkampf zurückdrängt, liegt nicht »brutaler Gebrauch der Ellenbogen« und »Streben nach Übermächtigung und Knechtung der Mitmenschen« vor. Das, was in diesem Falle vorgeht, ist nicht etwa eine unerwünschte Begleiterscheinung oder ein »Auswuchs« des Kapitalismus und ist keineswegs etwa vom Liberalismus nicht gewollt worden. Im Gegenteil. Je schärfer der Konkurrenzkampf vor sich geht, desto besser erfüllt er seinen gesellschaftlichen Zweck, die Produktion zu rationalisieren. Daß der Fuhrmann durch die Eisenbahn, der Handweber durch die mechanische Weberei, der Schuhmacher durch die Schuhfabrik verdrängt wurden, ist nicht wider die Absicht des Liberalismus geschehen. Und wenn an die Stelle eines unzulänglich von kleinen Reedern mit Seglern besorgten Schiffahrtsdienstes eine große Dampfschiffahrtsgesellschaft, an die Stelle einiger Dutzend oder Hundert Fleischhauer eine große Schlächtereii-Aktiengesellschaft, an die Stelle einiger Hundert

---

<sup>1</sup> Vgl. meine Gemeinwirtschaft, Jena 1922, S. 110 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Wiese, I; 23.

<sup>3</sup> Ebendort.

Krämer eine Handelsaktiengesellschaft treten, so liegt darin keine »Übermächtigung und Knechtung der Mitmenschen«.

Sehr richtig sagt Wiese, daß es Liberalismus »praktisch in ausreichendem Grade überhaupt noch nicht gegeben habe, und daß die Gemeinde der Liberalen erst geschaffen und erzogen werden müsse« <sup>1</sup>). So haben wir, selbst wenn wir die Gesellschaft des im Liberalismus einst tonangebenden England zur Zeit der Hochblüte des Kapitalismus betrachten, nur ein höchst unvollkommenes Bild von dem vor uns, was der voll entwickelte Kapitalismus zu leisten imstande wäre. Es ist heute üblich, alles, was dem Kritiker nicht gefällt, dem Kapitalismus zur Last zu legen. Wer gibt sich wohl Rechenschaft darüber, was er alles entbehren müßte, wenn es keinen »Kapitalismus« geben würde? Wem aber nicht alle Blühträume reifen, der ist schnell dabei, den »Kapitalismus« zu beschuldigen. Das mag ein Verfahren sein, das für die politische Parteilarbeit geeignet erscheint. In der wissenschaftlichen Diskussion sollte man es besser meiden.

### III. Macht oder ökonomisches Gesetz?

Zu den Irrtümern, an denen der Kathedersozialismus aller Spielarten am hartnäckigsten festzuhalten bestrebt ist, gehört der Glaube an die isolierten Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsleben. Nach dieser Auffassung gibt es, vom Syndikalismus abgesehen, drei denkbare Möglichkeiten für die Ordnung der Verfügung über die Produktionsmittel in der arbeitsteilenden Gesellschaft: Neben Gemeineigentum und Sondereigentum steht als dritte Möglichkeit das durch staatliche Vorschriften regulierte Eigentum Privater. Die Möglichkeit und Denkbarkeit dieses dritten Systems ist das Problem, das in der Antithese »Macht oder ökonomisches Gesetz« zur Diskussion gestellt wurde.

Für den Kathedersozialismus hatte diese Frage vor allem eine politische Bedeutung. Er konnte seinen Anspruch, eine unparteiische Mittelstellung zwischen Manchesterturn und Kommunismus einzunehmen, nur dann aufrecht halten, wenn er ein Gesellschaftsideal empfahl, das »gleichweit« von den Idealen der beiden um die Oberhand ringenden Richtungen entfernt zu sein schien. Er konnte die Kritik, die am sozialistischen Gesellschaftsideal geübt worden war, nur dann als sein Ideal nicht treffend ansehen, wenn er verkannte, daß die isolierten Eingriffe in

---

<sup>1</sup> Vgl. Wiese, I, 16.



das Getriebe der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung ihren Zweck verfehlen, und daß die Ziele, die der Etatismus zu erreichen sucht, nur durch ein System erreicht werden könnten, in dem vom Sondereigentum an den Produktionsmitteln nichts als der bloße Name übrig gelassen wird und alle Produktion nach den Weisungen einer zentralen Stelle vollzogen wird. Zutreffend bemerkt Moeller, daß der Grund der Opposition, die von der jüngeren historischen Schule gegen die klassische Nationalökonomie ausging, ein wesentlich praktischer war; Schmoeller hätte »vor allem nicht durch die Vorstellung einer äußeren, vom Menschen unabhängigen Gesetzmäßigkeit des Geschehens den Weg zur wissenschaftlichen Begründung praktischer Sozialpolitik verbaut sehen« wollen. Doch er irrt, wenn er im Anschluß an Rists Bemerkung, daß von der klassischen Schule die allgemeine Gültigkeit der nationalökonomischen Gesetze gar nicht behauptet wurde, meint, daß »es die ‚Gesetze‘ der klassischen Schule nicht waren, die, wenn man sie richtig verstand, hier im Wege standen«<sup>1</sup>). Sie standen wohl im Wege, da sie zeigten, daß ein Eingriff in das Getriebe der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht imstande ist, den Erfolg herbeizuführen, den die Obrigkeit erzielen will, so daß für die Obrigkeit nur die Wahl besteht, entweder auf derartige Eingriffe zu verzichten oder ganze Arbeit zu machen und die Verfügung über die Produktionsmittel an sich zu ziehen und damit die Vergesellschaftung der Produktionsmittel durchzuführen. Diesem Tatbestand gegenüber verfehlten alle kritischen Bemerkungen der historisch-realistischen Schule das Ziel. Es hatte keine Bedeutung, auszuführen, daß die wirtschaftlichen Gesetze keine »Naturgesetze« seien und daß das Sondereigentum »nur« eine historisch-rechtliche und keine ewige Kategorie sei. Die neue Richtung hätte an Stelle der Theorie der Katallaktik, die die Physiokraten und die klassische Nationalökonomie ausgebaut hatten, ein anderes System setzen müssen, das obrigkeitliche Eingriffe in das Spiel des Marktes einer auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung nicht als sinnwidrig hätte erscheinen lassen. Da sie das nicht konnte, mußte sie jede und alle »theoretische« Untersuchung der Probleme der gesellschaftlichen Wirtschaft grundsätzlich ablehnen.

---

<sup>1</sup> Vgl. Moeller, Zur Frage der „Objektivität“ des wirtschaftlichen Prinzips (Archiv für Sozialwissenschaft, 47. Bd.) S. 163.

Man hat mitunter behauptet, daß es mehrere Nationalökonomien gebe. Man sieht, daß dies ebensowenig richtig ist, als wenn man die Behauptung aufstellen wollte, daß es mehrere Biologien oder mehrere Physiken gebe. Gewiß, es gibt in jeder Wissenschaft zur gleichen Zeit verschiedene Hypothesen und verschiedene Auffassungen und Streit um die Lösung konkreter Probleme. Doch der logische Charakter einer jeden Wissenschaft ist einheitlich. Das gilt auch von der Nationalökonomie, und der beste Beweis dafür, daß dem so ist, ist die Tatsache, daß die historisch-realistische Schule, die aus politischen Gründen mit der überkommenen und sich weiter entwickelnden Nationalökonomie der Theoretiker nicht einverstanden war, nicht etwa an die Stelle der bekämpften Lehre eine andere gesetzt hat, sondern grundsätzlich die Möglichkeit theoretischer Erkenntnis auf diesem Gebiet geleugnet hat.

Nationalökonomische Erkenntnis führt notwendigerweise zum Liberalismus. Denn sie zeigt einerseits, daß es für die Ordnung des Eigentumproblems in der arbeiteteilenden Gesellschaft nur zwei Möglichkeiten gibt: Das Sondereigentum und das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, und daß das angebliche Mittelding des »regulierten« Eigentums entweder sinnwidrig ist, weil es nicht zu den beabsichtigten Zielen führt und nichts anderes bewirkt, als Störung des Ablaufes der kapitalistischen Produktion, oder bis zur vollen Vergesellschaftung der Produktionsmittel getrieben werden muß. Sie zeigt andererseits – und diese Erkenntnis ist in voller Klarheit erst eine Errungenschaft der jüngsten Zeit –, daß eine arbeiteteilende Gesellschaft, die auf dem Gemeineigentum an den Produktionsmitteln aufgebaut ist, nicht lebensfähig wäre, weil in einer solchen Gesellschaft Geldrechnung und damit Rationalität nicht denkbar sind. Nationalökonomische Erkenntnis steht somit den heute die ganze Welt beherrschenden sozialistischen und syndikalistischen Ideologien im Wege. Daher der Kampf, der allenthalben gegen die Nationalökonomie und gegen die Nationalökonomien geführt wird.

Zwiedineck-Südenhorst versucht die unhaltbare Lehre von der neben Gemeineigentum und Sondereigentum angeblich möglichen dritten Gesellschaftsform in neuem Gewande vorzutragen. Es handle sich, meint er, »nicht bloß um die Eigentumsverfassung, sondern mindestens ebenso, wahrscheinlich aber ausschlaggebender, um die Gesamtheit jener Rechtsnormen, die sich als Überbau über irgendeiner Eigentums- und damit überhaupt Wirtschaftsverfassung erheben und als maßgebend für die Gestaltung des Zusammenwirkens der verschiedenen Produktionsfaktoren unab-

wendbar anzuerkennen sind (wobei verschiedene Produktionsfaktoren, eben nicht nur einerseits Kapital und Boden, andererseits Arbeit, sondern auch die verschiedenen Kategorien von menschlicher Leistung gegensätzlich zu verstehen sind): kurz eben das, was unter den Begriff der Produktionsverfassung fällt. Diese Produktionsverfassung kann nur den Zweck haben, die jeweiligen Herrschaftsverhältnisse über die verschiedenen Produktionsfaktoren in den Dienst der gesamten Wirtschaft zu stellen, nur dann hat sie gesellschaftswirtschaftlichen Charakter. Natürlich sind dann insoweit diese Herrschaftsverhältnisse, also wieder die Eigentumsordnung, geradezu ein Teil der Produktionsverfassung. Aber daraus ist noch nicht zu schließen, daß die sie ergänzende Produktionsverfassung für die individualistische und für die kollektivistische Wirtschaft verschieden sein müssen, ja es ist geradezu die Frage, ob und worin sie verschieden sein kann<sup>1)</sup>. Hier haben wir, geradeso wie bei allen Vertretern des Etatismus, die Vorstellung, daß Rechtsnormen, die notwendig sind, um das Sondereigentum »in den Dienst der Gesamtwirtschaft zu stellen«, den Erfolg, den die Obrigkeit anstrebt, erreichen könnten. Zwiedineck hat denn auch erst vor kurzem zu dem Problem: »Macht oder ökonomisches Gesetz« in der für alle Anhänger der kathedersozialistischen Richtung kennzeichnenden Art Stellung genommen<sup>2)</sup>.

Es ist bemerkenswert, daß alle diese Ausführungen nicht nur nichts Neues bringen, sondern daß sie auch alle alten, hundertmal widerlegten Irrtümer wieder auftischen. Es handelt sich nicht darum, ob »staatliche Macht« in das Wirtschaftsleben eingreifen »kann«. Kein Nationalökonom wird heute noch bestreiten wollen, daß z. B. das Bombardement einer Stadt oder ein Ausfuhrverbot »möglich« sind. Auch der Freihändler leugnet nicht, daß Zölle möglich sind; er behauptet nur, daß Schutzzölle nicht jene Wirkungen nach sich ziehen, die ihnen der Schutzzöllner zuschreibt. Und wer Preistaxen als unzweckmäßig ablehnt, will nicht bestreiten, daß die Behörde Preistaxen anordnen und über ihre Einhaltung wachen kann, sondern nur das, daß auf diesem Wege jenes Ziel erreicht werden kann, das sich die Obrigkeit bei der Erlassung der Preistaxen gesetzt hat.

---

<sup>1</sup> Vgl. Zwiedineck-Südenhorst, Zur Eigentums- und Produktionsverfassung, II, 430 f.

<sup>2</sup> Vgl. Zwiedineck-Südenhorst, Macht oder ökonomisches Gesetz? (Schmollers Jahrbuch, 49. Jahrgang, S. 273-292.)

#### IV. Der Methodenstreit.

Die Ausführungen, mit denen die Anhänger der historischen Schule die Zulässigkeit »theoretischere Untersuchungen auf dem Gebiete der Nationalökonomie ablehnten, haben schon in der Mitte der 70er Jahre eine treffende, unwiderlegbare Zurückweisung durch Walter Bagehot erfahren. Die beiden Methoden, die die historische Schule als die allein zulässigen bezeichnete, nennt Bagehot die »all case method« und die »single case method«. Jene will nur mit vollständiger Induktion arbeiten und sei der irrigen Meinung, daß dies der Weg sei, auf dem die Naturwissenschaften zu ihren Ergebnissen zu gelangen pflegen. Bagehot zeigt, daß dieser Weg ganz und gar ungangbar und daß auf ihm niemals in irgendeiner Wissenschaft ein befriedigendes Ergebnis erzielt worden sei. Die »single case method«, die nur die Beschreibung konkreter geschichtlicher Vorgänge gelten lassen will, verkenne, daß es keine Wirtschaftsgeschichte und keine Wirtschaftsbeschreibung gebe – »unless there was a considerable accumulation of applicable doctrine before existing«<sup>1</sup>).

Der Methodenstreit ist heute längst entschieden. Nie noch hat eine wissenschaftliche Erörterung mit einer vernichtenderen Niederlage der einen Richtung geendet als diese. Das wird erfreulicherweise auch in dem vorliegenden Sammelwerk rundweg zugegeben. So kommt Löwe in seinem auf gründlicher Beherrschung des Stoffes beruhenden Beitrag über die Konjunkturforschung auch kurz auf die Methodenfrage zu sprechen und weist mit treffenden Worten die Unhaltbarkeit der Einwendungen nach, die die Empiriker gegen die Theorie vorgebracht haben. Man muß leider Löwe auch dort recht geben, wo er feststellt, daß »der Irrglaube an die ‚unvoreingenommene‘ Tatsachenforschung, die die Arbeit einer ganzen deutschen Forschergeneration um ihren eigentlichen Ertrag gebracht hat« neuerdings in der amerikanischen Wissenschaft auftritt<sup>2</sup>). Noch bedauerlicher ist es freilich, daß wir trotz der gründlichen methodologischen Erörterungen der letzten Jahre auch in der deutschen Wissenschaft immer wieder aufs neue den alten, längst widerlegten Irrtümern begegnen. Bonn z. B. rühmt Brentano nach, daß es ihm in seinem Buch über »Agrarpolitik« nicht genügt habe, »das Gerippe eines Systems, losgelöst vom Fleisch des Lebens, zur Darstellung

---

<sup>1</sup> Vgl. Bagehot, The Postulates of English Political Economy (Works, Edited by Russell Barrington, London 1915, Vol. VII) S. 100-104.

<sup>2</sup> Vgl. Löwe, Der gegenwärtige Stand der Konjunkturforschung in Deutschland, II, S. 365 f., S. 367 f.

zu bringen. Ihm graute vor blutleerer Abstraktion, vor der Abwandlung dürrer Begriffe, wie er sie in seiner Jugend kennengelernt hatte. Er suchte die Fülle des Lebens«<sup>1</sup>). Ich muß gestehen, daß ich mir bei dem Ausdruck »Fleisch des Lebens« nichts vorstellen kann. Die Verbindung des Eigenschaftswortes »blutleer« mit dem Hauptwort »Abstraktion« empfinde ich als sinnwidrig. Was soll der Gegensatz zu »blutleerer« Abstraktion sein? Etwa »blutige« Abstraktion? Abstrakte Begriffe kann keine Wissenschaft meiden; wem vor ihnen graut, der bleibe der Wissenschaft fern und sehe zu, ob und wie er im Leben ohne sie auszukommen vermag. Schlagen wir Brentanos Agrarpolitik auf, so finden wir in ihr eine Fülle von Erörterungen über Grundrente, Bodenpreis, Kosten u. dgl., also lauter theoretische Untersuchungen, die selbstverständlich mit Abstraktionen und abstrakten Begriffen arbeiten<sup>2</sup>). Jede Untersuchung, die in irgendeiner Weise zu volkswirtschaftlichen Fragen Stellung nimmt, muß »theoretisieren«. Der Empiriker weiß freilich nicht, daß er Theorie treibt, so wenig Monsieur Jourdain wußte, daß das, was er immer gesprochen hatte, Prosa war. Und weil die Empiriker dies nicht wissen, übernehmen sie achtlos Theorien, die unvollkommen und geradezu falsch sind, und vermeiden es, die Theorien dadurch zu prüfen, daß sie sie bis ans Ende folgerichtig durchdenken. Man kann zu jeder »Tatsache« unschwer eine erklärende Theorie konstruieren; erst wenn man die einzelnen Theorien zu einem Gesamtsystem zusammenschließt, kann man sich über Wert und Unwert der gefundenen »Erklärung« orientieren. Das gerade aber hat die historische Schule abgelehnt: Sie wollte es nicht gelten lassen, daß man Theorien bis ans Ende durchdenken und daß man sie zu einem einheitlichen System zusammenfassen muß. Ihr fehlten Wille und Kraft zum System. Sie hat eklektisch Brocken aller möglichen Theorien verwendet, wahl- und kritiklos bald dieser, bald jener Meinung folgend.

Doch die Kathedersozialisten haben nicht nur selbst kein System aufgestellt, sie haben auch in der Kritik des Systems der modernen theoretischen Nationalökonomie ganz und gar versagt. Die fruchtbare Kritik, die zur Weiterbildung der Wissenschaft unentbehrlich ist, ist der subjektivistischen Wertlehre nicht von außen zugekommen, sondern in ihren eigenen Reihen entstanden. Unter ihrem Einfluß hat sich die große Wandlung der letzten Jahrzehnte vollzogen. Selbst die Tatsache dieser Entwicklung im System der

---

<sup>1</sup> Vgl. Bonn, Geleitwort: Lujo Brentano als Wirtschaftspolitiker, I, 4.

<sup>2</sup> Vgl. Brentano, Agrarpolitik, Stuttgart 1897, S. 60 ff., 83 ff.

theoretischen Nationalökonomie ist den Anhängern der historischen Schule entgangen. Sie haben, wenn sie von der modernen Nationalökonomie sprechen, noch immer den Stand von 1890 vor Augen, als eben Mengers und Böhm-Bawerks Leistungen im großen und ganzen abgeschlossen vorlagen. Was seither in Europa und Amerika geleistet wurde, ist ihnen ziemlich fremd geblieben.

Die Kritik, die die Vorkämpfer des Kathedersozialismus an den Lehren der theoretischen Nationalökonomie übten, war meist wenig sachlich und, ohne ersichtlichen Grund, nicht frei von persönlicher Gehässigkeit. Oft tritt – ganz wie in den Schriften von Marx und seinen Schülern – an Stelle einer Kritik ein mehr oder weniger geschmackvoller Witz. Brentano glaubte eine – nebenbei bemerkt, in den 17 Jahren, die seit ihrem Erscheinen verstrichen sind, von niemand als richtig anerkannte – Kritik der Böhm-Bawerkschen Kapitalzinstheorie durch den Satz einleiten zu müssen: »Wie mir ein Student im ersten Semester treffend bemerkte«<sup>1</sup>). Der russische Professor Totomianz, ein Armenier, sagt in seiner »Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus«: »Einer der deutschen Kritiker der psychologischen Schule bemerkt höchst ironisch, doch nicht ohne Kern von Wahrheit, daß der Boden, auf welchem die österreichische Schule gewachsen ist, die Stadt Wien mit ihrer zahlreichen Studentenschaft und Offizieren gewesen ist. Für einen jungen, nach Vergnügungen haschenden Studenten werden die jetzigen Güter natürlich viel wertvoller erscheinen als die zukünftigen. Ebenso wird ein glänzender, doch stets an Geldmangel leidender Offizier einen jeglichen Prozentsatz für das ihm geliehene Geld zahlen«<sup>2</sup>). Das Werk, das diese tiefsinnige Kritik der Böhm-

---

<sup>1</sup> Vgl. Brentano, Konkrete Grundbedingungen der Volkswirtschaft, Leipzig 1924, S. 113. (Die Sperrung ist von mir.)

<sup>2</sup> Vgl. V. Totomianz, Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus, Jena 1925, S. 152. Auch abgesehen von der im Texte angeführten »Kritik« Böhm-Bawerks stellt sich die Arbeit von Totomianz als ein durchaus unzulänglicher und verfehelter Versuch dar. So heißt es z. B. auf S. 146: »Während Mengers Verdienst hauptsächlich in der Ausarbeitung einer neuen Methodologie liegt, haben die zwei anderen Vertreter der österreichischen Schule, Böhm-Bawerk und Wieser, eine recht scharfsinnige psychologische Werttheorie aufgebaut.« Aus dieser Formulierung müßte man schließen, daß Menger sich um die Ausarbeitung der neuen Werttheorie weniger verdient gemacht habe als Böhm-Bawerk und Wieser, was durchaus nicht zutrifft. Die Darstellung der Lehre der Grenznutzentheorie beginnt Totomianz mit folgenden Ausführungen: »Die Wirtschaft besteht aus Gütern. Diese Güter stehen in einem gewissen Verhältnis zum menschlichen Wohlsein. Dieses Verhältnis zum Wohlstand drückt sich in zwei verschiedenen Graden oder Stufen aus: in einer niederen und einer höheren. Wir haben es mit der höheren zu tun, wenn das Gut nicht nur brauchbar, sondern auch

Bawerkschen Lehre enthält, erschien in russischer Sprache. Seine französische Übersetzung wurde von Rist, seine italienische von Loria und seine tschechische von Masaryk mit einem Vorwort eingeleitet. In dem Vorwort zur deutschen Ausgabe rühmt Herkner seine Darstellung als »volkstümlich und anschaulich«; alles, was an bedeutenden und fruchtbaren Gedanken in England, Frankreich, Deutschland, Österreich, Belgien, Italien, Rußland und Amerika hervorgebracht worden ist, finde bei Totomianz »liebe- und verständnisvolle Beachtung«. Totomianz verfüge »über eine staunenswerte Befähigung, so verschiedenartigen Geistern wie Fourier, Ruskin, Marx, Rodbertus, Schmoller, Menger und Gide in gleicher Weise gerecht zu werden«<sup>1</sup>). Dieses Urteil Herknerns ist um so merkwürdiger, als es doch von einem genauen Kenner der Dogmengeschichte herrührt<sup>2</sup>).

Der Brentanosche Flügel der empirisch-realistischen Richtung hat übrigens im Methodenstreit eine vorsichtiger Haltung eingenommen als die Anhänger Schmollers. Brentano persönlich muß man es überdies als besonderes Verdienst anrechnen, daß er schon vor einem Menschenalter an den wirtschaftsgeschichtlichen Arbeiten der Schule scharfe Kritik geübt hat. »Gar mancher«, hieß es da, »der nichts anderes als einen Auszug aus wirtschaftlichen Akten gemacht hat, meint damit eine nationalökonomische Abhandlung geschrieben zu haben. Als ob nicht, wenn der Aktenauszug da ist, die Arbeit des Nationalökonomen erst anginge! Denn erst dann gilt es das darin Enthaltene festzustellen, es zu einem lebensvollen Bilde zusammenzufassen und die aus dem Stück Leben, was so bekannt geworden, sich ergebenden Lehren zu ziehen. Dazu reicht dann freilich der Fleiß im Fertigen von Aktenauszügen nicht aus. Es gehören dazu Anschauung, Kombinationsgabe, Scharfsinn und die wichtigste wissenschaftliche Gabe: in der Mannigfaltigkeit der Erscheinungen das Gemeinsame erkennen zu können«<sup>3</sup>). Wo dies fehlt, erhalten wir nichts als uninteressante Einzelheiten ..... Wirtschaftsgeschichtliche Abhandlungen dieser

---

für die Wohlfahrt notwendig ist, so daß im Zusammenhang mit dem Besitz oder Verlust des Gutes irgendein Verbrauch oder Genuß verloren geht.« Die Ausführungen über die anderen Nationalökonomen sind nicht besser. Da ich der russischen Sprache nicht mächtig bin, vermag ich nicht zu entscheiden, ob der Widersinn auf Rechnung des russischen Originals oder der deutschen Übersetzung zu setzen ist.

<sup>1</sup> Ebendort, S. 7 f.

<sup>2</sup> Vgl. Herkner, Die Geschichte der Nationalökonomie (Festschrift für Lujo Brentano zum siebenzigsten Geburtstag, München und Leipzig 1916), S. 223-235.

<sup>3</sup> Von mir gesperrt.

Art sind dann für die Nationalökonomie gänzlich wertlos«<sup>1</sup>). Und wohl im Hinblick auf die etatistischen Tendenzen der der Schmollerschen Schule entstammenden Arbeiten nennt Brentano es eine Verirrung, »Begeisterung-verbrämte Archivauszüge mit nationalökonomischen Untersuchungen und wirtschaftsgeschichtlichen Forschungen zu verwechseln«<sup>2</sup>).

## V. Die nationalökonomischen Doktrinen des Sozialliberalismus.

Seinen Grundsätzen getreu hat der Kathedersozialismus kein System der Nationalökonomie aufgestellt, wie es auf der einen Seite die Physiokraten und die Klassiker, auf der anderen Seite die moderne subjektivistische Nationalökonomie versucht haben. Es war ihm gar nicht darum zu tun, ein System der Katallaktik aufzubauen.

Marx hat das System der Klassiker ohne weiteres übernommen und aus ihm die Einsicht geschöpft, daß es in der arbeitsteiligen Gesellschaft neben der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung und der auf dem Gemeineigentum an den Produktionsmitteln beruhenden keine dritte Organisationsmöglichkeit gebe. Alle Versuche, dies zu verkennen, hat er als »kleinbürgerlich« verhöhnt. Der Standpunkt des Etatismus ist ein anderer. Er trat von vornherein an die Dinge nicht mit dem Drange, sie zu verstehen, sondern mit der Absicht, sie zu richten, heran; er brachte eine vorgefaßte ethische Meinung mit, ein: »So soll es sein!« und »So soll es nicht sein!« Ihm erscheinen die Dinge, solange der Staat sich nicht einmischt, ganz chaotisch. Erst das Einschreiten der Obrigkeit setzt der Willkür der selbstsüchtigen Interessenten ein Ende. Die Vorstellung, daß eine Gesellschaftsordnung auf Grundlage einer Verfassung bestehen könnte, in der der Staat nichts weiter tut als das Sondereigentum an den Produktionsmitteln schützen, erscheint ihm so absurd, daß er nur Hohn für die »Staatsfeinde« übrig hat, die eine solche »prästabilisierte Harmonie« annehmen. Es sei ganz und gar unlogisch, behauptet er weiter, jeden »Eingriff« des Staates in das Wirtschaftsleben abzulehnen, da dies zum Anarchismus führe. Läßt man aber Eingriffe des Staates zum Schutze des Sondereigentums zu, so sei es inkonsequent, darüber hinausgehende Eingriffe grundsätzlich abzulehnen. Als die einzig vernünftige Ordnung der Wirtschaft erscheint den Etatisten ein

---

<sup>1</sup> Vgl. Brentano, Über den grundherrlichen Charakter des hausindustriellen Leinengewerbes in Schlesien (Zeitschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, I. Bd., 1893) S. 319 f.

<sup>2</sup> Ebendort, S. 322.



Gesellschaftsideal, in dem das Sondereigentum zwar dem Namen nach bestehen bleibt, faktisch aber dadurch beseitigt wird, daß der Staat die oberste Leitung der Produktion und der Verteilung in der Hand behält. Der Zustand, der zur Zeit der Hochblüte des Liberalismus bestanden hat, sei dadurch entstanden, daß der Staat seine Pflichten versäumt und den Interessenten zu viel Freiheit gewährt habe. Bei solchen Anschauungen ist die Aufstellung eines Systems der Katallaktik entbehrlich, ja widersinnig.

Das geeignetste Beispiel für die Ideologie des Wohlfahrtsstaates gibt die Zahlungsbilanztheorie. Wenn der Staat nicht eingreift, kann es geschehen, daß ein Land seinen ganzen Vorrat an Geldmetall verliert, lautet, auf die einfachste Form gebracht, ihre ältere, die merkantilistische Fassung. Die Klassiker zeigen demgegenüber, daß die Gefahr, die der Merkantilist an die Wand malt, nicht besteht, weil Kräfte wirksam sind, die auf die Dauer eine Geldauspowerung unmöglich machen. Die Quantitätstheorie ist daher dem Etatisten stets anstößig erschienen. Seine Gunst schenkte er der Bankingtheorie. Die Currencytheorie war in Deutschland seit dem Siege der historischen Schule geradezu in Acht und Bann getan. Die Lehren der Bankingtheorie finden wir bei Karl Marx <sup>1)</sup> und bei Adolf Wagner, bei Helfferich und bei Hilferding, bei Havenstein und bei Bendixen.

Nach zwei Menschenaltern der Herrschaft des Eklektizismus und der Meidung reinlicher Begriffsbildung wird es heute vielen selbst schwer, auch nur zu erkennen, worin der Gegensatz zwischen den beiden berühmten englischen Schulen zu suchen ist. So staunt Palyi darüber, daß »ein entschiedener Anhänger der Bankingge-

---

<sup>1</sup> Marx hat nicht erkannt, daß er durch die Annahme der Bankingtheorie die Grundlagen anerkannte, auf denen sich die Tauschbankideen Proudhons aufbauten. Marx hatte überhaupt vom Bankwesen keine klare Vorstellung; er folgte vielfach kritiklos den Behauptungen der Banking-Theoretiker. Wie wenig er die Probleme beherrschte, zeigt jede von den spärlichen Bemerkungen, die er den Exzerpten beifügte, so die über den katholischen Charakter des Monetarsystems und den protestantischen Charakter des Kreditsystems (Das Kapital, III. Bd., II. Teil, Dritte Auflage, Hamburg 1911, S. 132). Noch charakteristischer ist eine andere Bemerkung, die er an das Grundaxiom der Bankinglehre, »man hat nur eine bestimmte Quantität von Ein-Pfund-Noten in die Zirkulation zu werfen, um ebensoviele Sovereigns hinauszuerwerfen« anknüpft: »Ein allen Banken wohlbekanntes Kunststück« (ebendort, I. Bd., 7. Aufl., Hamburg 1914, S. 84). Was sollte dieses »Kunststück« den Banken? Ein Interesse daran, Sovereigns durch die Ausgabe von Noten an sich zu ziehen, hatten sie doch nicht; sie hatten allein ein Interesse daran, durch vermehrte Notenausgabe mehr Kredite erteilen zu können und daher höhere Zinseneinnahmen zu erzielen. Dieses »Kunststück«, war allen Banken wohlbekannt, doch nicht jenes.

danken, M. Ausiaux, gelegentlich ..... für den Comptabilismus von Solvay ..... eintritt«<sup>1</sup>). Man sollte doch nicht verkennen, daß der Comptabilismus und alle verwandten Systeme nichts anderes als die folgerichtige Anwendung der Lehren der Bankingtheorie sind. Wenn die Banken nicht mehr Noten in den Verkehr zu pumpen imstande sind als benötigt werden (»Elastizität des Umlaufes«), dann kann doch kein Bedenken gegen die Durchführung der Solvayschen Geldreform obwalten.

Den Standpunkt des Etatismus, der es erklärt, daß er nicht ein Wort zu dem hinzuzufügen wußte, was auch schon der alte Merkantilismus verkündet hatte, und daß seine ganze Theorie sich darauf beschränkte, auf die böse Veranlagung der Untertanen (der »Interessenten«) hinzuweisen<sup>2</sup>), die man nicht sich selbst überlassen dürfe, konnte der Sozialliberalismus nicht teilen. Der Sozialliberalismus mußte daher wohl oder übel zu zeigen suchen, wie sich das Zusammenwirken der Glieder der Tauschgesellschaft in seinem Gesellschaftsideal ohne Mitwirkung der Obrigkeit abspielt. Eine umfassende Theorie hat jedoch auch der Sozialliberalismus nicht aufgestellt. Ein Teil seiner Anhänger stand wohl auf dem Standpunkt, daß es angesichts der noch nicht hinreichenden Vorbereitung durch Sammlung von Material noch nicht an der Zeit sei, die Mehrzahl wird die Nötigung hierfür überhaupt nicht eingesehen haben. Wo sich die Notwendigkeit ergab, theoretische Sätze heranzuziehen, haben die Sozialliberalen sie gewöhnlich dem klassischen System, meist in dem Gewande des Marxismus, entlehnt. Auch hierin unterscheiden sich die Sozialliberalen von den Etatisten, die es vorzogen, auf den Merkantilismus zurückzugreifen.

Doch der Sozialliberalismus hat auch versucht, einen selbständigen Beitrag zur Theorie beizusteuern, die Lehre von den Wirkungen des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der Arbeiter auf den Lohn. Weder die klassische Theorie noch die moderne Theorie vermochte man hier heranzuziehen. Marx war ganz folgerichtig, wenn er die Frage, ob durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Lohn gesteigert werden könnte, verneinte. Erst Brentano und die Webbs haben sich bemüht, den Nachweis zu erbringen, daß das Einkommen der gesamten Lohnarbeiterschaft durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß dauernd gehoben

---

<sup>1</sup> Vgl. PaLyi, Ungelöste Fragen der Geldtheorie, II, 514.

<sup>2</sup> Nur Untertanen haben eigensüchtige »Sonderinteressen« und wissen nicht, was ihnen frommt. Die Beamten und der Landesfürst sind immer selbstlos und weise.

werden könne. Die Brentano - Webbsche Theorie ist das Hauptlehrstück des Sozialliberalismus. Sie hat freilich der wissenschaftlichen Kritik nicht standzuhalten vermocht. Es sei hier nur auf die Ausführungen von Pohle <sup>1)</sup> und von Adolf Weber <sup>2)</sup> verwiesen. Zu demselben Ergebnis gelangte Böhm-Bawerk in seiner letzten Arbeit <sup>3)</sup>. Niemand wagt es heute noch ernstlich, die Brentano - Webbsche Lehre zu vertreten. Es ist charakteristisch, daß in der umfangreichen Festschrift keine Arbeit über Lohntheorie und über Lohnpolitik der Gewerkschaften enthalten ist. Cassau stellt nur fest, daß die Gewerkschaftsbewegung vor dem Krieg »ohne eigentliche Lohntheorie« arbeitete <sup>4)</sup>.

Schmoller hat in der Besprechung der ersten Auflage des Buches von Adolf Weber dem Nachweis, daß es regelmäßig nicht möglich sei, lediglich durch Vorenthaltung der Arbeitskraft – ohne Produktivitätssteigerung – den Soziallohn zu steigern, entgegengehalten, daß »derartige theoretische abstrakte Preiserörterungen« zu keinem brauchbaren Ergebnis führen könnten. Wir könnten ein »sicheres Urteil« nur abgeben, »wenn wir diese feinen komplizierten Prozesse alle zahlenmäßig messen könnten«. Adolf Weber will darin eine Bankerotterklärung unserer Wissenschaft sehen <sup>5)</sup>. Doch der Etatist braucht sich um den Bankrott der Katallaktik nicht zu kümmern; der folgerichtige Etatist leugnet ja überhaupt den Bestand einer Gesetzmäßigkeit im Ablauf der Markterscheinungen. Und jedenfalls weiß der Etatist als Politiker einen Ausweg aus dem Dilemma: Der Staat bestimmt die Höhe der Löhne. Für den Sozialliberalismus aber ist nicht erst die Widerlegung der Brentano - Webbschen Lehre fatal. Selbst wenn man sie gelten lassen wollte – was, wie gesagt, nach den Ausführungen von Adolf Weber, Pohle und Böhm-Bawerk kaum noch jemand wagen wird –, bliebe noch die entscheidende Frage zu beantworten. Wenn nämlich die Gewerkschaften tatsächlich die Macht hätten, den Durchschnittslohn aller Arbeiter

---

<sup>1</sup> Vgl. Pohle, Die gegenwärtige Krisis in der deutschen Volkswirtschaftslehre, zweite Ausgabe, Leipzig 1921, S. 29 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Adolf Weber, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, zweite Auflage, Tübingen 1920, S. 411 ff.

<sup>3</sup> Vgl. Böhm-Bawerk, Macht oder ökonomisches Gesetz? (Gesammelte Schriften, hrsg. von Weiß, Wien 1924) S. 230 ff.

<sup>4</sup> Vgl. Cassau, Die sozialistische Ideenwelt vor und nach dem Kriege, I, 136.

<sup>5</sup> Vgl. Adolf Weber, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, a. a. O., S. 405.

über jenen Satz hinaus zu steigern, der sich ohne ihr Einwirken ergeben hätte, dann muß man wohl fragen: Bis zu welcher Höhe kann diese Steigerung gehen? Kann der Durchschnittslohn so hoch steigen, daß er das ganze »arbeitslose« Einkommen verschlingt und daß er vom Kapitalstock getragen wird? Oder gibt es eine Grenze, bei der diese Steigerung früher Halt machen muß? Es ist das jenes Problem, das die »Machttheorie« gegenüber jedem Preis zu beantworten hat; sie hat bis heute freilich nicht einmal den Versuch gemacht, es zu lösen.

Man darf das Machtproblem nicht so behandeln, wie es der ältere Liberalismus getan hat, wenn er die Eingriffe der Zwangsgewalt als »unmöglich« erklärte. Darüber, daß die Gewerkschaften, wenn der Staat ihnen durch Verweigerung wirksamen Schutzes der Arbeitswilligen Hilfe leistet, und entweder Arbeitslosenunterstützungen gezahlt werden oder die Unternehmer zur Einstellung von Arbeitern gezwungen werden, wohl imstande sind, die Löhne so hoch hinaufzutreiben, als sie wollen, kann kein Zweifel bestehen. Dann aber ergibt sich folgendes:

Die Arbeiter der lebenswichtigen Betriebe sind in der Lage, dem Rest der Bevölkerung gegenüber jeden beliebigen Lohn durchzusetzen.

Aber auch davon abgesehen: Die Überwälzung der Lohnsteigerung auf die Preise der Gebrauchs- und Verbrauchsgüter kann wohl von den Arbeitern getragen werden, nicht aber von den Kapitalisten und den Unternehmern, deren Einkommen durch die Lohnsteigerung nicht erhöht wurde. Diese Schichten müssen also die Akkumulation einschränken oder weniger verzehren oder gar das Kapital angreifen. Was sie tun und in welchem Ausmaße sie es tun, hängt von dem Ausmaße der Schmälerung ihres Einkommens ab. Doch darüber wird wohl Übereinstimmung herrschen, daß die Beseitigung oder auch nur wesentliche Verkürzung des Unternehmer- und Besitzeinkommens auf diesem Wege nicht denkbar ist, ohne daß es zumindest zur Verminderung oder Einstellung der Kapitalneubildung, mit größter Wahrscheinlichkeit (da doch nicht abzusehen ist, was die Gewerkschaften abhalten sollte, ihre Forderungen nicht so hoch zu stellen, daß das ganze »arbeitslose« Einkommen verschwindet) aber zur Kapitalsaufzehrung kommt; daß aber die Aufzehrung von Kapital der Weg nicht sein kann, auf dem auf die Dauer das Einkommen der Arbeiter erhöht werden kann, ist klar.

Die Wege, die Etatismus und Sozialliberalismus einschlagen wollen, um das Einkommen der Lohnempfänger zu erhöhen, gehen auseinander. Aber keiner von beiden führt zum Ziel. Auch der

Sozialliberalismus steht, da er doch unmöglich Verminderung oder Einstellung der Kapitalneubildung oder gar Kapitalaufzehrung wollen kann, schließlich vor dem: Entweder Kapitalismus oder Sozialismus. Tertium non datur.

## **VI. Der Begriff der Sozialpolitik und die Krise der Sozialpolitik.**

Nahezu alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen der beiden letzten Menschenalter zielen dahin, das Sondereigentum an den Produktionsmitteln wohl nicht dem Namen nach, aber in der Sache Schritt für Schritt zu beseitigen und an die Stelle der kapitalistischen Gesellschaftsordnung eine sozialistische zu setzen. Das hat Sidney Webb schon vor Jahrzehnten erkannt und in den Fabian Essays klar ausgesprochen <sup>1</sup>). So wie das Bild, das sich die einzelnen Richtungen des Sozialismus von der anzustrebenden künftigen Gesellschaftsordnung machen, verschieden war, so mußten auch ihre Anschauungen über den Weg, auf dem man dieses Ziel erreichen könnte, verschieden sein. Es gibt Fragen, in denen alle Richtungen so ziemlich Hand in Hand gingen. In anderen Fragen wieder bestanden die größten Gegensätze, so z. B. in der Frage der Fabriksarbeit verheirateter Frauen oder in der Frage des Schutzes des Handwerkes gegen den Wettbewerb der Großindustrie. Volle Übereinstimmung bestand jedoch in der Ablehnung des Gesellschaftsideals des Liberalismus; so sehr die einzelnen Richtungen auch untereinander verschieden waren, im Kampfe gegen das »Manchestertum« standen sie zusammen. In diesem Punkte zumindest begegnen sich auch die Vorkämpfer des Kathedersyndikalismus mit jenen des reinen Etatismus.

Für diese auf schrittweise Verdrängung des Kapitalismus durch eine sozialistische oder syndikalistische Gesellschaftsform gerichteten Bestrebungen kam allmählich die Bezeichnung Sozialpolitik auf. Eine genauere Begriffsbestimmung dieses Ausdruckes wurde unterlassen, wie denn überhaupt scharfe Begriffsabgrenzungen nicht die Sache der historischen Schule waren. Der Gebrauch des Wortes Sozialpolitik blieb schwankend. Erst in den letzten Jahren gingen die Sozialpolitiker, von der Kritik der Nationalökonomie bedrängt, an den Versuch, den Begriff der Sozialpolitik zu definieren.

Am klarsten hat wohl Sombart das Wesen dessen erkannt, was die Sozialpolitik ausmacht. »Unter Sozialpolitik«, schrieb er 1897, »verstehen wir diejenigen Maßnahmen der Wirtschaftspolitik,

---

<sup>1</sup> Vgl. Sidney Webb, Die historische Entwicklung (Englische Sozialreformer, hrsg. von Grunwald, Leipzig 1897) S. 44.

die Erhaltung, Förderung oder Unterdrückung bestimmter Wirtschaftssysteme oder ihrer Bestandteile zum Zweck oder zur Folge haben«<sup>1</sup>). Amonn hat an dieser Definition manches mit Recht ausgesetzt, vor allem das, daß Maßnahmen immer nur durch ihren Zweck, nicht aber durch ihre Folgen im Rahmen der Politik charakterisiert werden können, und daß die Sozialpolitik über das Gebiet, das man üblicherweise als Wirtschaftspolitik bezeichnet, hinausgeht<sup>2</sup>). Doch das Entscheidende ist, daß Sombart das Ziel der Sozialpolitik in der Änderung des Wirtschaftssystems erblickt. Berücksichtigt man, daß Sombart, als er dies schrieb, ganz auf dem Boden des Marxismus stand, so daß ihm als einzig denkbare Sozialpolitik der Zeit eine auf die Herbeiführung des Sozialismus gerichtete Politik erschien, so muß man zugestehen, daß er den wesentlichen Punkt richtig erkannt hat. Ein Mangel seiner Begriffsbestimmung liegt allein darin, daß sie auch die auf die Verwirklichung des liberalen Programms gerichteten Bestrebungen der Zeit, in der, um mit Marx zu sprechen, das Bürgertum noch eine revolutionäre Klasse war, in die Sozialpolitik einschließt, wie denn Sombart auch ausdrücklich die Bauernbefreiung als Beispiel einer sozialpolitischen Maßnahme anführt. Gerade darin sind ihm viele nachgefolgt. Immer wieder hat man den Versuch unternommen, den Ausdruck Sozialpolitik in einer Weise zu definieren, die auch auf andere wirtschaftspolitische Maßnahmen als auf solche, die die Herbeiführung eines sozialistischen Zustandes bezwecken, paßt<sup>3</sup>).

Es hat wenig Sinn, sich mit dem unfruchtbaren Streit um den Begriff der Sozialpolitik eingehender zu befassen. Dieser Streit ist gerade in den letzten Jahren sehr heftig entbrannt. Er wurde ausgelöst durch die Krise, in die Sozialismus und Syndikalismus jeder Richtung mit dem Sieg der marxistischen Sozialdemokratie und der ihr nahestehenden Gruppen getreten waren.

Der preußische Etatismus und, seinem Vorbild folgend, der Etatismus einiger anderer unter dem geistigen Einfluß Deutschlands stehender Staaten war schon vor dem Kriege auf dem Wege zum Sozialismus so weit gegangen, als es ohne allzu sichtbare Schädigung der Volkswirtschaft und allzu starke Herabsetzung der Produk-

---

<sup>1</sup> Vgl. Sombart, Ideale der Sozialpolitik (Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, X. Bd.) S. 8 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Amonn, Der Begriff der »Sozialpolitik« (Schmollers Jahrbuch, 48. Jahrgang, 1924) S. 160 ff.

<sup>3</sup> Es ist charakteristisch, daß die historische Schule, die im übrigen nur historische Kategorien kennt, gerade den Begriff der Sozialpolitik so fassen will, daß man auch von altbabylonischer und von aztekischer Sozialpolitik reden könne.

tivität der Arbeit unter den gegebenen Verhältnissen nur überhaupt möglich war. Niemand, dessen Blick nicht durch Parteipolitik getrübt ist, wird leugnen können, daß Preußen-Deutschland der wilhelminischen Ära besser als früher oder später irgendein anderes Volk geeignet war, sozialistische Versuche zu unternehmen. Die Überlieferung des preußischen Beamtentums, die Auffassung, die alle Gebildeten vom Beruf des Staates hatten, die militärisch-hierarchische Gliederung der Bevölkerung, ihre Neigung, den Befehlen der Obrigkeit blindlings zu gehorchen, all das schuf Voraussetzungen für den Sozialismus, die sonst nirgends gegeben waren oder sind. Nie wird es Männer geben, die besser für die Arbeit in leitenden Stellungen eines sozialistischen Gemeinwesens geeignet sein werden als die Oberbürgermeister deutscher Städte oder die Direktoren der preußischen Eisenbahndirektionen. Sie haben alles getan, was getan werden kann, um gemeinwirtschaftliche Betriebe möglich zu machen. Wenn das System dennoch versagt hat, so zeigt dies am besten, daß es undurchführbar ist.

Da kamen mit einem Schlage in Deutschland und in Österreich die marxistischen Sozialdemokraten ans Ruder. Jahrzehntlang hatten sie immer wieder und immer wieder verkündet, daß ihr echter Sozialismus mit dem falschen Sozialismus der Etatisten nicht das geringste gemein habe, und daß sie es einst ganz anders machen würden als die Bürokraten und Professoren. Nun sollten sie zeigen, was sie können. Sie konnten aber nichts anderes als ein neues Schlagwort erfinden, das Wort »Sozialisierung«. 1918 und 1919 haben in Deutschland und in Österreich alle politischen Parteien die Sozialisierung geeigneter Betriebszweige auf ihr Programm gesetzt. Es gab keinen Schritt auf dem Wege zur restlosen Durchführung des reinen Sozialismus marxistischer Richtung, der damals auf ernstlichen Widerstand gestoßen wäre. Doch was durchgeführt wurde, ging weder in der Richtung noch im Maße über das hinaus, was auch schon früher von Kathedersozialisten empfohlen und vielfach auch schon versucht worden war. Nur einige Phantasten in München dachten, daß man das Beispiel, das Lenin und Trotzki im agrarischen Rußland gegeben hatten, im industriellen Deutschland nachahmen dürfe, ohne eine Katastrophe von unerhörter Größe herbeizuführen.

Der Sozialismus ist nicht am Widerstand der Ideologie gescheitert. Die herrschende Ideologie ist auch heute noch sozialistisch. Er scheiterte an seiner Undurchführbarkeit. Jeder Schritt, der uns von der Gesellschaftsordnung des Sondereigentums an den Produktionsmitteln wegführt, setzt die Produktivität herab, bringt

somit Elend und Not. Und weil man das nicht mehr länger verkennen konnte, weil es sich um so deutlicher dem allgemeinen Bewußtsein aufdrängen mußte, je weiter man auf dem Wege zum Sozialismus fortschritt und je stärker man damit die Produktivität der Arbeit herabsetzte, hat man sich genötigt gesehen, nicht nur mit dem Weiterschreiten auf der Bahn zum Sozialismus haltzumachen, sondern auch schon getroffene sozialistische Maßnahmen abzubauen. Selbst die Sowjets mußten nachgeben. Auf dem Lande haben sie nicht die Vergesellschaftung von Grund und Boden durchgeführt, sondern seine Verteilung an die Landbevölkerung. In Gewerbe und Handel mußten sie an Stelle des reinen Sozialismus die »neue Wirtschaftspolitik« treten lassen. Die Ideologie hat diesen Rückzug nicht mitgemacht. Sie hält noch immer starr an dem fest, was sie vor Jahrzehnten verkündet hat, und sucht den Mißerfolg des Sozialismus auf alle mögliche Weise, nur nicht aus seiner grundsätzlichen Undurchführbarkeit zu erklären.

Nur wenige von den vielen, die dem Sozialismus den Weg bereiten wollten, haben erkannt, daß die Niederlage des Sozialismus nicht zufällig, sondern notwendig war. Manche von ihnen sind noch weiter gegangen und haben folgerichtig zugegeben, daß alle sozialpolitischen Maßnahmen keine andere Wirkung haben, als die Produktivität der einzig möglichen, auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Wirtschaftsordnung herabzusetzen, daß sie kapital- und vermögensaufzehrend wirken, daß sie destruktivistisch sind. Die Abkehr dieser Männer von den Idealen, die sie einst vertreten haben, ist es, die man in der wirtschaftspolitischen Literatur als Krise der Sozialpolitik zu bezeichnen pflegt <sup>1)</sup>. Es ist in Wahrheit viel mehr: Die große Weltkrise des Destruktionismus, das ist jener Politik, die die auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhende Gesellschaftsordnung zu zerstören sucht.

Die Erde kann jene Menge von Menschen, die sie heute trägt, nur dann so ernähren, wie sie sie in den letzten Jahrzehnten ernährt hat, wenn die Menschen kapitalistisch wirtschaften. Nur vom Kapitalismus kann man weitere Hebung der Produktivität der menschlichen Arbeit erwarten. Daß die weitaus überwiegende Mehrzahl der Menschen heute einer Ideologie anhängt, die dies nicht erkennen will, und daher eine Politik treibt, die zur Herabsetzung der Produktivität der Arbeit und zur Aufzehrung des angesammelten Kapitals führt, das ist das Wesen der großen Kulturkrise.

---

<sup>1</sup> Vgl. Pribram, Die Wandlungen des Begriffes der Sozialpolitik, II, 249 ff.



## VII. Max Weber und der Kathedersozialismus.

Die Gegnerschaft, die der kathedersozialistischen Richtung innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches erstand, nahm ihren Ausgangspunkt im allgemeinen von der Erkenntnis, daß die theoretische Untersuchung der volkswirtschaftlichen Probleme nicht entbehrt werden darf. Als Nationalökonomien traten Dietzel, Julius Wolf, Ehrenberg, Pohle, Adolf Weber, Passow und andere gegen die Lehren der Kathedersozialisten auf. Auf der anderen Seite wieder erhoben die Historiker Einspruch gegen die Art und Weise, in der Schmoller, Knapp und ihre Schüler historische Aufgaben zu lösen suchten. Alle diese Kritiker traten von außen her, mit dem Rüstzeug ihrer Wissenschaft versehen, an die Lehren der Kathedersozialisten heran. Mochten sie auch, angesichts der Stellung und des Ansehens des Kathedersozialismus, bei ihrem Auftreten auf äußere Schwierigkeiten stoßen, innerlich war die Auseinandersetzung mit ihm für sie kein Problem. Sie waren entweder nie in seinem Bann gestanden oder sie hatten sich innerlich ohne Mühe ganz von ihm losgelöst.

Das war bei Max Weber ganz anders. Dem jungen Max Weber hatten die Ideen des preußischen Etatismus, des Kathedersozialismus und der evangelischen Sozialreform alles gegolten. Er hatte sie in sich eingesogen, bevor er noch angefangen hatte, sich mit den Problemen des Kathedersozialismus wissenschaftlich zu befassen; religiöse, politische und ethische Erwägungen hatten seinen Standpunkt bestimmt.

Max Webers Universitätsstudium waren die Rechte, seine ersten wissenschaftlichen Arbeiten galten der Rechtsgeschichte, er war zuerst Privatdozent, dann Professor der Rechte. Seine Neigung galt ganz der Geschichte; nicht der historischen Einzelforschung, die sich im Kleinen verliert und das Große nicht sieht, sondern der Universalgeschichte, der historischen Synthese und der Geschichtsphilosophie. Dabei war ihm die Geschichtswissenschaft nicht Ziel, sondern nur Mittel zur Gewinnung vertiefter politischer Einsicht. Der Nationalökonomie stand er innerlich fern. Er war zum Lehrer der Nationalökonomie ernannt worden, ohne sich vorher mit dieser Wissenschaft befaßt zu haben, ein Vorgang, der damals nicht selten war <sup>1</sup>); es entspricht der Auffassung, die die empirisch-realistische

---

<sup>1</sup> Marianne Weber erzählt von ihres Gatten Freiburger Zeit: »Er hört ja nun, wie er in scherzender Übertreibung sagt, zum erstenmal bei sich selbst die großen nationalökonomischen Vorlesungen« (Marianne Weber, Max Weber, ein Lebensbild, Tübingen 1926, S. 213).

Schule von dem Wesen der »Staatswissenschaften« hatte, daß man Historiker und Rechtshistoriker als Fachmänner auf dem Gebiete dieser Wissenschaft ansah. Noch kurz vor seinem allzufrühen Tode beklagte es Weber, daß er die moderne theoretische Nationalökonomie, aber auch das klassische System, zu wenig kenne und sprach die Befürchtung aus, daß er nicht bald die Zeit finden werde, diese von ihm schmerzlich empfundene Lücke auszufüllen.

Als er das Amt angetreten hatte, das ihn zur Abhaltung von Vorlesungen über jene Probleme verpflichtete, die der Kathedersozialismus als den Inhalt der Universitätsdisziplin Nationalökonomie ansah, fand er bald kein Genügen an der herrschenden Doktrin. Der Jurist und Historiker in ihm lehnten sich zunächst gegen die Art und Weise auf, in der die Nationalökonomie der Schule juristische und historische Probleme behandelte. Das ward zum Ausgangspunkt seiner bahnbrechenden methodologischen und erkenntnistheoretischen Untersuchungen, das führte ihn zum Problem der materialistischen Geschichtsauffassung, von dem aus er dann an die religionssoziologischen Aufgaben herantrat. Von hier aus kam er schließlich zu seinem groß angelegten Versuch eines Systems der Gesellschaftswissenschaften.

Aber alle diese Studien führten Max Weber Schritt für Schritt fort von den politischen und sozialpolitischen Idealen seiner Jugend. Er kam immer näher heran an Liberalismus, Rationalismus, Utilitarismus. Das war für ihn ein persönliches Erlebnis schmerzlicher Art, nicht anders als die Loslösung vom Christentum vielen anderen Forschern gewesen war. Denn sein Glaube und seine Religion war der preußische Etatismus gewesen, und die Loslösung von ihm schien ihm ein Abfall von der Heimat, vom eigenen Volk, ja von der ganzen europäischen Gesittung.

Denn in dem Maße, in dem ihm die Unhaltbarkeit der herrschenden Sozialideologie deutlich wurde und in dem er erkennen lernte, wohin ihre Anwendung führen müsse, begann er auch zu erkennen, welche Zukunft dem deutschen Volk und den übrigen Völkern, die die europäische Zivilisation tragen, bevorsteht. So wie Bismarck das cauchemar des coalitions nicht schlafen ließ, so ließ auch Weber die Erkenntnis, zu der ihn seine Studien geleitet hatten, nicht ruhen. Mochte er sich noch so fest an die Hoffnung klammern, es werde sich alles zum Guten wenden, eine dunkle Ahnung sagte ihm doch immer wieder, daß die Katastrophe näherrücke. Das war es, was an seiner Gesundheit zehrte, was ihn besonders seit Ausbruch des großen Krieges mit immer steigender Unruhe erfüllte und zu geschäftiger Betätigung drängte, die doch für den vereinzelt

Mann, den keine der Parteien brauchen konnte, erfolglos bleiben mußte, das war es, was schließlich seinen Tod beschleunigt hat.

Das Leben Max Webers war vom Beginn seiner Heidelberger Zeit an ein ununterbrochener innerer Kampf gegen die Lehren des Kathedersozialismus. Doch er hat diesen Kampf nicht bis zum Ende durchgekämpft, er ist gestorben, bevor es ihm gelungen war, sich geistig ganz von dem Bann dieser Lehren freizumachen. Und er ist einsam gestorben, er hat keine Erben hinterlassen, die den Kampf, den er sterbend aufgeben mußte, fortsetzen. Wohl wird sein Name gepriesen, aber das wahre Wesen seines Werkes wird verkannt, und gerade in dem, was ihm das Wichtigste gewesen ist, hat er keine Jünger gefunden. Nur die Gegner wissen die Gefahren zu würdigen, die ihrer eigenen Ideologie von den Gedanken Max Webers her drohen <sup>1</sup>).

### **VIII. Das Versagen der herrschenden Ideologie.**

In allen Spielarten und Färbungen haben die Ideen des Sozialismus und des Syndikalismus ihre wissenschaftlichen Grundlagen verloren. Die Anhänger dieser Richtungen sind nicht imstande gewesen, dem System der theoretischen Nationalökonomie, das die Haltlosigkeit ihrer Auffassung zeigte, ein anderes entgegenzuhalten, das sich besser mit dem, was sie lehrten, vertragen konnte. Sie haben daher die Möglichkeit theoretischer Erkenntnis auf dem Gebiete der Sozialwissenschaft und insbesondere auf dem der Nationalökonomie grundsätzlich bestreiten müssen, und sich im übrigen mit einzelnen kritischen Einwänden gegen die Grundlagen des Systems der theoretischen Nationalökonomie begnügt. Sowohl ihre methodologische als auch ihre die einzelnen Lehren betreffende Kritik hat sich als unstichhaltig erwiesen. Nichts, aber auch gar nichts, blieb von all dem übrig, was Schmoller, Brentano und ihre Freunde vor einem halben Jahrhundert mit Emphase als die neue Wissenschaft verkündet haben. Daß wirtschaftsgeschichtliche Studien sehr lehrreich sein können, und daß man sie daher pflegen solle, hat man schon früher gewußt und nie bestritten.

Die Wissenschaft der theoretischen Nationalökonomie hat auch in der Zeit der Hochblüte der historischen Schule nicht geruht. Die Geburtsstunde der modernen subjektivistischen Lehre fällt zeit-

---

<sup>1</sup> Vgl. Wilbrandt, Kritisches zu Max Webers Soziologie der Wirtschaft (Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie, 5. Jahrgang, S. 171 ff.); Spann, Bemerkungen zu Max Webers Soziologie (Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik, N. F., III. Bd., S. 761 ff.).

lich mit der Gründung des Vereins für Sozialpolitik zusammen. Seither stehen sich Nationalökonomie und Sozialpolitik ganz fremd gegenüber. Die Sozialpolitiker kennen nicht einmal die Grundzüge des Systems der Theorie und haben von der bedeutenden Entwicklung, die sich in den letzten Jahrzehnten innerhalb der Théorie vollzogen hat, überhaupt nicht Kenntnis erlangt. Wo sie sich mit ihr kritisch auseinandersetzen wollen, kommen sie nicht über die alten Mißverständnisse hinaus, mit denen schon Menger und Böhm-Bawerk fertig geworden sind.

Doch all dies hat der sozialistischen und syndikalistischen Ideologie nicht im geringsten Abbruch getan. Sie beherrscht heute die Geister mehr denn je. Die großen politischen und wirtschaftspolitischen Ereignisse der letzten Jahre werden fast nur durch ihre Brille gesehen. Sie hat freilich auch hier versagt. Auch von der kathedersozialistischen Ideologie gilt, was Cassau von der des proletarischen Sozialismus sagt: Alle Erfahrungen des letzten Jahrzehnts sind »an der Ideologie vorübergegangen, ohne sie zu beeinflussen. Sie hat kaum jemals so viel Ausbaumöglichkeiten gehabt und ist kaum jemals so steril gewesen wie in der Blütezeit der Sozialisierungsdebatten« <sup>1</sup>). Die Ideologie ist steril, aber sie herrscht. Der Liberalismus verliert selbst in England und in den Vereinigten Staaten von Tag zu Tag mehr an Boden. Wohl bestehen charakteristische Unterschiede zwischen dem, was die deutsche etatistische Schule und der deutsche Marxismus lehrten, und dem, was in den Vereinigten Staaten heute als die neue Heilslehre gepriesen wird. Auch die Ausdrucksweise der Amerikaner ist meist vorsichtiger als die Schmollers, Helds oder Brentanos. Doch im Grunde genommen deckt sich das, was die Amerikaner heute anstreben, ganz mit den Lehren der Kathedersozialisten; mit ihnen teilen sie auch den Irrtum, daß sie glauben, daß ihr soziales Ideal das Sondereigentum an den Produktionsmitteln bejahe.

Wenn Sozialismus und Syndikalismus im großen und ganzen heute keine weiteren Fortschritte machen, wenn wir sehen, daß selbst eine Reihe von Schritten, die auf dem Wege zur Schaffung sozialistischer Gemeinwirtschaft schon getan wurden, wieder rückgängig gemacht werden, wenn man selbst auf die Einschränkung der Macht der Gewerkschaften sinnt, so ist dies weder auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Nationalökonomie, noch auf die herrschende Gesellschaftsideologie zurückzuführen. Denn die theoretische Nationalökonomie kennen auf dem ganzen Erdenrund heute

---

<sup>1</sup> Vgl. Cassau, a. a. O. I, S. 152.

kaum einige Dutzend Menschen, und kein Staatsmann oder Politiker kümmert sich irgendwie um sie. Die Gesellschaftsideologie aber, auch die jener Parteien, die sich »bürgerlich« nennen, ist ganz sozialistisch, etatistisch, syndikalistisch. Daß Sozialismus und Syndikalismus keine weiteren Fortschritte machen, trotzdem die herrschende Ideologie es erfordern würde, ist ausschließlich darauf zurückzuführen, daß der Rückgang der Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit, der mit jeder das Sondereigentum einschränkenden Maßregel verbunden ist, allzu sichtbar in die Augen fallen muß. Wohl sucht man, in der sozialistischen Ideologie befangen, nach allerlei Entschuldigungen für den Mißerfolg und will die wahre Ursache nicht finden. Doch das Ergebnis ist doch das, daß man im Handeln vorsichtiger geworden ist.

Die Politik wagt das, was die herrschende Gesellschaftsideologie fordert, nicht durchzuführen, weil sie, durch bittere Erfahrungen belehrt, im Unterbewußtsein das Vertrauen in die Ideologie verloren hat. In dieser Lage sinnt man aber nicht darauf, die offenbar unbrauchbare Ideologie durch eine brauchbarere zu ersetzen, man erwartet überhaupt von der Vernunft keine Hilfe mehr. Die einen nehmen ihre Zuflucht zur Mystik, die anderen aber setzen ihre Hoffnung auf das Kommen des »starken Mannes«, des Zwingherrn, der für sie denken und sorgen soll.

Sozialliberalismus.

# Antimarxismus<sup>1)</sup>

Im republikanischen Deutschland und Deutsch-Österreich gewinnt in Politik und Gesellschaftswissenschaft eine Richtung immer größere Bedeutung, die man am besten als Antimarxismus bezeichnen kann, und die sich selbst mitunter mit diesem Namen benennt. Ausgangspunkt, Denk- und Kampfweise und Ziele der Bewegung sind keineswegs einheitlich; das Gemeinsame liegt vornehmlich in der Ansage des Kampfes gegen den Marxismus. Wohlgemerkt: nicht der Sozialismus wird angegriffen, sondern der Marxismus, und dem marxistischen Sozialismus wird zum Vorwurf gemacht, daß er gar nicht der richtige, der wahre, der allein anzustrebende Sozialismus sei. Es wäre auch ganz verfehlt, wie es die sozialdemokratischen und kommunistischen Parteiliteraten aus agitatorischen Gründen tun, von diesem Antimarxismus zu behaupten, daß er den Kapitalismus und das Sondereigentum an den Produktionsmitteln billige oder gar verteidige; er ist, wenn auch in anderen Ideengängen wandelnd, nicht weniger antikapitalistisch als der Marxismus.

Nur vom wissenschaftlichen Antimarxismus soll im folgenden die Rede sein; der Antimarxismus der unmittelbar praktischen Politik soll nur soweit berührt werden, als es zum Verständnis der geistigen Bewegung unumgänglich erforderlich ist.

## I. Der Marxismus in der deutschen Wissenschaft.

Man pflegt als Marxisten nur diejenigen Schriftsteller zu bezeichnen, die durch die Zugehörigkeit zu einer marxistischen Partei verpflichtet sind, die Lehren von Marx in der von den Parteitag kanonisierten Gestalt anzuerkennen und in ihren Schriften zu vertreten. Die »Wissenschaft« dieser Männer und Frauen kann nichts anderes sein als Scholastik. Es gilt, die »Reinheit« der echten Lehre zu bewahren. Man führt Beweise durch das Allegieren von Autoritäten; letzte Autorität sind natürlich immer Marx und Engels. Man stellt immer wieder von neuem fest, daß die »bürgerliche« Wissenschaft vollkommen zusammengebrochen und daß im Marxismus allein die Wahrheit zu suchen sei. Jede Abhandlung schließt dann

---

<sup>1</sup> Weltwirtschaftliches Archiv, 21. Bd., 1925.

mit der beruhigenden Versicherung, daß im sozialistischen Zukunftsparadies alle gesellschaftlichen Probleme eine durchaus befriedigende Lösung finden werden.

Dieses marxistische Schrifttum ist nur soweit von Bedeutung, als es die politische Laufbahn seiner Urheber gefördert hat. Mit Wissenschaft, auch mit der – wie wir sehen werden – von der Lehre Marxens ganz außerordentlich stark beeinflussten deutschen Wissenschaft, hat es nicht das mindeste zu tun. Kein einziger Gedanke ist aus dem großen Schrifttum dieser Epigonen aufgestiegen; nichts blickt uns daraus entgegen als schauerliche Öde und immerwährende Wiederholung. Die großen Kämpfe, die die marxistischen Parteien bewegten – der Revisionismusstreit, der Diktaturstreit u. a. m. –, waren nicht wissenschaftliche, sondern rein politische Auseinandersetzungen; die wissenschaftliche Methode, mit der sie geführt wurden, ist in den Augen eines jeden Nichtscholastikers ganz unfruchtbar. Nur Marx und Engels, keiner ihrer Epigonen, haben auf die deutsche Wissenschaft eingewirkt.

In den siebziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts war in Deutschland der Staats- und Kathedersozialismus zur Herrschaft gelangt. Die klassische Nationalökonomie war vom Schauplatz abgetreten. Die moderne Nationalökonomie, an deren Bildung nur die als komische Eigenbrötler verachteten Österreicher teilnahmen, blieb zunächst ebenso wie die außerdeutsche Soziologie vollkommen unbekannt; beide waren überdies des Manchestertums verdächtig. Historische und deskriptiv-statistische Arbeiten galten als das einzig Zulässige, und »soziale«, soll heißen kathedersozialistische Gesinnung war das wichtigste Erfordernis, um als Gelehrter anerkannt zu werden. Trotz oder vielleicht gerade wegen dieser Verwandtschaft stellten sich die Kathedersozialisten gegen die Sozialdemokratie; die Schriften von Marx und Engels wurden von ihnen übrigens kaum beachtet, schon aus dem Grunde, weil sie zu »doktrinär« erschienen.

Das änderte sich, als eine neue Generation heranwuchs, die Schüler der Männer, die 1872 den Verein für Sozialpolitik gegründet hatten. Dieses Geschlecht hatte an der Universität keine Vorlesungen über theoretische Nationalökonomie gehört; es kannte die Klassiker nur dem Namen nach und wußte von ihnen nur, daß sie durch Schmoller überwunden waren. Die wenigsten hatten je Ricardo oder Mill in der Hand gehabt, geschweige denn gelesen. Aber Marx und Engels mußten sie lesen; dazu trieb sie die Notwendigkeit, sich mit der immer mächtiger werdenden Sozialdemokratie auseinanderzusetzen. Sie schrieben nun Bücher,



um Marx zu widerlegen; der Erfolg dieser Bemühungen war, daß sie selbst und ihre Leser in den Bann der Ideen des Marxismus gerieten. Waren sie doch, bei ihrer Unvertrautheit mit der gesamten nationalökonomischen und soziologischen Theorie, ganz wehrlos dem ausgeliefert, was sie bei Marx fanden. Sie lehnten die schroffsten politischen Forderungen von Marx und Engels ab, doch sie übernahmen in gemilderter Form ihre Theorien.

Dieser Marxismus der Schüler wirkte bald auf die Lehrer zurück. In seinem Artikel »Volkswirtschaft, Volkswirtschaftslehre und -methode«<sup>1)</sup> in der dritten Auflage des Handwörterbuches der Staatswissenschaften erwähnt Schmoller, Jevons habe Ricardo »mit Recht« nachgesagt, »er habe den Wagen der politischen Ökonomie auf das falsche Geleise geschoben«. Und mit sichtlicher Genugtuung führt Schmoller weiter aus, Hasbach habe hinzugefügt, »es sei eben das Geleise gewesen, wohin die englische Bourgeoisie zu fahren wünschte«. Noch lange in den Zeiten des Kampfes der historischen deutschen Volkswirtschaftslehre gegen die Einseitigkeit Ricardos, meint dann Schmoller weiter, hätten »viele Anhänger der alten Schule« geglaubt, in den methodologischen Fußstapfen Smiths zu wandeln. Viele seien sich dabei nicht bewußt gewesen, »daß ihre Theorien eine einseitige Klassenlehre geworden war«<sup>2)</sup>. Dem Sozialismus sei »weder Existenzberechtigung, noch ein Teil guter Wirkungen« abzustreiten. »Als Philosophie des sozialen Elends entstanden, repräsentiert er eine den Arbeiterinteressen angepaßte Richtung der Wissenschaft, wie die Nach-Adam Smithsche Naturlehre eine den Interessen der Unternehmer dienende Theorie geworden war«<sup>3)</sup>. Man sieht hier deutlich, wie stark Schmollers Ideen von der geschichtlichen Entwicklung der nationalökonomischen Systeme von marxistischen Vorstellungen durchsetzt sind. Noch stärker treten die marxistischen Einflüsse bei Lexis hervor, von dessen Zinstheorie Engels selbst gesagt hat, sie wäre »nur eine Umschreibung der Marxschen«<sup>4)</sup>. Böhm-Bawerk, der diesem Urteil von Engels zustimmte, konnte feststellen, daß auch Dietzels und Stolzmanns Zinstheorien der Auffassung von Lexis nahe verwandt sind, und daß man auf ähnliche Gedanken und Aussprüche in der

---

<sup>1)</sup> Vgl. Schmoller, Art. »Volkswirtschaft, Volkswirtschaftslehre und -methode«. Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl., VIII, S. 426.

<sup>2)</sup> Ebenda, S. 443.

<sup>3)</sup> Ebenda, S. 445.

<sup>4)</sup> Vgl. F. Engels, Vorrede zum III. Band des »Kapital«. 3. Aufl. Hamburg 1911, S. XII f.

volkswirtschaftlichen Literatur unserer Tage (1900 geschrieben) auch sonst nicht selten stoße. Es scheine, fügt Böhm hinzu, eine »Gedankenrichtung zu sein, die im Begriff ist, in die Mode zu kommen«<sup>1</sup>).

In der Nationalökonomie währte diese Mode allerdings nicht allzulange. Für die Generation jener Männer, die die unmittelbaren Schüler der Begründer der jüngeren historischen Schule gewesen waren, galt Marx als der nationalökonomische Theoretiker *κατ' ἐξοχήν*. Als aber einzelne Schüler dieser Schüler anfangen, den Problemen der theoretischen Nationalökonomie ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, verschwand das Ansehen Marxens als Theoretiker gar schnell. Endlich wagte man auch in Deutschland zu erkennen, was die theoretische Nationalökonomie der letzten zwei Menschenalter im Auslande und in Österreich geleistet hatte, und wie klein und unwichtig die Stellung Marxens in der Geschichte der Nationalökonomie ist.

Dagegen hat sich der Einfluß des Marxismus in der deutschen Soziologie mehr und mehr verstärkt. Noch schärfer als in der theoretischen Nationalökonomie hatte man auf soziologischem Gebiet in Deutschland alles, was im Westen geleistet worden war, lange Zeit ignoriert. Als die Deutschen spät daran gingen, sich mit soziologischen Problemen zu befassen, kannten sie nur eine Soziologie: die marxistische Geschichtsauffassung und Klassenkampflehre. Sie wurde zum Ausgangspunkt des deutschen soziologischen Denkens, sie beeinflusste, zumindest durch die Problemstellung, auch die, die sie am schärfsten abzulehnen glaubten. Die Mehrzahl verwarf gar nicht die Lehre selbst, sondern lediglich ihre politischen und praktischen Konsequenzen; dabei war der Vorgang meist der, daß man die marxistische Doktrin entweder als übertrieben, als zu weitgehend bezeichnete, oder daß man sie als einseitig erklärte und durch Beifügung neuer Elemente, meist der Rassen- oder der nationalpolitischen Doktrin, zu ergänzen suchte. Die grundsätzliche Unzulänglichkeit der marxistischen Problemstellung und das Versagen ihrer Lösungsversuche verkannte man ganz und gar. Man stellte dogmengeschichtliche Untersuchungen über die Herkunft der marxistischen Gesellschaftslehre an, man beachtete aber nicht, daß das wenige, was von ihr haltbar erscheinen konnte, in Frankreich und England, z. B. Von Taine und Buckle, ungleich tiefer erfaßt worden war. Das

---

<sup>1</sup> Vgl. Böhm-Bawerk, Einige strittige Fragen der Kapitaltheorie. Wien 1900, S. 111 f. – Ferner über Brentano O. Spann, Der wahre Staat, 2. Aufl. Leipzig 1923, S. 141 ff.

Hauptinteresse wandte sich übrigens einem für die Wissenschaft ganz und gar belanglosen Problem zu, der berühmten Lehre vom »Absterben« des Staates. Auch hier wie in vielen anderen ihrer Lehren hatte es sich bei Marx und Engels lediglich darum gehandelt, ein Schlagwort für die Agitation zu finden. Es galt für sie, auf der einen Seite den Kampf mit dem Anarchismus auszutragen, auf der anderen Seite zu zeigen, daß die vom Sozialismus angestrebte »Vergesellschaftung« der Produktionsmittel nichts mit der Verstaatlichung und Verstädtlichung des Staats- und Kommunalsozialismus zu tun habe. Es war parteipolitisch wohl zu verstehen, daß sich die Kritik, die der Etatismus am Marxismus übte, vor allem diesem Punkte zugewendet hat. Es schien verlockend, den inneren Widerspruch der marxistischen Staatslehre aufzuzeigen und den »Staatsfeinden« Marx und Engels den staatsgläubigen Lassalle entgegenzuhalten <sup>1)</sup>.

Der Erfolg, den die marxistische Gesellschaftslehre in Deutschland erzielt hat, erklärt sich aus dem Umstande, daß die utilitarische Gesellschaftslehre des 18. Jahrhunderts von der deutschen Wissenschaft abgelehnt worden war.

Die theologisch-metaphysische Gesellschaftslehre erklärt und postuliert zugleich die Gesellschaft von einem außerhalb der Erfahrung liegenden Standpunkte her. Gott oder die »Natur« oder ein objektiv gültiger Wert will die Gesellschaft und eine bestimmte Form der Gesellschaft zur Erreichung der ihnen gut scheinenden Ziele. Die Menschen sollen diesem Gebot folgen. Dabei wird in der Regel angenommen, daß die Einfügung in den so gearteten gesellschaftlichen Körper dem Einzelnen Opfer auferlegt, für die er nicht anders entschädigt wird als durch das Bewußtsein, gut gehandelt zu haben und etwa im Jenseits dafür belohnt zu werden. Die theologischen und ein Teil der metaphysischen Lehren denken sich dies so, daß die Vorsehung die gutwilligen Unwissenden durch die Offenbarung und die Widerstrebenden durch besonders begnadete Menschen oder Einrichtungen, die als Werkzeuge des waltenden Gottes handeln, zwangsweise auf den rechten Weg führt.

Gegen diese Gesellschaftslehre lehnt sich der Individualismus auf, wenn er, bald vom religiösen, bald vom metaphysischen Standpunkt die Frage aufwirft, warum denn der Einzelne der Gesellschaft zum Opfer gebracht werden soll. Für den Streit, der sich daran auf dem grundsätzlichen Boden der theologisch-metaphysischen Gesellschaftslehre knüpft, ist die in Deutschland übliche Gegenüberstellung der kollektivistischen (universalistischen) und der individ-

---

<sup>1</sup> Vgl. z. B. H. Kelsen, Sozialismus und Staat, 2. Aufl. Leipzig 1923.

ualistischen Gesellschaftstheorien zutreffend <sup>1)</sup>. Man irrt aber in verhängnisvoller Weise, wenn man glaubt, in dieser Klassifikation Raum für die Unterbringung aller denkbaren Gesellschaftslehren geschaffen zu haben. Sie reicht nur aus für die Erfassung der Gegensätze in der älteren Gesellschaftslehre. Gegenüber der modernen Gesellschaftslehre, die durch die utilitarische Philosophie des 18. Jahrhunderts begründet wurde, versagt sie.

Die utilitarische Gesellschaftslehre geht unter Verzicht auf alle Metaphysik von der erfahrungsmäßigen Tatsache des allem Lebendigen innewohnenden Willens zur Bejahung des Lebens und Mehrung der Lebensenergien aus. Die höhere Produktivität der arbeitsteilig vollbrachten Betätigung gegenüber dem isolierten Handeln schließt die Einzelnen zu gesellschaftlicher Vereinigung in immer wachsendem Umfange zusammen. Gesellschaft ist Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung. Zwischen der Gesellschaft und dem Einzelnen besteht letzten Endes kein Interessengegensatz, da jeder seine Ziele in der Gesellschaft weit besser verfolgen kann als im isolierten gesellschaftslosen Handeln. Die Opfer, die der Einzelne der Gesellschaft bringt, sind nur provisorische Opfer, Hingabe eines kleineren Vorteiles zur endlichen Erreichung eines größeren. Das ist das Wesen der viel berufenen Lehre von der Interessenharmonie.

Die etatistische und sozialistische Kritik hat die »prästabilierte Harmonie« der Freihandelsschule von Smith bis Bastiat, die sie verworfen hat, nie verstanden. Das theologische Gewand, das sie trägt, ist für die Lehre nicht wesentlich. Die utilitarische Soziologie sucht die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft von dem angenommenen gesellschaftslosen Zustand einer in weite Ferne zurückverlegten Urzeit oder von den geschichtlich bekannten Verhältnissen einer durch geringere gesellschaftliche Verknüpfung gekennzeichneten Vergangenheit zu den gesellschaftlichen Bindungen ihrer Zeit und die vermutlichen weiteren Fortschritte der Vergesellschaftung aus im einzelnen Menschen wirksamen Prinzipien heraus zu erklären. Dabei wird die Vergesellschaftung nach der Weise aller teleologischen Entwicklungsbetrachtung schlechtweg als »gut«, als Wert angesehen, ohne daß auf diese Frage, die für das Problem auch schließlich gleichgültig ist, näher eingegangen

---

<sup>1</sup> Vgl. Dietzel, Art. »Individualismus«. Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., V, S. 408 ff. – A. Pribram, Die Entstehung der individualistischen Sozialphilosophie. Leipzig 1912, S. 1 ff. – Zur Kritik dieser Anschauungen vgl. L. v. Wiese, Dietzels »Individualismus« (»Kölner Vierteljahrshefte für Sozialwissenschaften«. München u. Leipzig, II, 1922), S. 54 ff.

wird. Ein gottgläubiges Gemüt, das auf diesem Weg zum Verständnis der gesellschaftlichen Entwicklung zu gelangen sucht, sieht dann in dem gefundenen Prinzip eine weise Einrichtung Gottes. Es kann auch gar nicht anders sein: da das Gute, nämlich der erreichte Gesellschaftszustand und in noch höherem Grade der Zustand, dem sich die Gesellschaft anzunähern scheint, aus den Bedingungen der menschlichen Natur hervorgeht, müssen alle diese Bedingungen, auch wenn sie einer anderen Betrachtungsweise als Übel, als Schwächen oder als Mängel erscheinen mögen, im Hinblick auf den Erfolg, den sie herbeiführen, als Mittel zum guten Erfolg als gut angesehen werden. So erscheint Smith auch die Schwäche des Menschen nicht »without its utility«. Und er folgert: »Every part of nature, when attentively surveyed, equally demonstrates the providential care of its Author; and we may admire the wisdom and goodness of God even in the weakness and folly of man« <sup>1</sup>). Es ist klar, daß hier das Theistische nur Beiwerk ist und ohne weiteres auch durch den Begriff »Natur« ersetzt werden kann, wie denn auch Smith an anderen Stellen seines Werkes von »the great Director of Nature« oder schlechthin von »Nature« spricht. In der grundsätzlichen Einstellung und Betrachtungsweise ist zwischen Adam Smiths Gesellschaftslehre und der Kants kein Unterschied. Auch Kant geht darauf aus, zu erklären, auf welchen Wegen die »Natur« die Menschheit dem Ziele zuführt, das sie ihr gesetzt hat. Der Unterschied zwischen Smith und Kant besteht nur darin, daß es Smith gelingt, die Gesellschaftsbildung auf solche Elemente zurückzuführen, deren Vorhandensein im Menschen empirisch festgestellt werden kann, wogegen Kant die Erklärung nicht anders zu geben vermag als durch Annahme eines »Hanges« der Menschen, in Gesellschaft zu treten, und eines zweiten Hanges, der auf Trennung der Gesellschaft hinarbeitet, aus deren Antagonismus – wie, wird nicht gesagt – die Gesellschaft entstehen soll <sup>2</sup>).

Jede teleologische Betrachtungsweise kann mit einem theistischen Gewande umkleidet werden, ohne daß an ihrem wissenschaftlichen Charakter etwas geändert wird. Man kann z. B. die Darwinische Lehre von der natürlichen Zuchtwahl ohne weiteres in der Weise darstellen, daß man in dem Kampf ums Dasein eine weise Einrichtung des Welterschöpfers zur Entwicklung der Arten erblickt.

---

<sup>1</sup> Vgl. A. Smith, *The Theory of Moral Sentiments*, Edinburg 1813, Teil II, Abschn. III, Kap. III, S. 243.

<sup>2</sup> Vgl. Kant, *Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht*. (Sämtliche Werke, Insel-Ausgabe, Leipzig, I, S. 227 ff.)

Und jede teleologische Betrachtung zeigt uns Harmonien, d. h. sie zeigt, wie aus den wirkenden Kräften das hervorgeht, was am Ende der Entwicklungsreihe steht. Daß die Bedingungen harmonisch zusammenstimmen, bedeutet ja nichts anderes, als daß sie zu dem Ergebnis führen, das wir erklären sollen. Wenn man darauf verzichtet, den gegebenen Zustand als gut anzusehen, bleiben alle Sätze der Lehre bestehen. Die Erklärung, wie aus gegebenen Bedingungen, die man nicht weiter zu analysieren vermag, »notwendigerweise« ein bestimmter Zustand, den wir kennen, entstehen mußte, ist unabhängig davon, wie wir diesen Zustand bewerten wollen. Die Einwürfe gegen die Denkform der »prästabilierten Harmonie« treffen nicht das Wesen, sondern nur die Einkleidung der utilitarischen Gesellschaftstheorie.

Auch die Gesellschaftslehre des Marxismus könnte man, ohne an ihrem Wesen etwas zu ändern, als prästabilierte Harmonie verstehen. Aus dem Urzustand wird durch die Dialektik der gesellschaftlichen Realität notwendigerweise der Weg zum Ziel, zum sozialistischen Paradies, zurückgelegt. Das Unbefriedigende dieser Lehre liegt in ihrem Inhalt; das Gewand ist auch hier nebensächlich.

Man liebt es, der utilitarischen Gesellschaftslehre »Rationalismus« zum Vorwurf zu machen. Doch jede wissenschaftliche Erklärung ist rationalistisch. Was der Verstand nicht fassen kann, können wir mit den Mitteln der Wissenschaft nicht bezwingen. Man beachtet bei dieser Kritik gewöhnlich nicht, daß die liberale Gesellschaftstheorie Entstehung und Fortschreiten der gesellschaftlichen Bindungen und Einrichtungen nicht etwa – wie die naiven Fassungen der Vertragstheorie – aus auf die Bildung von Gesellschaften bewußt gerichtetem menschlichem Streben erklärt. Soziale Gebilde erscheinen ihr »als das unreflektierte Ergebnis, als die unbeabsichtigte Resultante spezifisch individueller Bestrebungen der Mitglieder einer Gesellschaft«<sup>1</sup>).

Das Mißverständnis, das in dieser Beurteilung der »Harmonie«-Lehre vorliegt, wiederholt sich in anderer Art in der Auffassung des Eigentumsproblems. Man kann entweder der Meinung

---

<sup>1</sup> Vgl. Menger, Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften, Leipzig 1883, S. 178. – Die Kritik, die F. v. Wieser (Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, »Grundriß der Sozialökonomik«, Tübingen 1914, I. Abt., S. 242 ff.) an der rationalistisch-utilitarischen Lehre im allgemeinen und an Mengers Formulierung im besonderen übt, läßt ihr Wesen unberührt; ihre Bedeutung liegt in der – wohl unter dem Einfluß von Tarde – vorgenommenen Unterscheidung von Führer und Masse und der schärferen Hervorhebung des – von Wundt benannten – Prinzips der Heterogonie der Zwecke.

sein, daß das Sondereigentum an den Produktionsmitteln die überlegene Form der gesellschaftlichen Organisation ist, d. h. man kann liberal sein, oder man kann der Meinung sein, daß das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln die überlegene Form der gesellschaftlichen Organisation ist, d. h. man kann Sozialist sein. Doch wer sich die erste dieser beiden entgegenstehenden Meinungen zu eigen gemacht hat, ist damit Anhänger der Lehre, daß das Sondereigentum im Interesse aller Glieder der Gesellschaft, nicht nur in dem der Besitzenden, liegt <sup>1)</sup>.

Von der Auffassung, daß innerhalb der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaft keine unüberbrückbaren Interessengegensätze bestehen, gelangt man zur Erkenntnis, daß kriegerisches Handeln in dem Maße seltener wird, als die gesellschaftliche Verknüpfung an Umfang und Stärke zunimmt. Die Kriege – Krieg nach außen und Krieg im Innern (Bürgerkrieg, Revolution) – werden um so mehr gemieden, je stärker das Band der Arbeitsteilung wird. Der kriegerische Typus Mensch wandelt sich in den industriellen, der »Held« wird zum »Händler«. Der Beseitigung gewaltsamen Handelns im Innern der Staaten dienen die demokratischen Verfassungseinrichtungen, die darauf abzielen, die Übereinstimmung zwischen dem Willen der Herrscher und dem der Beherrschten unter Vermeidung des Bürgerkrieges aufrechtzuerhalten oder herbeizuführen.

Im Gegensatz zu den Utilitariern, die der Meinung waren, daß das Sondereigentum an den Produktionsmitteln höhere Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit verbürge als das Gemeineigentum, glaubten die älteren Sozialisten, daß gerade das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln höhere Ergiebigkeit schaffen könnte, und daß man daher das Sondereigentum an den Produktionsmitteln beseitigen sollte. Dieser utilitarische Sozialismus ist wohl zu unterscheiden von dem Sozialismus, der von einer theistisch oder sonst metaphysisch begründeten Gesellschaftslehre ausgeht und die Herbeiführung der Gemeinwirtschaft fordert, weil sie besser der Verwirklichung der empirisch nicht begründbaren Werte diene, die die Gesellschaft zu verwirklichen habe.

Von diesen beiden Spielarten des Sozialismus, die er utopisch nennt, ist Marxens Sozialismus in der soziologischen Motivierung grundsätzlich verschieden. Zwar geht auch Marx von der Annahme aus, daß die sozialistische Produktionsweise höhere Ergiebigkeit der Arbeit verbürge als die einer auf dem Sondereigentum an den

---

<sup>1</sup> So A. Smith, a. a. O., Teil IV, Kap. I, S. 417 ff.

Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaft. Doch er bestreitet, daß schon in der Gesellschaft der Vergangenheit und der Gegenwart Interessensolidarität bestanden hat und besteht. Interessengemeinschaft gebe es nur innerhalb der einzelnen Klassen, zwischen den Klassen aber bestehe Gegensätzlichkeit der Interessen, und die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft sei daher die Geschichte von Klassenkämpfen.

Der Kampf erscheint noch einer zweiten Gruppe von Gesellschaftslehren als das treibende Moment gesellschaftlicher Entwicklung. Das sind jene Lehren, die den Kampf der Rassen, der Völker oder der Nationen zum Grundgesetz der Gesellschaft machen.

Der beiden Gruppen der Kampfsoziologie gemeinsame Fehler liegt in der Außerachtlassung der Aufzeigung eines Assoziationsprinzips. Sie suchen zu zeigen, warum zwischen den Klassen, Rassen, Völkern oder Nationen Krieg herrschen muß. Doch sie unterlassen es, uns zu zeigen, warum innerhalb der Klassen, Rassen, Völker oder Nationen Frieden und Kooperation herrscht oder herrschen kann. Der Grund dieser Außerachtlassung ist nicht schwer zu erkennen. Es ist nicht möglich, ein Assoziationsprinzip aufzuweisen, das nur innerhalb der Kollektivgruppe wirksam ist, darüber hinaus aber nicht mehr wirkt. Wenn Krieg und Kampf das Agens aller gesellschaftlichen Entwicklung sein sollen, warum nur Krieg und Kampf zwischen den Klassen, Rassen, Völkern oder Nationen und nicht auch Krieg aller Einzelnen gegeneinander? Denkt man diese Kampfsoziologie bis ans Ende, so ergibt sich keine Gesellschaftslehre, sondern »eine Theorie der Ungeselligkeit«<sup>1</sup>).

All das hat man in Deutschland – und dasselbe gilt wohl, soviel ich sehen kann, von allen slawischen Ländern und von Ungarn – nicht erfassen können, weil man sich hier von vornherein feindlich gegen allen Utilitarismus gestellt hat. Da die moderne Soziologie auf dem Utilitarismus und auf der Lehre von der Arbeitsteilung aufgebaut ist, hieß das die Soziologie ablehnen. Das ist der Leitgrund des Sträubens gegen die Beschäftigung mit Soziologie und des Kampfes gegen die Soziologie als Wissenschaft, der auf deutschem Boden durch Jahrzehnte mit Hartnäckigkeit geführt wurde. Da man keine Soziologie haben wollte, begnügte man sich mit einem Ersatz. Man übernahm je nach der politischen Einstellung eine der beiden eben gekennzeichneten Gruppen der »Ungeselligkeitstheorie« und betonte in ihrer Bearbeitung bewußt das Kampf-

---

<sup>1</sup> Vgl. Barth, Die Philosophie der Geschichte als Soziologie, 3. Aufl., Leipzig 1922, S. 260.



prinzip, ohne die Neigung zu empfinden, nach einem Assoziationsprinzip zu suchen.

Aus dieser wissenschaftlichen Lage erklärt sich der Erfolg, den die marxistische Soziologie in Deutschland und im Osten finden mußte. Denn sie hatte gegenüber den vom Kampfe der Rassen, Völker oder Nationen ausgehenden Lehren den Vorzug, daß sie wenigstens in der Zukunft eine Gesellschaftsordnung aufzeigte, die von einem einheitlichen Assoziationsprinzip beherrscht ist. Man gab sich mit dieser Lösung zufrieden, weil sie noch immer annehmbarer schien als der Verzicht auf jede Lösung, der in den anderen Theorien lag, und weil sie optimistisch war und manche mehr zu befriedigen vermochte als die Lehren jener, die im Geschichtsprozeß nichts anderes sehen wollten als den hoffnungslosen Kampf einer Edelrasse gegen eine Übermacht von minderwertigen Rassen. Wer im Optimismus noch weiter gehen wollte und auch wissenschaftlich genügsamer war, fand die Lösung des Gegensatzes nicht erst im sozialistischen Zukunftsparadies, sondern schon im Reiche des »sozialen Königtums«.

So nahm denn der Marxismus Besitz vom soziologischen und geschichtsphilosophischen Denken Deutschlands.

Die deutsche Vulgärsoziologie übernahm vom Marxismus vor allem den für die marxistische Soziologie grundlegenden Begriff der Klasse. Mit Recht bemerkt Spann: »Heute pflegt der Begriff Klasse auch von sogenannten bürgerlichen Volkswirten nur in einer einzigen Weise und Fragestellung behandelt zu werden, in jener, die durch den historischen Materialismus Marxens bedingt ist«<sup>1</sup>). Die Übernahme dieses Begriffes erfolgt mit all der Unbestimmtheit, Unklarheit und Verschwommenheit, den er bei Marx und Engels und allen ihren der Sozialdemokratischen oder Kommunistischen Partei angehörigen Nachbetern trägt. Marx ist in den 35 Jahren, die zwischen dem Erscheinen des »Kommunistischen Manifests« und seinem Tode liegen, nicht dazu gekommen, den Klassenbegriff nur irgendwie fester zu bestimmen, und das hinterlassene Manuskript des III. Bandes des Kapitals bricht bezeichnenderweise unmittelbar vor der Stelle ab, in der von den Klassen gehandelt werden sollte. Seit dem Tode von Marx sind wieder mehr als 40 Jahre verstrichen, der Klassenbegriff ist zum Grundstein der modernen deutschen Soziologie geworden, doch immer noch harren wir seiner wissenschaftlichen Bestimmung und Abgrenzung. Nicht minder

---

<sup>1</sup> O. Spann, Art. »Klasse und Stand«, Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., V, S. 692.

unbestimmt sind die Begriffe Klasseninteresse, Klassenlage, Klassenkampf und die Anschauungen über das Verhältnis zwischen Klassenlage und Klasseninteresse und Klassenideologie.

Für Marx und seine Partei befinden sich die Interessen der einzelnen Klassen in unversöhnlichem Gegensatz. Jede Klasse kennt genau ihr Klasseninteresse und den Weg, auf dem es zu vertreten ist. Zwischen den Klassen kann es daher immer nur Kampf, im besten Falle Kampfpausen geben. Die Behauptung, daß irgendwelche Umstände eintreten könnten, die den Klassenkampf vor Erreichung des sozialistischen Heils aufheben oder auch nur mildern könnten, wird ganz zurückgewiesen. Es gibt keine höhere Einheit, in der die Klassen zusammengefaßt erscheinen und die Klassengegensätze verschwinden. Die Ideen Vaterland, Volkstum, Rasse, Menschheit sind Verhüllungen des einzig realen Tatbestandes des Klassengegensatzes. Der Vulgärsoziologe geht nicht so weit. Es könnte so sein, wie Marx es meint, aber es muß nicht so sein, und vor allem: es soll nicht so sein. Man soll die eigensüchtigen Klasseninteressen zurückstellen, um den Idealen wie Volkstum, Vaterland, Staat zu dienen. Und der Staat als über den Klassen stehendes Vernunftsprinzip, als Verwirklichung der Idee des Rechtes, soll eingreifen und einen Gesellschaftszustand herbeiführen, in dem es der besitzenden Klasse verwehrt wird, die Nichtbesitzenden auszubeuten, damit der Klassenkampf der Proletarier gegen die Besitzenden überflüssig werde.

Mit der Lehre vom Klassenkampf übernimmt die deutsche etatistische Soziologie auch den größten Teil der Geschichtsauffassung des Marxismus. Der von der liberalen Doktrin vielgerühmte englische Parlamentarismus und mit ihm alle übrigen demokratischen Einrichtungen erscheinen ihr als Ausdruck der Klassenherrschaft der Bourgeoisie; nichts wird in deutschen Darstellungen der neueren englischen Geschichte dem englischen Staat und den englischen Einrichtungen öfter vorgeworfen, als daß sie kapitalistisch und plutokratisch seien. Dem englischen Freiheitsbegriff wird der deutsche Freiheitsbegriff entgegengestellt. Die große französische Revolution und die Bewegungen von 1830 und 1848 werden als Klassenbewegungen der Bourgeoisie angesehen. Daß in Deutschland nicht die Richtung der 1848er Rebellen, sondern das Fürstentum gesiegt hat, wird als besonders glückliches Ereignis gewertet, da damit der Weg für das soziale, über den Klassen und Parteien stehende Regiment der Hohenzollern frei geworden sei. Der moderne Imperialismus der Ententestaaten erscheint den deutschen Etatisten nicht anders als den Marxisten als Ausgeburt des kapi-

talistischen Expansionsstrebens. Die Etatisten übernehmen vom Marxismus auch ein gutes Stück der Überbautheorie, wenn sie die klassische Nationalökonomie als Vertretung des Klasseninteresses der Unternehmerschaft und des Bürgertums, als Apologetik des Kapitalismus, hinstellen. Wieweit dies selbst bei Schmoller der Fall war, ist oben durch ein Beispiel erhärtet worden.

Bei dieser Übernahme der Grundlehren des Marxismus ist am meisten zu beachten, daß ihr keine kritische Überprüfung vorgegangen war. Die Aufmerksamkeit der Etatisten war in erster Linie darauf gerichtet, den Lehren des Marxismus die Spitze gegen den Staatsgedanken und die nationalpolitische Ausgestaltung des Staatsgedankens, die im Deutschland der preußischen Führung erfolgt war, zu nehmen und sie den Ideen des Staatssozialismus und des Konservatismus dienstbar zu machen. Das Problem des Marxismus wurde nicht als wissenschaftliches Problem, sondern als politisches, im besten Falle als wirtschaftspolitisches genommen und danach behandelt. Die Politik begnügte sich damit, den Marxismus der Übertreibung zu zeihen und zu zeigen, daß es für die soziale Frage auch noch eine andere Lösung, und zwar eine bessere Lösung gebe als die marxistische: die Sozialreform. Der Hauptangriff gegen den Marxismus zielte nicht auf sein wirtschaftspolitisches, sondern auf sein politisches Programm: man wendete sich in erster Linie dagegen, daß das Klasseninteresse über das Nationalinteresse gestellt werden soll.

Nur wenige faßten die Probleme, die der Marxismus aufwarf, als wissenschaftliche. Zu den ersten, die sich selbst als Fortsetzer, Erneuerer und Umgestalter der Lehren von Marx an die wissenschaftliche Ausgestaltung seiner Ideen machten, zählt Sombart. Von ihm, dessen neues Werk die äußere Veranlassung dieses Aufsatzes bildet, wird noch ausführlich die Rede sein.

Die Abhängigkeit von Marx ist ein besonderes Kennzeichen der deutschen Gesellschaftswissenschaft. Es ist sicher, daß der Marxismus auch im gesellschaftswissenschaftlichen Denken Frankreichs, Englands, der Vereinigten Staaten, der skandinavischen Staaten und der Niederlande manche Spuren hinterlassen hat. Aber die Einflüsse, die von der Lehre Marxens ausgingen, waren in Deutschland ungleich stärker, und zweifellos ist der Grund dafür vor allem in dem Umstande zu suchen, daß man in Deutschland die

Soziologie des Utilitarismus im allgemeinen ablehnte <sup>1</sup>). Auch in Italien war der Einfluß des Marxismus ziemlich bedeutend, wenn auch lange nicht so stark wie in Deutschland. Weit stärker aber als in Deutschland war der Einfluß der marxistischen Theorien im Osten Europas, in Ungarn und bei den slawischen Völkern, die trotz ihrer politischen Feindschaft geistig ganz vom deutschen Denken abhängig sind. Rußlands gesellschaftswissenschaftliches Denken war ganz vom Marxismus beherrscht, nicht nur das Denken der Anhänger der revolutionären Parteien, die mit dem Zarismus im offenen Kampf lagen, sondern auch das der kaiserlichen russischen Hochschulen. Mit Recht sagt Altschul, der Übersetzer der Gelesnoffschen »Grundzüge der Volkswirtschaftslehre«, in der Vorrede zur deutschen Ausgabe dieses Werkes: »In keinem Lande haben Marx' ökonomische Lehren in die Universitätswissenschaft so rasch Eingang gefunden und diese in so nachhaltiger Weise beeinflußt wie in Rußland« <sup>2</sup>). In seinem Haß gegen Liberalismus und Demokratie hat der Zarismus selbst durch Förderung des Marxismus den Ideen der Bolschewisten den Weg bereitet.

## II. Der nationale (antimarxistische) Sozialismus.

Der marxistische Sozialismus ruft: »Klassenkampf, nicht Völkerkampf!« Er verkündet: »Nie wieder (imperialistischer) Krieg« und setzt in Gedanken hinzu: »Doch immerfort Bürgerkrieg, Revolution«.

Der nationale Sozialismus ruft: »Volksgemeinschaft! Friede zwischen den Klassen!« und setzt in Gedanken hinzu: »Doch Krieg dem auswärtigen Feinde!« <sup>3</sup>).

---

<sup>1</sup> Sollte in den Vereinigten Staaten der Einfluß der Antiutilitarier, z. B. Veblens, zunehmen, wird auch dort der Marxismus um sich greifen, und die Folgen werden nicht ausbleiben.

<sup>2</sup> Vgl. Gelesnoff, Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, übersetzt von E. Altschul, Leipzig 1918, S. III.

<sup>3</sup> Man darf die Ideen des nationalen Sozialismus nicht nur bei der nationalsozialistischen Partei suchen; diese ist nur – ein in parteitaktischen Fragen besonders radikaler – Teil der großen, alle völkischen Parteien umfassenden Bewegung des nationalen Sozialismus. Die hervorragendsten literarischen Wortführer des nationalen Sozialismus sind Oswald Spengler und Othmar Spann. Eine kurze und recht lehrreiche Zusammenfassung der Ideen des nationalen Sozialismus bringt das von Otto Conrad verfaßte Programm der Großdeutschen Volkspartei Österreichs. (Richtlinien deutscher Politik, Programmatische Grundlagen der Großdeutschen Volkspartei, Wien 1920.)

In diesen Losungen liegt das beschlossen, was das deutsche Volk heute in zwei feindliche Heerlager spaltet.

Das große politische Problem des deutschen Volkes ist das nationale. Es tritt ihm heute in dreifacher Gestalt entgegen: Als das Problem der gemischtsprachigen Gebiete an der Grenze des deutschen Siedlungsgebietes in Europa, als das Problem der deutschen Auswanderung (Schaffung eines deutschen Siedlungsgebietes über See) und als das handelspolitische Problem der Schaffung der materiellen Grundlagen für die Ernährung der Bevölkerung im europäischen Siedlungsgebiete des deutschen Volkes.

Der Marxismus hat diese Probleme überhaupt nicht gesehen. Im sozialistischen Zukunftsparadies wird es keinen nationalen Kampf geben, das ist alles, was er darüber zu sagen wußte. »Nationaler Haß ist transformierter Klassenhaß«, sein Träger ist das »Kleinbürgertum«, seine Nutznießerin die »Bourgeoisie«, deklamieren die Parteiliteraten <sup>1)</sup>. Wie sollte es da noch nach Beseitigung der Klassenscheidung und der Ausbeutung nationale Gegensätze geben können?

Das nationale Problem ist ein politisches Weltproblem, es ist das große Weltproblem der nächsten Zukunft. Es geht alle Völker an, nicht nur das deutsche. Doch es hatte im 18. und im 19. Jahrhundert, zur Zeit, als die modernen politischen Doktrinen von den Engländern und Franzosen ausgebildet wurden, für diese beiden Völker eine andere Bedeutung als heute. Das erste Kulturvolk, für das es in seiner heutigen Gestalt aktuell wurde, war das deutsche Volk. Es wäre Aufgabe der deutschen politischen Lehre gewesen, sich mit ihm zu befassen und seine Lösung durch die praktische Politik vorzubereiten. Die Engländer und Franzosen kannten alle jene Probleme des Nationalismus nicht, für die die Formel vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen nicht ausreicht. Aber die deutsche Politik stand diesen Problemen (und nicht nur in Österreich) seit Jahrzehnten gegenüber, die deutsche Politik hätte die Aufgabe gehabt, ihre Lösung zu versuchen. Doch alles, was die deutsche Theorie und die deutsche Praxis darüber zu sagen hatten, war die Verkündung des Gewalt- und Kampfprinzips. Seine Anwendung hat das deutsche Volk in der Welt isoliert und zur Niederlage im Großen Kriege geführt.

Dort, wo das Siedlungsgebiet des deutschen Volkes mit dem der Dänen, Litauer, Polen, Tschechen, Magyaren, Kroaten, Slowen-

---

<sup>1)</sup> Vgl. O. Bauer, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Wien 1907, S. 263, 268.

en, Italiener und Franzosen zusammenstößt, sind die Volksgrenzen nicht fest abgesteckt. In breiten Streifen Land wohnen die Völker gemischt nebeneinander, und tief in das fremde Siedlungsgebiet hinein reichen einzelne, besonders städtische Sprachinseln. Hier kommt man nicht mit der Formel »Selbstbestimmungsrecht der Völker« aus. Denn hier gibt es nationale Minderheiten, die unter Fremdherrschaft geraten, wenn das Mehrheitsprinzip über die politische Herrschaft entscheidet. Ist der Staat als liberaler Rechtsstaat nur auf die Schirmung des Eigentums und der persönlichen Sicherheit seiner Bürger bedacht, dann ist diese Fremdherrschaft weniger fühlbar; sie wird um so schärfer empfunden, je mehr regiert wird, je mehr der Staat Wohlfahrtsstaat wird, je mehr Etatismus und Sozialismus um sich greifen.

Mit der gewaltsamen Lösung dieser Probleme kann sich das deutsche Volk am wenigsten zufrieden geben. Denn da das deutsche Volk als Binnenvolk in der Mitte Europas wohnt und ringsum an andere Völker grenzt, die es durch die Anwendung dieses Grundsatzes vergewaltigen würde, muß dieser Grundsatz zu einer Koalition aller Nachbarn führen, kurz, zur weltpolitischen Konstellation: Feinde ringsum. Nur einen Bundesgenossen kann Deutschland in solcher Lage finden: Rußland, das bei den Polen, Litauern und Magyaren, in gewissem Sinne auch den Tschechen, ebenso Feindschaft findet wie Deutschland und nirgends mit deutschen Interessen unmittelbar in Gegensatz gerät. Da auch das bolschewistische Rußland gleich dem zarischen in der Nationalitätenfrage nur den Gewaltstandpunkt kennt, sucht es bereits die Freundschaft des deutschen Nationalismus. Der deutsche Antimarxismus und der russische Übermarxismus sind von einer Bündnispolitik nicht allzu weit entfernt. Dagegen müssen die verschiedenen Versuche, den deutschen antimarxistischen Nationalismus mit dem antimarxistischen Nationalismus der italienischen Faschisten und dem magyarischen Chauvinismus der »Erwachenden Ungarn« in engere Fühlung zu bringen, schließlich an der Südtiroler und an der westungarischen Frage scheitern.

Die gewaltpolitische Lösung der Frage des grenzländischen Deutschtums wäre aber auch dann für das deutsche Volk schwerer annehmbar als für seine Nachbarn, wenn es Aussicht hätte, sie überall in seinem Sinn durchzuführen. Denn jedenfalls müßte auch das nach allen Seiten siegreiche Deutschland ständig in Kriegsbereitschaft bleiben, es müßte immerfort auf einen neuen Aushungerkrieg gefaßt sein und hätte seine Volkswirtschaft auf diesen

Fall einzustellen, eine Last, die es auf die Dauer nicht ohne schwere Schädigung zu ertragen vermöchte.

Das handelspolitische Problem, das das deutsche Volk im 19. Jahrhundert zu lösen hatte, ergab sich aus der weltwirtschaftlichen Verschiebung der Produktion in Gebiete mit günstigeren Produktionsbedingungen. Bei voller Handelsfreiheit wäre ein Teil der deutschen Bevölkerung abgewandert, da die deutsche Landwirtschaft und ein Teil des Gewerbes den Wettbewerb mit den neu erschlossenen fruchtbareren und für die Erzeugung günstigerer Standorte bietenden Ländern nicht hätten aushalten können. Diese Abwanderung, die man aus nationalpolitischen Gründen zu verhindern suchte, wollte man durch die Zollpolitik bekämpfen. Es kann hier nicht näher ausgeführt werden, warum dieser Versuch mißlang und mißlingen mußte <sup>1)</sup>.

Das Wanderproblem ist die dritte Form, in der das nationalpolitische Problem der praktischen Politik erscheint. Dem deutschen Volk stehen keine Siedlungsgebiete zur Verfügung, in denen es seinen Bevölkerungsüberschuß ansiedeln könnte. Auch für dieses Problem wußte die Theorie des deutschen Nationalismus der Vorkriegszeit keine bessere Lösung als die gewaltsame durch Eroberung eines entsprechenden Gebietes.

Dutzende von Millionen Menschen leben kärglich in Europa, die in Amerika und Australien weit besser fortkommen könnten. Der Abstand in der Lebenshaltung zwischen dem Europäer und dem Europäersproß über See wird immer größer. Die europäischen Auswanderer könnten drüben das finden, was ihnen die Heimat nicht bietet: den Platz am Bankett der Natur. Doch sie kommen zu spät. Die Nachkommen derer, die vor einem, zwei oder drei Menschenaltern Europa mit der Neuen Welt vertauscht haben, lassen sie nicht ein. Die organisierten Arbeiter der Union und der britischen Dominien wollen keinen Zuzug neuer Konkurrenten dulden. Ihre Gewerkschaftsbewegung richtet sich nicht, wie es die marxistische Doktrin verlangt, gegen die Unternehmer; sie führen ihren »Klassenkampf« gegen die europäischen Arbeiter, deren Zuwanderung die Grenzproduktivität der Arbeit und damit den Lohn herabdrücken mußte. Die Gewerkschaften der angelsächsischen Länder sind für die Teilnahme am Großen Kriege eingetreten, um die letzten Reste der liberalen Freizügigkeitslehre und Wanderfreiheit zu beseitigen. Das war ihr Kriegsziel, und sie haben

---

<sup>1</sup> Ich habe versucht, es in meiner Schrift »Nation, Staat und Wirtschaft« zu zeigen. (Wien 1919, S. 45 ff.)

es ganz erreicht. Scharen von Auslandsdeutschen wurden enturzelt, ihrer Habe und ihres Erwerbes beraubt und »repatriiert«. Heute ist nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern selbst in allen wichtigeren europäischen Gebieten die Einwanderung durch strenge Gesetze beschränkt oder ganz verboten. Und die Arbeitervereine der Vereinigten Staaten oder Australiens würden unbedenklich einen neuen, weit entsetzlicheren und blutigeren Weltkrieg entfesseln, wenn es notwendig werden sollte, die Einwanderungsbeschränkungen gegen einen Angreifer, etwa gegen die Japaner oder ein wiedererstarktes Deutschland, zu verteidigen.

Für die marxistische Lehre und für die Politik der Internationale boten sich hier unüberwindliche Schwierigkeiten. Die Theoretiker suchten sich damit zu helfen, daß sie von der Sache nichts erwähnten. Es ist charakteristisch, daß die reichhaltige deutsche volkswirtschafts- und sozialpolitische Literatur der Vorkriegszeit, die immer wieder in ermüdender Breite dieselben Dinge behandelte, kein Werk aufweist, das über die Politik der Einwanderungsbeschränkungen im ganzen unterrichten könnte; auch im Auslande wagten nur wenige, ein Thema aufzurühren, das mit der Lehre von der Klassensolidarität der Arbeiter offensichtlich nicht in Einklang zu bringen war <sup>1</sup>). Nichts kennzeichnet besser als dieses Still-schweigen die marxistische Befangenheit des sozialökonomischen Schrifttums, vor allem des deutschen. Als die internationalen Sozialistenkongresse schließlich die Beschäftigung mit der Frage nicht mehr ganz vermeiden konnten, wichen sie doch mit Geschick dem heiklen Punkte, auf den es allein ankommt, aus. Man lese etwa den Verhandlungsbericht des Internationalen Sozialistenkongresses zu Stuttgart 1907. Da wurde eine lahme Resolution beschlossen, von der der Berichterstatter selbst zugab, daß sie »etwas eckig und hart« sei. Das sei aber die Folge der Umstände. Ein sozialistischer Kongreß sei aber nicht dazu da, »Romane zu schreiben. Hart im Raume stoßen sich die Sachen, und der Ausdruck der eckigen Tatsachen ist diese harte, eckige Resolution«. (Das ist eine schöne Umschreibung dafür, daß es mit den leicht beieinanderwohnenden Gedanken von der internationalen Klassensolidarität des Proletariats nicht stimmt.) Der Berichterstatter empfiehlt daher, »diese mit vieler Mühe zustande gekommene Resolution, die eine Mittellinie der verschiedenen Anschauungen bildet, einstimmig anzunehmen«. Der Vertreter

---

<sup>1</sup> Die umfassendste Behandlung bot Prato, *Il protezionismo operaio*, Turin 1910. (Französische Übersetzung von Bourgin, Paris 1912.) Das Buch ist in Deutschland ziemlich unbekannt geblieben.



Australiens, Kröner, erklärte trocken: »Die Mehrheit der australischen Arbeiterpartei ist gegen die Einwanderung farbiger Arbeiter. Ich persönlich als Sozialist erkenne die Pflicht internationaler Solidarität an und hoffe, daß es gelingen wird, mit der Zeit alle Völker der Erde für den Gedanken des Sozialismus zu gewinnen«<sup>1</sup>). Aus dem Australischen ins Deutsche übertragen heißt das: Beschließt nur ruhig, was euch beliebt; wir werden das tun, was wir wollen. Seit in Australien die Arbeiterpartei regiert, hat Australien bekanntlich die schärfsten Einwanderungsgesetze gegen farbige und weiße Arbeiter.

Der nationalistische Antimarxismus Deutschlands hätte im Auswanderungsproblem eine große Aufgabe zu lösen. Der deutsche Geist könnte da eine neue Lehre von der Freiheit der Erde und von der Freizügigkeit ersinnen, die des Widerhalls bei Italienern, Skandinavien, Slawen, Chinesen und Japanern sicher wäre, deren Wirkung sich aber auf die Dauer kein Volk entziehen könnte. Doch nichts von dem, was hier zu leisten wäre, ist bis heute in Angriff genommen, geschweige denn vollbracht worden.

Der nationalpolitische Antimarxismus hat sich gerade in dem Punkte nicht als schöpferisch erwiesen, auf den er selbst das entscheidende Gewicht legen muß: im Problem der Außenpolitik. Das Programm, das er für die Eingliederung des deutschen Volkes in die Weltwirtschaft und Weltpolitik bringt, unterscheidet sich in keiner Weise grundsätzlich von dem, was sich die deutsche Politik der letzten Jahrzehnte zur Richtschnur ihres Handelns gesetzt hatte. Es ist nur um soviel folgerichtiger und geradliniger, als die Doktrin des Theoretikers es immer ist im Vergleich mit dem durch die Reibungen des täglichen Kampfes an der Einhaltung des beabsichtigten Kurses behinderten politischen Tagewerk des Staatsmannes. Doch die gewaltpolitische Lösung ist heute noch weniger zulänglich, als sie es für das wilhelminische Deutschland war. Auch ein siegreiches Deutschland stünde ratlos und ohnmächtig vor den eigentlichen Problemen des deutschen Volkstums. Es könnte, wie die Dinge nun einmal in der Welt liegen, niemals so sehr über alle entgegenstehenden nationalen Interessen anderer Völker den Sieg erringen, daß es dem deutschen Volk ein Siedlungsgebiet über See und der deutschen Industrie Absatz zu günstigeren Bedingungen verschaffen könnte. Und es könnte sich vor allem niemals sichern gegen die Wiederaufnahme des Kampfes durch eine neue Koalition der Gegner.

---

<sup>1</sup> Internationaler Sozialistenkongreß zu Stuttgart, 18.-24. August 1907, Berlin 1907, S. 57-64.

Der nationalpolitische Antimarxismus versagt aber auch gegenüber den unmittelbar gegebenen Zeitaufgaben der deutschen Politik. Die deutschen Minderheiten im volksfremden Staatsverband müssen heute im Kampfe gegen die zwangsweise Entdeutschung die weitestgehende Demokratie fordern, weil nur die Selbstverwaltung sie davor bewahren kann, durch den Druck der fremden und von fremden Vorgesetzten abhängigen Beamten zur Aufgabe des Volkstums gedrängt zu werden. Sie müssen volle Wirtschaftsfreiheit verlangen, weil jeder Interventionismus in den Händen des volksfremden Staatsapparates ein Mittel im Kampfe gegen das Deutschtum ist <sup>1</sup>). Wie aber soll das Deutschtum der Grenzländer für Demokratie und Wirtschaftsfreiheit kämpfen, wenn im Reiche selbst die entgegengesetzte Politik betrieben wird?

Der nationalpolitische Antimarxismus hat aber auch auf wissenschaftlichem Gebiet versagt. Daß das Ansehen der marxistischen Wert- und Verteilungslehre in der Nationalökonomie geschwunden ist, ist nicht sein Verdienst, sondern das der von der österreichischen Schule, vor allem von Böhm-Bawerk geübten Kritik, deren wichtigen Argumenten sich doch schließlich auch die jungen Freunde der theoretischen Nationalökonomie im Reich nicht zu entziehen vermochten. Daß die Versuche einiger Schriftsteller, Marx nun auch als Philosophen Anerkennung zu verschaffen, keine Aussicht auf Erfolg haben, ist dem Umstande zuzuschreiben, daß die philosophische Schulung des Denkens in Deutschland doch einen Grad erreicht hat, der die Kreise der Gebildeten für die Naivitäten der »Philosophie« von Marx, Dietzgen, Vorländer und Max Adler unempänglich macht. Doch auf soziologischem Gebiet machen sich noch immer die Kategorien und Gedankengänge des marxistischen Materialismus breit. Hier hätte der Antimarxismus eine schöne Aufgabe zu erfüllen gehabt; er hat sich aber damit begnügt, jene Schlußfolgerungen der marxistischen Doktrin anzugreifen, die ihm politisch bedenklich erscheinen, ohne ihre Grundlagen zu kritisieren und an ihre Stelle eine geschlossene Lehre zu setzen. Er mußte bei dieser Aufgabe versagen, weil es ihm aus politischen Gründen darauf ankam, zu zeigen, daß der Marxismus vom Geiste des Westens

---

<sup>1</sup> Vgl. die ausgezeichneten Ausführungen von F. Wolfrum, Der Weg zur deutschen Freiheit (»Freie Welt«, Gablonz. IV, Heft 95) und Staatliche Kredithilfe? (ebenda, Heft 99). Im tschechoslowakischen Staat dient jeder wirtschaftspolitische Eingriff des Staates der Tschechisierungspolitik, und in Südtirol und in Polen treiben es die Italiener und die Polen nicht anders.

erfüllt, daß er undeutsch und ein Kind des dem deutschen Wesen immer fremden Individualismus sei.

Schon der Ausgangspunkt dieser Kritik ist verfehlt. Daß die Gegenüberstellung von universalistischen (kollektivistischen) und individualistischen (nominalistischen) Systemen der Gesellschaftslehre und Politik, die von Dietzel und Pribram aufgestellt wurde und im Rahmen des nationalistischen deutschen Antimarxismus heute vor allem von Spann vertreten wird, durchaus unzutreffend ist, wurde schon erwähnt. Es ist auch verfehlt, den marxistischen Sozialismus als die Fortbildung der liberalen Demokratie der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts anzusehen. Die Verbindung des marxistischen und des Lassalleschen Sozialismus mit dem Programm der vormärzlichen Demokraten war nur äußerlich und ist in demselben Augenblick gefallen, in dem die zur Herrschaft gekommenen marxistischen Parteien dachten, fernerhin auch ohne Demokratie auskommen zu können. Der Sozialismus ist nicht die Fortbildung, sondern die Bekämpfung des Liberalismus. Es geht nicht an, aus dem Umstande, daß man Liberalismus und Sozialdemokratie bekämpft, zwischen den beiden einen inneren Zusammenhang zu konstruieren. Der Marxismus stammt nicht vom Geiste des Westens ab. Er konnte auch, wie schon bemerkt wurde, im Westen keine Anhänger finden, weil er die utilitarische Soziologie nicht zu überwinden vermochte. Das, was heute geistig Deutschland am stärksten von den Ideen des Westens scheidet, ist gerade der große Einfluß, den die marxistischen Ideen in Deutschland gefunden haben. Und nicht eher wird es dem deutschen Geist gelingen, den Marxismus zu überwinden, bis er seine Gegnerschaft gegen die Soziologie der Engländer, Franzosen und Amerikaner abgelegt haben wird. Es kann sich freilich nicht darum handeln, die Soziologie des Westens zu übernehmen, sondern nur darum, auf den Grundlagen, die sie gelegt hat, weiter und neu zu bauen.

### **III. Sombart als Marxist und als Antimarxist.**

Werner Sombart hat einst selbst mit Stolz bekannt, daß er ein gut Teil seines Lebens hingegeben habe, um für Marx zu kämpfen <sup>1)</sup>. Sombart war es, der Marx in die deutsche Wissenschaft eingeführt und Marxens Lehre dem deutschen Denken vertraut gemacht hat, nicht die ideenarmen Pedanten vom Schlage Kautskys und

---

<sup>1</sup> Vgl. W. Sombart, Das Lebenswerk von Karl Marx, Jena 1909, S. 3.

Bernsteins. Marxistisch ist schon die Problemstellung seines einflußreichen Hauptwerkes »Der moderne Kapitalismus«. Das Problem, das sich Marx im »Kapital« und in seinen zeitgeschichtlichen Schriften gestellt hat, soll noch einmal, und nun mit den Mitteln fortgeschrittener Erkenntnis, gelöst werden. Ganz wie bei Marx sollen sich theoretische Betrachtung und geschichtliche Darstellung durchdringen. Der Ausgangspunkt des Werkes ist ganz marxistisch, sein Ergebnis freilich sucht über Marx hinauszuwachsen; darin eben unterscheidet es sich von den Schriften des Parteimarxismus, deren Ergebnis von vornherein durch die Parteidoktrin festgelegt ist.

Sombart hat sein Ansehen als Marxist und als Gelehrter 1896 durch ein dünnes Büchlein »Sozialismus und soziale Bewegung im 19. Jahrhundert« begründet. Die Schrift ist wiederholt neu aufgelegt worden, und jede neue Ausgabe gab Zeugnis von den Wandlungen, die sich mittlerweile in der Stellung Sombarts zu den Problemen des Sozialismus und der sozialen Bewegung vollzogen hatten. Nun liegt die zehnte, neugearbeitete Auflage vor, zwei stattliche Bände <sup>1)</sup>. In ihnen will Sombart seine Abkehr vom Marxismus – nicht vom Sozialismus – darlegen und begründen. In den beiden Bänden wird auch nicht vom Sozialismus schlechthin, sondern nur vom »proletarischen Sozialismus«, vom »Marxismus«, gesprochen.

Sombart gibt nur Geschichte und Kritik des marxistischen Sozialismus. Er vermeidet es, uns seine eigene soziale Lehre zu zeigen. Nur an einzelnen Stellen wird sie kurz gestreift. Er spricht mit sichtlichem Wohlgefallen von den alten Gemeinschaftsverbänden des Mittelalters, Kirche, Stadt, Dorf, Sippe, Familie, Beruf, »in die der einzelne eingeschlossen und in denen er warmgehalten und geschützt war wie die Frucht in der Schale«, mit sichtlichem Abscheu von jenem »Auflösungsprozeß, der die Welt des Glaubens zertrümmert und an ihre Stelle das Wissen setzt« <sup>2)</sup>. Die Ideenwelt des proletarischen Sozialismus sei ein Ausdruck dieses Auflösungsprozesses. Mit zwischen den Zeilen lesbarem Tadel wird dem proletarischen Sozialismus die ausgesprochene Vorliebe für den modernen Industrialismus vorgehalten. »Was man auch in der sozialistischen Kritik gegen den Kapitalismus vorgebracht haben mag: das hat man ihm niemals vorgeworfen, daß er uns mit Eisenbahnen und Fabriken, mit Hochöfen und Maschinen, mit

---

<sup>1</sup> Vgl. W. Sombart, Der proletarische Sozialismus (»Marxismus«). 10., neugearb. Aufl. der Schrift »Sozialismus und soziale Bewegung«, Jena 1924, I. Bd.: Die Lehre. II. Bd.: Die Bewegung. Im folgenden zitiert als I und II.

<sup>2</sup> I, S. 31.

Telegraphendrähten und Motorrädern, mit Grammophonen und Aeroplanen, mit Kinematographen und Kraftzentralen, mit Gußstahl und Anilinfarben gesegnet hat.« Für den Proletariat sei nur die soziale Form, nicht auch der Kern der modernen Zivilisation verworflich. Und – wieder mit deutlicher Betonung des eigenen Standpunktes – wird dem proletarischen Sozialismus hier entgegengehalten: die »vorproletarische Utopistik« mit ihrem »bukolischen« Gepräge, die immer den Ackerbau als die vornehmste Beschäftigung gepriesen und die agrarisch-bäuerliche Kultur als das Ideal betrachtet hatte <sup>1</sup>).

Es ist notwendig, einen Augenblick bei diesem Lobe des Agrarstaates und des Mittelalters zu verweilen. Denn wir stoßen hier auf einen dem ganzen Schrifttum des nationalistischen Antimarxismus gemeinsamen Gedankengang, der freilich von den einzelnen Schriftstellern in verschiedener Weise ausgeführt wird. Auch für Spann, den Führer dieser Richtung, ist Rückkehr zum Mittelalter das soziale Ideal <sup>2</sup>).

Wenn man dem deutschen Volke die gesellschaftlichen Einrichtungen und die Wirtschaftsverfassung des Mittelalters als Vorbild hinstellt, so sollte man sich darüber klar sein, daß ein »bukolisches« Deutschland auch bei größter Genügsamkeit der Ansprüche nur einen Bruchteil des deutschen Volkes von heute ernähren könnte. Jeder Vorschlag, dessen Durchführung die volkswirtschaftliche Produktivität herabsetzen müßte, führt zur Verminderung der Volkszahl und überdies durch die Verschlechterung der materiellen Ausrüstung zur Verminderung der gerade vom nationalpolitischen Gesichtspunkt als wichtig angesehenen Wehrhaftigkeit der Nation. Auf diesem Wege darf auch der Nationalismus nicht die Lösung der deutschen Fragen suchen. Wir gehen nicht fehl, wenn wir annehmen, daß der schwermütige Pessimismus der in verschiedener Gestalt heute auftauchenden Untergangstheorien mit Notwendigkeit aus der Unverträglichkeit des »bukolischen« Ideals mit machtvoller Entfaltung der Volkskräfte folgt.

Wenn es wahr sein sollte, daß die Rückkehr zu Produktionsformen, die geringere Ergiebigkeit der gesellschaftlichen Arbeit zur Folge haben, gerade von dem dem deutschen Volke eigenen Ethos gefordert wird, und wenn demgemäß die anders denkenden westlichen Völker und überdies die Romanen des Südens und die Slaven des Ostens bei der höhere Ergiebigkeit der Arbeit verbürgenden Me-

---

<sup>1</sup> I, S. 257 ff.

<sup>2</sup> Vgl. O. Spann, a. a. O., S. 298 ff.

thoden verbleiben, liegt doch wohl die Gefahr nahe, daß das deutsche Volk von den zahlreicheren und reicheren Feinden überwunden wird. Werden dann nicht die Philosophen dieser Siegervölker folgern, daß es Mangel an Anpassungsfähigkeit gewesen sei, der die Deutschen daran gehindert habe, sich der von ihnen geschaffenen kapitalistischen Produktionsmethoden zu bedienen? Wird es nicht als eine Armut und Unfähigkeit des deutschen Geistes gewertet werden, daß er es nicht verstanden hat, seinen Gleichmut gegenüber den Errungenschaften der modernen Technik zu bewahren?

Es ist in der Tat ein grob materialistischer Einschlag in der sich idealistisch gebenden Lehre mancher modernen Schriftsteller, daß sie glauben, irgendwelche Äußerlichkeiten des Lebens stünden der Verinnerlichung und der Entfaltung der seelischen Kräfte im Wege. Wer umgeben von Motorrädern und Telephonapparaten das Gleichgewicht seines Geistes nicht zu bewahren weiß, wird auch im Urwald und in der Wüste das nicht finden, was ihm fehlt: die Kraft, das Unwesentliche durch das Wesentliche zu überwinden. Der Mensch muß sein Selbst bewahren können, wo immer und unter welchen Umständen immer er auch zu leben hat. Es ist krankhafte Nervenschwäche, das Ideal der harmonischen Ausgestaltung der Persönlichkeit in vergangenen Zeiten oder in fernen Ländern zu suchen.

Sombart läßt, wie schon gesagt wurde, sein gesellschaftspolitisches Ideal nur zwischen den Zeilen erkennen. Das kann man ihm nicht zum Vorwurf machen. Wohl aber muß man es bemängeln, daß er in dem Werk, das sich die Darstellung und Kritik einer bestimmten Gestalt des Sozialismus zur Aufgabe setzt, keine genaue Umschreibung des Begriffes Sozialismus gibt. Die Ausführungen über die Idee des Sozialismus, die das ganze Werk eröffnen, sind sein schwächster Teil. Sombart lehnt es ab, den Sozialismus als eine Gesellschaftsordnung zu bestimmen, die auf dem Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln aufgebaut ist. Denn der Begriff des Sozialismus müsse offenbar ein gesellschaftlicher oder gesellschaftswissenschaftlicher sein und dürfe nicht ein Sondergebiet des Gesellschaftslebens betreffen, wie etwa die Wirtschaft. Die Leidenschaftlichkeit, mit der man um den Sozialismus streite, lehre, daß das Wort Sozialismus noch tiefere Probleme umspannen müsse als »die wirtschaftliche Technik«<sup>1</sup>). Die Begriffsbestimmung, die Sombart dann gibt, muß schließlich doch – wenn auch in unscharfer Weise – auf dieses einzige für den Sozialismus maßgebende

---

<sup>1</sup> I, S. 5 f.

Kennzeichen zurückkommen. Nach einer längeren Auseinandersetzung gelangt nämlich Sombart zu dem Ergebnis, daß die Idee des Sozialismus immer folgende Bestandteile enthalte:

»1. Das Wunschbild eines idealen, d. h. rationalen Gesellschaftszustandes, das einem historischen, d. h. irrationalen gegenübergestellt wird: also eine Wertung gesellschaftlicher Zustände als vollkommen oder weniger vollkommen.

Der Wesenheit des Sozialismus als Anti-Kapitalismus entsprechen bestimmte Züge des Wunschbildes, die allem Sozialismus sein Gepräge geben: selbstverständlich muß er die Erwerbswirtschaft wegen ihrer irrationalen Zielsetzung, die ein Ausfluß der Triebhaftigkeit ist, verwerfen <sup>1</sup>). Da sich die kapitalistische Erwerbswirtschaft im Gelde symbolisiert, so ist das Geld (in seiner heutigen Funktion, nicht auch notwendig als Liquidationsmittel) ein beliebter Angriffspunkt der sozialistischen Kritik: aus dem Kampf um den Ring der Nibelungen leiten sich alle Übel dieser Welt her; darum will der Sozialismus, daß das Geld wieder im Rhein versenkt werde. Wie er aber die ‚freie‘ Wirtschaft bekämpft, so die Grundlagen, auf denen sie ruht: das ‚freie‘, d. h. das Privateigentum, und den ‚freien‘, d. h. den Lohnvertrag <sup>2</sup>). Aus diesem folgt die ‚Ausbeutung‘, und daß diese aus der Welt verschwinde als der größte Schandfleck im gesellschaftlichen Leben, ist wesentlicher Programmpunkt für allen Sozialismus.

2. Der Wertung der gesellschaftlichen Zustände und der Aufstellung eines rationalen Wunschbildes entspricht mit Notwendigkeit die Anerkennung der sittlichen Freiheit, ein Reich der Zwecke aus eigener Kraft zu erstreben, und der Glaube an die Möglichkeit seiner Verwirklichung.

3. Aus Ideal und Freiheit ergibt sich weiter mit zwingender Notwendigkeit ein Streben, das Ideal zu verwirklichen, eine aus Freiheit geborene Bewegung in der Richtung vom Historischgegebenen zum Rationalgewollten.

Jedes Bekenntnis zum Sozialismus bedeutet aber einen Verzicht auf unbehinderte Entfaltung des Triebhaften, also vom Standpunkte des Individuums aus: Aufgabe, Opferung, Beschränkung des empirisch Individuellen« 3).

Man kann nur einen Grund dafür finden, daß Sombart diesen Umweg wählt, statt die bewährte und allein zutreffende

---

<sup>1</sup> Von mir gesperrt.

<sup>2</sup> Von mir gesperrt.

<sup>3</sup> I, S. 12 f.

Bestimmung des Sozialismus beizubehalten: Die Abneigung, sich mit den eigentlich nationalökonomischen Problemen des Sozialismus zu befassen, die das ganze Werk durchzieht und seinen größten Mangel ausmacht. Es wiegt jedenfalls noch viel schwerer als der Verzicht auf eine scharfe Begriffsbestimmung des Sozialismus, daß Sombart die Frage, ob sozialistische Gesellschaftsordnung überhaupt möglich und durchführbar ist, gar nicht erörtert. Und doch kann man nur von hier aus die Grundlagen für das Verständnis des Sozialismus und der sozialistischen Bewegung gewinnen.

Sombart will aber nicht vom Sozialismus überhaupt, sondern nur vom proletarischen Sozialismus oder Marxismus handeln. Auch hier ist seine Begriffsbestimmung durchaus unbefriedigend. Der proletarische Sozialismus, meint er, »ist nichts anderes als der ‚geistige Niederschlag der modernen sozialen Bewegung‘, wie ich ihn seit der ersten Auflage dieser Schrift definiert habe. ‚Sozialismus und soziale Bewegung‘ sind .... die Verwirklichung jener zukünftigen, den Interessen des Proletariats angepaßten, neuen Gesellschaftsordnung oder der Versuch ihrer Verwirklichung. Der Sozialismus unternimmt die Verwirklichung in der Welt der Gedanken, die sozialistische Bewegung in der Welt der Wirklichkeiten. Alle theoretischen Bemühungen, dem strebenden Proletariat das Ziel seines Strebens zu zeigen, es zum Kampf aufzurufen, den Kampf zu organisieren, den Weg zu weisen, auf dem jenes Ziel erreicht werden kann, machen zusammen aus, was wir modernen Sozialismus nennen<sup>1)</sup>.«

An dieser Begriffsbestimmung fällt eins auf: daß sie nämlich marxistisch ist. Es ist kein Zufall, daß Sombart gerade sie aus der ersten und den späteren Auflagen seiner Schrift unverändert übernehmen zu können glaubt, daß er sie also aus der Zeit mitbringt, in der er nach seinem eigenen Bekenntnis in den Bahnen von Marx wandelte. Sie enthält ein wichtiges Element der marxistischen Gedankenwelt: daß der Sozialismus den Interessen des Proletariats angepaßt ist. Das ist ein spezifisch marxistischer Gedanke, der nur im Rahmen der marxistischen Gesamtlehre sinnvoll ist. Der »uto-  
pische« Sozialismus der vormarxistischen Periode und der Staatssozialismus der letzten Jahrzehnte haben den Sozialismus nicht im Interesse einer besonderen Klasse, sondern im Interesse aller Klassen oder der Gesamtheit angestrebt. Der Marxismus hat in die Doktrin die beiden Axiome eingeführt, daß es in der Gesellschaft

---

<sup>1</sup> I, S. 19 f.



Klassen gibt, deren Interessen in unversöhnlichem Gegensatz stehen, und daß das Interesse des Proletariats die – nur durch den Klassenkampf erreichbare – Verwirklichung der seinen Interessen entsprechenden, die Interessen der übrigen Klassen schädigenden Vergesellschaftung der Produktionsmittel fordert.

Der gleiche Gedankengang kehrt an verschiedenen Stellen des Buches wieder. So heißt es einmal: Nur ganz wenige der einflußreichen Schriftsteller (nämlich des Marxismus) stammen aus dem Proletariat »und sind dann natürlich nichts als Interessenten«<sup>1)</sup>. Und dann heißt es klipp und klar: »Zur Idee des Kapitalismus gehört das Proletariat; aus der Klassenlage des Proletariats ergibt sich mit Notwendigkeit eine Gegnerschaft zur Kapitalistenklasse; dieses Gegnerschaftsverhältnis entwickelt bestimmte Formen in der ‚sozialen‘ Bewegung: Gewerkschaft, sozialistische Parteien, Streik usw.«<sup>2)</sup>. Man kann wohl nicht umhin, zuzugeben, daß hier die materialistische Geschichtsauffassung in voller Entfaltung vorgetragen wird. Freilich, Sombart zieht daraus nicht die Konsequenz, die Marx, in diesem Falle wohl folgerichtiger, gezogen hat: daß nämlich der Eintritt des Sozialismus naturgesetzlich notwendig sei<sup>3)</sup>. Die »Wissenschaft vom Kapitalismus«, die Marx begründet habe, und mit der er »die Idee der Eigengesetzlichkeit des Wirtschaftslebens für unsere Geschichtsperiode fruchtbar machte«, zeige nämlich, meint Sombart, »daß die Verwirklichung irgendwelcher sozialistischer Forderungen an sehr reale, objektive Bedingungen geknüpft, daß also der Sozialismus keineswegs immer und jederzeit ‚möglich‘ sei«. Marx habe »damit ‚wissenschaftlich‘ den Gedanken der Resignation, der – logischerweise – vom Sozialismus weg zur sozialen Reform führt«, begründet<sup>4)</sup>. Ob nun Sombarts Schlußfolgerung die ist, die logischerweise aus der Lehre Marxens gezogen werden muß, oder ob die Ansicht Lenins und Trotzky's die folgerichtigere ist, soll uns hier nicht weiter beschäftigen. Entscheidend für uns ist, daß Sombart, wenn auch unbewußt, nach wie vor wissenschaftlich auf dem Boden des Marxismus steht. (Nebenbei bemerkt: Die reformerische Schlußfolgerung hat Sombart schon in früheren Schriften aus der Lehre Marxens gezogen; das ist jener »Sombartismus«, von dem die orthodoxen Marxisten mit. der weg-

---

<sup>1</sup> I, S. 75.

<sup>2</sup> II, S. 261.

<sup>3</sup> I, S. 305.

<sup>4</sup> I, S. 304.

werfenden Geste sprechen, die sie allem gegenüber zu Schau tragen, was ihnen nicht gefällt.)

Wo Sombart den Kapitalismus schildern will, tut er es im Sinne, vielfach selbst mit den Worten von Marx und Engels <sup>1</sup>). Damit haben wir das Charakteristische an Sombarts Stellung zum Marxismus kennengelernt: Sombart bekämpft auch heute nicht die Grundlagen des Marxismus, wenn er ihn auch nicht in der naiv materialistischen Art seiner Begründer faßt, sondern in der verfeinerten Gestalt, die er selbst und andere Gleichstrebende der Lehre gegeben haben, und wenn er auch aus der Lehre andere praktische Folgerungen zieht als die Orthodoxen. Er bekämpft auch nicht den Sozialismus, wenn er auch für ihn nicht ausdrücklich eintritt (auch nicht für den religiösen oder Staatssozialismus).

Was Sombart Marx vorwirft, ist nicht die Klassenkampftheorie, sondern ihre Politisierung und die Schlußfolgerung, die er aus der Theorie des Klassenkampfes zieht: daß der Sieg des Proletariats unausbleiblich sei <sup>2</sup>). Mit anderen Worten: Sombart sagt nicht, die Klassenscheidung, wie sie Marx annimmt, besteht gar nicht, und die richtig verstandenen Interessen der einzelnen Schichten der arbeitsteiligen Gesellschaft sind nicht entgegengesetzt, sondern in letzter Linie gleichlaufend, sondern er sagt: die Gegensätzlichkeit der Klasseninteressen soll durch Ethik überwunden werden. Es gebe neben dem Klassenprinzip »wohl noch andere gesellschaftsbildende Prinzipien – und zwar auch solche idealistischer Natur«. Der Marxismus aber verabsolutiere den Klassenbegriff <sup>3</sup>). Sombart ist offenbar der Meinung, daß man das Klasseninteresse zurückstellen solle, um den höheren Interessen, um den nationalen Interessen den Vorrang einzuräumen. Was er den Marxisten vorwirft, ist, daß sie nicht vaterländisch denken, daß sie kosmopolitische Politik treiben, daß sie, die in der inneren Politik für den Kampf der Klassen eintreten, in der internationalen Politik antinationalistisch und pazifistisch sind.

Sombart ignoriert alles, was von der Wissenschaft zur Kritik der marxistischen Klassenlehre vorgebracht wurde. Er muß es ignorieren, weil er von Utilitarismus und theoretischer Nationalökonomie nichts wissen will, und weil er letzten Endes den Marxismus für die eigentliche Wissenschaft vom Kapitalismus hält. Marx,

---

<sup>1</sup> I, S. 32 ff.

<sup>2</sup> I, S. 368 ff.

<sup>3</sup> I, S. 356.

sagt er, »begründete .... die Wissenschaft vom Kapitalismus«<sup>1</sup>). Diese Wissenschaft vom Kapitalismus habe »schon längst, und man kann sagen: mit abschließendem Urteile, den Nachweis erbracht, daß dieses Wirtschaftssystem der höchste Ausdruck alles dessen ist, was Zerstörung und Auflösung der Kultur bedeutet. Hier war Karl Marx, wenn nicht der Erste, so doch der Größte, der diese Lehre verkündet hat«<sup>2</sup>). Um sich den Folgerungen, die sich aus Marxens Theorien ergeben, zu entziehen, weiß denn Sombart schließlich nichts anderes als die Berufung auf Gott und auf die ewigen Werte.

Sombart hat vollkommen recht, wenn er meint, es sei nicht des Amtes der Wissenschaft, »wertende Kritik zu üben, das heißt, die einzelnen Worte, Forschungen und Grundsätze des proletarischen Sozialismus in ihrer Minderwertigkeit vorzustellen«. Doch er geht fehl, wenn er fortfährt, vielmehr heiße wissenschaftliche Kritik üben »nichts anderes, wie Zusammenhänge feststellen und sie in ihrer Tragweite beurteilen. Zusammenhänge aber nicht nur zwischen den einzelnen Lehrmeinungen und gewissermaßen einzelnen politischen Forderungen, auch nicht nur zwischen diesen beiden Gedankenreihen, sondern Zusammenhänge zwischen dem Inhalt des gesamten Systems und den zugrunde liegenden Fragen der geistigen Kultur und dem menschlichen Schicksal«<sup>3</sup>). Das ist der Standpunkt des Historismus, der darauf verzichtet, selbst wissenschaftliche Theorien aufzustellen und sich damit begnügt, den Zusammenhängen nachzugehen, die zwischen den wissenschaftlichen Theorien untereinander und zwischen ihnen und metaphysischen Gedankensystemen bestehen. Eine soziologische Lehre, als welche der Marxismus bei all seiner Unzulänglichkeit doch genommen werden muß, kann man nur kritisieren, wenn man ihre Brauchbarkeit zur Deutung der gesellschaftlichen Erscheinungen prüft. Überwinden aber kann man eine soziologische Lehre nur durch ein unser Denken besser befriedigendes Deutungsschema<sup>4</sup>).

Der Ausgangspunkt der Sombartschen Kritik des proletarischen Sozialismus ist die Fällung eines – wie es gar nicht anders sein kann – subjektiven Werturteils über das, was er als die »Grundwerte« des Proletarismus ansieht. Hier steht Weltanschauung gegen

---

<sup>1</sup> I, S. 304.

<sup>2</sup> Vgl. W. Sombart, Das finstere Zeitalter. »Neue Freie Presse«, 25. Dezember 1924.

<sup>3</sup> Ebenda.

<sup>4</sup> Ich kann hier auf die Kritik der Klassentheorie nicht näher eingehen; ich muß auf meine »Gemeinwirtschaft« (Jena 1922, S. 265-352) verweisen.

Weltanschauung, Metaphysik gegen Metaphysik. Mit Wissenschaft hat das nichts zu tun. Es ist Bekenntnis, nicht Erkenntnis. Es wird gewiß viele geben, die das Werk Sombarts gerade darum besonders hoch stellen werden, weil es sich nicht auf das enge Wirkungsfeld wissenschaftlicher Arbeit beschränkt, vielmehr metaphysische Synthese bringt, weil es nicht bloße Gelehrtenarbeit ist, sondern den Stoff mit dem Geiste und der eigenartigen Persönlichkeit des Mannes und Denkers Sombart durchdringt. Das ist es, was dem Buch seinen Charakter und seine Bedeutung gibt. Doch überzeugen wird es nur den, der schon ohnehin die Weltanschauung Sombarts teilt.

Sombart versucht gar nicht an den vom Sozialismus vorgeschlagenen Mitteln zur Erreichung seiner Ziele immanente Kritik zu üben. Und doch kann nur die Prüfung der den ganzen Sozialismus durchziehenden These von der höheren Ergiebigkeit der sozialistischen Produktionsweise und darüber hinaus der Frage, ob sozialistische Wirtschaftsweise überhaupt möglich sei, den Boden für die wissenschaftliche Behandlung des Sozialismus vorbereiten. Auch das Problem der Unentrinnbarkeit des Sozialismus wird von Sombart nur nebenbei kritisch behandelt.

Das Sombartsche Buch ist ein literargeschichtliches Phänomen besonderer Art. Es ist kein seltener Fall, daß ein Denker im Laufe seines Lebens seinen gesellschaftspolitischen Standpunkt ändert und in einem neuen Werk manches von dem zurücknimmt, was er früher vertreten hat, und manches vertritt, was er früher bekämpft hat. Doch immer wurde die geistige Wandlung durch die Herausgabe eines neuen Werkes bekundet, wie z. B. Plato auf die Politeia die Nomoi folgen lassen wollte. Daß aber ein Schriftsteller seinen das ganze Leben umspannenden Kampf mit einem Problem immer wieder durch Umgestaltung desselben Werkes zum Ausdruck bringt, wie es Sombart tut, ist wohl ein besonders seltener Fall. Nichts berechtigt uns zur Annahme, daß im vorliegenden Buch die letzte Fassung dessen vorliegt, was Sombart über den Sozialismus zu sagen hat. Lange Jahre der Arbeit liegen noch vor ihm, neue Auflagen des »Sozialismus« werden notwendig werden, nicht nur, weil die früheren vergriffen werden, sondern weil auch Sombart noch mit dem Problem des Sozialismus nicht fertig ist. Wie das Buch heute vorliegt, stellt es nur eine Etappe in Sombarts Ringen mit dem Marxismus dar. Noch hat sich Sombart aus den Banden dieser Lehre nicht so weit freigemacht, wie er wohl selbst glauben mag. Ein gutes Stück geistiger Arbeit bleibt noch zu leisten übrig.

Dieser innere Kampf Sombarts um die Probleme des Marxismus gewinnt aber über seine Person hinaus durch den Umstand

Bedeutung, daß sein Denken für das des deutschen Gebildeten typisch ist. Sein Buch spiegelte in jeder Auflage ziemlich genau das wider, was der Deutsche der geistig führenden Schichten über dieses Problem dachte. Die Etappen seiner Meinungsänderung sind zugleich die Etappen der Meinungsänderung von Deutschlands geistiger Oberschicht, deren Führer in sozialökonomischen Dingen er seit einem Menschenalter ist.

#### **IV. Der Antimarxismus und die Wissenschaft.**

Der Antimarxismus ist voll von Ressentiment gegen den Kapitalismus. Darin begegnet er sich mit dem Marxismus. Er ist aber auch voll von Ressentiment gegen das politische Programm des Marxismus, besonders gegen seinen vermeintlichen Internationalismus und Pazifismus. Doch mit Ressentiment kann man keine Wissenschaft betreiben, übrigens auch keine Politik, höchstens Demagogie.

Gerade das, was am Marxismus jedem wissenschaftlich Denkenden mißfallen muß, die theoretische Lehre, erregt beim Antimarxisten kaum Anstoß. Wir haben gesehen, wie hoch Sombart noch heute Marx als Mann der Wissenschaft schätzt. Der Antimarxist wendet sich nur gegen die politische Ausschrotung der marxistischen Lehre, nicht gegen ihren wissenschaftlichen Inhalt. Er beklagt das Unheil, das die marxistische Politik über das deutsche Volk gebracht hat, doch er ist blind für die Schädigung des deutschen Geisteslebens durch die Flachheit und Unzulänglichkeit der marxistischen Problemstellungen und Problemlösungen. Er sieht vor allem nicht, daß das politische und ökonomische Elend eine Folge des geistigen Elends ist. Er schätzt die Wichtigkeit der Wissenschaft für das Volksleben nicht hoch genug ein; er ist eben auch hier von der marxistischen Lehre beeinflusst, er läßt in der Geschichte nicht die Ideen, sondern die »realen« Machtverhältnisse entscheiden.

Man kann dem Antimarxismus vollkommen zustimmen, wenn er ausführt, des deutschen Volkes Wiederaufstieg müsse durch die Überwindung des Marxismus eingeleitet werden. Doch diese Überwindung muß, soll sie Bestand haben, ein Werk der Wissenschaft, nicht einer von Ressentiment geführten politischen Bewegung sein. Die deutsche Wissenschaft muß sich von den Banden des Marxismus frei machen durch Überwindung des Historismus, der sie seit Jahrzehnten in geistiger Ohnmacht gehalten hat, sie muß in Nationalökonomie und Soziologie die Scheu vor der Theorie ableg-

en und sich das aneignen, was in den letzten Menschenaltern – auch von Deutschen – auf theoretischem Gebiete geleistet wurde.

Was Carl Menger vor mehr als vierzig Jahren von der neueren deutschen nationalökonomischen Literatur sagte, gilt noch heute und für das ganze Gebiet der sozialwissenschaftlichen Literatur: »Von dem Auslande in Wahrheit nur wenig beachtet, ihren eigentlichen Tendenzen nach demselben kaum verständlich,« war sie »in ihrer Dezennien andauernden Isolierung unbeeinflußt durch ernstliche Gegner und hat in unerschütterlichem Vertrauen auf ihre Methoden auch der strengeren Selbstkritik vielfach entbehrt. Wer in Deutschland einer anderen Richtung folgte, wurde mehr beiseite gelassen als widerlegt« <sup>1</sup>). Eingehende Beschäftigung mit den Arbeiten der vom Etatismus und Historismus abweichenden deutschen und außerdeutschen Soziologie könnte helfen, den toten Punkt zu überwinden, auf dem sich die herrschenden Schulen in Deutschland heute befinden. Keineswegs wäre die deutsche Wissenschaft dabei nur der empfangende Teil. Große Probleme harren ihrer Lösung, die ohne deutsche Mitarbeit nicht gelingen kann. Wieder wollen wir Menger sprechen lassen: »Alle großen Kulturvölker haben ihre eigenartige Mission beim Ausbaue der Wissenschaften, und jede Verirrung der Gelehrtenwelt eines Volkes oder eines namhaften Teiles derselben läßt deshalb eine Lücke in der Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnis zurück. Auch die politische Ökonomie kann der zielbewußten Mitwirkung des deutschen Geistes nicht entbehren« <sup>2</sup>).

Das, was die deutsche Wissenschaft heute in erster Linie zu lernen hat, ist die richtige Einschätzung der Bedeutung des Marxismus. Nicht nur die Marxisten, auch die Antimarxisten überschätzen den Marxismus als wissenschaftliche Lehre ganz ungeheuer, und nicht minder groß ist diese Überschätzung bei denen, die zwar Marx das Verdienst, die das Wesen des Marxismus ausmachenden Gedanken zuerst ausgesprochen zu haben, aberkennen wollen, dabei aber gegen die wissenschaftliche Kraft dieser Lehren nichts einwenden. Nur wer die Welt unbefangen ohne die marxistischen Scheuklappen zu betrachten vermag, darf sich an die großen Probleme der Soziologie heranwagen. Hat sich einmal erst die deutsche Wissenschaft von den marxistischen Irrtümern, in denen sie heute tief drinsteckt, frei gemacht, dann, aber erst dann, wird auch im politischen Leben die Kraft der marxistischen Schlagwörter schwinden.

---

<sup>1</sup> Vgl. C. Menger, a. a. O., S. XX ff.

<sup>2</sup> Ebenda, S. XXI f.

# Theorie der Preistaxen<sup>1)</sup>

## I. Einleitung.

Die Erkenntnis, daß die Preise durch die Lage des Marktes eindeutig oder doch innerhalb enger Grenzen bestimmt sind, ist verhältnismäßig jung. Einzelnen Schriftstellern mag sie schon früher dunkel vorgeschwebt haben; zu einem System der Tauschhandlungen und der Statik des Marktes wurde sie erst von den Physiokraten und von der klassischen Nationalökonomie verarbeitet. Die Wissenschaft der Katallaktik überwindet damit den preistheoretischen Indeterminismus, der die Preise aus den Preisforderungen der Verkäufer hervorgehen ließ und keine andere Beschränkung der Preishöhe kannte als die Gerechtigkeit des Fordernden.

Wer die Preisbildung für frei hält, gelangt unschwer zur Forderung, sie durch äußere Vorschriften zu binden. Wenn das Gewissen des Verkäufers versagt, wenn er, ohne Furcht vor dem Zorn Gottes, mehr verlangt, als »billig« ist, dann müsse die weltliche Obrigkeit einschreiten, um dem Rechte zum Siege zu verhelfen. Für die Preise bestimmter Waren und Dienstleistungen wieder, für die man, nicht gerade folgerichtig, nicht dem Verkäufer, sondern dem Käufer die Macht zuschrieb, Abweichungen vom gerechten Preis zu erzwingen, sollten Mindestpreise vorgeschrieben werden. Die Obrigkeit wird aufgerufen, Ordnung zu machen, weil Unordnung und Willkür herrschen.

Die praktische Lehre, die sich auf den Erkenntnissen der wissenschaftlichen Nationalökonomie und Soziologie aufbaut, der Liberalismus, lehnt alle Eingriffe in das Spiel des Marktes als überflüssig, unnütz und schädlich ab. Als überflüssig, weil ohnehin Kräfte wirksam sind, die der Willkür der tauschenden Parteien Dämme setzen; als unnütz, weil die Absicht der Obrigkeit, die Versorgung zu verbilligen, durch sie nicht erreicht werden kann; als schädlich, weil sie die Produktion und den Konsum von den Wegen abdrängen, die, vom Standpunkte der Nachfrage betrachtet, die wichtigsten sind. Mitunter hat der Liberalismus obrigkeitliche Eingriffe in die Preisbildung als unmöglich bezeichnet. In welchem Sinne sie dies sind, werden die nachstehenden Ausführungen zu zeigen haben. Zweifellos kann die Obrigkeit Befehle erlassen, die die Preise reg-

---

<sup>1</sup> Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., VI. Bd., 1923.

eln, und ihre Übertretung strafen. Es wäre mithin korrekter gewesen, wenn der Liberalismus die Preistaxen nicht als unmöglich, sondern als unzweckmäßig, d. i. den Absichten, die ihren Urhebern vorschwebten, zuwiderlaufend, bezeichnet hätte.

Der Liberalismus wurde sehr bald durch den Sozialismus zur Seite geschoben. Der Sozialismus will das Sondereigentum an den Produktionsmitteln durch das Gemeineigentum ersetzen. An sich muß der Sozialismus die Preislehre der Wissenschaft nicht verwerfen; es wäre denkbar, daß er ihre Brauchbarkeit für das Verständnis der Markterscheinungen in einer auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung anerkennt. Wenn er dies tut, dann muß er folgerichtig auch dazu gelangen, die Eingriffe der Obrigkeit und anderer Gewalthaber in die Preisbildung für ebenso überflüssig, unnütz und schädlich anzusehen wie der Liberalismus. In der Lehre des Marxismus finden sich in der Tat, freilich neben damit ganz unverträglichen Lehren und Forderungen, auch genug Ansätze zu dieser Auffassung; sie treten am deutlichsten hervor in der Skepsis gegen die Behauptung, man könne durch gewerkschaftliche Mittel das Lohnniveau dauernd erhöhen, und in der Ablehnung aller jener Wege, die Marx als »kleinbürgerlich« kennzeichnet. In der Politik des Marxismus überwiegt jedoch durchaus der Einfluß des Etatismus. Der Etatismus ist als Theorie die Lehre von der Allmacht des Staates und als Praxis die Politik, die alle irdischen Dinge durch Gebote und Verbote der Obrigkeit zu ordnen bestrebt ist. Das Gesellschaftsideal des Etatismus ist ein besonders gestaltetes sozialistisches Gemeinwesen; soweit dieses Gesellschaftsideal in Betracht kommt, pflegt man von Staatssozialismus oder auch unter Umständen von Militärsozialismus oder von kirchlichem Sozialismus zu sprechen. Äußerlich betrachtet unterscheidet sich das Gesellschaftsideal des Etatismus nicht viel von der Gestalt, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung an der Oberfläche zeigt. Es liegt dem Etatismus fern, durch einen vollkommenen Umsturz der geschichtlich überkommenen Rechtsordnung alles Eigentum an den Produktionsmitteln auch formell in Staatseigentum zu verwandeln. Nur die größten Unternehmungen des Gewerbes, des Bergbaues und des Verkehrswesens sollen verstaatlicht werden; in der Landwirtschaft und im Mittel- und im Kleingewerbe soll das Sondereigentum dem Worte nach bestehen bleiben. Doch alle Unternehmungen sollen dem Wesen nach Staatsbetriebe werden. Den Eigentümern werden zwar Namen und Ehren des Eigentums und das Recht auf den Bezug eines »angemessenen« oder »standesgemäßen« Einkommens gelassen; doch in Wahrheit wird jedes



Geschäft in ein Amt, jeder Erwerb in einen Beamtenberuf verwandelt. Für Selbständigkeit des Unternehmers ist im Staatssozialismus aller Spielarten kein Raum. Die Preise werden obrigkeitlich geregelt; die Obrigkeit bestimmt, was, wie und in welcher Menge erzeugt werden soll. Es gibt keine Spekulation, keine »übermäßigen« Gewinne, keine Verluste. Es gibt keine Neuerung, es sei denn, die Obrigkeit habe sie verfügt. Die Behörde leitet und überwacht alles.

Zu den Eigentümlichkeiten der etatistischen Lehre gehört es, daß sie sich das gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen überhaupt nicht anders als in der Gestalt ihres besonderen sozialistischen Ideals vorzustellen vermag. Die äußerliche Ähnlichkeit, die zwischen dem von ihr gepriesenen und angestrebten »sozialen Staat« und der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung besteht, läßt sie die Wesensunterschiede verkennen, die die beiden trennen. Alles, was der Annahme dieser Gleichheit der beiden Gesellschaftszustände widerspricht, hält der Etatist für vorübergehende Anomalie und für strafbare Übertretung behördlicher Verfügungen. Der Staat habe die Zügel der Regierung schleifen lassen; er brauche sie nur fester in die Hand zu nehmen, und alles werde wieder in schönster Ordnung sein. Daß das gesellschaftliche Leben der Menschen sich unter bestimmten Bedingungen abspielt, daß in ihm eine Gesetzmäßigkeit waltet, die der der Natur vergleichbar ist, das sind Vorstellungen, die der Etatist nicht kennt. Ihm ist alles Machtfrage; und seine Vorstellung von Macht ist grob materialistisch.

Wenn auch der Etatismus es nicht vermocht hat, mit seinem Ideal der anzustrebenden Zukunftsgesellschaft die anderen sozialistischen Ideale zu verdrängen, in bezug auf die praktische Politik hat er alle anderen Richtungen des Sozialismus überwunden. Alle sozialistischen Gruppen sind heute, mögen ihre Anschauungen und ihre Ziele sonst noch soweit auseinandergehen, in der praktischen Politik bestrebt, durch Eingriffe von außen her, hinter denen die Zwangsgewalt steht, die Preise des Marktes zu beeinflussen.

Die Lehre von den Preistaxen hat zu untersuchen, welche Wirkungen die obrigkeitlichen Eingriffe in die Preisgestaltung des Marktes in einer auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung auslösen. Es ist nicht ihre Aufgabe, die Wirkungen der Preistaxen in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu untersuchen, die das Sondereigentum an den Produktionsmitteln dem Namen und dem äußeren Anschein nach beibehalten hat und sich daher zur Leitung der Produktion und des Verbrauches neben anderen Mitteln auch der Preistaxen bedient.

In diesem Fall haben die Preistaxen nur technische Bedeutung, sie sind ohne Einfluß auf das Wesen des Ablaufs der Vorgänge, und die sozialistische Gesellschaft, die sich ihrer bedient, ist von einer anders organisierten sozialistischen Gesellschaft dadurch allein noch nicht wesensverschieden.

Die Wichtigkeit der Lehre von den Preistaxen ergibt sich daraus, daß vielfach die Behauptung vertreten wird, es sei neben der auf dem Sondereigentum und der auf dem Gemeineigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung noch ein dritter Gesellschaftszustand denkbar, in dem das Sondereigentum an den Produktionsmitteln zwar beibehalten, aber durch obrigkeitliche Eingriffe »reguliert« werde. Diese Auffassung, die in den letzten Jahrzehnten von einem Teile der Kathedersozialisten und der Solidaristen vertreten wurde, erfreute sich und erfreut sich noch hohen Ansehens bei einer großen Anzahl von Staatsmännern und bei mächtigen politischen Parteien. Sie spielt auf der einen Seite eine Rolle bei der Deutung der Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der beginnenden Neuzeit und ist auf der anderen Seite die theoretische Grundlage der modernen Interventionspolitik.

## II. Die Preistaxen.

### a) Ordnungstaxen.

Als Ordnungstaxen wollen wir solche Preistaxen bezeichnen, die den Preis so nahe dem Preise, der sich auf dem unbehinderten Markte bilden würde, festsetzen, daß nur ganz geringfügige Folgen auftreten. Die Ordnungstaxe setzt sich somit von vornherein nur eine bescheidene Aufgabe; es liegt ihr fern, durch Ausschaltung des Einflusses der Marktfaktoren große volkswirtschaftspolitische Ziele anzustreben. Der einfachste Fall ist der, daß die Obrigkeit die Preise des Marktes einfach hinnimmt und durch ihr Eingreifen gewissermaßen sanktioniert. Ähnlich liegt die Sache, wenn Höchstpreise vorgeschrieben werden, die über, und Mindestpreise, die unter dem Marktpreis liegen: Etwas anderes ist es schon, wenn die Taxe als Mittel angewendet wird, um einen Monopolisten zur Einhaltung des ideellen Konkurrenzpreises an Stelle des höheren Monopolpreises zu zwingen. Wenn die Obrigkeit Monopole schafft (Apotheker, Notare, Rauchfangkehrer) oder die Zahl der Konkurrenten beschränkt, so daß die Bildung von monopolistischen Verabredungen unter ihnen gefördert wird (Konzessionierung des Lohnfuhrwerks), dann muß sie wohl zur Preistaxe greifen, wenn sie nicht die Verbraucher zur Zahlung des Monopolpreises zwingen will. In keinem dieser

Fälle ist das Ergebnis des obrigkeitlichen Eingriffes eine Ablenkung des Preises von dem Stande, der sich auf dem unbehinderten Markte eingestellt hätte.

Nicht ganz so, aber doch nicht allzu verschieden, liegen die Dinge dort, wo die obrigkeitliche Vorschrift den Verkäufer der Möglichkeit beraubt, unter gewissen Umständen einen höheren Preis zu fordern und zu erhalten als es der ist, der unter gewöhnlichen Umständen erzielt werden kann. Wenn z. B. dem Lohnfuhrwerk ein Tarif von Amtswegen vorgeschrieben wird, dann wird ihm verwehrt, jene Fälle auszunützen, in denen es auf Fahrgäste trifft, die bereit sind, mehr zu zahlen als den Preis, der im übrigen für Fahrten dieser Art erzielt werden kann. Der wohlhabende Reisende, der spät nachts bei ungünstigem Wetter auf dem Bahnhofe einer fremden Stadt in Begleitung kleiner Kinder mit zahlreichen Gepäckstücken eintrifft, wird gern bereit sein, für die Fahrt in den entlegenen Gasthof weit mehr zu bezahlen als sonst üblich ist, wenn er dadurch den Wettbewerb anderer um die wenigen oder um die einzige zur Verfügung stehende Fahrgelegenheit auszustechen vermag. Die Rücksichtnahme auf die außerordentlichen Gewinne, die durch die Ausnützung solcher Gelegenheiten erzielt werden können, würde den Fuhrwerkern die Möglichkeit bieten, zu Zeiten schlechteren Geschäftsganges mit niedrigeren Vergütungen vorlieb zu nehmen, um die Nachfrage zu erhöhen. Das Eingreifen der Obrigkeit hat also das Ergebnis, daß die Spannung, die zwischen dem Preis zur Zeit starker Nachfrage und dem zur Zeit schwacher Nachfrage besteht, beseitigt wird und daß ein Durchschnittspreis herrscht. Geht die Obrigkeit bei ihrer Taxfestsetzung auch noch unter diesen ideellen Durchschnittspreis hinunter, dann haben wir eine echte Taxe vor uns; von den echten Taxen soll dann weiter unten die Rede sein.

Ähnlich liegt die Sache, wo die Behörde die Preise nicht unmittelbar festsetzt, jedoch dem Verkäufer, z. B. Gastwirten, vorschreibt, die geforderten Preise allgemein ersichtlich zu machen. Auch hier ist der Erfolg der, daß es dem Verkäufer verwehrt wird, unter Ausnützung besonderer Umstände von einzelnen Käufern höhere Preise als die sonst erzielbaren zu erhalten. Das muß er in seiner Kalkulation berücksichtigen; wenn er auf der einen Seite gehindert wird, die Preisforderung unter günstigen Umständen hinaufzusetzen, dann wird es ihm erschwert, mit ihr unter anderen – ungünstigeren – Umständen hinunterzugehen.

Andere Ordnungstaxen verfolgen den Zweck, die Entstehung von Zufallsgewinnen, die sich unter dem Einflusse außerordentlicher Verhältnisse bilden könnten, zu verhindern. Wenn die Beleucht-

ungsanlagen einer Großstadt durch irgendeinen unerwarteten Zufall für einige Tage stillgelegt werden, dann müßten die Kerzenpreise ganz außerordentlich steigen, und die Händler, die Kerzen vorrätig haben, würden einen beträchtlichen Zufallsgewinn erzielen. Wenn die Obrigkeit hier eingreift und für Kerzen einen Höchstpreis und gleichzeitig den Verkaufszwang, solange der Vorrat reicht, vorschreibt, kann dies keine nachhaltigen Wirkungen auf die Versorgung des Marktes mit Kerzen äußern, da das Versagen des Beleuchtungswerkes, das die Ursache der vorübergehenden Preissteigerung der Kerzen gewesen ist, schnell und ohne dauernde Wirkung auf die Preise der Kerzen vorübergeht. Nur soweit die Händler und Erzeuger auf den Eintritt derartiger Zufälle hoffen und im Hinblick darauf die Preise und die Größe der Lager errechnen, kann der Eingriff der Obrigkeit Wirkungen für die Zukunft äußern. Muß man darauf gefaßt sein, daß bei Wiederkehr ähnlicher günstiger Gelegenheiten für den Absatz irgendwelcher Waren eine obrigkeitliche Verfügung die Ausnützung der Konjunktur untersagen werde, dann wird dies den Preis, der unter gewöhnlichen Verhältnissen für sie gefordert wird, erhöhen und den Antrieb zur Haltung größerer Vorräte herabmindern.

#### b) Echte Taxen.

Als echte Taxen wollen wir die Preistaxen bezeichnen, mit denen die Obrigkeit die Absicht verbindet, den Preis abweichend von jenem festzusetzen, der sich auf dem unbehinderten Markte bilden würde. Will die Obrigkeit den Preis über dem Marktpreis festsetzen, so wählt sie in der Regel die Festlegung von Mindestpreisen, will sie ihn unter den Marktpreis herabdrücken, dann pflegt sie in der Regel das Mittel der Festlegung von Höchstpreisen zu wählen.

Betrachten wir zunächst den Höchstpreis oder Maximalpreis. Der natürliche oder statische Preis, der sich auf dem unbehinderten Markte einstellen würde, entspricht einer Gleichgewichtslage aller Preise und Dienstleistungen. Bei diesem Preisstande fallen Preis und Kosten zusammen. Tritt nun infolge der obrigkeitlichen Verfügung eine Verschiebung ein, müssen die Verkäufer die Ware zu einem niedrigeren Preis als zu dem Preis, der sich auf dem unbehinderten Markte gebildet hätte, hergeben, dann bleibt der Erlös hinter den Kosten zurück. Die Verkäufer werden daher, wenn es sich nicht um Waren handelt, die dem schnellen Verderb oder sonst schneller Wertminderung ausgesetzt sind, vom Verkaufe absehen und in der Erwartung, daß die obrigkeitliche Maßregel nicht von

Dauer sein werde, die Ware für günstigere Zeiten aufbewahren. Die Kauflustigen aber werden nicht in der Lage sein, den Gegenstand ihres Begehrs zu kaufen; sie werden, wenn es geht, an seiner Statt andere Güter kaufen, die sie sonst nicht gekauft hätten, weil sie etwa weniger geeignet sind, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. (Dazu muß noch bemerkt werden, daß die Preise dieser Surrogatgüter durch die gesteigerte Nachfrage in die Höhe getrieben werden.) Nun ist es aber gar nicht die Absicht der Obrigkeit gewesen, diesen Erfolg herbeizuführen. Sie will durch die Preisbestimmung die Ware den Kauflustigen zu billigem Preise zur Verfügung stellen, nicht aber sie überhaupt der Möglichkeit berauben, sich die Ware zu beschaffen. Daher wird die Obrigkeit mit der Bestimmung der Höhe des Kaufpreises auch die Verpflichtung der Verkäufer verbinden, die Ware, solange der Vorrat reicht, an Kauflustige um den Maximalpreis abzulassen. Nun aber tritt erst die größte Schwierigkeit auf, die mit der Preisfestlegung verbunden ist. Das Spiel des Marktes zielt darauf ab, den Preis in der Höhe festzulegen, in der Angebot und Nachfrage sich gerade decken. Die Zahl jener Kauflustigen, die bereit sind, für die Ware im äußersten Falle soviel zu zahlen, als der Marktpreis beträgt, ist gerade so groß, daß der ganze auf den Markt gebrachte Vorrat zur Veräußerung gelangen kann. Wird der Preis durch den Eingriff der Obrigkeit unter den Preis, der sich auf dem unbehinderten Markte gebildet hätte, herabgedrückt, dann steht der gleichen Warenmenge eine größere Zahl von Kauflustigen gegenüber, die bereit sind, im äußersten Falle den von der Obrigkeit festgelegten niedrigeren Preis für die Ware zu bieten. Angebot und Nachfrage decken sich nicht mehr; die Nachfrage übersteigt das Angebot, und der Marktmechanismus, der sonst durch Verschiebung der Preishöhe Angebot und Nachfrage zur Deckung zu bringen sucht, kann eben infolge des obrigkeitlichen Eingriffes nicht mehr spielen.

Was nun geschieht, um so viele Käufer auszuschalten, daß nicht mehr als die vorhandene Menge der Ware zur Verteilung gelangt, ist, vom Standpunkte des Marktes betrachtet, Zufall. Es kann sein, daß diejenigen Käufer, die als die ersten auf dem Platze erscheinen, die Ware nach Hause tragen, oder daß allein die Käufer zum Zuge kommen, die persönliche Beziehungen mit den Verkäufern verbinden. Die jüngst verflossene Kriegszeit hat mit ihren mannigfachen Versuchen, Preistaxen festzusetzen, für beides Beispiele gebracht. Man bekam die Ware um den Höchstpreis entweder, weil man ein Freund des Verkäufers war, oder weil man sich bei der »Polonäse« rechtzeitig angestellt hatte. Doch auch mit dem Ergebnis

dieser Auslese derer, die noch zum Zuge gelangen, kann die Obrigkeit nicht einverstanden sein. Sie will ja mit ihrem Eingriffe gerade erzielen, daß jedermann die Ware zu billigerem Preise erhält, und will vermeiden, daß es Leute gibt, die nicht imstande sind, sich für ihr Geld die Ware zu beschaffen. Darum muß sie noch einen Schritt über den Verkaufszwang hinausgehen, sie muß zur Rationierung der Ware schreiten. Die Ware wird nicht mehr an jedermann in Mengen abgegeben, die dem Belieben des Verkäufers und des Käufers anheimgestellt sind. Die vorhandene Menge wird von der Behörde auf die Bewerber aufgeteilt, und jedermann bekommt zum behördlich festgelegten Preis soviel, als ihm auf Grund der obrigkeitlichen Rationierungsvorschrift zukommen soll.

Doch auch dabei kann die Obrigkeit nicht stehen bleiben. Denn die Eingriffe, von denen wir bisher gesprochen haben, betreffen bloß den schon auf dem Markte vorhandenen Warenvorrat. Ist dieser Vorrat einmal erschöpft, dann werden sich die geleerten Vorratskammern nicht aufs neue füllen, weil die Erzeugung nicht mehr die Kosten deckt. Will daher die Obrigkeit die fortgesetzte Belieferung des Verbrauches sicherstellen, dann muß sie noch einen Schritt weitergehen, sie muß die Verpflichtung zur Produktion aussprechen. Sie muß, wenn es zu diesem Zwecke notwendig ist, auch die Preise der Rohstoffe und der Halbfabrikate, eventuell auch die der Arbeitskraft festlegen, und sie muß die Unternehmer und die Arbeiter verpflichten, zu diesen Preisen zu produzieren und zu arbeiten.

Wir sehen damit ohne weiteres, daß die Preistaxe als isolierter Eingriff in das Spiel des Marktes in der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden arbeitsteiligen Gesellschaftsordnung undenkbar ist. Sie ist nicht imstande, den Erfolg zu erzielen, den die Obrigkeit durch ihren Eingriff erzielen will, und die Obrigkeit sieht sich darum genötigt, schrittweise von dem isolierten Befehl, der die Höhe des Preises festsetzt, weiterzuschreiten, bis sie endlich dahin gelangt, die Verfügung über die Produktionsmittel und über die Arbeitskräfte an sich zu reißen, zu verfügen, was und wie produziert und wie verteilt werden soll. Der isolierte Eingriff in das Getriebe des Marktes stört nur die Versorgung der Verbraucher, lenkt sie von jenen Waren, die sie als die dringenderen ansehen, auf Ersatzartikel ab, die sie als mindergeeignet zur Deckung ihrer Bedürfnisse betrachten, und würde daher durchaus nicht jenen Erfolg erzielen, den die Obrigkeit anstrebt. Die Geschichte des Kriegssozialismus hat dies deutlich gezeigt. Schritt für Schritt waren die Regierungen, die in das Getriebe des Marktes eingreifen wollten,

genötigt, von den isolierten Eingriffen in die Preisbestimmung, mit denen sie angefangen hatten, schließlich bis zur völligen Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu gehen. Sie hätten diesen Weg noch schneller zurücklegen müssen, wenn ihre Preistaxen vom Verkehr besser befolgt worden wären und kein Schleichhandel sie mit Erfolg zu umgehen verstanden hätte. Daß sie den letzten Schritt, die Vergesellschaftung des ganzen Produktionsapparates, nicht auch wirklich durchgeführt haben, ist nur auf die vorzeitige Beendigung des Krieges, mit der zugleich das Ende der Kriegswirtschaft gegeben war, zurückzuführen. Wer aber die einzelnen Maßnahmen der Kriegswirtschaftspolitik verfolgt, der kann deutlich die oben genannten Phasen feststellen: zuerst Preistaxen, dann Verkaufszwang, dann Rationierung, dann Vorschriften über die Einrichtung der Produktion und der Verteilung, schließlich Versuche zur Übernahme der planmäßigen Leitung der gesamten Produktion und Verteilung.

Die Preistaxe hat in der Geschichte vor allem bei Münzverschlechterungen und bei Inflationspolitik eine große Rolle gespielt. Die Regierungen haben immer wieder den Versuch unternommen, trotz der Münzverschlechterung und der Vermehrung der zirkulierenden Geldmenge das alte Preisniveau festzuhalten; so war es auch in der jüngsten und größten aller Inflationsperioden, in der des Weltkrieges. Die Regierungen haben mit der strafgerichtlichen Bekämpfung der Preistreiberei an demselben Tage begonnen, an dem sie die Notenpresse in den Dienst der Staatsfinanzen stellten. Nehmen wir an, sie hätten damit zunächst Erfolg erzielt. Wir wollen dabei ganz davon absehen, daß der Krieg auch das Angebot von Waren vermindert hat, und annehmen, daß von der Warensseite her keine Kräfte zur Verschiebung des zwischen den Waren und dem Gelde bestehenden Austauschverhältnisses wirksam gewesen wären. Weiter müssen wir davon absehen, daß die Kriegereignisse durch Verlängerung der zur Geldversendung erforderlichen Zeit und durch Einschränkung des Kompensationsverkehrs und noch auf andere Weise den Geldbedarf der Einzelwirtschaften erhöht haben. Wir wollen lediglich die Frage prüfen, welche Folgen sich einstellen müßten, wenn *ceteris paribus* bei steigender Geldmenge die Geldpreise durch behördlichen Zwang auf der alten Höhe erhalten werden. Durch die Vermehrung der Geldmenge ist neue Kauflust auf dem Markte aufgetreten, die früher nicht bestanden hat; »neue Kaufkraft«, pflegt man zu sagen, ist geschaffen worden. Wenn diese neuen Käufer mit denen, die schon auf dem Markte waren, wetteifern, ohne daß die Preise erhöht werden dürfen, dann kann nur ein Teil der Kauflust befriedigt werden. Es gibt dann Kauflustige, die

unverrichteter Dinge den Markt verlassen, obwohl sie bereit waren, den geforderten Preis zu bewilligen, Kauflustige, die mit dem Gelde, mit dem sie ausgezogen waren, um zu kaufen, wieder nach Hause kommen. Die Regierung, die neugeschaffene Noten in den Verkehr setzt, will aber gerade damit Waren und Dienstleistungen aus den Wegen, in die sie bisher geleitet wurden, herausziehen, um sie der ihr erwünschten Verwendung zuzuführen. Sie will diese Waren und Dienstleistungen kaufen, nicht, was ja auch denkbar wäre, zwangsweise einfordern. Sie muß also gerade wünschen, daß um Geld und nur um Geld alles zu haben ist. Es ist ihr nicht damit gedient, daß sich auf dem Markte ein Zustand herausbildet, der einen Teil der Kauflustigen unverrichteter Dinge wieder abziehen läßt. Sie selbst will kaufen; sie will den Markt benützen, nicht ihn zerstören. Der behördlich festgelegte Preis aber zerstört den Markt, auf dem Waren und Dienste gegen Geld gekauft und verkauft werden. Der Verkehr sucht sich, soweit es geht, auf andere Weise zu helfen. Es bildet sich z. B. wieder unmittelbarer Tausch heraus, in dem Waren und Dienstleistungen ohne Vermittlung des Geldes getauscht werden. Der Regierung, die ihrerseits für solchen direkten Tauschverkehr nicht ausgestattet ist, weil sie keine Waren dafür zur Verfügung hat, kann dies durchaus nicht recht sein. Sie, die nur mit Geld, nicht auch mit Waren auf den Markt kommt, muß im Gegenteil wünschen, daß die Kaufkraft der Geldeinheit nicht dadurch weiter herabgedrückt werde, daß die Besitzer von Geld nicht mit Bestimmtheit darauf rechnen können, vermittels des Geldes in den Besitz der Waren zu gelangen, die sie begehren. Sie kann als Käuferin von Waren und Arbeitskräften selbst den Grundsatz nicht aufrechterhalten, daß die alten Preise nicht überschritten werden dürfen. Mit einem Worte: sie selbst als Emittentin der zusätzlichen Geldmenge kann der Notwendigkeit, die die Quantitätstheorie beschreibt, nicht entrinnen.

Setzt die Obrigkeit den Preis höher fest, als er sich auf dem unbehinderten Markte gebildet hätte und verbietet sie den Verkauf zu einem niedrigeren Preise (Mindestpreis), dann wird der Absatz sinken. Bei dem niedrigeren Marktpreis decken sich Angebot und Nachfrage; bei einem behördlich festgelegten höheren Preise bleibt die Nachfrage hinter dem Angebot zurück und ein Teil der zu Markte gebrachten Ware findet keinen Käufer. Da die Obrigkeit den Mindestpreis festlegt, um den Verkäufern lohnenden Absatz zu sichern, so kann dieser Erfolg durchaus nicht in ihrer Absicht gelegen sein. Sie muß daher zu anderen Mitteln greifen, zu Mitteln, die schließlich wieder Schritt für Schritt bis zur vollen Überführung der



Verfügung über die Produktionsmittel in die Hand der Obrigkeit gehen müssen.

Von praktischer Bedeutung sind von den Mindestpreissatzungen vor allem die, welche die Höhe des Lohnes betreffen (Mindestlöhne). Solche Mindestlohnsätze können entweder unmittelbar durch die Obrigkeit verfügt werden oder mittelbar durch Förderung der gewerkschaftlichen Maßnahmen, die auf Festlegung des Mindestlohnes abzielen. Wenn die Gewerkschaft durch Streik oder Streikdrohung einen über dem Stande des Lohnes, der sich auf dem unbehinderten Markte bilden würde, liegenden Mindestlohnsatz durchsetzt, so kann sie dies nur, weil hinter ihr die Obrigkeit steht und den Arbeitswilligen den Schutz des Gesetzes und der vollziehenden Gewalt verweigert und so den von den Gewerkschaften ausgeübten unmittelbaren Zwang zur Arbeitsenthaltung wirksam macht. Es ist eben für die Untersuchung der prinzipiellen Bedeutung von Preissatzungen gleichgültig, ob der Zwangsapparat, den sie durchzusetzen bestrebt ist, der »legitime«Zwangsapparat der Staatsverwaltung ist oder der geduldete einer Organisation, die tatsächlich öffentliche Gewalt ausübt. Wird der Mindestlohn, der über der Höhe des Lohnsatzes liegt, der sich auf dem unbehinderten Markte ergeben würde, für einen einzelnen Industriezweig verfügt, dann wird die Produktion verteuert, der Preis des Endproduktes muß steigen und entsprechend der Absatz zurückgehen. Es muß mithin zu Arbeiterentlassungen kommen, und die entlassenen Arbeiter drücken den Lohn in den anderen Gewerbszweigen. Insofern könnte man also den Anschauungen der Lohnfondstheorie über die Wirkungen von nicht aus dem Getriebe des Marktes hervorgegangenen Erhöhungen des Lohnes zustimmen. Was die Arbeiter in dem einen Produktionszweig gewonnen haben, verlieren die Arbeiter anderer Produktionszweige. Will man diese Folgen vermeiden, dann muß man an die Festsetzung des Mindestlohnsatzes die Verpflichtung knüpfen, die Zahl der Arbeiter nicht herabzusetzen. Dann muß in dem betreffenden Produktionszweige der Gewinnsatz sinken, sei es dadurch, daß ein Teil der Arbeiter bezahlt wird, ohne daß man ihn verwendet, sei es dadurch, daß man die Arbeiter nicht nur bezahlt, sondern auch verwendet, den Umfang der Produktion nicht herabsetzt und das Produkt mit Verlust verkauft. Dann wird sich die Unternehmungs-tätigkeit aus diesem Produktionszweig zurückziehen wollen, und wenn die Obrigkeit dies verhindern will, muß sie durch besondere Verfügungen eingreifen.

Erstreckt sich die Mindestlohnsatzung nicht nur auf einen einzigen oder auf einige wenige Produktionszweige, sondern wird sie allgemein für alle Produktionszweige einer isolierten Volkswirtschaft oder für die ganze Welt verfügt, dann kann die Preissteigerung der Produkte, die durch sie ausgelöst wird, nicht zu einem Rückgang des Verbrauches führen <sup>1</sup>). Denn die höheren Löhne erweitern die Konsumkraft der Arbeiterschichten; sie können mehr konsumieren und können daher die Produkte, obwohl sie nun teurer auf den Markt gelangen, kaufen. (Verschiebungen innerhalb der Produktionszweige können sich allerdings ergeben.) Die Unternehmer und Kapitalisten müßten, wenn sie nicht ihr Kapital angreifen, ihren Verbrauch einschränken, da ihr Geldeinkommen nicht gestiegen ist und sie nicht imstande sind, aus ihm die höheren Preise zu bezahlen. Soweit diese Verbrauchseinschränkung gehen müßte, hat die allgemeine Lohnerhöhung den Arbeitern Teile des Unternehmergewinnes und der Kapitalrente zugeführt. Die Erhöhung des Arbeitereinkommens gelangt darin zum Ausdruck, daß infolge der Zurückhaltung der Kapitalisten und Unternehmer die Preise doch nicht um den ganzen Betrag steigen, um den die Produktionskosten durch die Lohnsteigerung erhöht wurden, daß vielmehr die Steigerung der Preise der Konsumgüter ein wenig zurückbleibt. Angesichts der von keiner Seite bestrittenen Tatsache, daß eine Aufteilung selbst des ganzen Besitzeinkommens auf die Arbeiter nach Kopfteilen das Einkommen des einzelnen Arbeiters nicht wesentlich vermehren würde, darf man sich über die quantitative Bedeutung einer derart begrenzten Herabsetzung des Besitzeinkommens keinen Täuschungen hingeben. Wollte man aber annehmen, daß die Lohnsteigerung so weit geht und die Preise so beträchtlich hinauftreibt, daß ein Großteil oder fast das ganze Realeinkommen der Unternehmer und Kapitalisten den Arbeitern zufällt, so muß man beachten, daß Unternehmer und Kapitalisten auch weiter von ihrer Unternehmungstätigkeit und von ihrem Kapitalbesitz leben wollen und daß sie, wenn sie nicht von den Überschüssen der Verwendung von Kapital in Unternehmungen zu leben vermögen, den Kapitalstock selbst angreifen werden. Es würde also die Beseitigung des Besitzeinkommens auf dem Wege der von außen her erzwungenen Lohnerhöhung nur zum Verzehren von Kapitalbestandteilen und damit zu einer fortschreitenden Verminderung des Nationaleinkommens führen. (Dasselbe bewirkt übrigens jeder Versuch, das Kapital- und

---

<sup>1</sup> Wir sehen dabei von den von der Geldseite her auf die Preise wirkenden Kräften ab.

Unternehmungseinkommen anders als durch Vergesellschaftung der Produktion und der Verteilung abzuschaffen.) Will man diese Konsequenz vermeiden, dann scheint, im Sinne der Etatisten gesprochen, kein anderer Weg offen zu stehen als der, die Verfügung über die Produktionsmittel den Privateigentümern abzunehmen.

Alles das, was hier gesagt wurde, gilt nur von Preissatzungen, die den Preis von dem Stande, den er auf dem unbehinderten Markte einnehmen würde, abzulenken bestrebt sind. Gehen aber die Preissatzungen darauf aus, nicht den Konkurrenzpreis, der sich auf dem unbehinderten Markte entwickeln würde, sondern den Monopolpreis zu unterbieten, so sind die Folgen einer Preissatzung ganz andere. Dann steht für das Eingreifen der Obrigkeit die ganze Preisspannung zwischen dem höheren Monopolpreis und dem niedrigeren Konkurrenzpreis zur Verfügung. Innerhalb dieser Spannung können Preissatzungen wirksam werden; über den spezifischen Monopolertrag kann die Obrigkeit unter bestimmten Umständen verfügen. Wird z. B. in einem abgeschlossenen Wirtschaftsgebiet, in dem ein Zuckerkartell den Preis des Zuckers über dem Stande hält, den er auf dem unbehinderten Markte eingenommen hätte, ein Mindestpreis für Zuckerrüben vorgeschrieben, der über dem Stande liegt, den der Rübenpreis auf dem unbehinderten Markte eingenommen haben würde, so können die geschilderten Wirkungen von Mindestpreisen so lange nicht eintreten, als durch den Eingriff der Obrigkeit nur der spezifische Monopolgewinn der Zuckermonopolisten getroffen wird. Erst wenn der Rübenpreis so hoch festgesetzt wird, daß die Zuckerproduktion selbst zu dem Monopolpreis nicht mehr lohnt, so daß das Zuckermonopol gezwungen ist, den Preis hinaufzusetzen und entsprechend dem sinkenden Absatz die Produktion einzuschränken, treten jene Wirkungen zutage, von denen oben gesprochen wurde.

### **III. Die Bedeutung der Lehre von den Preistaxen für die Lehre von den Gesellschaftsformen.**

Die wichtigste theoretische Erkenntnis, die die grundsätzliche Untersuchung der Wirkungen der Preistaxen uns gibt, ist die, daß Eingriffe in die Preisbildung des Marktes in der auf dem Sonder Eigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung gerade das Gegenteil von dem bewirken, was die Absicht bei ihrer Erlassung war. Wenn die Obrigkeit diese Folgen vermeiden will, dann darf sie nicht bei den einzelnen Maßnahmen, die in das

Marktgetriebe eingreifen, stehen bleiben; sie muß Schritt für Schritt weitergehen, bis sie schließlich dazu gelangt, die Verfügung über die Produktionsmittel aus den Händen der Unternehmer und Kapitalisten selbst zu übernehmen. Es ist dann gleichgültig, in welcher Weise sie die Verteilung des Einkommens regelt, ob sie dem Unternehmer und Kapitalisten eine bevorzugte Stellung bei der Einkommensverteilung beläßt oder nicht. Das Entscheidende ist, daß sie es nicht bei dem einzelnen Eingriff bewenden lassen kann, sondern notwendigerweise weitergetrieben wird bis zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Daraus ergibt sich, daß die Vorstellung, es gebe zwischen einer Gesellschaftsverfassung, die auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruht, und einer Gesellschaftsverfassung, die auf dem Gemeineigentum an den Produktionsmitteln beruht, irgendwelche Zwischenformen, etwa die des »regulierten« Verkehrs, irrig ist. In der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung können die Preise durch nichts anderes geregelt werden als durch das Spiel des Marktes. Schaltet man dieses Spiel in irgendeiner Weise aus, dann verliert die Produktion der auf dem Sondereigentum beruhenden Gesellschaftsordnung ihren Sinn, sie wird chaotisch, und die Obrigkeit muß, um das Chaos zu verhindern, schließlich selbst die Verfügung über die Produktionsmittel an sich nehmen.

In diesem Sinne kann man der Auffassung der älteren Liberalen und eines Teiles der älteren Sozialisten beipflichten, daß es unmöglich sei, bei Aufrechterhaltung des Sondereigentums an den Produktionsmitteln den Einfluß des Marktes auf die Preisbildung und auf dem Wege über die Preisbildung auf die Produktion und Verteilung auszuschalten und Preise vorzuschreiben, die von denen, die der Markt bildet, abweichen. Es war kein unfruchtbarer Doktrinarismus, sondern tiefe Erkenntnis der gesellschaftlichen Grundsätze, wenn sie die Alternative formuliert haben, Sondereigentum oder Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, Kapitalismus oder Sozialismus. In der Tat gibt es für die arbeitsteilige Gesellschaft nur diese beiden Möglichkeiten der Organisation; Zwischenformen irgendwelcher Art sind nur insofern denkbar, als ein Teil der Produktionsmittel im Eigentum der Gesellschaft und ein Teil in dem von Privaten sich befinden kann. Soweit aber Privateigentümern die Verfügung über die Produktionsmittel überantwortet ist, kann man den Marktpreis nicht durch äußere Eingriffe ausschalten, ohne gleichzeitig das regulierende Prinzip der arbeitsteiligen Produktion in einer solchen Gesellschaft außer Kraft zu setzen.

# Verstaatlichung des Kredits?

Von

Ludwig Mises, Wien

Arthur Travers - Borgstroem, ein finnländischer Schriftsteller, der seine in der Verstaatlichung des Kredits gipfelnden Ideen über Sozialreform in einem 1923 auch in deutscher Sprache erschienenen Buch „Mutualismus“ niedergelegt hat, hat 1917 in Bern eine nach seinem Namen benannte Stiftung errichtet. Der nächste Zweck dieser Stiftung war die Ausschreibung von Preisen für Schriften über die Verstaatlichung des Kredits. Das Preisgericht der Stiftung, dem die Professoren Diehl, Weyermann, Milhaud, Reichesberg, die Bankiers Dr. Milliet, Dr. Somary, H. Kurz und andere angehörten, hat eine von Dr. Robert Deumer, Direktor bei der Reichsbank in Berlin, eingereichte Arbeit gekrönt. Die preisgekrönte Schrift hat der Mutualistische Verein in Finnland in Buchform herausgegeben <sup>1</sup>).

Aus der Entstehungsgeschichte der Arbeit erklärt es sich, warum ihrem Verfasser das Ob der Verstaatlichung des Kredits kaum problematisch ist und allein das Wie den Gegenstand seiner Darlegungen bildet. Dr. Deumer legt uns einen bis in unwesentliche Einzelheiten genau ausgearbeiteten Vorschlag über die Verstaatlichung aller Unternehmungen und Betriebe, die im Deutschen Reiche geschäfts- oder gewerbsmäßig Kredit-, Bank- und Bankiergeschäfte betreiben, und die Errichtung eines Reichskreditmonopols vor. Doch dieses Projekt kann unser Interesse nicht erwecken. Es kann ja nicht zweifelhaft sein, daß in absehbarer Zeit an seine Ausführung nicht geschritten werden wird, und wenn einmal an derartiges gedacht werden sollte, dann wird dies unter so ganz geänderten Bedingungen der Fall sein, daß der Deumersche Entwurf sich als unverwendbar erweisen wird. Es hätte mithin keinen Sinn, seine Einzelheiten zu besprechen, etwa auf den § 10, Absatz 1, des „Entwurfes eines Gesetzes über die Verstaatlichung des Kredit- und Bankwesens“ näher einzugehen, der da lautet: „Wer nach der Kreditverstaatlichung geschäfts- oder gewerbsmäßig irgendwelche Kredit- oder Bankgeschäfte betreibt, wird mit Geldstrafe bis zu 10 Millionen Goldmark und mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder mit einer dieser Strafen bestraft“ <sup>2</sup>).

---

<sup>1</sup> Die Verstaatlichung des Kredits (Mutualisierung des Kredits). Gekrönte Preisschrift der Travers-Borgstroem-Stiftung in Bern. Verfasser Dr. Robert Deumer, Berlin. 8°, XII und 371 Seiten. Verlag Duncker & Humblot, München und Leipzig 1926.

<sup>2</sup> S. 335.

Das, was an der Arbeit von Deumer allein allgemeines Interesse beansprucht, sind die Motive, die zugunsten der Verstaatlichung des Kredits geltend gemacht werden, und die Auffassungen über die Möglichkeit, die Reform in einer Weise durchzuführen, daß die Überlegenheit „kaufmännischer“ Betriebe über den „bureaukratischen“ nicht verlorengehe. In diesen Ausführungen gibt Deumer Anschauungen wieder, von denen man sagen kann, daß sie zumindest von der großen Mehrheit unserer Zeitgenossen geteilt werden, ja vielleicht selbst, daß sie heute widerspruchslos als richtig anerkannt werden. Wenn man aber diese Auffassung von Deumer, Travers-Borgstroem und der Mutualisten teilt, dann muß man die Verstaatlichung des Kredits und jede andere zum Sozialismus hinführende Maßnahme nicht nur als erwünscht und durchführbar, sondern als dringend notwendig bezeichnen. Aus der allgemeinen Anerkennung, die die – in Deutschland von der kathedersozialistischen Schule, in Frankreich von den Solidaristen, in England von den Fabiern, in den Vereinigten Staaten von den Institutionalisten besonders wirksam vertreten – Kritik der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Erwerbswirtschaft findet, erklärt sich die günstige Aufnahme, die alle auf die Einschränkung der Sphäre, in der sich Sondereigentum und Unternehmungsgeist frei betätigen können, gerichteten Vorschläge in der Öffentlichkeit finden. Wenn von diesen Vorschlägen nicht noch weit mehr durchgeführt wird, ist der Grund keineswegs etwa darin zu suchen, daß das sozialökonomische Schrifttum und die politischen Parteien ihnen ablehnend gegenüberstünden (was eben durchaus nicht der Fall ist), sondern ausschließlich darin, daß die Verstaatlichungen und Verstadtlichungen von Unternehmungen und alle etatistischen und interventionistischen Eingriffe in das Wirtschaftsleben statt der erwarteten günstigen Folgen nur finanzielle Mißerfolge gebracht und schwere Störungen der Produktion und des Verkehrs hervorgerufen haben. Dieses Versagen der Praxis hat indessen die Ideologie bisher noch nicht berücksichtigt. Nach wie vor hält sie an der Hochwertung des öffentlichen Betriebes und an der Geringschätzung des privaten Unternehmertums fest. Nach wie vor glaubt sie, daß nur Böswilligkeit, Selbstsucht und Unverstand gegen ihre Reformprojekte auftreten könnten, und daß jeder Unvoreingenommene sie durchaus billigen müßte.

Unter solchen Umständen scheint es durchaus angebracht zu sein, sich mit den Grundgedanken des Deumerschen Buches auseinanderzusetzen.

### **I. Profitkapitalistisches Interesse und nationalwirtschaftliches Interesse.**

Gegenwärtig, meint Deumer, dienen die Banken profitkapitalistischen Interessen und den nationalwirtschaftlichen nur so weit, als diese nicht im Gegensatz zu jenen stehen. Nicht die Unternehmungen werden von ihnen finanziert, die nationalwirtschaftlich am zweckmäßigsten erscheinen, sondern die, die den höchsten Nutzen abzuwerfen versprechen. So wird z. B. „eine Schnapsfabrik oder ein sonstiges im Rahmen der Volkswirtschaft

überflüssiges Fabrikationsunternehmen“ von ihnen finanziert. Damit aber handeln die Banken, „allgemeinwirtschaftlich betrachtet, nicht nur unnützlich, sondern schädlich“. Denn „die Bank ließ Unternehmungen groß werden, für deren Produkte kein notwendiger Bedarf bestand, reizte vielleicht auch zu überflüssigem Konsum, wodurch sie wiederum die Kaufkraft der Bevölkerung für den Bedarf an kulturell und rationell wichtigeren Gütern schwächte. Außerdem entzog sie durch diese Kredithingabe den volkswirtschaftlich notwendigen Gewerben Kreditkapitalien, was, wenn auch nicht zu einer Einschränkung dieser Produktion, so doch jedenfalls zu einer Kreditverteuerung und damit zu einer Steigerung der Gesteungskosten jenes für die Allgemeinheit bedeutenden Artikels führen kann“<sup>1</sup>).

Deumer erkennt in diesen Ausführungen, daß in der kapitalistischen Volkswirtschaft Kapital und Arbeit sich auf die einzelnen Produktionszweige in der Weise verteilen, daß überall – unbeschadet der Verschiedenheit der Risikoprämie – der gleiche Kapitalsertrag erzielt und für Arbeit gleicher Art derselbe Lohn gezahlt wird. Man verdient durch Erzeugung von „überflüssigen“ Gütern nicht mehr und nicht weniger als durch die Erzeugung von „nützlichen“ Gütern. In letzter Linie wird die Besetzung der einzelnen Produktionszweige mit Kapital und Arbeit durch das Verhalten der Verbraucher auf dem Markt bestimmt. Steigt die Nachfrage nach einem Artikel, steigen damit die Preise und die Gewinne, dann werden neue Unternehmungen entstehen und die bestehenden erweitert werden. Die Verbraucher sind es mithin, die darüber entscheiden, ob diesem oder jenem Produktionszweige mehr Kapital zugeführt werden soll oder nicht. Wenn sie mehr Bier verlangen, dann wird mehr Bier gebraut; wenn sie mehr Klassikervorstellungen besuchen wollten, dann würden die Theater öfter die Klassiker spielen und seltener leichte Possen, Schwänke und Operetten. Nicht den Theaterdirektoren ist es zuzuschreiben, daß die „Lustige Witwe“ und „Der Garten Eden“ mehr Aufführungen erreichen als „Tasso“, sondern dem Geschmack des Publikums.

Deumers Geschmack weicht nun von dem der Menge ab. Er findet, daß die Menschen besser daran täten, ihre Ausgaben anders einzuteilen. Das findet mancher andere auch. Doch Deumer zieht aus seinem von den Auffassungen der Menge abweichenden Standpunkte die Schlußfolgerung, daß man, um dem Verbrauch der Volkswirtschaft eine andere Richtung zu weisen, durch Kreditverstaatlichung sozialistische Planwirtschaft einrichten müsse. Hierin kann man Deumer nicht folgen.

Die von einer Zentralstelle aus nach einem einheitlichen Plan geführte sozialistische Wirtschaft kann entweder demokratisch oder diktatorisch gedacht werden. Besteht Demokratie, d. h. ist die Zentralstelle von dem in Wahlen und Abstimmungen sich äußernden Willen des Volkes abhängig, dann wird sie nicht anders verfahren, als die kapitalistische Wirtschaft verfährt; sie wird das erzeugen und dem Konsum zur Verfügung stellen, was die Menge liebt, also Alkohol, Tabak, Kitsch im Schrifttum, auf den

---

<sup>1</sup> S. 86.

Bühnen und im Lichtbild, modischen Tand aller Art. In der kapitalistischen Wirtschaft wird auch der Geschmacksrichtung kleiner Gruppen Rechnung getragen; die Unternehmer erzeugen auch Güter, die nicht von allen, sondern nur von einem Teil der Verbraucher verlangt werden. Die demokratisch eingerichtete Planwirtschaft wird, weil ihre Führung von der Mehrheit des Volkes abhängig ist, auf solche Sonderwünsche der Minderheit keine Rücksicht nehmen müssen. Sie wird sich ausschließlich nach dem Geschmack der Massen richten. Aber selbst wenn die Planwirtschaft von einem Diktator geleitet wird, der ohne Rücksicht auf die Wünsche des Volkes das durchführt, was er für richtig hält, der also das Volk so kleidet, ernährt und behaust, wie er es will, dann besteht keine Gewähr dafür, daß auch das, was etwa „uns“ als richtig erscheint, durchgeführt wird. Die Kritiker der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind immer geneigt anzunehmen, daß in dem sozialistischen Gemeinwesen, von dem sie träumen, gerade das geschehen wird, was sie selbst für richtig halten. Wenn sie auch nicht immer damit rechnen, daß ihnen die Rolle des Diktators zufallen wird, so hoffen sie doch zumindest, daß der Diktator nichts tun werde, ohne vorher ihren Rat eingeholt zu haben. So gelangen sie zu der üblichen Gegenüberstellung von Rentabilität und Produktivität. Die Wirtschaftshandlungen, die ihrem – notwendigerweise subjektiven – Urteil als richtig erscheinen, nennen sie produktiv, und sie verwerfen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, weil in ihr, die auf Rentabilität arbeitet und daher die Wünsche der Verbraucher, der wahren Herren des Marktes und der Produktion, beachten muß, mitunter anderes geschieht. Sie vergessen, daß ein Diktator auch ganz anders vorgehen könnte, als sie wünschen würden, und daß keine Gewähr dafür besteht, daß er wirklich das „Beste“ anstreben wird und daß er, selbst wenn es der Fall wäre, die Wege, die zum „Besten“ führen, zu finden wüßte.

Eine noch ernstere Frage ist es, ob eine Diktatur eines „Besten“ oder einer Anzahl von „Besten“ sich gegen den Willen der Massen behaupten könnte. Würde das Volk sich auf die Dauer eine Wirtschaftsdiktatur gefallen lassen, die den Leuten nicht das gibt, was sie gebrauchen und verzehren wollen, sondern das, was die Machthaber für nützlich halten? Wird die Masse nicht schließlich doch durchzusetzen wissen, daß ihre Wünsche und ihr Geschmack in der Produktion berücksichtigt werden, daß also schließlich doch wieder das geschieht, was die Reformer abschaffen wollten?

Viele von uns werden Deumers subjektivem Urteil, daß der Konsum unserer Mitbürger vielfach falsche Wege geht, zustimmen. Wenn man dieser Auffassung ist, dann mag man versuchen, seine Mitbürger von der Verkehrtheit ihres Tuns zu überzeugen. Man mag sie über die Schädlichkeit des übermäßigen Genusses von Alkohol und Nikotin, über die Wertlosigkeit der Filmvorführungen und über manches andere aufklären. Wenn man die Verbreitung guter Schriften fördern will, dann ahme man das Beispiel der Bibelgesellschaften nach, die materielle Opfer bringen, um Bibeln billig zu vertreiben und in Gaststätten und dergleichen Orten aufzulegen. Wenn man das alles nicht ausreichend findet, dann bleibt eben – und



darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben – nur der Weg der Vergewaltigung des Willens unserer Mitmenschen übrig. Die Ausrichtung der Wirtschaft nach dem Profitinteresse bedeutet eben in Wahrheit Ausrichtung nach dem Willen der Verbraucher, von deren Nachfrage die Warenpreise und damit Kapital- und Unternehmungsertrag abhängen; die Ausrichtung nach der „volkswirtschaftlichen Produktivität“ würde dort, wo sie von jener abweicht, Ausrichtung nach einem dem Willen der Verbraucher entgegenstehenden Willen eines Diktators oder eines Bundes von Diktatoren bedeuten.

Gewiß, in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wird ein Teil des Nationaleinkommens durch den Luxusverbrauch der Reichen in Anspruch genommen. Doch ganz abgesehen davon, daß dieser Teil nur gering ist, so daß er keine irgendwie ins Gewicht fallende Verschiebung der Produktion bedeutet, hat der Luxus der Wohlhabenden dynamisch Wirkungen, die ihn als eine der wichtigsten Triebkräfte des Fortschritts der Wirtschaft erscheinen lassen. Jede Neuerung tritt zuerst als „Luxus“ der wenigen Reichen ins Leben, um dann – wenn sie einmal der Industrie und dem Konsum neue Wege gewiesen hat – nach einiger Zeit das selbstverständliche „notwendige“ Bedürfnis aller zu werden. Man denke etwa an unsere Kleidung, an die Beleuchtungs- und Badeeinrichtungen unserer Wohnungen, an den Kraftwagen, an den Touristenverkehr. Die Wirtschaftsgeschichte zeigt uns, wie der Luxus von gestern heute schon zum Bedürfnis aller geworden ist. Vieles von dem, was in den kapitalistisch rückständigen Ländern als Luxus angesehen wird, ist in den kapitalistisch entwickelteren Ländern bereits Gemeingut der Massen. In Wien gilt (nicht nur in den Augen der Steuerbehörde) der Besitz eines Kraftwagens als Luxus, in den Vereinigten Staaten entfällt ein Wagen auf je vier bis fünf Einwohner.

Auf den Luxusverbrauch darf sich der Kritiker der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, wenn er bessere Versorgung der Massen plant, um so weniger berufen, als es bisher keineswegs gelungen ist, die Behauptungen der Theoretiker und die Erfahrungen der Praxis, daß allein der kapitalistische Betrieb die denkbar höchste Ergiebigkeit der Produktion gewährleiste, zu entkräften. Wenn aber in dem angestrebten planwirtschaftlichen Gemeinwesen weniger erzeugt werden sollte als in dem privatkapitalistischen, dann wird es ihm naturgemäß nicht möglich sein, die Massen besser zu versorgen, als es heute geschieht.

## **II. Bürokratische oder kaufmännische Geschäftsführung des verstaatlichten Bankwesens?**

Man pflegt allgemein die geringe Leistungsfähigkeit des öffentlichen Betriebes der bürokratischen Art der Geschäftsführung zuzuschreiben. Um den staatlichen, städtischen und anderen öffentlichen Unternehmungen zu Erfolgen zu verhelfen, wie sie dem Privatunternehmen beschieden waren, müßte man sie nach kaufmännischen Grundsätzen einrichten und

führen. Seit Jahrzehnten schon müht man sich damit ab, diese Betriebe durch „Kommerzialisierung“ des Geschäftsganges ertragsfähig zu gestalten. In dem Maß, in dem durch Ausbreitung des Staatssozialismus das Betätigungsfeld des Staates und der Gemeinden wuchs, gewann das Problem an Wichtigkeit. Man ist aber seiner Lösung um keinen Schritt nähergekommen.

Auch Deumer bezeichnet es als unerlässlich, daß „das staatliche Bankmonopol nach kaufmännischen Grundsätzen verwaltet wird“, und macht eine Reihe von Vorschlägen, wie dies erreicht werden könnte<sup>1</sup>).

Alle diese Vorschläge unterscheiden sich kaum irgendwie von dem, was in den letzten Jahren in dieser Hinsicht immer wieder angeregt und, soweit es ging, verwirklicht wurde. Da ist von Schulen und Prüfungen, von Beförderung der „Tüchtigsten“, von ausreichender Bezahlung der Angestellten und von Gewinnbeteiligung der leitenden Beamten die Rede; den Kern des Problems sieht aber Deumer ebensowenig, wie ihn alle jene sehen, die sich abmühen, durch irgendwelche Reformen das notwendigerweise unergiebig System des öffentlichen Betriebes ergiebig zu gestalten.

Das „Kaufmännische“ ist nämlich keineswegs, wie Deumer, darin der herrschenden Auffassung folgend, anzunehmen scheint, eine Organisationsform, die man dem staatlichen Betrieb ohne weiteres aufpfropfen könnte, um ihn so zu entbureaukratisieren. Das, was man als das „Kaufmännische“ zu bezeichnen pflegt, ist eben das Wesen der auf nichts anderes als auf höchste Rentabilität eingestellten privaten Unternehmung, und das, was man als das „Bureaukratische“ zu bezeichnen pflegt, ist das Wesen des auf „nationalwirtschaftliche“ Ziele eingestellten öffentlichen Betriebes. Man kann einen Staatsbetrieb niemals „kommerzialisieren“, auch wenn man noch so viele Äußerlichkeiten der privaten Unternehmung auf ihn überträgt.

Der Unternehmer arbeitet unter eigener Verantwortung. Erzeugt er nicht das, was die Verbraucher am dringendsten zu benötigen glauben, in wirtschaftlicher Weise, d. h. mit dem geringsten Aufwand von Kosten (Kapital und Arbeit), dann erleidet er Verluste, die schließlich dazu führen, daß sein Vermögen und damit die Befugnis, über die Verwendung von Produktionsmitteln zu entscheiden, in die Hände tüchtigerer Männer übergeht. In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind die Produktionsmittel immer auf dem Wege zum besten Wirt, d. h. zu demjenigen, der die Begabung besitzt, sie zur Befriedigung der Bedürfnisse der Verbraucher am zweckmäßigsten zu verwenden. Der öffentliche Betrieb aber wird von Männern verwaltet, die Erfolg oder Mißerfolg ihrer Gebarung nicht selbst tragen.

Das gelte, meint man, doch auch von den leitenden Angestellten großer Unternehmungen privatwirtschaftlicher Natur. Diese müßten daher ebenso „bureaukratisch“ geführt werden wie die Unternehmungen des Staates und der Gemeinden. Doch wer so argumentiert, beachtet eben nicht die grund-

---

<sup>1</sup> S. 210.

sätzliche Verschiedenheit, die zwischen öffentlichem Betrieb und Privatbetrieb besteht.

Im Privatunternehmen, das nur auf Rentabilität hinarbeitet, wird jede Abteilung und jeder Geschäftszweig durch die Buchführung und durch die auf denselben Grundlagen ruhende Kalkulation kontrolliert. Abteilungen und Geschäftszweige, die nicht rentabel sind, werden umgestaltet oder aufgelassen; Angestellte und Direktoren, die den an ihre Betätigung gestellten Anforderungen nicht entsprechen – d. h. die ihnen anvertrauten Geschäfte nicht mit dem erwarteten Erfolg durchführen –, werden entfernt. Über alle Teile des Betriebes regiert die nüchterne, alles in Heller und Pfennig nachrechnende Buchführung. Die Geldrechnung und nichts als die Geldrechnung entscheidet. Alles, was unternommen wird, strebt auf höchste Rentabilität hin. Der einzige Auftrag, der den Leitern der Unternehmungen von den Eigentümern (d. h. bei Aktiengesellschaften von den Aktionären) erteilt wird und den diese an ihre Gehilfen weitergeben, lautet: Erzielet Überschüsse!

Da liegen die Dinge in den Ämtern und Gerichten, die die Hoheitsverwaltung des Staates besorgen, ganz anders. Für die Aufgaben, die die Gerichte und Behörden zu erfüllen haben, gibt es kein rechnerisch erfaßbares Kriterium wie für die an den Preisen des Marktes orientierte Wirtschaft. Darum kann die oberste Leitung der Staatsgeschäfte die Aufgabe der untergeordneten Stellen nicht so einfach umschreiben, wie ein Unternehmer es seinen Beauftragten gegenüber tun kann. Soll die Einheit der Verwaltung aufrecht bleiben und soll nicht alle Entscheidungsbefugnis von der Spitze auf die ausführenden Organe niederster Instanz übergehen, dann muß das Tun und Lassen dieser Organe in Amtsinstruktionen und Weisungen aller Art für jeden denkbaren Fall bis ins einzelne geregelt werden. Dann wird es Pflicht eines jeden Amtsorgans, diese Weisungen zu befolgen; es kommt schließlich nicht so sehr auf Erfolg oder Mißerfolg seiner Tätigkeit an als darauf, ob sie durch die Reglements formal gedeckt ist. Diesen Formalismus, der besonders auch in allen Dingen der Einstellung, Behandlung und Beförderung des Personals zutage tritt, nennen wir Bureaukratismus. Der Bureaukratismus ist nicht ein Übelstand, der aus irgendwelchen Mängeln und Gebrechen der Organisation oder aus der Unzulänglichkeit der Amtspersonen entspringt; er ist das Wesen jeder Betriebsführung, die nicht nach der Rentabilitätsrechnung ausgerichtet ist.

Wenn Staat und Gemeinden ihre Tätigkeit über den Bereich der Gerichts- und Polizeiführung ausdehnen, dann wird der Bureaukratismus zu einem Grundproblem der gesellschaftlichen Organisation. Selbst ein nur auf Rentabilität eingestelltes öffentliches Unternehmen könnte nicht unbureaukratisch geführt werden. Man hat versucht, den Bureaukratismus dadurch auszuschalten, daß man die Leiter dieser Betriebe am Gewinn beteiligt. Doch da sie die eintretenden Verluste niemals tragen können, fördert man damit nur allzuleicht Waghalsigkeit, und um dieser entgegenzutreten, bindet man wichtigere Entscheidungen erst recht wieder an Beschlüsse irgendwelcher vorgesetzter Behörden, Kollegien, Beiräte und

an Gutachten von „Fachleuten und Sachverständigen“, schafft also verstärkten Formalismus und Bureaukratismus.

Doch in der Regel verlangt man von den öffentlichen Betrieben, daß sie nicht bloß auf Rentabilität hinarbeiten sollen. Gerade darum will man sie ja in der öffentlichen Hand wissen. Auch Deumer stellt an das verstaatlichte Bankwesen die Forderung, daß es sich mehr vom volkswirtschaftlichen als vom privatwirtschaftlichen Gesichtspunkte orientieren soll, daß es also seine Mittel nicht dort anlegen soll, wo der höchste Ertrag zu erzielen ist, sondern ohne derartige Rücksichten zu nehmen, dort, wo dies im nationalen Interesse erwünscht wäre <sup>1</sup>). Wir wollen auf die sonstigen Folgen derartiger Kreditpolitik (z. B. die Erhaltung unrationell arbeitender Betriebe) gar nicht näher eingehen, und uns allein mit ihrer Wirkung auf die Geschäftsführung des Staatsunternehmens befassen. Wenn die Leitung des staatlichen Kreditdienstes oder eines seiner Zweige eine ungünstige Jahresrechnung vorlegen wird, wird sie sagen dürfen: „Vom Standpunkte der lediglich privatwirtschaftliche Interessen berücksichtigenden Rentabilität haben wir freilich schlecht gearbeitet; doch es ist zu beachten, daß der Minderertragsfähigkeit, die die kaufmännische Buchhaltung aufweist, volkswirtschaftliche Dienste gegenüberstehen, die allerdings in der Buchführung nicht sichtbar werden können; was wir z. B. zur Erhaltung des Klein- und Mittelbetriebes, zur Förderung der materiellen Lage der ‚staaterhaltenden‘ Schichten des Volkes u. dgl. mehr vollbracht haben, läßt sich in Geld nicht ausdrücken.“ Unter solchen Umständen verliert die Rentabilitätsrechnung ihre Bedeutung für das Unternehmen, und man muß, soll die Gebarung der Generalleitung und der Abteilungsleiter überhaupt kontrolliert werden, zu den alten Mitteln des Bureaukratismus greifen: zur Reglementierung der Geschäftsführung und zur Besetzung aller Stellen mit Personen, die bereit sind, die Reglements zu befolgen.

Man kann also die Sache drehen und wenden, wie man will, es kann nicht gelingen, eine Organisation ausfindig zu machen, die den öffentlichen Betrieb vor dem Erstarren im bureaukratischen Formalismus bewahren könnte. Darüber darf man sich nicht mit der Feststellung beruhigen, daß in den letzten Jahrzehnten auch viele große Aktiengesellschaften „bureaukratisiert“ wurden. Diese Bureaukratisierung ist nicht, wie ganz verkehrt behauptet wird, eine Folge ihres großen Umfangs. Auch der größte Betrieb bleibt, solange er nur auf Rentabilität eingestellt ist, gegen alle Gefahren des Bureaukratismus gefeit. Nur wenn andere Gesichtspunkte als das Streben, Gewinne zu erzielen, den Unternehmungen aufgezwungen werden, verlieren sie die wesentlichen Eigenschaften der kapitalistischen Unternehmung. Die heute herrschende etatistische und interventionistische Politik war es, die die großen Unternehmungen genötigt hat, sich in immer steigendem Maße zu bureaukratisieren. Sie waren z. B. genötigt, an ihre Spitze nicht tüchtige Geschäftsmänner, sondern Herren mit guten Beziehungen zu maßgebenden Kreisen zu stellen, sie mußten unrentable

---

<sup>1</sup> S. 184.

Geschäfte eingehen, um einflußreichen Politikern und Parteien oder der Regierung gefällig zu sein, sie mußten Betriebe, die sie aufzulassen wünschten, fortführen und Unternehmungen und Betriebe, die sie nicht benötigten, übernehmen. Politik und Geschäfte sind nicht nur, was man gewöhnlich allein zu beachten pflegt, zum Schaden der Politik, sondern noch mehr zu dem der Geschäfte verquickt worden. Die tausend Rücksichten auf allerlei der Unternehmung an sich fremde Dinge, die viele Großbetriebe heute nehmen müssen, haben in sie den Keim des Bürokratismus hineingetragen. Doch das rechtfertigt noch lange nicht die Vorschläge, die durch Verstaatlichung des Bankwesens das Ganze der Produktion vollständig bureaukratisieren und formalisieren wollen. Wo stünde die deutsche Volkswirtschaft heute, wenn man das Kreditwesen schon anno 1890 oder gar 1860 verstaatlicht hätte? Ahnt man, weiche Entwicklungsmöglichkeiten man abschneidet, wenn man es heute verstaatlichen würde?

### **III. Die Gefahr der Kreditüberspannung und der Immobilisierung.**

Was bisher ausgeführt wurde, trifft jeden Versuch, Unternehmungen aus der Hand der Unternehmer in die des Staates überzuführen, ganz besonders freilich die Verstaatlichung des Bankwesens, die doch in ihrer Wirkung von der Vollsozialisierung kaum zu unterscheiden wäre. Aber die Verstaatlichung des Kredits läßt noch besondere kreditpolitische Probleme auftauchen, an denen man nicht ganz vorbeigehen darf.

Deumer bemüht sich zu erweisen, daß das Kreditmonopol des Staates nicht zu fiskalischen Zwecken mißbraucht werden könnte. Doch die Gefahren der Kreditverstaatlichung sind nicht hier zu suchen. Sie liegen auf dem Gebiete der Geldwertgestaltung.

Bankguthaben, über die mit Scheck verfügt werden kann, kommen, wie heute bereits allgemein anerkannt wird, in ihrer Wirkung auf die Kaufkraft der Geldeinheit den Banknoten gleich. Deumer schlägt übrigens noch besonders die Ausgabe von „garantierten Kassenscheinen bzw. Verrechnungsscheinen“ durch die Staatsbank vor, die niemals bar eingelöst werden sollen<sup>1)</sup>. Das heißt also, daß die Staatsbank die Möglichkeit besitzen wird, Inflation zu treiben.

Die öffentliche Meinung fordert immer „billiges Geld“, d. h. niedrigen Zinssatz. Das Um und Auf der Politik der Notenbanken liegt darin, gegen diese Forderung der Rücksichtnahme auf ihre eigene Solvenz und auf die von dieser abhängige Festhaltung der Kursparität dem Auslande und dem Golde gegenüber zu ihrem Rechte zu verhelfen. Die Staatsbank wird, schon weil sie von der Bareinlösung ihrer Kassenscheine und Verrechnungsschecks entbunden sein soll, freie Hand haben, ihre Kredite so auszudehnen, wie es die Politiker wünschen. Sie wird zu schwach sein, dem Ansturm

---

<sup>1</sup> S. 152 ff.

der Kreditsuchenden Widerstand zu leisten. Wird doch die Verstaatlichung des Bankwesens gerade zu dem Zweck ins Werk gesetzt, um, wie Deumer sagt, „die Klagen der kleineren industriellen Unternehmungen und mancher Handelsfirmen, daß sie nur mit Schwierigkeiten und unter größeren Opfern den notwendigsten Kredit erhalten“, abzustellen<sup>1)</sup>.

Vor wenigen Jahren noch wäre es notwendig gewesen, die Folgen einer zu weitgehenden Kreditgewährung ausführlich darzulegen. Heute ist man dieser Mühe enthoben. Dank der von einigen Nationalökonomien geleisteten Aufklärungsarbeit und dank dem Umstande, daß die amerikanischen und englischen Erfahrungen und Lehren auch den Deutschen nicht mehr fremd sind, kennt man heute die Zusammenhänge zwischen Kreditexpansion und Steigen der Warenpreise und der Devisenkurse. Es wäre daher überflüssig, darauf noch ausführlich einzugehen.

### **Zusammenfassung.**

An dem Buche von Deumer merkt man deutlich, daß Etatismus, Sozialismus und Interventionismus ihre Rolle ausgespielt haben. Deumer ist nicht imstande, zugunsten seiner Vorschläge irgend etwas anderes vorzubringen als die alten, schon hundertmal widerlegten Argumente des Kathedersozialismus und des Marxismus. Die Kritik, die an diesen Argumenten geübt wurde, beachtet er nicht. Ebenso wenig nimmt er Rücksicht auf die Probleme, die die sozialistischen Erfahrungen der letzten Zeit aufgezeigt haben. Er steht noch ganz auf dem Boden der jede Verstaatlichung naiv als Fortschritt zum Heile begrüßenden Ideologie, die in den letzten Jahren in ihren Grundlagen schwer erschüttert wurde.

Deumers Buch wird daher von der Politik nicht beachtet werden. Man mag dies mit Rücksicht auf den Verfasser, der Fleiß, Scharfsinn und hervorragende Sachkunde in den Dienst seiner Idee gestellt hat, bedauern. Im Interesse des gedeihlichen Fortschreitens der Erholung der deutschen Volkswirtschaft ist es nur zu begrüßen.

---

<sup>1</sup> S. 184.